



11. Juni 1928

PAUL KAMPFFMEYER - AGITATION UND POLITIK



OM obrigkeitlichen Staat wurden Wahlen als ein Moment der Unruhe und des Unfriedens in der von ihm wohlbehüteten politischen Kinderstube empfunden. Daher spielte sich die Wahl-agitation zumeist in geschlossenen Räumen ab, in Versammlungen, die von der Polizei streng überwacht waren. Versammlungen unter freiem Himmel waren eine Seltenheit, nur unter der peinlich genauen Beobachtung polizeilicher Sicherheitsmaßnahmen zugelassen. Die politischen Vertreter des Obrigkeitsstaats, die Konservativen, bekämpften das öffentliche Stimmrecht schon vielfach aus dem Grund, weil sein Gebrauch die Massen in Bewegung setzte, weil es "aufreizend" wirkte. Um dieser vermeintlichen Aufreizung willen befürworteten sie auch die Einschränkung der Vereins- und Versammlungsfreiheit, die Verschärfung des Klassenhaßparagrafen und der Bestimmung, die die Verächtlichmachung von Staatseinrichtungen schon streng genug bestrafte.

Heute ist die Agitation der politischen Parteien ganz in die Öffentlichkeit gestellt. Alle politischen Parteien halten Versammlungen im Freien und öffentliche Umzüge ab. Ihre ganze Agitationsweise wäre im Obrigkeitsstaat nicht möglich gewesen. Die politischen Parteien wollen ihre Stärke und Macht schon äußerlich zeigen. Das alte graue Flugblatt verschwindet mehr und mehr, es bedeckt sich mit bunten Zeichnungen, mit Karikaturen, die den Wächtern des Obrigkeitsstaats höchst polizeiwidrig erschienen wären. Film und Musik stürmen auf den Wähler ein, man bearbeitet gleichsam alle seine 5 Sinne. Es werden politische Revuen für Wahlzwecke veranstaltet, dramatisierte Zwiegespräche fügen sich dem politischen Teil einer Werbeversammlung ein. Fackelzüge mit Wahlplakaten bewegen sich durch die Straßen, Lautsprecher tragen Wahlreden in weltferne Dörfer, und Grammophone suchen durch flotte Märsche die Massen in eine Kampfstimmung zu versetzen. Die politische Wahlagitation hat sich durch Bild, Wort und Musik die Straße erobert.

Mit dieser extensiven Wahlagitation verbinden die sozialistischen Parteien heute eine sehr intensive, sich auf Betriebe und Häuserblocks erstreckende Wahlpropaganda. Der Sozialdemokratische Bezirksverband Berlin gibt die Betriebswerbezeitung *Der Kämpfer* in etwa 250 000 Exemplaren heraus.

Die Kommunisten vertreiben allein 38 bis 40 Betriebszeitungen, die der Propaganda dienen; es seien hier nur das Rote Signal und die Rote Turbine genannt. Diese Zeitungen passen sich geschickt den einzelnen Industriebranchen an und geben dort Parolen gegen jeden Schlichtungszwang, gegen »jede Koalition und Arbeitsgemeinschaft mit den Klassenfeinden« aus. Sie wüten sich gegen den »Klassenverrat« aus, der von der Sozialdemokratie in der Amnestiefraße begangen sein soll. Sie ermuntern zum Eintritt in die Freien Gewerkschaften, aber nur um dort die Opposition zu stärken. Die Wahlagitation für die Liste 5 (Kommunistische Partei Deutschlands) wurde mit besonderm Hochdruck in der Roten Turbine betrieben.

Zu den Reichstags- und Landtagswahlen verbreiteten die Kommunisten bestimmte »Agitationsrichtlinien«. Sie betrachten die Organisierung großer Wirtschaftskämpfe als die »wichtigste und entscheidendste Wahlvorbereitung«. In den Richtlinien wird die Betriebszeitung als das wirksamste Agitationsmittel in den Betrieben bezeichnet. »Die Erfahrungen der Hamburger Wahlen lehren uns«, so heißt es da, »daß die wirksamste Agitation die im Betriebe und das wirksamste Agitationsmittel die Betriebszeitung ist. In Hamburg wurden Zehntausende Betriebszeitungen mit ungeheurem Erfolg in den Betrieben verbreitet. Hier haben wir die beste Anknüpfung an die Schlichtungsfrage und damit den wirksamsten Angriff gegen die Preußenregierung und die sozialdemokratische Regierungspartei.« In Hamburg veranstalteten die Kommunisten neben ihren großen öffentlichen Wahlveranstaltungen Häuserblockversammlungen. »Zu ihrer Propagierung sollen die Straßenzellen Häuserblockzeitungen herausbringen, aber möglichst nicht mit "hoher Politik" sondern mit eigenem lokalem Material.« Jede Zellengruppe sollte einen Trupp oder 2 Trupps bilden, die an einem Tag in etwa 40 Betrieben Berlins je einen republikanischen Esel auftreten lassen, der eine Wahlrede hält. Natürlich durfte bei derartigen Veranstaltungen nicht die Wahrsagerin fehlen, die den Wählern die Zukunft voraussagte, wenn sie diese oder jene Partei wählen würden.

Es sind hier kurz die neuen Propagandamethoden der politischen Parteien, ja zum Teil schon der Inhalt ihrer Agitation gestreift. Selbstverständlich besteht eine direkte gedankliche Verbindung zwischen der Wahlagitation und der nachher geübten Politik der Parteien.

Die Kommunistische Partei will durch das Plakat, durch die Betriebszeitung, durch den Film den proletarischen Wähler "radikalisieren", und es existiert eine gewisse Einheit zwischen der kommunistischen Wahlagitation und der kommunistischen Parlamentspolitik. Diese Wahlagitation kehrt ihre Spitze vor allem gegen die Sozialdemokratie, die sie als »Hauptfeind innerhalb des Proletariats« brandmarkt. Der Kampf der Sozialdemokratie gegen die Deutschnationalen wird in den kommunistischen Richtlinien als ein Scheinkampf, die Preußenkoalition als die verlängerte Front des Bürgerblocks charakterisiert. Die politische Tätigkeit der Kommunisten dreht sich außerhalb und innerhalb des Parlaments um das Schlagwort der Diktatur des Proletariats, wie es die Bolschewisten verstehen. Die Wahlparole und die Politik der Kommunisten sind von verblüffender Einfachheit. Und sie mag gerade einfache, wenig komplizierte Geister anziehen. Die Kommunisten wiederholen immer wieder die Rede, die im Januar 1925 der kommunistische Abgeordnete Pieck im Preußischen Landtag hielt, als er gemeinsam

mit den Deutschnationalen das Ministerium Braun stürzte. Pieck suchte damals die Arbeiterschaft dafür mobil zu machen, daß der Landtag durch die gesammelte Kraft des Proletariats auseinandergejagt, und daß an seine Stelle »die Macht des Proletariats mit den Waffen in den Händen der Arbeiter« gesetzt werde. Die ganze Frage der Sozialisierung der kapitalistischen Produktion ist eben nach der bolschewistischen Phraseologie eine politische Machtfrage, die durch die Diktatur des Proletariats gelöst wird.

Nicht so eng wie bei den Kommunisten ist bei der Sozialdemokratie die Wahlagitation mit ihrer Parlamentstätigkeit verknüpft, und diese Tatsache wird uns namentlich offenbar, wenn wir die Geschichte der Sozialdemokratischen Partei überfliegen. Die ältere Generation der Sozialdemokratie hat meist der sozialdemokratischen Reichstagswahlagitation eine hohe prinzipielle Bedeutung beigemessen. Diese Agitation gab nach ihrer Ansicht die Gelegenheit zu einem Aufmarsch der Massen für eine geschlossene Kundgebung für den seinem Wesen nach revolutionären demokratischen Sozialismus. Diese ältere Generation ist zum Teil noch von Friedrich Engels erzogen worden, und diesem galt die sozialdemokratische Stimmzahl bei den Reichstagswahlen als ein Gradmesser der Reife der Arbeiterklasse. »Mehr kann und wird es [das Stimmrecht] nie sein im heutigen Staate, aber das genügt auch. An dem Tage, wo das Thermometer des allgemeinen Stimmrechts den Siedepunkt bei den Arbeitern anzeigt, wissen sie sowohl wie die Kapitalisten, woran sie sind.« Der Gewinn von Mandaten und die parlamentarische Tätigkeit selbst wurden von der ältern Generation der Sozialdemokratie verhältnismäßig niedrig eingeschätzt. Die Sozialdemokraten der ausnahmegesetzlichen Zeit wählten nicht, um sich einen gewissen Einfluß in der gesetzgebenden Körperschaft zu erobern, sondern nur, um möglichst viele Stimmen für den Sozialismus zu werben. Der "heutige" Staat erschien eben nicht als ein Machtinstrument, das die Sozialdemokratie zur Durchsetzung ihrer Ideen benutzen konnte. Die Sozialdemokratie stellte wohl in ihr Wahlprogramm eine ganze Reihe politischer Forderungen, aber diese hatten durchweg keine praktische sondern agitatorische Bedeutung. Kurz, die Wahlagitation wurde zum Selbstzweck und diente nicht als Mittel für die praktische Gestaltung des Staatswillens durch die Sozialdemokratie. Die hochgradige Erstarrung der Formen des Obrigkeitsstaats, der in Prinzip die Idee der Volksherrschaft verneinte, schien kaum eine Möglichkeit für die Verwirklichung der weittragenden politischen und ökonomischen Forderungen der Sozialdemokratie zuzulassen. Es lag eine gewisse Wahrheit in dem Engelsschen Satz, daß »im heutigen Staate« das allgemeine Stimmrecht nicht mehr sein kann als ein »Gradmesser« der revolutionären Gesinnung der sozialdemokratischen Arbeiterschaft.

Das Deutschland der Gegenwart hat sich nun sehr beträchtlich von dem Staat fortbewegt, den Friedrich Engels noch vor Augen hatte. Aber in der Agitation hielt man vielfach nicht mit der gigantischen ökonomischen und staatlichen Entwicklung der letzten Dezennien Schritt. In der Agitation leben noch solche Wendungen vom Staat fort, als wäre Deutschland gar nicht über den obrigkeitlichen Staat hinausgekommen. Der demokratische Staat wird heute oft von "radikaler" Seite unter ein "revolutionäres" Trommelfeuer genommen, als hätte er sich überhaupt nicht an Haupt und Gliedern gewandelt. Gewiß, der Staat ist heute noch Klassenstaat, aber neue Klassen sind in ihn hineinmarschiert, und die Arbeiterklasse hat heute die

Möglichkeit den Staatswillen ihren wirklichen Machtverhältnissen entsprechend zu gestalten. Das unterscheidet den heutigen demokratischen Staat wesentlich von dem alten Obrigkeitsstaat, in dem sich "das Volk" nur an dem Gängelband autoritärer politischer Organe fortbewegen konnte.

Die sozialdemokratische Wahlagitation zum 20. Mai 1928 erfolgte unter der Parole "Nieder mit dem Bürgerblock!", und kein sozialdemokratischer Politiker wurde bei seiner Agitation durch die utopistische Illusion gefangen genommen, die Sozialdemokratie könnte durch einen ungeheuren Gewinn von Mandaten die gesetzgebende Gewalt mit einem Schlag erobern. Die Annäherung an das demokratisch-sozialistische Zukunftsideal kann eben nur schrittweise und nur in Anlehnung an vorhandene soziale Klassen erfolgen, die als schaffende, arbeitende Klassen mit der Sozialdemokratie den Kapitalismus grundsätzlich bekämpfen. In diesem Geist wendet sich das Heidelberger Programm an Angestellte und Beamte, deren soziale Verhältnisse sich mitunter wesentlich von denen der Lohnarbeiter unterscheiden. Die Sozialdemokratie ist heute, das beweist ihr Agrarprogramm, so unvollkommen es vorläufig auch noch sein mag, das beweist auch ihre soziale Zusammensetzung, über den Rahmen einer proletarischen Klassenpartei hinausgewachsen. Und diese Tatsache befähigt sie auch in den kommenden Kämpfen um die sozialistische Republik eine diesem Ziel zustrebende schöpferische Koalitionspolitik zu entwickeln. Die sozialen Klassen lösen sich nicht in schnellen, katastrophal erfolgenden wirtschaftlichen Umwälzungen auf. Die sozialdemokratische Koalitionspolitik erhält damit eine sehr reale Stütze durch die wirtschaftlich-sozialen Tatsachen selbst.

Die Agitation der deutschen Sozialdemokratie war in ihrer ältern Generation eben allzu einfach von diesen Grundvorstellungen beherrscht: Der Staat ist lediglich ein Instrument der herrschenden Klasse, der Kapitalismus bricht bald und katastrophal zusammen, und die sozialen Klassen gehen bis auf das riesenhaft anwachsende Proletariat und die kleine, ständig zusammenschrumpfende Bourgeoisie schnell zugrunde. In der gesellschaftlichen Pyramide verschwinden in schnellem Tempo die Mittelschichten, und sie füllt sich in wahrhaft großen Sprüngen mit dem Proletariat an, das schließlich die Spitze der Pyramide abstößt. Heute rechnen wir in dem sozialdemokratischen Programm mit dem Fortbestand der Bauernklasse. Die Theorie von den allein zurückbleibenden aktiven Klassen der Kapitalisten und der Arbeiter ist überwunden. Heute belehrt uns der Kommentar zum sozialdemokratischen Agrarprogramm, daß sich der, sagen wir: natürliche, wirtschaftliche, nicht von politischen Aktionen geleitete Prozeß des Untergangs des deutschen Großgrundbesitzes, über einige Jahrhunderte erstrecken würde. Heute schöpfen wir aus der Statistik die Kenntnis, daß nach dem Niedergang des alten Handwerks zahlreiche Kleinindustrien aufgesprossen sind, und daß die kaufmännischen Kleingeschäfte in einer geradezu verschwenderischen Fülle noch fortexistieren. Die früher festgemauerte Vorstellung von dem rapid schnellen Verschwinden ganzer sozialer Klassen ist durch die ökonomische und soziale Entwicklung der letzten Jahrzehnte völlig erschüttert worden. Fortbestehende soziale Klassen werden aber entweder zu neuen politischen Parteibildungen schreiten oder vorhandene nicht unwesentlich modifizieren. Die Tendenz neue politische Parteien zu bilden trat in geradezu erschreckender, ja unsinniger Weise bei den letzten Reichstagswahlen hervor. Man denke nur an den langen,

langen Wahlzettel, auf dem 25 "Parteien" aufmarschierten. Dieser Wahlzettel spiegelt klar die Tatsache wider, daß das "Bürgertum", das häufig noch in sozialdemokratischen Darlegungen als *eine* Klasse zusammengefaßt und geschlossen dem Proletariat gegenübergestellt wird, in zahlreiche, sich heftig befehdende Gruppen zerfällt.

Die Agitation der ältern Generation der Sozialdemokratie stützte sich also auf die Annahme nur *einer* politisch aktiven bürgerlichen Klasse und stellte ihr als geschlossene Einheit die sozialdemokratische Arbeiterklasse gegenüber. Heute müssen wir leider feststellen, daß die Arbeiterklasse eine einheitliche politische Klassenpartei nicht bildet. Wir wollen hier nur flüchtig der Bestandteile der Arbeiterschaft gedenken, die von den bürgerlichen Parteien verschluckt sind. In Berlin erhielten die Deutschnationalen bei der letzten Wahl noch 440 216 Stimmen, das heißt 17,8 % der abgegebenen Stimmen. Wie viele Arbeiterstimmen mögen noch darunter sein? Jedenfalls dürfte das Proletariat Berlins nach landläufigen Begriffen 75 % und mehr der Einwohnerschaft umspannen, und dennoch vereinigten Sozialdemokraten und Kommunisten nur 60,5 % der Stimmen auf ihre Listen. Aber sehen wir über die proletarischen Gruppen hinweg, die von den bürgerlichen Parteien aufgesaugt worden sind, so steht doch die Kommunistische Partei der Sozialdemokratie gegenüber und befehdet sie als "bürgerliche" Partei. Die Kommunisten führen einen "Klassenkampf" gegen die Sozialdemokratie. Die Prawda, das Moskauer Hauptorgan des Bolschewismus, der sich den Namen des Kommunismus angeeignet hat, bezeichnet die deutsche Sozialdemokratie als den »linken Flügel des Bürgertums«.

Die Generation der heute politisch tätigen Sozialdemokraten muß viele Grundvorstellungen der ältern Generation von sich abstreifen, wenn sie das Gebiet der Agitation betritt. Wir haben gesehen, daß sich die Methoden der Agitation wesentlich mit dem Fall des Obrigkeitsstaats geändert haben. Aber auch ihr Inhalt muß sich, wie eben in einigen Punkten nachgewiesen wurde, erheblich modifizieren. Scheinbar sehr feste Begriffe des bisherigen sozialdemokratischen Katechismus sind aufgelöst. Die Begriffe bürgerlich und proletarisch sind von den Bolschewisten umgedeutet worden. Als proletarischer Klassenkampf gilt dem Bolschewismus schließlich nur der Kampf zur Aufrichtung der Diktatur einer Gruppe, die sich Kommunistische Partei nennt, und die dann als Diktatur des Proletariats ausgegeben wird. Der Bolschewismus hat auch die Marx-Engelssche Lehre von der Rolle des Klassenkampfes in der ökonomischen und politischen Geschichte völlig ver-einseitigt. Die Bedeutung, die die Klassenkoalition für die Fortbildung der politischen und ökonomisch-sozialen Institutionen erhielt, ist unter dem Einfluß der bolschewistischen Doktrin sehr herabgemindert worden. Der nicht-unterrichtete Leser unserer Arbeiterblätter erschrickt mitunter schon vor dem bloßen Wort Koalition. Er vergißt, daß die neuen ökonomischen, politischen und sozialen Institutionen Deutschlands vielfach nur durch Koalitionsregierungen geschaffen worden sind.

Wenn wir heute unsere eigenen Genossen für eine aufbauende politische und ökonomische Arbeit erziehen und die junge Generation Deutschlands der Sozialdemokratie erobern wollen, dann können wir uns mit den bisherigen Agitationsmethoden und mit dem gewöhnlichen Inhalt der nur auf die Wahl berechneten agitatorischen Schriften nicht zufrieden geben. Wir

müssen eine große neue, in die Tiefe gehende politische Literatur schaffen, nachdem unsere alte zum Teil untergegangen und zum Teil eben veraltet ist. Nicht organisatorische Instanzen, nur politische Ideen schaffen das Leben der Partei. Die Jugend, die gefühlsmäßig dem Neuen zustrebt, wird ihr von selber zuströmen, wenn sie den Geist in ihr spürt, der durch Werbeinstitutionen nicht ersetzt werden kann. Der konservative "Radikalismus", der jetzt in der sogenannten Kommunistischen Partei wieder auferstanden ist, kann sich in seiner ganzen Unfruchtbarkeit nur enthüllen, wenn der Sozialismus konstruktive Gedanken erzeugt, die unserer Zeit, nicht der Mitte des 19. Jahrhunderts, entsprechen.

Die Sozialdemokratie hat ein politisch-, wirtschaftlich- und sozialkulturell neues Europa zu formen. Dazu bedarf sie der Köpfe und Hände *aller* Schaffenden des Volks.

HEINRICH PEUS · POSITIVE ARBEIT FÜR DEN NEUEN REICHSTAG



In den nächsten 4 Jahren haben 490 Abgeordnete über das Schicksal des deutschen Volkes zu entscheiden. Von diesen 490 gehören 152 der Sozialdemokratischen Partei an, die also 31 % des gesamten Reichstags umfaßt. 54 Mandate hat die Kommunistische Partei erhalten, also 11 % aller. Diese beiden Parteien verfügen demnach über 42 % der Abgeordnetensitze. Was wäre das für eine Macht, wenn sie im Geist der sozialistischen, also schöpferischen (nicht formalen) Demokratie in der Republik eingesetzt werden könnte! Durch produktive Arbeit könnte der vereinigte Sozialismus Deutschlands eine Leistung vollbringen, die ihm nicht nur den entscheidenden Einfluß im Parlament sichern sondern auch diejenigen Schichten gewinnen würde, die, obwohl aus Werktätigen bestehend, ihm doch noch nicht angehören. Da die Dinge nun aber so liegen, daß die 54 Kommunisten für die positive Arbeit nicht mitgerechnet werden können, so ist an eine sozialistische Mehrheit, die aus Eigenem regieren könnte, für die nächste Zeit noch nicht zu denken. Für die Arbeit dieses Reichstags ist daher, wie Karl Hildenbrand hier vor 4 Wochen, vor der Wahl, ausgeführt hat, »Koalitionspolitik unumgängliche Voraussetzung«. Diese Koalition wird natürlich nicht um ihrer selbst willen gebildet, nicht etwa darum nur, damit formell eine parlamentarische Regierung zustande kommt. Es gilt vielmehr auf dieser Grundlage denkbar positive Arbeit zu leisten. Nach innen wie nach außen müssen wir beweisen, daß wir Gutes können. Einiges davon soll hier aufgezeigt werden.

Die wichtigste Frage ist die Wohnungsfrage. Alles muß getan werden, daß Geld, billiges Geld für den Wohnungsbau da ist. Das einfachste Mittel wäre vielleicht allen Steuerzahlern, ja allen Staatsbürgern eine Sparpflicht von vorläufig 1 % ihres Einkommens aufzuerlegen, um aus einer Reichswohnungskasse Baukapital liefern zu können, das nur mit 3 % zu verzinsen und gegen 1 % Tilgung auszugeben wäre. Wenn auch die juristischen Persönlichkeiten zu solcher Kapitalsbildung für den Wohnungsbau herangezogen würden, dann könnte es nicht an dem nötigen Baukapital fehlen, und eine Fülle höchst nützlicher Arbeit würde dadurch geschaffen. Was aber das Wichtigste wäre, es würde auf schnellste Weise dem Wohnungsmangel ein Ende gemacht. Damit müßte sich schnellste Verwirklichung des Bodenreformgesetzes ver-

binden, um für die Wohnungen denkbar billiges Bauland zu beschaffen. Wenn dann in den Gemeinden auch noch darauf hingewirkt würde, daß für einen Bauwert bis etwa 10- oder 20 000 Mark bei Beschaffung von eigener Wohnung die Anliegerkosten auf die Gesamtheit übernommen würden, so entstünde dadurch eine solche Verbilligung des Wohnungsbaus, insbesondere auch in Verbindung mit billigem Baukapital, daß der Ausgleich der Baukosten mit den Mieten für die Häuser aus der Vorkriegszeit dadurch ganz außerordentlich erleichtert würde.

Es kann wirklich kein unerträglicher Sozialismus sein, wenn jeder Staatsbürger 1 % seines Einkommens einer Reichswohnungsbaubank als billiges Kapital zur Verfügung stellen muß. Auch kann es nicht als unerträglicher Sozialismus empfunden werden, wenn man die Spekulation mit Wohnungsboden für die Zukunft ausschließt, und es muß auch als möglich erscheinen in den Gemeinden die Straßen- und Anliegerkosten den kleinsten Eigenheimern nicht aufzuerlegen, wenn dadurch ein gesundes und wahres Wohlbefinden währendes Wohnungswesen zustandekommen kann. Es ist ganz gewiß, daß das Wählervolk für nichts dankbarer sein wird als für eine beschleunigte Beschaffung schönen, Gesundheit und Lebensfreude schaffenden Wohnraums. Wir haben in Anhalt darin das bisher Menschenmögliche getan. Die Sozialdemokratie kann sich aber in Anhalt auch mit ihren wirtschaftlichen wie politischen Erfolgen für die Arbeiterklasse sehen lassen. Man sollte auch schleunigst daran gehen die Mietszinssteuer in eine Grundwertsteuer umzuwandeln und die kleinen Leute dadurch von dieser für sie drückenden Steuer zu befreien, daß man Hauswerte etwa bis zu 10 000 Mark von dieser Steuer frei läßt. Man soll den Besitz eines Hauses in keiner Weise durch Besteuerung erschweren sondern umgekehrt alles tun jedem den Besitz eines eigenen Hauses zu erleichtern.

Die Bodenfrage, auch die bloße Bodenbesteuerung hat eine große Bedeutung auch für eine Gesundung der Landwirtschaft. Wir haben kein Interesse einen Besitz, der nur Besitz ist, nicht großorganisierte Produktion treibt, zu erhalten. Auch da kann ein Bodenreformgesetz höchst heilsam wirken. Wenn ein Gesetz gemacht wird, daß aller Bodenbesitz, der verkauft werden soll, zum Steuerpreis oder doch höchstens mit einem geringen Aufschlag an Staat oder Gemeinde verkauft werden muß, wenn Staat und Gemeinde das verlangen, dann könnte dadurch viel unproduktiv verwalteter Besitz an wirklich arbeitende Landwirte gebracht werden. Alles muß getan werden den arbeitenden Landwirt von der Ausbeutung durch den Verpächter oder durch den Bodenzins zu befreien. Der von bloßer Rente lebende Besitzer, der selber keine Arbeit leistet, ist der überflüssigste Mensch von der Welt.

Wir müssen mit der Förderung der landwirtschaftlichen Produktion endlich Ernst machen. Unsere Partei hat sich zu diesem Zweck in Kiel ein Agrarprogramm geschaffen. Wir müssen beginnen dessen Forderungen, so unvollkommen sie noch sein mögen, endlich auch in die Praxis umzuwandeln. Ein großes Feld solcher agrarischen Tätigkeit liegt auf genossenschaftlichem Gebiet. Wie die Arbeiterklasse sich durch die Konsumgenossenschaften eine erhebliche Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage und insbesondere auch ein erhebliches Stück wirtschaftlicher Macht verschafft hat, so muß auch die Landwirtschaft sich sowohl für den Einkauf wie auch für den Verkauf genossenschaftlich organisieren und sich dadurch der Ausbeutung durch das

Handelskapital erwehren. Der Reichstag kann in seiner Gesetzgebung da nicht viel tun. Wohl aber sollen die Gesetzgeber des Volkes nicht müde werden das Landvolk auf die Notwendigkeit wirtschaftlicher Organisation immer wieder hinzuweisen. Auch sollen die behördlichen Instanzen dieser Organisation in jeder Weise Vorschub leisten. Wir müssen die Bauernfrage auch immer unter dem Gesichtspunkt betrachten, daß alles getan werden muß das Leben der Landbevölkerung möglichst zu verbessern. Den Landarbeitern müssen natürlich vor allem viel bessere Wohnungsverhältnisse geschaffen werden. Der Landarbeiter muß auch Gärtner und Kleinbauer werden können. Wir haben gar kein Interesse daran die Anzahl der völlig verelendeten Proletarier in der Stadt mit jedem Jahr noch weiter zu vermehren. Dazu gehört auch, daß der kulturellen Hebung des Lebens auf dem Land die größte Aufmerksamkeit zugewandt wird. Je größer der Unterschied zwischen dem Leben auf dem Land und dem Leben in der Stadt wird, um so schwerer wird es werden die für die landwirtschaftliche Arbeit erforderlichen Arbeitskräfte auf dem Land festzuhalten. Was sie aber fesseln soll, das ist das eines Menschen unserer Zeit würdige Leben, das mit jeder ehrlichen Arbeit verknüpft sein muß.

Ich kann heute hier nicht alle die Dinge aufführen, die Gegenstand der Arbeit des kommenden Reichstags sein werden. Darum soll denn auch nur in aller Eile darauf verwiesen werden, daß, wie es sich von selbst versteht, in der Außenpolitik alles geschehen muß, was geeignet ist den Frieden unter den Völkern zu fördern. Besonders das Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich muß von der Partei mit allen Mitteln zu einem möglichst freundlichen gestaltet werden. Sind Frankreich und Deutschland einig, dann ist der wichtigste Schritt zum Vereinigten Europäischen Kontinent getan. Die fürchterlichen Gefahren eines zukünftigen Krieges sind in der letzten Zeit mit so schrecklicher Deutlichkeit in die Erscheinung getreten, daß wir allen Anlaß haben der Welt zum Bewußtsein zu bringen, daß es mit dem rohen Mittel Krieg wirklich in der Welt vorbei sein muß. Der Krieg bringt keinem Volk mehr Nutzen. Er fördert, obendrein auch noch recht zweifelhafterweise, die Interessen weniger Teile des Volkes, er schmeichelt der noch aus der Vergangenheit lebenden Phantasie gewisser Kreise, aber er ist kein Element mehr, das in die Zukunft führt. Der Kriegsheld hat geschichtlich ausgespielt, und der Held der schöpferischen Arbeit ist schon an seine Stelle getreten. Die Überquerung des Ozeans für friedliche Zwecke der Menschheit hat die größte Bedeutung, eine Ausnutzung dieser gewaltigen Flugtechnik für kriegerische Zwecke wäre das Furchtbarste des Furchtbaren. Dagegen muß sich unsere ganze politische Energie aufbäumen.

Wird aber eine Koalition es fertig bringen für solche wenigen, aber wesentlichen Ziele sich gemeinsam einzusetzen? Wir haben alles zu tun, um solche positive Arbeit mit den Parteien, mit denen wir die Regierung bilden, zu leisten. Wenn es uns nicht gelingt, darf es nicht an uns liegen. Wir müssen immer und immer wieder die Bereitwilligkeit an den Tag legen das Menschenmögliche zu vollbringen, um zu substanziellen Ergebnissen unserer parlamentarischen Arbeit zu kommen. Wir können, solange wir nicht für uns allein die Mehrheit haben, nicht das durchsetzen, was wir nach unserm Programm möchten. Wir müssen unseren Wählern immer wieder klar machen, daß, was wir in der Regierung, die wir bilden, in Verbindung mit anderen Parteien tun, nicht mit dem identisch sein kann, was wir uns pro-

grammatisch vornehmen, solange wir nicht allein zu bestimmen haben. Wenn wir uns immer so verhalten wollen wie politische Urteilslosigkeit von uns fordert, dann lassen wir das Volk, insbesondere die Arbeiterklasse, politisch nie zur Reife kommen, dann bleiben wir ewig im Agitatorischen. Wir bleiben überhaupt viel zu sehr in den Proklamationen stecken, wir müssen weit mehr als bisher zu den jeweilig möglichen Taten kommen. Der Reichstag soll eine Versammlung sein, die durch ihre Beschlüsse Tatsachen schafft. Das rein Ideenhafte muß sich außerhalb des Reichstags in Literatur und Presse vollziehen. Was uns als politische Partei auf die Dauer beim Volk Ansehen verschafft, das ist positive Verbesserung des Lebens unseres Volkes. Und darum kommt alles auf gute politische Taten an. Sorgen wir in Stadt und Land für denkbare Verstärkung besten und billigsten Wohnungsbaus, schaffen wir dadurch zugleich Arbeit über Arbeit, sorgen wir, daß der Landarbeiter und der Bauer auf billigem Boden produzieren und durch genossenschaftliche Organisation sich gute Preise verschaffen können, und sorgen wir, daß ganz Europa in redlicher Arbeit ein großes Gemeinschaftsideal gewinne, dann wird der Reichstag gute, nützliche Arbeit tun, und das Wählervolk wird uns bei der nächsten Wahl dafür dankbar sein, so daß das Ende der Legislaturperiode dann nicht, wie schon manchmal nach Wahlsiegen, uns ein ganz anderes Gesicht zeigt als der Anfang.

LUDWIG QUESSEL · EINE GEFAHRENQUELLE IM NEUEN REICHSTAG

MIT anderen Augen als der vorzugsweise innenpolitisch Interessierte wird der Außenpolitiker, der aus Erfahrung weiß, daß das, was eine linksgerichtete Mehrheit uns allenfalls an sozialen Fortschritten zu bringen vermag, durch eine angelsächsische, gegen Kontinentaleuropa gerichtete Außenpolitik nur zu leicht wieder vernichtet werden kann, sich das Wahlergebnis vom 20. Mai ansehen. Außenpolitisch gesehen ist die Situation nach dem 20. Mai 1928 in mancher Hinsicht ähnlich der nach der Reichstagswahl vom 6. Juni 1920. Damals errangen Sozialdemokraten, Unabhängige und Kommunisten zusammen 190 Mandate von 459, während am 20. Mai 1928 Sozialdemokraten und Kommunisten von 490 Mandaten nicht weniger als 206 gewonnen haben. Wir haben also wieder wie 1920 eine große Linke, die, wenn ihre Mandatszahl vielleicht auch nicht ausreicht auf sozialem Gebiet wirklich positive Leistungen zu vollbringen, doch schwere Fehler in der Außenpolitik verhindern könnte. Wie jetzt die linke Mehrheit in der Lage wäre durch die von Briand erwarteten positiven Vorschläge in der Sicherheits- und Reparationsfrage alsbald die Räumung des Rheinlands zu erzielen, so war 1920 die sozialistisch-kommunistische Linke an sich auch stark genug eine wirklich kontinentaleuropäische Außenpolitik durchzusetzen. Wir wissen jedoch, daß das Gegenteil davon Wirklichkeit wurde. Schon nach einem Jahr war die Linke von 1920 derart unter englischen Einfluß geraten, daß außenpolitisch nicht das in Berlin geschah, was Deutschland frommte, sondern lediglich das, was England nützlich schien. Was unter dem Reichstag vom 6. Juni 1920 in Deutschland geschah, darf unter keinen Umständen vergessen werden, weil heute ähnlich wie 1920 wieder die Gefahr vorhanden ist, daß die Reparationsfrage einseitig unter angelsächsischen Gesichts-

punkten in den Mittelpunkt der auswärtigen Politik Deutschlands gerückt wird. Aus den Fehlern der Vergangenheit muß das deutsche Volk lernen, wenn es sich die Zukunft heller gestalten will. Und deshalb ist es notwendig offen und ehrlich, ohne Verschleierung und Beschönigung, auf die Dinge zu verweisen, die Deutschland 1923 dicht an den Rand des Abgrunds führten.

Solange England ausgesprochen feindlich Deutschland gegenüberstand, konnte freilich auch der Reichstag von 1920 in der auswärtigen Politik schwere Fehler nicht begehen. In richtiger Erkenntnis der durch Deutschlands Niederlage geschaffenen Situation nahm er am 11. Mai 1921, nachdem das Kabinett Fehrenbach nach der mißglückten Anrufung Amerikas als Schiedsrichter zurückgetreten war, den Londoner Zahlungsplan vom 5. Mai an, was wesentlich darauf zurückzuführen ist, daß der Wilhelmstraße die von der Downing Street erhoffte geheime Gegenorder nicht zuzuging. Aber schon im nächsten Jahr begann mit voller Stärke jene unheilvolle, von England inspirierte Reparationspolitik, die die Siegerstaaten des Kontinents als eine systematische Sabotage der Erfüllungspolitik ansahen. Zunächst unterließ es der Reichstag von 1920 Besitzsteuern auf der Goldbasis zu erheben. Die Folge war, daß das Reich im Finanzjahr 1922-1923 den Betrag von 260 Millionen Goldmark, also über 2 Milliarden weniger als 1927, erhielt, womit der Zusammenbruch der Erfüllungspolitik unvermeidlich gemacht worden war. Es war daher wirklich keine Bosheit zu nennen, daß Poincaré von den linken Parteiführern als Beweis ihres laut beteuerten Erfüllungswillens zunächst einmal die Erhebung von ausreichenden Besitzsteuern verlangte, wie sie in zivilisierten Ländern üblich seien.

Blickt man heute an der Hand der amtlichen Reparationsdokumente auf das Jahr 1922 zurück, so sieht man, welches Entgegenkommen die kontinentalen Siegerstaaten gegenüber der regierenden republikanischen Linken bewiesen haben. In 2 jähren Abstürzen ist nach den amtlichen Dokumenten, die dem Reichstag über die Reparationsfrage zugingen, die Summe der Barleistungen im Jahr 1922 zunächst von 2000 Millionen Goldmark auf 720 und dann von 720 Millionen Goldmark auf 0 Goldmark herabgesetzt worden. Das Vollmoratorium für Barleistungen wurde Deutschland allerdings erst gewährt, als von Berlin Sicherheit für spätere Zahlung gegeben worden war. Wie die Barleistungen, so wurden auch die Sachleistungen 1922 stark vermindert. So forderte Frankreich, um Deutschlands ökonomischen Aufschwung nicht zu stören, von den ihm zustehenden Sachleistungen im Wert von 950 Millionen Goldmark lediglich 250 Millionen an, wovon Berlin jedoch 100 Millionen schuldig blieb, was dann, nachdem die republikanische Linke der monarchistischen Rechten ohne wesentlichen Kampf das Feld geräumt hatte (Reichskabinett Cuno-Becker), Paris den äußern Anlaß zur Besetzung des Ruhrgebiets bot. Den eigentlichen Grund zur Pfändungsaktion gab jedoch das deutsche Moratoriumsgesuch vom 14. November 1922, das von der Kriegslastenkommission ausging und auf englische Inspiration, auf die (gleichviel ob wirklich gegebenen oder vermuteten) Ratschläge Lord d'Abernons zurückzuführen ist. In ihm verlangte Deutschland für 3 bis 4 Jahre von allen Bar- und Sachleistungen befreit zu werden und dazu noch einen Kredit von 500 Millionen Goldmark. Als Gegenleistung stellte Berlin allerdings Sachlieferungen in Aussicht, freilich nur so weit als sie aus laufenden Einnahmen oder inneren Anleihen bestritten werden könnten. Da wegen der faktischen Nichterhebung von Besitzsteuern die laufenden

Einnahmen gegenüber den Ausgaben einen riesenhaften Fehlbetrag aufwiesen, und innere Anleihen damals noch viel weniger als heute untergebracht werden konnten, war der zahlenmäßige Wert der angebotenen Gegenleistung tatsächlich gleich Null. Deutschland erbot sich also in den nächsten 3 bis 4 Jahren zu Bar- und Sachleistungen im Betrag von 0 Goldmark, sofern die Siegerstaaten ihm einen Kredit von 500 Millionen Goldmark zur Verfügung stellten. Kein Wunder, daß alle Gläubigerstaaten, mit alleiniger Ausnahme Englands, das der eigentliche Urheber dieses denkwürdigen Nullenangebots war, in dem Moratoriumsgesuch vom 14. November 1922 nichts anderes als eine Ankündigung Deutschlands sahen in der Folge die Reparationszahlungen überhaupt einzustellen und es auf einen Reparationskrieg ankommen zu lassen.

Man kann es heute, wenn man die Politik von 1922 im einzelnen nachprüft, kaum verstehen, wie die über 190 Mandate verfügende äußerste Linke sofort mit den Parteien der Mitte und der Rechten trotz der ganz unvermeidlichen Niederlage eine "nationale" Einheitsfront zur Abwehr der Ruhrbesetzung bilden konnte. Wohin uns diese von England geleitete Politik führte, ist leider vielfach schon vergessen worden. Als das verhängnisvolle Moratoriumsgesuch vom 14. November 1922 dem deutschen Volk bekannt wurde, war die deutsche Industrie bis zur Grenze ihrer Leistungsfähigkeit beschäftigt, obwohl sie längst gelernt hatte Weltmarktpreise zu nehmen und in Gold zu fakturieren. Demgemäß belief sich die Anzahl der Vollerwerbslosen auf 42 000. Als der gemeinsame Kampf der Monarchisten und Republikaner an Rhein und Ruhr eingestellt werden mußte, weil die von England scheinbar zugesagte moralische Unterstützung des deutschen Nullenangebots selbstverständlich ausblieb, zählte man in Deutschland 3 450 000 Vollerwerbslose. Noch schlimmer als die Arbeitsnot war der finanzielle Blutverlust, den das deutsche Volk durch diese Politik zu beklagen hatte. Mit welcher Vehemenz die Vernichtungsmaschinen der Inflation gearbeitet hatten, zeigt uns das Emporschnellen des Dollarkurses von 7200 auf die astronomische Zahl von 4,2 Billionen, wodurch 200 Milliarden Goldmark Zahlungsverpflichtungen auf 20 Pfennig entwertet worden waren.

Ähnlich wie 1920 stehen wir heute wieder vor der schicksalsschweren Aufgabe eine die Wohlfahrt Deutschlands und Kontinentaleuropas sichernde Endlösung des Reparationsproblems herbeizuführen. Die Gefahr für Deutschland muß heute darin gesehen werden, daß mit dem Eintritt der Sozialdemokratie in die Regierung England die sogenannte nationale Opposition ganz für seine Zwecke in die Hand bekommt, während auf der andern Seite erfahrungsgemäß bei vielen Sozialdemokraten, wenn sie aus der Oppositionsstellung heraustreten, die Sehnsucht nach der vermeintlich nationalen, in Wirklichkeit angelsächsischen Einheitsfront außerordentlich stark wird. Die Gefahr einer britischen Einflüsterungen unterworfenen Einheitspolitik in der Reparationsfrage rückt daher wieder für unser Volk in greifbare Nähe. Auch von Moskau ist eine Abwendung dieser Gefahr durch eine antienglische Parole für die deutschen Kommunisten nicht zu erwarten. Man muß vielmehr fürchten, daß, ähnlich wie 1923, die Kommunisten auch 1929 sich wieder solcher Einheitsfront auf das Gebot der Moskauer Internationalen hin angliedern werden. Wenn die sozialdemokratische Presse ankündigt, daß die Revision der Daweslasten »die entscheidende außenpolitische Aufgabe der Sozialdemokratie« in der Reichsregierung und im

neuen Reichstag sein wird, so darf man sich nicht wundern, daß diejenigen Kreise Frankreichs, die die Rolle noch nicht vergessen haben, die der Lordkanzler d'Abernon in den Unheilsjahren 1922 und 1923, als der Reichstag eine ähnliche Zusammensetzung aufwies wie heute, spielen konnte, mit schweren Bedenken den kommenden Dingen in Deutschland entgegensehen.

Gewiß kann man gegenüber diesen Befürchtungen einwenden, daß die Verhältnisse seit 1923 durch den Abschluß des Eisen- und des Kalipakts wesentlich verändert sind. Richtig ist auch, daß Amerika an der Zahlung der Reparationen heute ein starkes Interesse hat, da die Schuldenabkommen der Vereinigten Staaten mit den europäischen Mächten alle unter der stillschweigenden Klausel nur so lange zu zahlen als Deutschland zahlt abgeschlossen worden sind. Andererseits ist der finanzielle Einfluß der Angelsachsen in Europa seit 1923 ganz gewaltig gestiegen, aus Gründen, die vornehmlich in dem Umstand zu finden sind, daß Europa infolge der englischen Quertreiberei (Nichtratifizierung des Genfer Protokolls) zu einem organisierten Frieden noch nicht gelangt ist. Nach den amtlichen Mitteilungen des amerikanischen Schatzamts sucht das europäische Kapital die Sicherheit, die ihm unser Kontinent nicht zu bieten vermag, in Amerika. Fast alle europäischen Banken, und besonders die Hollands und der Schweiz, kaufen Tag für Tag amerikanische Wertpapiere für ihre Kundschaft in ganz Europa. Die europäische Valuta, die Amerika für seine Wertpapiere erhält, benutzt es, um Europa zu finanzieren. Die Vereinigten Staaten sind nach den Erklärungen ihres Schatzamts gar nicht in der Lage große Kapitalanlagen in Europa machen zu können, weil ihre Zahlungsbilanz gegenüber Europa passiv ist. Die Amerikaner reisen viel und geben überall in Luxushotels und Luxusbädern viel Geld aus. Daraus entstehen nach den Berechnungen des amerikanischen Schatzamts gegenüber Europa Zahlungsverpflichtungen von rund 600 Millionen Dollars pro Jahr. Hinzu kommen jährlich rund 300 Millionen Dollars Zahlungsverpflichtungen aus Geldsendungen von Einwanderern in die europäische Heimat. Wenn trotzdem die Vereinigten Staaten von 1924 bis 1927 jährlich 1,2 bis 1,6 Milliarden Dollars an das Ausland verliehen haben, so erkläre sich dies daraus, daß Amerika bei der Finanzierung Europas nur eine Garantie- und Vermittlerstellung einnehme. Der ehemalige italienische Ministerpräsident Francesco Nitti, der die Angaben des amerikanischen Finanzamts genau nachgeprüft hat, gelangt zu der Schlußfolgerung, daß die Vereinigten Staaten tatsächlich lediglich »europäisches Geld an Europa verleihen. Europa ist es, das nicht nur sich selbst sondern auch den anderen großen amerikanischen Ländern auf dem Weg über die Vereinigten Staaten Geld leiht ... Die Folge davon ist natürlich, daß, wenn Europa an die Vereinigten Staaten zu 5 % leiht, die Vereinigten Staaten das selbe Geld nach Europa zu einem Satz von 7 bis 8 % zurückgeben.«

Die vom amerikanischen Schatzamt geschilderte und von Nitti bestätigte geheime Interessengemeinschaft des europäischen und angelsächsischen Kapitals, auf die wesentlich der hohe Zinsfuß in Europa zurückgeführt werden muß, ist für den, der historisch-ökonomisch zu denken gewohnt ist, eine wichtige Erklärung für die bedauerliche Tatsache, daß das kontinentaleuropäische Interesse bisher noch jedesmal unter die Räder gelangte, wenn es mit dem angelsächsischen kollidierte. Ob in der Reparationsfrage eine neue Kollision kontinentaleuropäischer und angelsächsischer Interessen wie

gen keine Perücke, noch sehen wir Felle davonschwimmen, wir vermögen aber auch gerade in diesem Kelloggschen Dokument nur einen recht bedenklichen Versuch der »Machtpolitik« zu erblicken eben einer »sich erneuernden Welt« entgegenzuarbeiten. Nur wenn man diesen Kriegsächtungspakt nach seinen kriegspolitischen, heeresorganisatorischen und strategischen Voraussetzungen untersucht, wird man zu brauchbaren Werturteilen gelangen.

Briand hat bekanntlich schon in den von Frankreich mit der Regierung in Washington gepflogenen Vorverhandlungen, also vor dem 13. April, vor allem betont, daß der Pakt allen Staaten, die beizutreten wünschten, offenstehen müßte, nicht nur den Großmächten. Die Vereinigten Staaten von Amerika hatten darauf mit schlechtverhehlter Verärgerung am 13. April, bei Übergabe des Kelloggschen Paktantrags, betonen lassen: »Meine Regierung hat nicht eingeräumt, daß solche Erwägungen irgendeine Änderung ihres Vorschlags [für einen mit den Großmächten geschlossenen Vertrag] nötig mache, und sie ist der Ansicht, daß jede Nation in der Welt gleichermaßen im Hinblick auf ihre eigenen Interessen wie auf die Interessen der ganzen *Völkerfamilie* an einem derartigen Vertrag teilnehmen kann.« Briand hatte nämlich, in und zwischen den Zeilen, auf den springenden Punkt hingewiesen. Die staatliche Organisation der Welt ist leider heute noch nicht so einfach wie es wünschenswert wäre. Der Kelloggsche Vorschlag scheint stillschweigend vorauszusetzen, daß das Schicksal dieser Welt schon zwischen den 6 Kontrahenten Nordamerika, England, Frankreich, Deutschland, Italien und Japan geregelt werden könne. Ganz Südamerika, von dem, zumindest den Zukunftsaussichten nach, auf jeden Fall Argentinien und Brasilien heute schon Großmachtsrang beanspruchen dürfen, scheint stillschweigend der Diktatur des Monroeparagraphen unterstellt. Das Vierhundertmillionenvolk der Chinesen ist ebenfalls beiseitegestellt, ebenso das wieder werdende Russische Weltreich. Noch wesentlicher ist, daß im Kelloggschen Pakt der europäische Kontinent immer noch in 3 Faktoren zerteilt ist: Deutschland, Frankreich, Italien. Eine Verewigung der europäischen Zerrissenheit wird stillschweigend vorausgesetzt. So einfach liegen also die Dinge auf der Erde nicht. Die »Völkerfamilie« ist leider immer noch vielfach zersplittert. Einfachheit darf nicht vorausgesetzt werden, um dann mit einer großen Berliner Tageszeitung ganz »naiv der Welt die Frage zu stellen: Ihr wollt den Frieden, weshalb nehmt ihr ihn euch nicht?«. Staatsmännischer Pazifismus müßte, umgekehrt, zunächst die Vereinfachung der staatlichen Organisation der Welt anstreben.

Ein Fanatiker des Weltfriedens, als den sich Kellogg ausgibt, müßte so viel geschichtliche Bildung haben, daß er zunächst dies festzustellen hätte: Die europäische Geschichte bis 1914 und darüber hinaus war der Kampf um ein europäisches "Gleichgewicht". Im Ausbalanzieren von Kräften liegt aber auch die Quelle kriegerischer Verwicklungen. Wir müssen diesen Prozeß auf möglichst wenige Gruppen zurückführen. Darum sollte der europäische Kontinent sich endlich selber einmal in eine organisierte Arbeitsgemeinschaft bringen. Europa ist in seiner Zersplitterung mit Amerika, mit England, wirtschaftlich heute schon, erst recht morgen gar nicht konkurrenzfähig. Gerade wirtschaftliche Unausgeglichenheit ist aber vom Standpunkt des Friedens innerhalb der Völkerfamilie die Hauptfehlerquelle. Das, und nur das wäre eine neue Botschaft, wäre wirklich etwas »wundervoll Junges«.

wie ein deutscher Publizist in erstaunlicher Verkennung Kelloggs Ächtungspakt nannte, der in Wahrheit nur eine machtpolitische Zweckhandlung, aber auch formal etwas ganz Ausgeleiertes ist: der utopische Schrei nach dem ewigen Frieden, ohne daß man ihm Grundlagen gäbe. Der tiefere Sinn der Vorbehalte Briands war jedenfalls, daß die notwendige Voraussetzung praktischer, nicht utopischer Friedenspolitik heute noch nicht erreicht sei: einfachere staatliche Organisation der Welt, der »Völkerfamilie«. Deshalb auch sein Hinweis auf den Völkerbundspakt. Die Völkerbundszentrale hat, zumal bei dem Fernbleiben Nordamerikas, Bedeutung vor allem insofern, als sie Kristallisationsmittelpunkt für das werdende Europa ist, dem sich nach Maßgabe ihres egoistischen und ideellen Interesses an diesem werdenden Kontinent heute schon außereuropäische Staaten affiliieren. Mit den weiteren Vorbehalten Briands aber, daß der Pakt nicht das Recht der legitimen Verteidigung ausschließen dürfe, und daß einem Staat gegenüber, der den Kriegsächtungspakt verletzt habe, auch die Friedenspflichten aller anderen Staaten suspendiert seien, ist nur auf die Tatsache hingewiesen, daß, solange Kontinentaleuropa nicht geschaffen ist, eine Hauptgefahrenquelle für den Frieden immer noch existiert.

Angenommen aber auch, die vom Weltkrieg physisch, erst recht seelisch erschöpften Völker Europas seien noch auf lange Jahre hinaus, auch ohne Einigung, von neuerlicher gegenseitiger Zerfleischung zurückzuhalten, sind, rein theoretisch, Weltkriegsgefahren darüber hinaus noch denkbar. Auf rein theoretisch konzipierte Kriegsgefahren ist ja schließlich jede Heeresorganisation und auch jede Vorerwägung von Aufmärschen gegründet. Als ich vor 3 Jahren in einem Aufsatz über den Zukunftskrieg und unsere "Sachverständigen" im Reichsbanner darlegte, daß gerade die technische Natur dieses Zukunftskriegs gemäß den aus ihr fließenden räumlichen und zeitlichen Bedingungen eine Kriegführung auf rein nationaler Grundlage nur dann zulasse, wenn die nationale Gemeinschaft kontinentale Ausmaße habe, tat dies der Generalleutnant von Altrock im Militärwochenblatt als würdelosen Pazifismus ab. Heute schreibt, in der Neuen Züricher Zeitung vom 10. April 1928, das deutschnationale Mitglied der deutschen Völkerbundsdelegation Otto Hoetzsch: »Aber immer klarer wird dabei, was auch in der Debatte zum Wehretat im deutschen Reichstag zum Ausdruck gebracht wurde, daß künftig ein Zusammenstoß zwischen 2 Staaten allein, ein Krieg zwischen 2 Staaten allein nicht mehr denkbar [!] sei.« Wo also liegen Weltkriegsgefahren? Kellogg hat in seinem Kriegsächtungspakt Rußland ignoriert. Nun ist derzeit und auf lange Jahre hinaus kein Reich der Welt derart auf eine rein innen-nationale Aufgabe größten Maßstabs konzentriert wie gerade Rußland. Sein Regime, es mag aussehen wie es wolle, steht oder fällt mit der Lösung oder Nichtlösung des Problems des bäuerlichen Leben wirtschaftlich und sozial in den dem russischen Volkstum gemäßen, altüberkommenen Formen neuzeitlich zu organisieren. Der Agrarwissenschaftler August Freiherr von Haxthausen bezeichnete schon im Anschluß an eine in den Jahren 1843 und 1844 durchgeführte Studienreise in seinem Buch über die ländliche Verfassung Rußlands dieses Problem als die »tief im Gemüte, in der Seele, in den Sitten liegende Anschauung und Idee des russischen Volkes, die zugleich christliche Anklänge hat, daß aller Grund und Boden in der Totalität dem ganzen Volk angehöre, und daß dem Stammesvater, dem Vater des Volkes, dem Zaren und der von ihm gesetzten oder zugelassenen Obrigkeit allein

die Disposition der Verteilung nach Gerechtigkeit, daß jeder gleich viel erhalte, zustehe«. Die Bedeutung von Rußland-Sibirien-Mongolei als Getreidekammer der Welt wird ungeheuer steigen. In dem Maß aber, wie die Agrarproduktion Rußlands erstarkt, wird auch die innere Aufschließung dieses Riesenreichs wachsen. Auf dieses Fernziel wird die gesamte Tätigkeit jeder russischen Regierung gerichtet sein müssen, ihre ganze wirtschafts- und finanzpolitische Spannkraft muß darauf abgestellt sein. So demonstrativ riesenhaft das russische Heeresbudget unter dem Bolschewismus auch ist, mehr als zu ihrer Instandhaltung als innenpolitische Polizeikraft unerläßlich wird in die sogenannte Rote Armée nicht hineingesteckt werden. Auch die Propagandatätigkeit des Moskauer Exekutivkomitees der sogenannten Kommunistischen Internationale darf nicht überschätzt werden. Sie ist, wenn sich auch gewisse Teile der europäischen Arbeitermassen immer noch von ihr imponieren lassen, doch nichts als eine Methode den bolschewistischen Machtkredit zu steigern. Der verstorbene General Max Hoffmann, der »an allen Ecken Moskau« sah, schrieb noch im Februar 1927 dem Vertreter des nordamerikanischen International News Service: »Ich war [gelegentlich eines Besuchs in England] im allgemeinen erstaunt, wie sehr damals in England noch die Gefahr des bolschewistischen Offensivkriegs unterschätzt wurde, den Moskau mit seiner Propaganda seit Jahren gegen das englische Empire führt.« Diese nüchterne Einschätzung seitens der Angelsachsen ist aber gar nicht erstaunlich. Daß, zumal bei fremdländischer direkter oder indirekter Finanzierung die Machthaber im Kreml zu einem zeitlich mehr oder weniger begrenzten Zusammengehen etwa mit Deutschland gegen eine andere kontinentaleuropäische Mächtegruppe zu haben sein würden, ist eine Sache für sich. Solche bolschewistische Militärpolitik, soweit sie in die Erscheinung trat, war stets zu eindeutig antifranzösisch und antieuropäisch orientiert, als daß nicht der angelsächsische rote Faden in diesem Gewebe zu erkennen wäre. Denn das englische und das nordamerikanische Weltreich sehen in dem Komplex Rußland-Sibirien-Mongolei zweifellos eine Interessenzzone, zu deren Durchdringung und Ausbeutung ihre eigene Kraft voll ausreicht. Und an dieses Werk werden sich die Angelsachsen machen, es sei denn, Europa schließe sich, alsdann ein ebenso leistungsfähiger Kontrahent, zusammen, um dann, ohne jede Aggressivität, den Nordamerikanern und Briten jenes Wort offen zu sagen, das wir von dem Machtpolitiker Kellogg nicht gehört haben.

Aus einer Ausschaltung Europas von einem russischen Neuaufbau kann gerade die größte Kriegsgefahr heraufsteigen. Will man gegen sie in dem Pazifismus der angelsächsischen Massen einen Schutz sehen? Glaubt man, daß ein Kriegsausbruch durch die von dem Exekutivkomitee der Sozialistischen Arbeiterinternationale in seinen Beschlüssen vom 24. und 25. Februar 1928 so betonte »Kontrolle demokratischer Einrichtungen und einer freien öffentlichen Meinung« verhindert werden könnte? Die »freie öffentliche Meinung« ist in den Vereinigten Staaten, dem Land der Arbeitslosenheere, durch die Erziehung breiter Volksteile zu nüchternem Erwerbsstreben charakterisiert. Und England? Wie auffallend wenig Widerstand hat zum Beispiel, wenige Jahre nach dem Krieg, die Entsendung von Regimentern nach Ostasien ausgelöst, wie vorsichtig glaubte selbst Genosse MacDonald das ägyptische Problem noch in allerletzter Zeit anfassen zu müssen. Zum Zweck der Schwächung oder völligen Ausschaltung von Rivalen würden

England wie die Vereinigten Staaten an einer dauernden Veruneinigung Kontinentaleuropas, gegebenenfalls sogar an akuten Konflikten zwischen einzelnen europäischen Nationen oder europäischen Mächtegruppen alles Interesse haben, dem als wirksamste Hemmung die objektive, den beteiligten Völkern ehrlich und gründlich zu übermittelnde Erkenntnis entgegengestellt werden müßte, daß die technischen Ausmaße des Zukunftskriegs über solche Begrenzungen hinausgewachsen sind. Angenommen endlich aber, die Ausschaltung oder schließlich unerträgliche wirtschaftliche Unterdruckhaltung eines nicht oder zu spät geeinten Europas führe nahe an einen Zustand heran, aus dem dann das Feuer eines Krieges herausbrechen müßte: wäre dann die Existenz eines "Kriegsächtungspakts" nicht für die angelsächsischen Volksmassen eine Art religiöser Rückversicherung der eigenen Unschuld und stärkste moralische Hemmung der europäischen Volksgemeinschaft?

Wehrpolitik kann nur auf Grund von Kombinationen getrieben werden. Sie kann nicht mit festgeronnenen Elementen rechnen. Die Wertlosigkeit des Kelloggspakts muß an der gefährlichsten Velleität erörtert werden. Mit dem Vollzug kontinentaler Einigung allerdings würden die internationalen Krisenmöglichkeiten, es würde die denkbare Zahl von Zügen auf dem Schachbrett der Geheimdiplomatie an sich verringert werden. Die gegenseitige offene Darlegung der überblickbaren Anzahl von Möglichkeiten führte dann zum einzig möglichen Prinzip "Leben und leben lassen!", demnächst zur Möglichkeit weitgehender Einschränkung der Rüstungen, dann erst zur moralischen Möglichkeit eines wirklichen Kriegsächtungspakts, der seinen Namen nicht mehr zur Verdeckung von Machtpositionen hergäbe. Jede andere Reihenfolge ist Unaufrichtigkeit.

Diese Unaufrichtigkeit durchzieht selbstverständlich auch Englands Antwort an Kellogg. Es ist ein Merkwürdiges um unsere demokratischen und auch einen Gutteil unserer sozialdemokratischen Außenpolitiker. Zu Haus scheinen sie vom Konservativismus und seiner Weltanschauung so geschieden wie Feuer von Wasser. Kommt aber mit irgendwelchen Gedankengängen, wenn sie nur mit pazifistischem oder pseudointernationalem Öl gesalbt sind, ein erzkapitalistischer oder stockkonservativer Machtpolitiker wie Kellogg oder Austen Chamberlain, so ist man plötzlich, über die taktischen Notwendigkeiten der diplomatischen Höflichkeit hinaus, ganz eines Herzens mit ihm. Englische Pazifisten haben sich, wie man las, durch Sir Austen Chamberlains Antwort »aufs schwerste enttäuscht« gefühlt. Ich will die subjektive Ehrlichkeit vieler englischer Pazifisten nicht bezweifeln; ein Morel zum Beispiel, der allerdings nicht reinblütiger Angelsachse gewesen ist, war sicherlich stets ganz aufrichtig. Aber auch für englische Pazifisten spielen, zumindest im Unterbewußtsein, doch noch manche Gefühlszusammenhänge mit der Weltpolitik des Angelsachsentums eine Rolle. Deshalb ist schon in der englischen pazifistischen Kritik an Chamberlains Antwort auf den Kelloggspakt das Wesentliche nicht scharf genug hervorgekehrt worden. Dieses Wesentliche ist, daß auch England die Kelloggsche Voraussetzung stillschweigend akzeptiert, daß die "Völkerfamilie" im wesentlichen bestehe aus den 6 Kontrahenten, Nordamerika, Großbritannien, Japan, Frankreich, Deutschland, Italien, und daß mit Ansetzung der 3 Faktoren Deutschland, Frankreich, Italien die Zersplitterung des europäischen Kontinents weiterhin legalisiert werden soll. Garvin hat im

Observer die Katze fast ganz aus dem Sack gelassen, als er schrieb, es sei richtig, daß die britische Antwort ausspreche, der Kriegsächtungspakt dürfe den Völkerbundsvertrag nicht beeinträchtigen; aber die Andeutung, daß alle übrigen bestehenden Verträge, das heißt auch die militärischen Verträge Frankreichs, indirekt durch Verpflichtungen anerkannt werden sollten, sei ein so zweifelhaftes, umstrittenes und ärgerniserregendes Unternehmen, daß von einem solchen Vorschlag nicht zu erhoffen sei, daß er vom amerikanischen Senat angenommen werde. Ja, in diesem Ärger über »die militärischen Verträge Frankreichs« liegt der springende Punkt. Auf dem Kontinent ist Frankreich Deutschland gegenüber seit 1919 völlig saturiert; daß die berühmte "Politik des Sonnenkönigs" heute jedenfalls ad acta gelegt ist, werden selbst diejenigen nicht bestreiten können, die sie in den letzten Jahren so unermüdlich zitierten. Kolonialpolitisch aber wird sich Frankreich, in vielleicht nicht zu ferner Zukunft, nur mit einem deutschen Mitarbeiter in Afrika betätigen können. So haben und hatten Frankreichs »militärische Verträge« Sinn und Bedeutung vornehmlich darin, daß sie den ersten, wenn auch noch so leicht zu mißdeutenden Versuch einer Konsolidierung des europäischen Kontinents darstellen: nicht im Sinn wehrpolitischer Aggressivität sondern im Streben friedlichen interkontinentalen Ausgleichs.

Der Washingtoner Flottenstandard vom Jahr 1922 ist bekanntlich: Nordamerika 5, England 5, Japan 3, Frankreich 2, Italien 1½. Die Tinte zu Kelloggs Kriegsächtungsprojekt war noch nicht trocken, als, zu Weihnachten 1927, der Marinesekretär der Vereinigten Staaten, Curtis D. Wilbur, vom Ausschuß des Kongreßunterhauses 750 Millionen Dollars für 71 neue Schiffe verlangte. Zwar ging man, unter dem Eindruck für die Mississippi-stromregulierung tief in den Steuersäckel greifen zu müssen, bis auf 16 Schiffe und 274 Millionen (die sich auf 350 Millionen Dollars erhöhen dürften) zurück, aber die Steigerung ist auch so ungeheuer. Die europäischen Kontinentalstaaten haben daher auf der nächsten Seewehrbeschränkungskonferenz keinen Anlaß für ihre Defensivwaffen zur See (Kreuzer, Unterseeboote, Torpedowaffe) irgendwelchen Abstrichen zuzustimmen. (Das deutsche Volk wird freilich sehr achtzugeben haben, ob nicht die eigene geplante Seerüstung nur dazu diene Schwanzstück der britischen Marine zu sein.) Nordamerika, das "Mutterland des Pazifismus", ist aber auch das Land angespanntester Vorbereitung auf den Zukunftskrieg zu Land. Das stehende Heer von Berufssoldaten ist zwar nicht stärker als 150 000 Mann, aber es ist nicht mit Parademarsch, Präsentiergriff und falscher Theoretik geplagt. Technische Vorbereitung ist in Nordamerika auf allen Gebieten vortrefflich: Fernartillerie, Optik, Gas, Tank, Bakteriologie, Elektrowirkung, Flugzeug, Luftschiff. Über 1 Million Jugendlicher soll in der militärischen Organisation der Boy Scouts vereinigt sein. Dazu kommen für alle über 16 Jahre alten Bürger die Citizens Military Trainings Camps. Die Organisation der Kriegswirtschaft, die Mobilisierung der ganzen Volkskraft, ist in weitestem Umfang vorbereitet. So also steht es mit der Kriegsächtung in den Vereinigten Staaten von Amerika. Dieses Postulat ist dort offenbar nur für den Export nach Europa hergestellt worden.

Alles in allem: Der Vorschlag Kelloggs hätte nur dann moralischen und tatsächlichen Wert gehabt, wenn seine Hinausgabe von 2 Dingen begleitet gewesen wäre: einmal von der warmherzigen Anempfehlung an die euro-

päischen Staaten zu endlichem engen, brüderlichen Zusammenschluß, und niemand könnte tiefere Einsicht in die praktische Zweckmäßigkeit solchen Zusammenschlusses haben als gerade ein nordamerikanischer Staatsmann, denn in seinem Vaterland sind längst alle Nationen und Rassen zusammengeschweißt; zum andern vom Entschluß den Kriegsächtungspakt mit sofort vorzunehmender eigener Teilabrüstung zu verbinden, und niemand wiederum hätte dies gefahrloser wagen können als gerade die Vereinigten Staaten, denn irgendeine Kombination, die Nordamerika gefährden könnte, wenn es beispielsweise sein Flottenprogramm erheblich einschränkte, wenn es seine wehrtechnische Höchstanspannung zu Land minderte, ja wenn es volle Kontrolle der eigenen Landrüstung zuließe, ist nicht auszudenken.

Die 120 Pilgrimsväter haben 1620 mit ihrem religiösen Puritanismus auch eine Schiffsladung Utilitarismus und Gewinnstreben mit nach Massachusetts hinübergebracht. Das sei ihnen nicht verdacht und ihren Nachfahren auch nicht, die diese Ladung dann immer gewaltiger vermehrt haben. Aber die deutsche Linke hat wirklich keinen Anlaß davon zu schwärmen, wie »wundervoll jung« alles drüben ist. Denken wir lieber daran dem Vereinigten Europäischen Kontinent nach seiner Geburt eine kräftige, schaffensfrohe Jugend zu bereiten.

JULIUS KALISKI · WILDE ODER ORGANISIERTE WIRTSCHAFT?

AUS dem militärischen und politischen Zusammenbruch Deutschlands ging eine Wirtschaft hervor, die äußerlich intakt bei hypertrophischer Entwicklung der Industrie war. Zunächst war man durch die Kriegsfolgen unsicher geworden. Wie Offiziere der alten Armee vergeblich auf neue Befehlsgewalten warteten, so sahen auch die Wirtschaftsführer anfänglich nach neuen Wegweisern aus. Die Schlagworte wechselten hüben wie drüben, doch alles blieb wie es war: mit dem nicht unwesentlichen Unterschied freilich, daß die Inflationswirkungen den Großbanken und den mit ihnen verbundenen Großindustriellen unbeschränkte Machtvollkommenheit verschafften. Alles, was der Nation an Vermögenswerten abgenommen werden konnte, wurde in die Großindustrie hineingepumpt, die Finanzkraft des Landes einschließlich der Auslandsanleihen wurde in deren Dienst gestellt. Diesen Wirtschaftsrhythmus begriffen schließlich auch die großen Warenhäuser, Restaurations- und Filmkonzerne, mit dem Ergebnis, daß auch ihnen zu einem Teil das Vermögen der Nation zufließt. So freute sich alles neugewonnener Kraft, und den Wirtschaftsführern als den Trägern dieser Kraft zollte man laut Bewunderung. Gewiß, die Direktoren der Großindustrie schränken diese Bewunderung selbst ein, sie versichern, daß die Rentabilität der großindustriellen Unternehmungen in keinem rechten Verhältnis zur Steigerung der Produktion stehe, daß die Preiserhöhungen nicht entsprechenden Gewinn folgen lassen, daß die Lasten aller Art einen steigenden Druck ausüben, kurz, daß die eigentlich genialen Leistungen der Wirtschaftsführung durch Unverstand oder Bosheit des Staates oder, des Volks geschmälert werden. Es ist wahr, daß die Wirtschaftlichkeit der meisten Industrien nicht dem Glanz ihrer Fassaden entspricht. Es ist ebenso wahr, daß die glänzenden Fassaden einen Bau decken, dessen innere Festigkeit bedeutend überschätzt wird.

Unsere Wirtschaft ähnelt in den grundlegenden Dingen dem geschlagenen deutschen Heer des Weltkriegs leider nur zu sehr. Das alte Heer hatte die besten Soldaten, Millionen von Menschen, die mit dem größten Vertrauen auf ihre Vorgesetzten blickten und bis zur letzten Faser allen Anordnungen und Befehlen folgten. Es hatte gute Unteroffiziere und pflichttreue unerschrockene Offiziere. Aber es hatte keine Führung im höhern Sinn; alle unsere Armeen wurden ohne Führung eingesetzt, weil das Ziel und die Idee fehlten, die auch die zivile Regierung nicht zu geben vermochte, auch wenn die militärische Leitung williger sich den jeweiligen Regierungen gefügt hätte. Schließlich war der Reichstag froh, daß man die Entscheidung nicht offen von ihm verlangte. Die Führer der Industrie und der Banken haben in all den Jahren, die dem Krieg folgten, ebenso versagt wie die Generalität im Krieg. Wir verfügen über das starke Aktivum einer von hohem Arbeitswillen getragenen Arbeiterschaft, die jedoch den Entschluß zur Führung oder Mitführung der Wirtschaft bisher nicht aufbrachte, wir haben dazu tüchtige Techniker, Ingenieure, Chemiker, Aufseher, Buchhalter und Verkäufer in unteren, mittleren und gehobenen Stellungen, wir haben mutige Makler mit unstillbarem Verlangen nach höchsten Provisionen, schließlich ein Corps sehr großer "Verdiener", von denen die wenigsten Verdienste um die nationale Wirtschaft aufweisen können. Die Höhen der deutschen Wirtschaft: die Interessengemeinschaft Farbenindustrie und noch ein paar andere große Unternehmungen, in denen mit großer, manchmal will es sogar scheinen: überstiegener, Tatkraft gearbeitet wird, sind mit der Entziehung der Lebenskraft ganzer Industriezweige und Gewerbe errichtet, mit einer schwer notleidenden Landwirtschaft und der Unterbindung der Entwicklung so mancher Wirtschaftsgruppen, die arbeitsam um ihre Existenz ringen und leben könnten, wenn ihnen nicht die Zufuhr von Betriebskapital zugunsten phantastisch ausgestatteter Kaufhäuser, Cafés und Kinos vorenthalten würde.

Was beseelt nun die Vertreter der Wirtschaft? Welcher Ausweg erscheint vor ihrem geistigen Auge, wenn sie zum Volk über das sprechen, was ihm nottut? Sollen die Reden der Industriekapitäne Aufschluß geben, so ist ihnen zunächst zu entnehmen, daß sie als Heilmittel gegen alle Schäden den unbedingten Verzicht des Staats auf jede Einmischung in die Wirtschaftsführung verlangen und dann die Ausschaltung des Marxismus.

Um das zweitgenannte vorwegzunehmen: Welchen Begriff verbinden denn jene Leiter der Industrieunternehmungen und der Banken mit dem Wort Marxismus? Wäre aus marxistischem Geist in Deutschland, wenigstens seit dem Jahr 1918, etwas von dem, was möglich war, geschaffen worden, so ständen diejenigen, die jetzt den Marxismus verfemen, sicherlich staunend vor seinen Leistungen. Aber es muß mit Bedauern gesagt werden, daß die, die man als Träger des Marxismus anzusprechen pflegt, vergessen hatten ihre Waffen dem marxistischen Arsenal zu entnehmen. Am allerwenigsten stand und steht der Bolschewismus in seinen Taten unter dem Einfluß des Marxismus. Er hat auch keine kommunistische Wirtschaft aufgebaut oder auch nur aufzubauen versucht, so viel man auch in der deutschen Intelligenz vom Aufbau und vom Kommunismus Rußlands deklamiert; er besitzt nur eine mit primitiv kapitalistischen Mitteln mühsam aufrechterhaltene kümmerliche Wirtschaft. Diese Feststellung nur zur Bewertung der Argumente der Industriellen, mit denen sie die Wirtschaft vor dem Marxismus retten wollen. Sie entspringen völliger Unkenntnis des Systems, das sie zu vernichten ausgehen.

Anders steht es schon um den Kampf gegen die Einmischung. Hier geht es nicht um ein Wissen sondern um ein Wollen. In der ersten Juniwoche tagte in Berlin die Fachgruppe Bergbau des Reichsverbands der Deutschen Industrie, als Deutscher Bergmannstag 1928. Das Hauptreferat erstattete der Vorsitzende des Bergbaulichen Vereins in Essen, der Bergwerksdirektor Brandt. Er sprach über die Wirtschaft und Sozialpolitik des deutschen Bergbaus. Die Forderungen, die er, programmatisch formuliert, an Staat und Volk stellte, gab die Vossische Zeitung am 4. Juni also wieder:

- »1. In den Ministerien solle man sich endlich angewöhnen wirtschaftlich zu denken.
2. Geschehe das, so werde man die Berechtigung der Forderung auf Beseitigung der Kohlenwirtschaftsgesetze anerkennen und sie befürworten.
3. Es müßten »freie Arbeiter« geschaffen werden, die, nicht gebunden durch Tarifverträge, Arbeitszeitabkommen, Gewerkschaften und dergleichen, über sich verfügen können, die im Interesse ihrer Familie Überarbeit leisten dürften, wann, wo und wieviel sie wollen, damit wieder eine »Auslese der Tüchtigen« erfolgen könne, und für jeden Arbeiter der Weg zum Generaldirektorposten wieder frei werde.
4. Die gesamte soziale Gesetzgebung müsse umgestellt werden. Nicht wie heute dürfe nur das Materielle ausschlaggebend sein, sondern das Moralische müsse in den Vordergrund treten.
5. Es müsse eine Verbilligung der Frachten sowie ein Abbau der Steuerlast erfolgen.«

Dem Bericht des genannten Blatts ist nicht widersprochen worden. Man muß also annehmen, daß er die Gedankengänge des Referenten richtig wiedergegeben hat. Das bedeutet: Heute, im Jahr 1928, darf man es wagen als Hauptforderung der Zukunft wirtschaftlichen und staatlichen Lebens die Trennung der Arbeiter von den Gewerkschaften hinzustellen, mit der traurigen Begründung, daß damit wieder eine »Auslese der Tüchtigen« erfolgen könne und für jeden Arbeiter der Weg zum Generaldirektorposten wieder »frei« werde. Frei sollen die Arbeiter von den Gewerkschaften werden, frei die Wirtschaft von dem Einfluß des Staats. Es wäre unwahr zu sagen, daß die Direktoren der meisten Unternehmungen solchen Sinnes sind. Wahr ist aber, daß sie solchen Anschauungen nicht zu widersprechen wagen, weil sie wissen, daß man Worten wie denen auf dem Deutschen Bergmannstag gern lauscht, solange man nicht den Boden unter den Füßen schwanken fühlt. Die Wirtschaftsführer, die sich ohne weiteres mit der Wirtschaft identifizieren, muten also den Arbeitern zu auf die Kraft der Koalition, ja auf den Schutz durch Sozialpolitik zu verzichten; sie sollen die Zugehörigkeit zu ihrer Klasse verleugnen und sich einzeln den Industrieunternehmungen auf Gedeih und Verderb überantworten: alles angeblich im Interesse der Wirtschaft.

Zu der Tagung der Betriebswissenschaftler, die in Wien am 1. Juni eröffnet wurde, veröffentlichte der Kölner Universitätsprofessor Eugen Schmalenbach ein Referat über die Entwicklung der Industrie aus der freien Wirtschaft des 19. Jahrhunderts zu immer engerer Gebundenheit. Die Wirtschaft des 19. Jahrhunderts als »freie« Wirtschaft zu bezeichnen ist ein wenig glückliches Unterfangen. Man muß, statt von freier, von wilder Wirtschaft sprechen, um den Übergang zur organisierten Wirtschaft, die unsere Generation miterlebt, richtig verstehen zu können. Schmalenbach attestiert den Wirtschaftsführern, daß sie nicht mit bewußter Absicht in die neue gebundene Wirtschaft hineintreiben, daß sie Werkzeuge, nichts als Werkzeuge wären. Und mehr sind sie wirklich nicht. Was ihnen vorschwebt, ist auch nicht die Zerstörung der Gebilde, wie sie aus der Kapitalanhäufung und -verflechtung hervorgehen, und nicht die Rückbildung der gewaltigen Organisationen, die

die Riesenunternehmungen der Industrie und der Banken verbinden, sie wollen nur innerhalb der Trusts und Syndikate wild, das heißt ungehemmt regieren. Die Inanspruchnahme und Einsetzung der Kräfte und Mittel des Staats verpönen sie dabei auch nicht. Sie wollen nach den schlechtesten Mustern des Absolutismus regieren, der alles für sich beansprucht, alle Erfolge als sein Eigenwerk anerkannt und alle Mißerfolge als Untertanenschuld bewertet und bestraft sehen will. Diese Grundgesinnung bewirkt auch die Art des Kampfs gegen Staats- und Kommunalbetriebe, die sich von den Betrieben, an deren Spitze die kritisierenden Wirtschaftsführer stehen, in nichts unterscheiden als durch die Tatsache, daß ihre Leitung nur einen Bruchteil der Summen erfordert, die die Generaldirektoren nichtöffentlicher Betriebe sich selbst oder gegenseitig bewilligen.

Schmalenbach sagt nun, und er übertreibt damit durchaus nicht:

»Nicht nur einzelne Personen, sondern ganze Familien, ganze Interessengruppen können sich heute im Schutze eines Monopols erhalten, wo sie früher unter dem System der freien Konkurrenz rücksichtslos und unbarmherzig hinweggeräumt worden wären. Daß dieses Parasitentum sich durch seine Erbkrankheit, die Überheblichkeit, tüchtig auszeichnet, ist kaum zu sagen nötig. Auch auf anderen Gebieten läßt die neue gebundene Wirtschaft die Grundsätze der Ökonomie unliebsam vermissen. Veraltete und völlig unwirtschaftliche Verwaltungseinrichtungen, unnützerweise eingeschobene Handelsgesellschaften, allen diesen Dingen begenet man in der neuen Wirtschaft auf Schritt und Tritt. Übertriebenen Bureaucratismus, übermäßige Schwerfälligkeit, übermäßige Kostspieligkeit der Verwaltung und übergroße Gehälter und Tantiemen leitender Personen findet man bei diesen monopolistischen Organisationen allenthalben. Und mit Bedauern muß man feststellen, daß alle diese Unwirtschaftlichkeiten Jahre und Jahrzehnte hindurch ruhig fortbestehen können, weil die reinigende Luft der Konkurrenz fehlt.«

Das, was Schmalenbach Monopol nennt, ist die beherrschende Stellung einzelner Unternehmungen oder Unternehmungsgruppen über Produktionen und Märkte; bei diesen Unternehmungen steigen die Anlagewerte immer mehr, mehr als alle anderen Bilanzposten außer den Kapitalkonten:

»Diese wachsende Kapitalintensität wirkt sich wiederum dahin aus, daß die fixen Kosten immer mehr an Bedeutung gewinnen und die proportionalen Kosten immer mehr an Bedeutung verlieren. Diese Tatsache, daß ein immer größerer Anteil der Produktionskosten fix wird, läßt die alte Epoche der freien Wirtschaft ihrem Ende entgegengehen und eine neue Epoche der gebundenen Wirtschaft beginnen.«

Man kann zusammenfassend vielleicht auch sagen, daß die Großindustrie maßlose Kapitalansprüche hat, die bei der engen Verbindung mit den Banken dahin führen, daß Konkurrenz so gut wie ausgeschlossen bleibt. Eine darüber hinausgehende Machtposition erhält die Großindustrie dadurch, daß die Finanzkraft der ganzen Nation durch die Banken in ihren Dienst gestellt wird, unter Außerachtlassung der Wirkungen, die schon erwähnt sind, nämlich daß ein großer Teil wirtschaftlichen Lebens gewaltsam an der Betätigung und Entwicklung durch Kapitalvorenthaltung gehindert wird. Verschlimmert wird alles das noch durch eine weitherzige Ausnutzung der Mängel unseres veralteten Aktienrechts bei Aufpeitschung der Börsenspekulation.

Hier ist diese Entwicklung seit Jahrzehnten aufgezeigt worden, was übrigens auch an vielen anderen Stellen geschah, aber aus der Ideenwelt der Sozialistischen Monatshefte sind auch stets die praktischen Folgerungen gezogen und die entsprechenden Vorschläge der Öffentlichkeit unterbreitet worden. Nicht zuletzt wurde deshalb hier die Notwendigkeit des Neuaufbaus der deutschen Wirtschaft dargelegt. Man hält sie für überflüssig, solange das Geld im Kasten klingt, die Geschäfte der Großindustrie blühen, und die Aus-

landsanleihen fließen. Von dem, was erforderlich war, ist in der deutschen Wirtschaft nur wenig geschehen. Es muß in Erstaunen versetzen, daß die Führer der deutschen Landwirtschaft die Zustände decken, die sich aus der Unterlassung einer Neugestaltung der Wirtschaft ergeben, und unter denen gerade das Land ganz sicherlich nicht am wenigsten leidet. Die Sicherung der landwirtschaftlichen Produktion muß eine der Hauptsorgen der Nation sein. Kein Aufwand, kein Opfer darf zur Erreichung dieses Ziels zu hoch sein. Wie aber soll die Anspannung aller Kräfte der Nation für die Festigung der Landwirtschaft bewirkt werden, wenn deren Vertreter die Mitwirkung der Volksgemeinschaft an der Führung der Produktion gleich den Industriellen als schädliches Hirngespinnst abzulehnen sich bemühen? Den Grund vielen wirtschaftlichen Leides haben wir in der Überspannung der Industriewirtschaft zu erblicken und in der Vernachlässigung der erforderlichen Stärkung agrarischer Produktion. Bereits während der Kriegszeit wurde hier als Postulat einer rationellen deutschen Wirtschaftspolitik bezeichnet, daß die Industriebasis Deutschlands unter Förderung der Produktivität eingeschränkt, die landwirtschaftliche Basis aber mit allen nur erdenklichen Mitteln erweitert werden müsse. Es war aber anscheinend leichter den entgegengesetzten Weg zu gehen. Dazu berauschte man sich an den Behauptungen umfassender Durchführung von Rationalisierungen, die sich doch nur auf einzelne Betriebe erstreckten, aber die Gewerbe als solche unberührt ließen, damit das Gegenteil einer Rationalisierung bewirkten und das Chaos weiter vergrößerten. Die Produktionsfähigkeit aller möglichen Industrien stieg ins Maßlose, der Handel wurde mit gleichen Mitteln forciert, und das bei vielfach abnehmender Aufnahmefähigkeit des Markts. Diese sinnlose Steigerung der Industrie und des Handels hat denn auch zu der merkwürdigen statistischen Auswertung geführt, daß man aus der Zunahme von Industrie- und Handelsbetrieben den Rückgang der Bedeutung der Landwirtschaft für die Gesamtwirtschaft folgerte.

Der privatwirtschaftliche Rahmen ist nicht nur auf dem Gebiet der Rohstoffproduktion schon seit einer langen Reihe von Jahren gesprengt. Nicht nur in der Kohlen- und der Kaliproduktion, auch in der Chemischen Industrie, in der Elektrotechnischen Industrie besteht längst monopolartige Herrschaft, die, in wechselnden Formen, ebenso auf vielen anderen Wirtschaftsgebieten offen oder weniger offen ausgeübt wird. Besonders angegriffen wird die Produktions- und Marktbeherrschung durch Syndikate und Kartelle, die zweifellos in zahlreichen Fällen durch ihre Politik Anlaß zu berechtigten Vorwürfen gaben. Man verkennt aber die Kräfte, die sich in ihnen geltend machen, wenn man ihnen schlimme organische Mängel nachsagt, während es sich nur um vermeidbare Fehler handelt, die auch längst abgestellt wären, wenn man sich nur entschließen könnte den Fehlerquellen nachzuspüren und sie zu verstopfen. Die Praxis des Kalisyndikats läßt erkennen, daß die richtige Zielstellung mit Sicherheit auch zu dem richtigen Weg und zu wachsendem Erfolg führt. Sehr kurz ist freilich die Reihe der Syndikate, denen ähnliches nachgesagt werden kann. Doch soll man darum noch nicht an Syndikatsmaßnahmen unbesehen und unberechtigt verallgemeinernd Kritik üben. An sich sind die Syndikate und Kartelle durchaus erwünschte Kristallisationspunkte einer organisierten Wirtschaft, Regulatoren, deren Unzulänglichkeit und Schäden sich eben daraus ergeben, daß die Gewerbe, die sie vertreten, keine wirtschaftlichen Gemeinschaften

darstellen. Wo verschiedenartige, mit allen möglichen Süchten behaftete Betriebe von verschiedenster technischer und wirtschaftlicher Intensität zusammenggeführt werden, müssen sich in den Kartellen schließlich alle die Hemmungen einer wirklichen Wirtschaftlichkeit äußern, die den einzelnen Mitgliedsbetrieben anhaften. Bei der Schaffung der Betriebsräte ist hier von vornherein verlangt worden, daß sie nicht in die Verwaltung des einzelnen Betriebs gesetzt werden, sondern ihren Platz in Vertretungen der Gewerbe, also etwa in den Syndikaten und Kartellen, zu finden hätten. Das setzte den bewußten und allgemeinen Zusammenschluß der einzelnen Gewerbe voraus. Diese Zusammenschlüsse hätten durch die Gesetzgebung weite Vollmachten über die Führung ihrer Gewerbe und die dazu gehörenden Betriebe zu erhalten. Die Syndikatsleitungen sollten paritätisch durch Vertreter der Betriebsleitungen, der Arbeiter und Angestellten besetzt sein. Das wäre der Boden für die Rationalisierung der Gewerbe unter verantwortlicher Mitwirkung aller an der Produktion Beteiligten. Der Weg der Wirtschaft führt dahin. Man sträubte sich ihn zu gehen. Was unterlassen wurde, muß nachgeholt werden. Das wird auch einmal geschehen, mit erhöhtem Aufwand an Zeit und Kraft. Denn es gibt keine andere Form einer wahrhaften Rationalisierung, die eine Notwendigkeit für die Selbstbehauptung der Nation ist.

Der Kreis der organisierten Wirtschaft ist in Deutschland wahrhaftig weit genug. Aber diese organisierte Wirtschaft ist doch nur eine oberflächlich verkleidete wilde Wirtschaft, weil sie durch Willkür einzelner oder kleiner Gruppen zu schwerem Schaden der Gesamtwirtschaft jeweils gestört und gefährdet werden kann. Die Wirtschaft eines großen Volkes muß in den Dienst der Gesellschaft gestellt werden und unter der Kontrolle der Gesellschaft stehen. Solche Kontrolle kann der Staat wirksam nur durch die in den einzelnen Gewerben produktiv Tätigen ausüben lassen. Damit würde der Boden für die stärkste Entwicklung der Produktivität geschaffen. In einer so aufgebauten Produktionswirtschaft werden auch schöpferische Wirtschaftsführer Raum für die Entfaltung ihrer Schaffenskraft finden. Wenn erst Katastrophen zwingen werden diese Bahn zu beschreiten, wird vieles verloren sein, was bei rechtzeitigem Entschluß zu retten wäre.

WALTHER PAHL · DER ITALIENISCHE FASCISMUS UND DER INTERNATIONALE SOZIALISMUS

DIE in Deutschland geführte Diskussion über das fascistische Italien ist deswegen so unfruchtbar, weil sie im allgemeinen von einer gerade unmittelbar in die Augen springenden Besonderheit des fascistischen Problems ihren Ausgangspunkt nimmt. Man übersieht den überaus komplexen Charakter der italienischen Sachlage und scheut die Mühe die Teile in ihrem Zusammenhang mit dem Ganzen zu sehen. Die einen begnügen sich damit das neue Italien unter der Perspektive der Diktatur Mussolinis zu betrachten; die anderen lassen sich in ihrer Stellungnahme zum innern Aufbau des Fascismus durch die Südtiroler Frage beeinflussen. Für wieder andere ist der das Menschlichkeitsgefühl empörende Fall Matteotti der Fall Italien: ein antisozialistisches Gewaltregime. Demgegenüber ist es notwendig darauf hinzuweisen, daß der Fascismus eine außerordentliche Fülle verschiedenartigster Fragen in sich birgt, deren jede eine durchaus gesonderte Beurteilung verlangt.

Eine sachgerechte Beurteilung des fascistischen Staats wird uns freilich durch die Maßnahmen eben dieses Staats gegen alle seine politischen Gegner außerordentlich erschwert. Was im Lauf der Jahre im fascistischen Italien geschehen ist, insbesondere die Verfolgung der italienischen Sozialisten wie auch die Zuchthausurteile gegen die Kommunisten, muß uns natürlich mit tiefster Empörung erfüllen, genau so wie die Verfolgung der russischen Sozialisten durch die bolschewistischen Gewalten. Daß eine Persönlichkeit von der historischen Bedeutung und den unschätzbaren Verdiensten eines Filippo Turati aus seinem Heimatland, für das er ein opferreiches Leben lang gewirkt hat, vertrieben wurde, ist eine ebenso ungeheuerliche Tatsache wie die, daß Tschernow, Martow, Axelrod ins Exil gehen mußten. Aber das Gefühl, das diese Akte des Fascismus in uns auslösen, darf uns nicht abhalten sein Wesen, das mit ihnen nicht identisch ist, genau zu erfassen, selbst wenn dabei manche alte Vorstellung zu Schaden kommt: nicht um einer abstrakten Gerechtigkeit willen sondern im Interesse des Sozialismus, dessen Vertreter noch niemals durch Unkenntnis der Wirklichkeiten, durch Verkennung der Kräfte, mit denen sie es zu tun haben, der Sache nützten.

Man darf nun, wenn man das Wesen des Fascismus erkennen will, mit keiner Voreingenommenheit irgendeiner Dogmatik an die Untersuchung herangehen. Denn der Fascismus entwindet sich jeder eindeutigen Formulierung. Weil der deutsche Beobachter hinter dem Fascismus immer wieder Doktrin und Programm wittert, kommt er aus dem Erstaunen nicht heraus. Schien ihm noch gestern die Herabsetzung der Arbeiterlöhne zu bestätigen, daß der Fascismus Vorposten des Großkapitalismus sei, so macht ihn heute wieder die Feindschaft der Industriellen gegen die fascistischen Syndikate stutzig. Kann er nicht mehr umhin einen "sozialen Ideenkreis" im Fascismus zu erkennen, so bemüht er sich ihn nun als "demagogische Quertreiberei" zu entwerten. Die Rede Mussolinis auf dem 3. Nationalkongreß der fascistischen Syndikate, in der er jetzt mit aller Deutlichkeit betonte, daß es die vornehmste Aufgabe des Fascismus sei die arbeitenden Schichten gegen alle Übergriffe der internationalen Finanz und des Kapitalismus zu verteidigen, kommt den liberalen Zeitungen überraschend als unerwartete Konzession der weißen Diktatur an die proletarische Ideologie. Erblickte man noch vor 6 Jahren in dem Fascismus eine vorübergehende Reaktionsbewegung des Großkapitals gegen den sozialen Fortschritt des Volkes, so befürchtet man heute schon die Auflösung der auf den Kapitalismus gegründeten wirtschaftlichen Ordnung durch den Fascismus. Diese Spannweite der öffentlichen Meinung verrät lediglich, daß dem Fascismus nicht mit den Klischees europäischer Zeitungsschreiber beizukommen ist.

BESONDERER Vorliebe erfreut sich eine Beurteilung des Fascismus auf Grund der "Vorzeichentheorie", nach der Bolschewismus und Fascismus bloße Umkehrungen von einander, Diktaturen mit verschiedenen Vorzeichen wären. Die Beliebtheit dieser Parallele steht in einem umgekehrten Verhältnis zu ihrer Richtigkeit.

Während der Fascismus als elementare Bewegung begann, ging der Bolschewismus von einem Programm aus, mit dem er nun die Dinge in ihrer Daseinsform zu vergewaltigen unternahm. Die Impulse des Fascismus sind einer bestimmten Augenblickssituation entsprungen. »Die Bewegung hat«, wie Mussolini sagte, »kein festes Programm, das etwa im Jahr 2000 zu verwirk-

lichen wäre; sie baut Tag für Tag am Gebäude ihres Willens und ihrer Glut.« Entzieht sich aber der Fascismus einem Vergleich mit dem Bolschewismus nur insofern, als es sich hier und dort um einen gänzlich verschiedenen Ausgangspunkt handelt? Besteht die Einheit in der Methode? Nichtssagend ist ein Vergleich in dieser Beziehung, sofern er sich an den Ausschluß der freien Meinungsäußerung, an das Verhältnis der Partei zum Staat und anderes hält. Gänzlich falsch ist es aber die Einheit von Bolschewismus und Fascismus in der organisierten Gewaltanwendung zu erblicken. Im Gegensatz zum Bolschewismus ist bei dem Fascismus die Gewalt nicht Aufbauelement der Bewegung, sie ist hier vielmehr eine Erscheinung, wie sie neues politisches Geschehen auch sonst vielfach begleitet. Hat doch selbst die Demokratie auf ein gewisses Maß von Ausnahmeverfügungen und Freiheitsbeschränkungen nicht verzichtet. Nun ist dieses Maß von dem Fascismus freilich, wie schon oben angedeutet wurde, ganz außerordentlich überschritten worden. Und doch muß man sich darüber klar werden, daß die Gewaltanwendung nicht zu den Elementen gehört, die das Wesen des Fascismus bestimmen. Denn dieses ist nicht in den Mitteln und Praktiken seiner Durchführung zu sehen sondern nur in der politischen Zielsetzung.

In seiner Rede vom 3. Januar 1925 sagte Mussolini:

»Ich erkläre hier angesichts dieser Versammlung und angesichts des ganzen italienischen Volkes, daß ich, ganz allein, die politische, moralische und historische Verantwortung übernehme für alles, was geschehen ist. Wenn mehr oder weniger krüppelhafte Sätze genügen einem Menschen zu henken, dann heraus mit Galgen und Strick! Wenn der Fascismus nichts anderes gewesen ist als Rizinusöl und Prügelknarre, und nicht vielmehr eine stolze Leidenschaft der besten italienischen Jugend, dann gebt mir die Schuld. Wenn der Fascismus eine Verbrecherhorde gewesen, wenn alle Gewaltanwendung das Ergebnis eines bestimmten historischen Klimas, einer bestimmten politischen und moralischen Atmosphäre gewesen ist, dann ladet auf mich die Verantwortung dafür, denn ich habe diese historische, politische, sittliche Atmosphäre, ich habe sie geschaffen mit einer Propaganda, die vom Eintritt in den Krieg bis heute dauert.«

Also der Fascismus lebt nicht von der Gewalt sondern von einer Idee; er macht aus der Gewalt keine Schule und kein System. Er ist hierin ganz gewiß nicht besser als politische Bewegungen anderer Zielrichtung. Der Terror, den der Fascismus in seinen ersten Jahren ausgeübt hat, wollte den Gegner in Schach halten. Gaetano Salvemini, einer der hervorragendsten Gelehrten Italiens, der wegen seiner offenen Kritik an Mussolinis Politik ins Ausland verbannt wurde, schreibt selbst:

»Ohne einen solchen Terror wären viele Gesetze, welche der Fascismus über Italien erlassen hat, sicherlich auf eine unüberwindbare Opposition gestoßen, wodurch natürlich die Macht der politischen Bewegung entsprechend Abbruch erfahren hätte. Nachdem aber die wichtigsten Gesetze durchgebracht worden sind, hat man sich auch hinsichtlich der terroristischen Maßnahmen etwas mehr Reserve auferlegt.«¹⁾

Wenn der Fascismus somit auch nicht in der Gewalt ein schöpferisches Aufbauelement des gesellschaftlich-politischen Lebens erblickt, so ist er auf der andern Seite doch ein heftiger Gegner jenes demokratischen Idealismus des 19. Jahrhunderts, zu dessen Bestandelementen ein formaler summenhafter Begriff des Individuums, ein naiver Fortschrittsglaube, ein naturwissenschaftlicher Entwicklungsbegriff und das Mißtrauen auch gegen die durch Verantwortlichkeit sanktionierte Anwendung von Macht gehören. Wenn Mussolini die demokratische Freiheit einen »verwesenden Leichnam« genannt hat, so meint er damit offensichtlich den liberalistischen Begriff der Freiheit, der

1) Siehe *Salvemini Mussolini und der Fascismus*, in der Zeitschrift für Geopolitik 1928 Seite 281.

dem Individuum das Recht gibt sich in naturhafter Hemmungs- und Rücksichtslosigkeit gegen die Gesamtheit durchzusetzen. Mussolini ist Gegner dieses formalistischen Freiheitsbegriffs. Er führte am 3. Januar 1925 in der Kammer aus: »Und nun, meine Herren, will ich mit meiner dreisten Logik die dickste Blähblase aller Oppositionen aufstechen: die Freiheit. Wir wollen dieser Göttin ins Antlitz schauen und all ihre Züge enträtseln. Der Begriff der Freiheit ist nicht absolut, denn nichts im Leben ist absolut. Die Freiheit ist kein Recht, sie ist eine Pflicht. Sie ist keine Schenkung, sie ist eine Eroberung; sie bedeutet nicht Gleichheit, sie ist ein Privileg. Der Freiheitsbegriff ändert sich im Wandel der Zeiten. Es gibt eine Freiheit im Frieden und eine Freiheit im Krieg. Es gibt eine Freiheit in Zeiten des Reichtums, die nicht gestattet sein kann in Zeiten des Elends. Da ist der Kampf, der große Kampf zwischen Staat und Individuum, zwischen dem Staat, der vereinigt, und dem Individuum, das zu entrinnen versucht; denn das sich selbst überlassene Individuum wird, sofern es kein Heiliger, kein Held ist, zu einem Wesen, das sich weigert Steuern zu zahlen, sich weigert den Gesetzen zu gehorchen oder Kriegsdienst zu leisten. Von welcher Freiheit spricht man? Wenn es in einem Land erlaubt ist um der Freiheit willen die Regierung anzugreifen, dann ist das die beste Probe dafür, daß die Freiheit besteht. In den wirklich tyrannisch regierten Ländern, die wir kennen, ist es nicht einmal gestattet sie in Büchern anzurufen, diese Freiheit. Der Index verbrennt die verbotenen Bücher.«

Vorher schon, am 15. Juli 1923, hatte er in der Kammer gesagt:

»Man spricht von Freiheit. Man sollte doch den Mut haben zu sagen, daß, wenn man ruft "Es lebe die Freiheit!", man meint "Nieder mit dem Fascismus!" Was ist aber diese Freiheit? Existiert die Freiheit? Im Grunde ist es eine philosophisch-moralische Kategorie. Es gibt Freiheiten, die Freiheit hat es nie gegeben. Die Sozialisten haben sie stets verneint. Die Freiheit der Arbeit habt ihr niemals gelten lassen. Ihr habt den Streikbrecher geprügelt, wenn er in der Fabrik erschien, während die anderen streikten.«

Bessere Vertreter des demokratischen Idealismus werden sagen: Der Fascismus kämpft gegen eine mißverständene demokratische Idee. Theoretisch haben sie recht. Aber sie müssen dann gleichzeitig zugeben: Der demokratische Idealismus ist im 19. Jahrhundert politisch als Liberalismus, wirtschaftlich als Manchestertum praktisch geworden. An sich ist es berechtigt Mussolini den Vorwurf zu machen, daß er die Demokratie bekämpft, wenn er den Liberalismus meint. Aber er kann zu seiner Rechtfertigung fragen: Wo ist eure demokratische Wirklichkeit, die nicht im Liberalismus versandet? Daß der Liberalismus den fascistischen Experimenten nicht wohlgesinnt sein kann, versteht sich. Der Wesenskern des Fascismus ist antiliberal und damit antikapitalistisch, wenn man in dem Laissez-faire-Prinzip das Charakteristikum kapitalistischer Ideologie erblickt. Wir als Sozialisten dürfen den Fascismus aber nicht mit den selben Argumenten bekämpfen wie die Antifascisten aus dem liberalen Lager. Das geschieht indessen, und zwar aus dem Grund, weil eben in der Gedankenwelt der Sozialdemokratie immer noch ein gut Teil übernommener liberaler Vorstellungen steckt.

In unseren Kreisen neigt man noch der Auffassung zu, daß Mussolini den Sozialismus an den Kapitalismus verraten habe. Die Begründung dafür glaubt man in der Tatsache erblicken zu können, daß dem Fascismus in den ersten Jahren große Geldsummen von der Großindustrie zuflossen. In dieser unbestreitbaren Tatsache darf aber kein Beweis für die großkapitalistische Orientierung des Fascismus erblickt werden. Heißt es doch in einem Aufsatz des Vorwärts vom 15. Oktober 1927 ganz ausdrücklich:

»Die Geschicklichkeit Mussolinis liegt darin sich von dieser Bourgeoisie das Geld, von ihren Regierungsorganen die Waffen und die Straffreiheit verschafft und sie dann geprellt zu haben, um an Stelle der bisher herrschenden Clique seine Clique zu setzen.«

Und in der Einleitung zu dem von ihm aus dem Italienischen übersetzten Buch Mussolini und sein Gefolge sagt Genosse Wilhelm Ellenbogen:

»Das Wesen des Fascismus ist nicht, wie ursprünglich auf beiden Seiten geglaubt wurde, eine ausgesprochene einseitige Verteidigung der bürgerlichen Klasseninteressen.«

Die Verbindung des Fascismus mit dem Großkapital war, das wird auch jetzt in sozialistischen Kreisen deutlich erkannt, nur temporär. Der Fascismus brauchte, um zur Macht zu gelangen, Geld. Er nahm es, wo er es finden konnte. Seinem innersten antiliberalen Wesen nach ist der Fascismus der kapitalistischen Großindustrie entgegengesetzt. Nachdem heute der Industrie ein Organisationszwang unter Staatskontrolle auferlegt worden ist, und eine weitgehende staatliche Kontrolle die freie Wirtschaft einschränkt, gehört die Industrie nur noch insofern zu den Anhängern des Fascismus, als er ihr eine ruhige Produktion gewährleistet.

Wenn der Fascismus bei jeder Gelegenheit seine klassenkampfgegnereische Haltung betont, so ist damit nicht gesagt, daß er sich nicht des Klassenkampfes als Realität bewußt ist. Der ideelle Wille zur Ausschaltung des Klassenkampfes ist nicht etwa eine Maske, hinter der sich das großkapitalistische Gesicht des Fascismus verbirgt. Und deshalb liegt auch kein Grund vor anzunehmen, daß der ideelle Wille zur Ausschaltung des Klassenkampfes ein Wille zur Unterdrückung der Arbeiterklasse ist. Auch der Fascismus vermag nicht den Klassenkampf als Realität auszuschalten. Auf den römischen Tagungen der fascistischen Korporationen stießen proletarische und kapitalistische Sonderinteressen häufig genug hart gegen einander. Bemerkenswert waren in dieser Beziehung diejenigen Stellen in der Eröffnungsrede Mussolinis auf dem letzten Syndikalistenkongreß, die die größere Bereitschaft der Arbeiter zur selbstlosen nationalen Mitarbeit hervorhoben und den Egoismus der Industriellen rügten. An die Stelle einer blinden Selbstverteidigung der Klassen hat der Fascismus nach der Überzeugung seiner Anhänger »eine geordnete und bewußt die Notwendigkeiten des Produktionsprozesses und des nationalen Lebens achtende Klassenverteidigung gesetzt«². Er hat nicht die Absicht den Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit einfach dadurch zu beseitigen, daß er ihn leugnet. Über den notwendigen Gegensatz hinaus, der Kapital und Arbeit in der Frage der Verteilung des Produkts trennt, sollen sie sich in einer wirtschaftlichen Gemeinschaftsarbeit begegnen, in dem Willen die Produktivkräfte der Nation zu erhalten und zu steigern.



INWIEWEIT ist diese Zusammenarbeit von Kapital und Arbeit im Interesse der nationalen Produktion heute in Italien Wirklichkeit geworden? Diese Frage ist nicht ohne weiteres zu beantworten. Das wichtigste Material bietet uns jedenfalls die Betrachtung der gesetzlichen Wirtschaftsorganisation.

Die syndikalistische Organisation der italienischen Wirtschaftskräfte stützt sich vor allem auf das Gesetz betreffend die gesetzliche Regelung der kollektiven Arbeitsbeziehungen und auf die Carta del Lavoro aus dem Jahr 1926. Unter Anerkennung der Interessengegensätze zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern werden diese Gegensätze doch den höheren Interessen der nationalen Produktion untergeordnet. Die getrennt von einander bestehenden Syndikate der Arbeitgeber und Arbeitnehmer können gesetzlich anerkannt

²) Siehe *Bottai* Der italienische Fascismus, in der Sammelschrift *Internationaler Fascismus* /Karlsruhe 1928/ Seite 17.

werden, sofern sie mindestens ein Zehntel der Arbeitgeber respektive Arbeitnehmer des betreffenden Distrikts umfassen. Der Staat kontrolliert diese Syndikate, von denen nur je eines für jede einzelne Berufsgruppe von Arbeitnehmern, Arbeitgebern oder Angehörigen der freien Berufe als Organe des öffentlichen und privaten Rechts anerkannt werden kann. Das rechtsfähige Syndikat vertritt auch die ihm nicht angeschlossenen Mitglieder des betreffenden Berufs. Ohne der Rechte von Verbandsmitgliedern teilhaftig zu werden, haben die Nichtmitglieder doch deren Pflichten, wie Zahlung der Beiträge usw., zu erfüllen. Aus der Anerkennung nur einer Gewerkschaft für einen bestimmten Berufszweig folgt, daß das Syndikat den Arbeitsvertrag für alle Mitglieder des betreffenden Berufs abschließt: also auch für die nicht eingeschriebenen Mitglieder. Meinungsverschiedenheiten in der Anwendung der Kollektivverträge entscheidet ein aus 3 Berufsrichtern und 2 Sachverständigen bestehendes Arbeitsgericht, das weder vermittelt noch schlichtet sondern ein rechtskräftiges Urteil fällt. Berufliche oder klassenmäßige Selbsthilfe in Form von Aussperrung oder Streik ist verboten.

Die Syndikate bilden den Unterbau der vertikalen Organisation der Sozialwirtschaft. Neben ihr bestehen Organisationen höhern Grades in Form von Föderationen und Konföderationen. Zurzeit haben sich die Unternehmer in 6 nationalen Konföderationen organisiert, die die Industrie, die Landwirtschaft, den Handel, das See- und Lufttransportwesen, das Landtransportwesen und die Binnenschifffahrt sowie die Banken umfassen. Während diese 6 Unternehmerkonföderationen autonom neben einander bestehen, finden wir bei den Arbeitnehmern nur eine große Konföderation der fascistischen Syndikate als Spitzenorganisation von 6 Föderationen (Industrie, Landwirtschaft, Handel, Landtransport und Binnenschifffahrt, Banken, Freie Berufe und Künstler) neben einer aus Gründen der Landesverteidigung autonomen Föderation für das See- und Lufttransportwesen. Die 6 autonomen Konföderationen auf der Seite der Arbeitgeber, die Konföderation der fascistischen Syndikate und die Föderation für See- und Lufttransport auf der Seite der Arbeitnehmer unterstehen unmittelbar dem Korporationsministerium. Die Konföderationen der Arbeitgeber setzen sich aus Föderationen zusammen, die den einzelnen Branchen des betreffenden Wirtschaftsgebiets entsprechen. Die Föderationen stellen eine Zusammenfassung der Syndikate 1. Ordnung dar, von denen in den größeren Städten für jede Berufskategorie je eines besteht. Auf Arbeitnehmerseite bestehen die Föderationen aus Landessyndikaten (Branchen), die den Föderationen auf der Seite der Arbeitgeber entsprechen, mit dem Unterschied, daß jeder Arbeitgeberföderation 2 Syndikate, nämlich das der Angestellten und das der Arbeiter, gegenüberstehen. Die Landessyndikate bestehen dann wieder aus den örtlichen Syndikaten 1. Ordnung.

Das vertikale Bindeglied zwischen den Landesföderationen der Arbeitgeber und den Landessyndikaten der Arbeitnehmer stellen die Korporationen dar. Diese Korporationen, die zu ihrer Bildung eines Ministerialdekrets bedürfen, und deren Vorsitzende vom Korporationsminister ernannt und abberufen werden, sind Organe der Staatsverwaltung. Sie spannen Arbeitgeber und Arbeitnehmer in die nationale Wirtschaftsführung ein. Dafür, daß den Arbeitnehmern die Pflicht erwächst mit den Arbeitgebern zusammenzuarbeiten, erhalten sie das Recht unmittelbarer Anteilnahme an der Wirtschaftsführung. Der private Unternehmer ist nicht mehr allein Träger der Produktion.

Auf diesen nach Berufsständen organisierten großen Korporationen fußt die fascistische Gesellschaftsordnung. Die Berufsverbände sind die primären sozialen Gebilde. Sie stellen den Staat dar. Während in dem liberalen Staat die politische und die soziale Ordnung, die staatliche und die gesellschaftliche Verfassung auseinanderfallen, unternimmt der Fascismus den Versuch die Identität des politischen mit dem sozialen System herzustellen. In dem liberalen Staat bestehen die modernen wirtschaftlichen Klassenorganisationen neben den politischen Organisationen des Volkes. Daraus ergibt sich ein Neben- und Durcheinanderwirken politischer und wirtschaftlicher Kräfte. Der liberale Staat schwebt ständig in Gefahr dem Ansturm einer wirtschaftlichen Klassenorganisation zu erliegen. Wirtschaftskräfte durchkreuzen und lähmen den Staatswillen. Von hinten herum holt sich die Wirtschaft, was die Politik ihr nicht freiwillig gibt. Arbeit und Kapital versuchen sich des Staats zu bemächtigen. Der Fascismus hat die Suprematie des Staats über die Wirtschaft dadurch praktisch verwirklicht, daß er die passive Haltung des liberalen Staatswesens gegenüber den wirtschaftlichen Klassenorganisationen aufgab. Dadurch, daß er die wirtschaftlichen Berufsverbände zu Trägern des staatlichen Willens machte, hat er diese Verbände dem Staat eingegliedert.

Die Umgestaltung der italienischen Kammer zu einem reinen Ständeparlament stellt die Krönung des neuen Korporationsstaats dar. Die gesetzliche Grundlage für die Bildung der berufsständischen Kammer stellt das neue fascistische Wahlgesetz dar. Nach diesem Gesetz schlagen die 13 Konföderationen der Landessyndikate 800 Kandidaten für die Kammer vor. Außerdem werden nur noch von den gesetzlich anerkannten Körperschaften, die sich der Fürsorge und Bildungszwecken widmen, und deren nationale Bedeutung anerkannt ist, 200 Kandidaten vorgeschlagen. Der Große Nationalrat des Fascismus wählt von diesen 1000 Kandidaten die 400 endgültigen Abgeordneten aus. Dabei entfallen auf die wirtschaftlichen Föderationen 300 Abgeordnete. In einem Plebiszit wird die von dem Großen Rat aufgestellte Liste von den italienischen Bürgern entweder gebilligt oder abgelehnt. Die Liste gilt als gebilligt, wenn 1 Stimme mehr als die Hälfte der gesamten Stimmen abgegeben wird. Wahlberechtigt ist nur, wer einem fascistischen Syndikat angehört oder nachzuweisen vermag, daß er ein aktives Element der Nation darstellt. Diese Ständekammer ist alles andere als ein Parlament im geläufigen Sinn des Worts. Es handelt sich hier nicht einmal um eine demokratische Korrektur des fascistischen Systems. Das Ständeparlament vollendet lediglich den berufsständischen Aufbau des fascistischen Staats. Es stellt die fascistische Diktatur auf eine breitere Basis, aber es bedeutet keine nachträgliche Konzession der Diktatur an den Parlamentarismus.

Gerade deshalb ist es vom Standpunkt des uns vertrauten parlamentarischen Systems aus allzu leicht an den fascistischen Methoden Kritik zu üben. Aber geht es denn an ohne weiteres die wirtschaftlichen und sozialen Experimente des Fascismus einzig aus dem Grund zu verurteilen, weil seine Methode ganz anders ist als die unsrige? Zunächst, was unsere eigenen Methoden betrifft: Schleichen sich denn nicht geheime Diktatoren in unsere Parlamente ein? Nimmt die parlamentarische Majorität den Willen der Minderheit wirklich in ihre Entscheidung hinein, wie es in einer wahrhaften Demokratie, die es mit der Freiheit jedes Individuums wirklich ernst meinte, notwendig wäre? Ist es nicht schon verkappte, und darum um so gefährlichere, Diktatur, was Baldwin und Chamberlain mit ihrem Block von 410 konservativen Abgeord-

neten gegen die Minderheit von 200 Abgeordneten ausüben? Ist es nicht mindestens eine besondere Art von "Parlamentarismus", was wir in Polen, in Rumänien, in Südslawien und in manchem andern Land sehen können? Die Bürger der europäischen Demokratie haben auch zum Teil noch gar nicht gelernt von der Freiheit der politischen Entscheidung einen wirklich verantwortungsbewußten Gebrauch zu machen. Sie verstehen unter der Freiheit noch häufig genug anarchische Schrankenlosigkeit und nicht Selbstverantwortung. Ein deutlicher Beweis dafür sind jene 30 deutschen Parteien und Gruppen, die sich bei der letzten Reichstagswahl um die Stimme des Wählers bewarben. Weiterhin: Dem Geist der formalen Demokratie widersprechen Parteien, die davon ausgehen, daß bestimmte Gruppen von Individuen eigentlich schon von Geburts wegen oder infolge ihrer Konfession in die Partei gehörten. Aber der Sozialismus denkt ganz anders. Für ihn ist die Partei kein Meinungsklub, dem man willkürlich beitrifft, sondern der ideelle Ausdruck der Klasse, zu der man gehört. Und doch wird die liberale Fiktion aufrechterhalten. Unsere Demokratien sind also keineswegs echt. Und wenn wir uns nach den tatsächlichen Erfolgen unserer Methoden fragen, so fällt die Antwort auch nicht so aus wie wir sie wünschten. Es ist uns keineswegs gelungen unsere Demokratien mit Blut und Leben zu erfüllen. Immer stärker macht die Verschiedenheit des Vermögens oder Einkommens die formale Rechtsgleichheit aller illusorisch. Der Druck der wirtschaftlichen Organisationen auf die parlamentarische Vertretung verhindert faktisch eine autonome, staatlich-politische Willensbildung. Weil wir die Gesamtvertretung der wirtschaftlichen Klassenorganisationen, den Reichswirtschaftsrat, vorerst noch mit gänzlich ungenügenden Rechten ausgestattet haben, versuchen diese Wirtschaftsgruppen ihre Macht auf dem Umweg über das politische Parlament auszuüben, mit dem Erfolg, daß die Wirtschaft heute dem Staat diktiert, was er zu tun, und was er zu lassen hat. Der gegenwärtige Zustand des europäischen Parlamentarismus ist dadurch entscheidend charakterisiert, daß der berufsständische Gedanke seine Autonomie untergräbt.

Wenn der europäische Parlamentarismus über die fascistische Diktatur zu Gericht sitzen will, dann muß er seine passive Haltung gegenüber der berufsständischen Idee aufgeben und ihr die Möglichkeit geben sich im eigenen Raum zu verwirklichen. Er darf um der Befestigung seiner eigenen Souveränität willen nicht dulden, daß sich dieser berufsständische Gedanke auf Umwegen die Rechte holt, die man ihm freiwillig nicht gibt. Der Sozialismus insbesondere muß endlich von dem formaldemokratischen Ideal des selbstherrlichen Einkammersystems abkommen und neben das Parlament des allgemeinen Wahlrechts, das die geistigen Prinzipien verkörpern soll, eine auf organisierten Vertretungskörpern der nationalen Produktion sich aufbauende Kammer der Arbeit stellen, in der sich die eigentliche Substanz des (von den Bolschewisten okkupierten, dann aber sabotierten) Rätegedankens verkörpert. Erst ein solches sozialistisches Zweikammersystem, wie es von den Sozialistischen Monatsheften gleich bei der Staatsumwälzung und dann immer wieder verlangt wurde, gäbe uns sachlich das Recht den fascistischen Aufbau zurückzuweisen. Schöpferische Kritik kann eben immer nur durch eigene bessere Leistung, durch ein positiv Neues, nicht durch Wiederholung alter und veralteter Formeln geübt werden.

Der Fascismus hat jedenfalls, das kann ihm nicht bestritten werden, in Italien die Suprematie des Staats über die Wirtschaft hergestellt.



AS ist, was der Fascismus erreicht hat. Dieser Erfolg ist eine Tatsache, eine Wirklichkeit. Die Tatsache bedeutet noch keine Rechtfertigung. Aber wir vermögen so lange einen Erfolg durch die Kritik an den Mitteln, mit denen dieser Erfolg errungen wurde, nicht zu entwerten, als wir mit eigenen anderen Methoden jene Wirklichkeit nicht durch stärkere Wirklichkeit übertroffen haben. Mit Ideologien und mit einer Moralkritik läßt sich der Fascismus nicht bekämpfen. Stärkeres Schaffen allein kann das tun. Nichts anderes wollte George Bernard Shaw in seinen Briefen über das fascistische Italien gesagt haben. Die Kritiker Shaws, unter anderen Gaetano Salvemini und Friedrich Adler, versuchten seine Feststellungen zu entkräften, indem sie darauf hingen, daß es gemeine Methoden seien, mit denen Mussolini seine angeblichen Erfolge erzielt habe. Shaw antwortete:

»Ich hasse die Roheiten, die die Machtergreifung des Fascismus begleiten, aber ich werde nicht meine Energie verschwenden und den Ruf meines gesunden Menschenverstands aufs Spiel setzen, indem ich mich weigere vollendete Tatsachen anzuerkennen. Wenn ich das täte, verlöre ich das Recht Mussolinis Herrschaft zu kritisieren.«

Die schlimmen Taten des Fascismus, unter denen die Ermordung Matteottis die verdammenswerteste war, sprechen gegen die fascistischen Methoden. Darf man deswegen die Beseitigung der Herrschaft des Laissez-faire-Kapitalismus durch Mussolini nicht als einen Erfolg anerkennen? Als Sozialisten darf es uns auch nicht genügen die liberalen Freiheiten gegen den Fascismus anzurufen. Unwürdig aber eines Sozialisten ist eine Kampfweise, wie sie in dem oben bereits erwähnten, auch ins Deutsche übersetzten Buch Mussolini und sein Gefolge, als dessen Verfasser ein pseudonymer Nuntius Romanus zeichnet, geführt wird. Hier bekämpft man Mussolini mit moralisierenden Gehässigkeiten. Da versucht man zum Beispiel das bekannte Buch Margherita Sarfatti über Mussolini (über dessen Wert man gewiß verschiedener Meinung sein kann³⁾) dadurch zu treffen, daß man behauptet, die Beziehungen zwischen Mussolini und Sarfatti seien »notorischerweise so intim, daß man in dem ganzen Buche keine Zeile vermuten darf, die nicht den ausdrücklichen Zweck hätte dem Duce zu Gefallen zu sein«. Soll solches (und noch viel häßlicheres) Herumstöbern im Persönlichsten des Lebens eines Menschen ein politisch-soziales System widerlegen? Glaubt man wirklich, daß ein Sozialist sich im Kampf gegen einen Gegner solcher Argumente, deren der Verfasser des genannten Buches Hunderte anzuführen weiß, bedienen darf? Shaw hat wahrlich recht, wenn er in einem, vom Tagebuch deutsch wiedergegebenen Brief an den Manchester Guardian sagt:

»Ihn [Mussolini] beschimpfen . . . heißt die unterhaltende, aber unrühmliche Rolle des Thersites spielen: Er schlägt mich, und ich beschimpfe ihn; würdige Genugtuung! Ich wollte, es wäre anders: daß ich ihn schlagen könnte, indes er mich beschimpft.«

Wie der Mann, der die fascistische Bewegung führt, als Führer eines andern als seines Volkes nicht denkbar ist, so ist der Fascismus nur als italienische Erscheinung zu werten und zu beurteilen. Es ist widersinnig mit jener oben zitierten Sammelschrift von einem »internationalen Fascismus« zu sprechen, so als ob der Fascismus Italiens nur eine unter vielen europäischen Erscheinungen des selben internationalen Vorgangs sei. Der Fascismus ist ein wurzelhaft italienisches Gebilde. Es geht nicht an in jedem nationalistischen Frontkämpferbund "deutschen Fascismus" zu erblicken. Das Wissen um die Unübertragbarkeit des fascistischen Systems sollte genügen, um eine abwar-

3) Siehe dazu auch die Rundschau *Innenpolitik*, in den Sozialistischen Monatsheften 1927 II Seite 740.

tende Haltung gegenüber den wirtschaftlichen und sozialen Experimenten des Fascismus einzunehmen. Die Tatsache, daß wir uns daran gewöhnt haben alle antisozialistischen Kampfverbände als fascistische zu bezeichnen, hat nicht wenig dazu beigetragen, daß wir größtenteils noch außerstande sind das Aufbauexperiment des Fascismus sine ira et studio zu beurteilen.

Neuerdings hat Friedrich Adler Albert Thomas daraus einen Vorwurf gemacht, daß er als Direktor des Internationalen Arbeitsamts den fascistischen Syndikaten »Mussoliniens« anlässlich ihres 3. Kongresses einen Besuch abgibt⁴. Er sagte da unter anderm:

»Der Mai dieses Jahres brachte den Fascisten einen Triumph ganz anderer Dimension . . . Albert Thomas kam plötzlich nach Rom, wurde am 5. dieses zuerst von Mussolini selbst im Palais Chigi, dann im Ministerium der Korporationen durch den Unterstaatssekretär Bottai, im Wirtschaftsministerium vom Minister Balluzzo begrüßt und nahm schließlich an der feierlichen Eröffnungssitzung des fascistischen Gewerkschaftskongresses teil, bildete also einen Teil der Staffage, als der Diktator Mussolini 10 000 Sklaven mit seiner Ansprache über die glorreichen Errungenschaften beehrte, die der Fascismus den Arbeitern gebracht habe. Noch liegen keinerlei wahrheitsgetreue, sondern nur fascistische Berichte über den Aufenthalt Thomas' in Rom vor. Aber wenn auch Albert Thomas manche Reserve des zivilisierten Menschen in seine Lobeshymnen für das fascistische Wirtschaftssystem eingeflochten haben mag (Reserven, die, wenn sie erfolgten, selbstverständlich von der fascistischen Presse unterschlagen wurden), so genügt zum Urteil über das Auftreten von Albert Thomas schon reichlich das, was bereits sicher feststeht. Mögen die Berichte der fascistischen Blätter (in allergrößter Aufmachung, in Fettdruck, mit 6spaltigen Titeln berichten die Stampa und das Giornale d'Italia über seine Reden) noch so entstellt sein, die Beteuerung seines "wissenschaftlichen" Interesses für die fascistische Gewerkschaftsfälschung steht außer Zweifel.«

Aus der Tatsache also, daß Thomas sein wissenschaftliches Interesse für das fascistische Experiment bekundet hatte, glaubt Friedrich Adler ihm einen Vorwurf machen zu müssen. Wenn er auch das Verbrechen Thomas' damit zum Teil entschuldigt, daß hinter der Amtsperson notwendigerweise der Sozialist in ihm zurücktreten mußte, so ist er doch der Auffassung, daß Thomas die Grenzen dessen, was für einen Sozialisten erlaubt ist, bei seinem Besuch des fascistischen Gewerkschaftskongresses überschritten hat. Daß es möglich ist einen hervorragenden Sozialdemokraten wie Albert Thomas deswegen anzuklagen, weil er sein objektives Interesse an dem fascistischen Sozialaufbau bekundet hat, ist ganz unverständlich. Und es ist noch weniger zu verstehen, daß das Bureau der Sozialistischen Arbeiterinternationale am 4. Juni in einer Sitzung Thomas deshalb rügen zu sollen glaubte, weil er durch seine Anwesenheit auf jenem Kongreß »zu tendenziösen Entstellungen, die er voraussehen konnte und mußte, Anlaß gegeben« hätte. Die Sozialistische Arbeiterinternationale sollte es zu allererst verstehen und begrüßen, daß der sozialistische Direktor des Internationalen Arbeitsamts sich für alle sozialen Experimente, die mit der Arbeiterklasse zusammenhängen, interessiert. Denn mit Albert Thomas hat die ganze europäische Arbeiterklasse den stärksten Anlaß die wirtschaftlichen und sozialen Ergebnisse des Fascismus genau kennenzulernen. Unsere begründetermaßen scharfe Kritik an der Parteipolitik des Fascismus dürfen wir nicht auf seine sozialen Maßnahmen übertragen. Solange der sozialistische Aufbau in unseren eigenen Ländern nicht vollendet ist, haben wir allen Grund diejenigen aufmerksam und ernst zu beobachten, die da vorgeben mit ihren andersartigen Methoden schon an dem Ziel angelangt zu sein, von dem wir uns noch sehr

⁴) Siehe Adler Albert Thomas' Besuch in Mussolinien, in der Arbeiterzeitung /Wien/ vom 13. Mai 1928.

weit entfernt wissen. Denn aus dem Aufbauexperiment des Fascismus können wir Lehren für unsere eigene sozialistische Aufbauarbeit ziehen. Lernen wir von dem Fascismus jedenfalls das eine: Aktivität des Willens! Der Aufbau einer sozialistischen Wirtschaft ist nicht erst möglich, wenn die "entscheidende Stunde" angebrochen ist. Heute und hier ist der Sozialismus möglich. Der Erfolg des Fascismus beruht nicht zuletzt darauf, daß er sich seine Entschlüsse und Maßnahmen nie durch ein Dogma vorschreiben läßt sondern durch die Wirklichkeit des von vernunftfremden Elementen aller Art unvermeidlich durchsetzten gesellschaftlichen Lebens.

Nur durch stärkere Wirklichkeit vermag der Sozialismus den Fascismus zu besiegen, nicht durch moralische Verurteilung seiner Methoden.

HUGO BEER . DIE IDEE DER PERSÖNLICHKEIT

PERSON ist als Wort, und damit zusammenhängend Persönlichkeit als Begriff, römischen Ursprungs. Das dürfte im allgemeinen bekannt sein. Etwas überraschend ist dagegen die Feststellung Fritz Mauthners, daß der Begriff auch in einem Zusammenhang mit dem griechischen *προσωπεῖον* stehen dürfte. Dieses Wort, das Antlitz, später Maske, Rolle, Typus in der Theatersprache bedeutete, war mit *persona* durch den Sinn verwandt, den man den beiden Wörtern beilegte. Der Einfluß des griechischen Wortes auf das römische Sprachgefühl ist auch unverkennbar. Während der römische Jurist das Wort *persona* nur gebrauchte, um das menschliche Individuum von einem Ding, einer Sache zu unterscheiden, verwendete die Volkssprache der Römer auch dann das Wort, wenn eine bestimmte Eigenart, eine hervortretende, feste Gestalt ausgedrückt werden sollte. In dieser Bedeutung drang es dann in fast alle europäischen Kultursprachen ein, steht es als *persona* im Italienischen und Spanischen, *personne* im Französischen, *Person* im Deutschen, *person* im Englischen und Skandinavischen usw.

Wichtig ist nun die Erweiterung des Begriffs *Person* zu *Persönlichkeit*. Mauthner weist in seinen gründlichen etymologischen Untersuchungen darauf hin, daß der einfache römische Sinn des Wortes *persona* bald unter dem Einfluß des kirchlich-dogmatischen Sprachgebrauchs sich komplizierte. Von großer Bedeutung war dabei der orientalische Einfluß. Schon im Alten Testament finden wir den Gebrauch des Wortes פנים als Antlitz oder Gestalt in Wendungen wie das Antlitz Gottes, des Engels, des Königs, bald darauf aber auch mit abstrakten Begriffen verbunden, wie das Antlitz der Furcht, der Bosheit usw.; später redete man sogar vom Antlitz der Hand, und im Neuen Testament steigerte sich der Sprachgebrauch derart, daß das Wort, auf das es ankam, zu dem nun schon schattenhaften פנים in der Genetivform hinzugefügt wurde. Das auf diese Weise immer zu größerer Bedeutungslosigkeit herabsinkende פנים wurde dann bei den Bibelübersetzungen stets mit *προσωπεῖον* respektive *persona* übersetzt. Neben dem jüdischen Sprachgebrauch wirkte aber noch ein Umstand auf die Entwicklung dieses Begriffs ein: die große dogmatische Verlegenheit der rechtgläubigen Kirchenväter. Hatte man einmal einen festen Begriff, so galt er kurze Zeit darauf als ketzerisch, und das Suchen ging von neuem an, so daß es von *natura*, *substantia*, *persona* und dergleichen nur so wimmelte. Das auf solche Weise immer begriffshohler gewordene Wort *persona* erfuhr

dann im Deutschen eine Übersetzung mit Heit, das heute nur noch eine leere Endsilbe ist.¹ Der Übersetzer des Bischofs Hispalensis sagt für die 2 Personen Christi »dero zwio Heito«, für die 3. Person »diu Drittenheit«. In dem Marienleben des Bruders Philipp lesen wir von dem Bart Christi: »Der was brun unde reit, ze mazen lanc in schöner Heit.« Und in einer spätern Sprache hören wir vom verlorenen Sohn die Worte: »Sollt ich zum Vater in solcher Heit, nein, würd ihm machen großes Leid.« Wir sehen an diesen Beispielen, daß dem Begriff Heit die Bedeutung von Person, Würde, hervortretende Gestalt zukam. Aber als Eckhart die »Mugenheit« der 3 göttlichen Personen untersuchte nach ihrer »Wesenheit« oder nach ihrer »Personlichkeit«, trat bereits die Übersetzung von Person als eine leere Beifügung an das bedeutungslose Adjektiv des leergewordenen Personenbegriffs; vergleiche damit auch ewikheit, oder ferner das heutige norwegische personlighed und das holländische persoonlijkheid. Und etwas später stellte der Begriff nichts anderes mehr dar als eine leere scholastische Analogiebildung. Es war die Einsicht dieser begrifflichen Verwirrung, daß sich in der neuern Sprache das französische personnage (personalité), analog dem deutschen Persönlichkeit, zum Ausdruck für einen hervorragenden Menschen verdichtet, dagegen Person im Deutschen zu einer im allgemeinen wenig sagenden, manchmal sogar geringschätzenden Bezeichnung, personne im Französischen gelegentlich zur Negation wird.

Nach all dem Gesagten dürfte unsere heutige Unklarheit über den Begriff Persönlichkeit wohl zu verstehen sein. Unser Sprachgebrauch hat das alte personlichkeit auf ganz natürlichem Weg übernommen, und in unserm so vielverheißenden Persönlichkeit haben wir nichts anderes als den selben leeren, geschichtlich ganz einwandfrei begründeten Begriff 2mal: 1. als hohlen Stamm, 2. als noch hohlere Endung. Was liegt näher, als daß ein demokratischer Zeitgeist die leerstehende Form mit neuem Inhalt füllt und nach dem ehrwürdigen Musterklichee personlichkeit Tausende und Abertausende von neuen Persönlichkeiten fabriziert? Nur einige Beispiele: Der Kriminalist hatte die Persönlichkeit eines Verbrechers festgestellt, ein Journalist berichtet, daß in diesem und jenem Palais politische Persönlichkeiten zusammengelassen sind, die Angestellten sprechen von ihrem Chef als von einer gefürchteten Persönlichkeit, in einem Zeitungsinserat wird für eine Bank an leitender Stelle eine gewandte Persönlichkeit gesucht, und der Kantor oder Bürgermeister genießt die hohe Ehre eine in allen Kreisen des Orts sehr beliebte Persönlichkeit zu sein.

Je mehr wir uns daraufhin bemühen wollten dem Persönlichkeitsbegriff die Eigenschaft eines Absoluten, Synthetischen zu geben, um so mehr würden sich die Schwierigkeiten steigern. Günstigenfalls bekämen wir eine Definition, die ein sprachliches Monstrum, aber beileibe nicht einen festumrissenen Totalbegriff darstellen würde. Der Heidelberger Theologieprofessor Friedrich Niebergall versucht dem Persönlichkeitsbegriff eine ausschließliche Höhe zu geben und glaubt im überragenden sittlichen Plus das Wesen der Persönlichkeit zu sehen. Dabei will er aber Männern mit in seinem Sinn keinesfalls sittlichem Überquantum wie etwa Mohammed den Ehrentitel einer Persönlichkeit durchaus nicht versagen. Um Grenzfällen allenfalls vorzubeugen, unterscheidet er scharf zwischen Genie und Persön-

1) Siehe zum Folgenden *Meuthner Wörterbuch der Philosophie II* /München 1910/ Seite 241.

lichkeit. »Ein Genie kann auch ein Lump sein, eine Persönlichkeit nie.«² Die große Konfusion über unsern Begriff dokumentiert aber am auffälligsten unser Sprachgebrauch, der keinen Pleonasmus darin erblickt, wenn er dem angeblich absoluten Persönlichkeitsbegriff erläuternde Attribute beifügt, wie ehrfurchterweckend, sittlich, überragend, kraftvoll, oder religiös, pädagogisch, politisch, philosophisch und dergleichen. Wollen wir es nur ruhig eingestehen: Wir sprechen von Persönlichkeit und denken dabei an stark ausgeprägte Individualität, an Größe, Erscheinung. Immer wieder stoßen wir doch auf den ursprünglichen Sinn. Ganz folgerichtig, weil alles Denken unserer Zeit noch individualistisch orientiert ist. Das auftretende soziale Moment wird nur als das Umgebende, nicht als das Organische gesehen.

Wenn Persönlichkeit überhaupt einen Wert darstellen soll, so kann das nur durch die völlige Umkehrung der bisher beliebten Denkweise geschehen: Das Persönlichkeitsideal wird dann kollektivistisch.

Man hat dieses Ideal schon einmal früher zu gestalten versucht, und man fand es in der Gestalt der höchsten Gottheit. Alle Gesetze waren deren Emanationen und, was das Bedeutendste daran ist, für sämtliche Glieder der Gesellschaft verpflichtend, bindend (Hammurabi, Moses, Konfutse, Zoroaster, Solon, Mohammed). Auch der Vertreter der Gottheit war unfehlbar und in seinen Verordnungen absolute Autorität. Der König der Azteken war, wie der der Inkas, Abkömmling des Sonnengottes, ebenso der ägyptische Pharao. Bekanntlich galt bis in unser Jahrhundert hinein der Kaiser von China wie der türkische Sultan als Sohn des Himmels. Das Papsttum der katholischen Kirche dürfte wohl das älteste lebendige Bleibsel dieser patriarchalischen Gesellschaftsform darstellen, einer Gesellschaftsordnung, die einst das erste überragende, allgemein bindende und intervölkische Persönlichkeitsideal zu gestalten vermochte: das christliche Persönlichkeitsideal. Aufgebaut auf uralten Messiasgedanken, weitergebildet durch die hellenische Philosophie mit ihrer Lehre vom Logos, beseelt durch einen blühenden semitischen Legenden- und Mythenkreis und straff organisiert durch eine, ganz römisch-juristischen Geist atmende Hierarchie, vermochte es dem Völkergewirr des anbrechenden Mittelalters einen ordnenden Sinn zu geben. Das Charakteristische des neuen Ideals war allerdings die völlige Umwandlung der bisherigen, an die Welt der Erscheinungen gebundenen Lebensauffassung: eine Lösung von den Gesetzen des Irdischen. So haben nach Tertullian der Philosoph und der Christ nichts mehr mit einander gemein. Für Minutius Felix war Sokrates ein attischer Possenreißer, der bekennt, daß er nichts weiß. Und übereinstimmend mit jenen Auffassungen beurteilte Paulus im Kolosserbrief die heidnische Philosophie und Wissenschaft: »Sehet zu, daß euch niemand beraube durch die Philosophie und lose Verführung nach der Menschen Lehre und nach der Welt Satzungen.« Der christliche Geist sah eben das Grundübel der sogenannten klassischen Zeit in der Wertschätzung der sichtbaren und vergänglichen Dinge statt der unsichtbaren und ewigen. Der gläubige Christ strebt deshalb nur dem Unsichtbaren, Göttlichen zu, das der fleischgewordene Logos sichtbar dargestellt hatte. Origines äußerte einmal, selbst die idealsten Bilder der Heiden, selbst der olympische Zeus, könne mit dem, der nach dem Ebenbild Gottes geschaffen sei, nicht verglichen werden; das vollkommenste aller Bilder aber sei

2) Siehe Niebergall Person und Persönlichkeit /Leipzig 1911/ Seite 54.

Christus. Der sich einst der Menschheit darbietende und jetzt an der Seite des Vaters sitzende Logos hat aber ein Mittel sein Wesen der gesamten Christenheit mitzuteilen: den Heiligen Geist. Dieser ist das bindende und bewegende Prinzip der Gemeinschaft. Wir sehen: Das christliche Persönlichkeitsideal ist absolut, und seine Auswirkung war uniform. Pflicht jedes Individuums war es diesem Ideal gleichzukommen. Je mehr man jedoch das Sündhafte und Verderbte bekämpfte, um so größer wurde die Kluft zwischen der in die Schranken des Irdischen gebannten Menschheit und dem sündlosen allmächtigen Gottessohn. Das kollektivistische Moment mußte eine Gegenkraft auslösen: die sich mehr und mehr individualistisch ausprägende Gottheit mitsamt ihren irdischen Stellvertretern.

Schon seit Hrabanus Maurus finden wir mehr oder weniger ein leises Abrücken vom alten Ideal, und in den Kreuzzügen, ja im Rittertum überhaupt sehen wir die erste kraftvolle Reaktion des Laientums gegen den Klerus. Nicht der Himmel, sondern die Erde wurde jetzt die Heimat des Menschen. War das Ideal der christlichen Erziehung die Unterordnung unter die Kirche, so erwachte im Ritter wieder das Bewußtsein der individuellen Freiheit. Das alte Persönlichkeitsideal hatte einen schweren Stand. Es versuchte nun bei starker Betonung des Gattungsmäßigen dennoch das Individuelle zu berühren. Hunderte von Jahren brauchte die Scholastik, um das eigentliche Ideal begrifflich festzulegen, und als sie dann eben damit fertig zu werden schien, waren die Aristokraten des Geistes schon lange mit dem ganzen Ideal fertig. Luther unternahm den wenig aussichtsreichen Versuch das Ideal zu retten. Seine Zeit schritt über ihn hinweg. Deren Wesen war zunächst etwas Negatives: die Abstreifung des Übersinnlichen, Gattungsmäßigen, Uniformen. Man greift zurück in die Vorzeit und erfreut sich an den Schatten der einst so frohen und lebensheiteren Griechen und Römer. Die Natur, die Welt kommt wieder zu ihrem Recht. Das kraftvolle Individuum ist es, das jetzt hoch gewertet, ja oft abgöttisch verehrt wird. Der Wille zur Macht, zum Leben, zum Ich, zum Ruhm beherrscht alles, ja räumt alles im Weg Stehende, bis zum brutalsten Egoismus gehend, rücksichtslos hinweg. Man wird dabei an das mystische Halbgottideal eines Angelus Silesius erinnert: Ich selbst muß Sonne sein, ich muß mit meinen Strahlen das farblose Meer der ganzen Gottheit malen.

Die Emanzipation des Geistes war da. Die Namen Bacon und Descartes verkünden uns, daß das berühmte Tertullianische Wort »Certum est, quia impossibile est« seinen Sinn verloren hat. Von größter Bedeutung für die Weiterbildung des neuen Persönlichkeitsideals war aber das Werk Spinozas. Durch dessen Bestimmung des menschlichen Individuums als Träger göttlichen Lebens wird das selbstbewußte Verantwortlichkeitsgefühl im Menschen wachgerufen, dem Menschen eine Pflicht auferlegt. Zu dem Moment des Freiseins tritt die Frage danach, wozu man frei wird. Die Aufklärung des 18. Jahrhunderts war durchaus nicht mehr eine bloße Reaktion gegen die christliche Transzendenz sondern ein Neugesetzeschaffen, der Versuch einer Andersgestaltung auf natürlicher Grundlage. Die Große Französische Revolution stellt sich nur in ihrer Anfangsphase als Zerstörung des Alten dar. Schon mit der Verkündigung der Menschenrechte beginnt der Wille zum Neuen, zur Umbildung nicht nur des Individuums sondern und vor allem der ganzen Gesellschaftsform. Das absolutistische System geht unter, Konstitutionalismus und Parlamentarismus kommen zur Herrschaft. Indem

der Staat nun das Leben jedes einzelnen Mitbürgers fördert, zugleich aber die Zusammenfassung aller Staatsbürger zu einem Gesamtorganismus versucht, beginnt das Persönlichkeitsideal erneut kollektivistische Färbung anzunehmen (die erst im manchesterlichen Liberalismus des 19. Jahrhunderts wieder verloren ging). Deutschland wurde von dieser Geistesströmung nur wenig erfaßt. Unsere deutsche Klassikerzeit konnte deshalb nichts anderes als im höchsten Fall eine edle Stagnation darstellen. Hoch oben auf luftiger Höhe, tief unter sich die geschichtliche Realität lassend, baut man sich sein eigenes Persönlichkeitsideal: Das Menschheitsideal wird in der harmonisch ausgebildeten Einzelpersönlichkeit dargestellt. Wir haben das Persönlichkeitsideal des deutschen Neuhumanismus, das Ideal eines Schiller, Humboldt oder Schleiermacher vor uns. So groß uns aber der Gegensatz zwischen jenem Ideal und der wirklichen Welt erscheinen mag, so unverkennbar ist trotz allem der Einfluß der westeuropäischen Gedankenwelt. Ohne ihn wäre die Entstehung eines Götz, eines Wilhelm Tell oder gar der Räuber gar nicht zu denken. Und nichts kündigt schöner und gewaltiger den Sieg der Rousseauschen Gedankenwelt als der Augenblick, da der greise Faust im Dienst für seine Mitmenschen den Spaten ergreift.

Richard Wagner sagte einmal, das Tempo des Deutschen sei Andante. Und es ist vielleicht gut so. So fiel dem deutschen Geist naturgemäß die Aufgabe zu das mehr Emotionale, Spontane des französischen Geistes rein verstandesmäßig zu erfassen. Es war das große Verdienst Kants die Idee des Gattungsmäßigen zur weitumfassendern Idee des Sozialismus verdichtet zu haben. Gewiß ist für Kant, wie für Fichte, das Entscheidende das Postulat der sittlichen Vernunft, das Gesetz der göttlichen Pflicht in uns. Während jedoch Fichte trotz seinem vermeintlich radikalen Gefühlssozialismus nur bei rechtlichen und ideellen Erwägungen bleibt, sehen wir bei Kant schon die Entstehung einer ökonomischen Geschichtsauffassung: in seiner 1784 veröffentlichten Abhandlung Idee zu einer allgemeinen Geschichte in weltbürgerlicher Absicht, die zuerst, vor 25 Jahren, hier in den Sozialistischen Monatsheften als eine Wurzel des »Stammbaums der materialistischen Geschichtsauffassung« aufgezeigt wurde³, und auf die man seither in der Geschichtsphilosophie des Marxismus immer wieder hingewiesen hat. Für unsern Zusammenhang wichtig ist die Stelle, wo Kant sagt, daß der Fortschritt zum Höhern nicht allein von unserm Willen abhängt »sondern von dem, was die menschliche Natur in uns und mit uns tun wird, um uns in ein Gleis zu nötigen, in welches wir uns von selbst nicht leicht fügen würden«. Deswegen pries Kant die Französische Revolution als einen sittlichen Ruf der Natur, im Gegensatz zu Schiller und Klopstock auch dann noch, als das schon lange nicht mehr zum guten Ton gehörte. Bei dieser seiner Stellungnahme ist es dann ganz folgerichtig, daß er, im Anhang zum Ewigen Frieden, im Hinblick auf die trostlose politisch-gesellschaftliche Struktur des damaligen Deutschlands glaubte, es sei auf keinen andern Anfang des rechtlichen Zustands zu rechnen als den durch Gewalt. Oder daß er, in einer Nachlaßnotiz, meint: »Um ein pactum sociale zu einer Republik zu stiften, muß schon eine Republik da sein. Folglich kann sie nicht anders wie durch Gewalt, nicht durch Einstimmung gestiftet werden.« Das Ideal Kants ist keineswegs so erdenfremd wie man meist glaubt.

3) Siehe Schmidt Über die geschichtsphilosophischen Ansichten Kants, in den Sozialistischen Monatsheften 1903 II Seite 683 und folgende.

Jedenfalls erscheint nur durch Kant die Route frei und möglich, die über Hegel dann später zu Marx führte. Und umgekehrt: Erst die durch Marx begründete Betrachtungsweise läßt die Verwirklichung des Kantschen Persönlichkeitsideals erhoffen. Marx fand den Weg, der zur Erforschung ökonomischer Bewegungsgesetze der menschlichen Gesellschaft führt. Der Ausgangspunkt ist nicht mehr das Individuum, sondern die Gesellschaft. Dabei wächst jedoch die marxistische Betrachtungsweise über das Studium der gesellschaftlichen Zustände hinaus, sie wird zur Diesseitsphilosophie, zur Philosophie der erhabenen Zielsetzung, denn es kommt nicht darauf an die Welt verschieden zu interpretieren sondern sie zu verändern. Es entsteht das Kommunistische Manifest. Tiefen eröffnen sich, Weiten tun sich auf, wenn wir hören, daß die bisherigen Gesellschaftsformen unzählige Menschenwerte zertreten, die persönliche Würde zum Tauschwert erniedrigt haben, und dann am Ende ein unverrückbares Ziel vor unsere Augen gestellt wird, eine »Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist«. Die freie Entwicklung des einzelnen die Bedingung für die freie Entwicklung aller: der Glaubenssatz des Sozialismus, der den Schaffensgedanken verkörpert.

So niederschmetternd für uns auch das Marxsche Wort sein mag, daß die bisherigen Geschichtsepochen nur eine Vorgeschichte der Menschheit darstellen, so hoffnungsmutig dürfen wir in das Morgenrot einer neuen Zeit blicken, wenn wir aus dem Mund Kants hören, wir könnten durch unsere eigene vernünftige Veranstaltung diesen Zeitpunkt schneller herbeiführen.

ARNO NADEL · EINE NEUE WELT WIRD WERDEN



Wenn nicht einer
Den andern liebte,
Wie könnte der einzelne leben?

Wenn nicht einer
Die Menschen, die da leiden, liebte,
Wie könnten die leidenden Menschen leben?

Jeder muß den andern lieben.
Es gibt keinen einzelnen,
Der alle lieben soll.

Wie es einst Könige gab,
So muß ein jeder
Gerecht zu herrschen suchen.
Gegen jeden gerecht sein: das ist unser Königtum.

Wie einst einer gut war,
Müssen alle gegen alle gütig werden.
Die Reichen müssen ihre Schuld erkennen.
Die Armen müssen ihre Schuld erkennen.

Eine neue Welt wird werden.
Die Armen beginnen sie.

PAUL BERNHARD · PROBLEME DER FILMMUSIK

JEINE Mädchen, die aus molligem Dunkel Glück und Leid ihres Traumhelden auf der Leinwand leuchtenden Auges erleben, sind sich nicht bewußt, daß die Verwandlungen, die ihnen das Objektiv vorzaubert, von einem Musikstrom begleitet sind. Denn die Aufnahmefähigkeit der menschlichen Sinne hat nur ein gemeinsam bestimmtes Maß. Wer den Duft einer Blume bewußt ein-saugt, wer den Klängen einer Stimme hingeeben lauscht, schließt die Augen, und wer mit Konzentration einem optischen Eindruck folgt, hat nicht die Fähigkeit gleichzeitig bewußt zu hören.

Man könnte meinen, daß die Musik im Kino keine andere Funktion hätte als die Nerven der Besucher zu beleben oder eine festliche Stimmung zu erzeugen, so wie Musik von jeher im Zirkus und Variététheater die Darbietungen begleitete. Solche Erhöhung der Stimmung ist freilich auch im Kino Zweck der Musik. Aber die Erfahrung hat gezeigt, daß die musikalische Begleitung der bewegten Bilder nicht nur eine verschönernde und belebende Zugabe ist sondern ein obligater Bestandteil des Schauspiels. Man kann ein galoppierendes Pferd, Jongleure und Akrobaten und alle bewegten Dinge in der Wirklichkeit als ästhetische Erscheinungen rein optisch genießen. Der Film ist aber nicht Wirklichkeit sondern zeigt nur die optischen Abbilder von Wirklichkeiten. Er ist stumm. Da nun der Betrachter in sich die optischen Bilderfolgen zu Realitäten formt, von den frühesten Stadien der Beobachtung an aber daran gewöhnt ist, daß alle Bewegung akustische Erscheinungen zeitigt, so entsteht, ihm freilich unbewußt, in ihm eine Leere. Erscheint ihm so ohne jede akustische Ergänzung ein galoppierendes Pferd auf der Leinwand gespenstisch, das Aufblitzen, die Rauchentwicklung eines Kanonenschusses hohl und spielerisch, so wird er einen Menschen mit lachendem Mund und heftiger Gestikulation oder gar ein Liebespaar in Großaufnahme, das sich mit sichtbarer Mund- und Zungenbewegung seiner Leidenschaft versichert, nur mit einem deutlichen Gefühl der Leere und des Unbefriedigtseins betrachten. Vielleicht wendet man ein, nichts sei einfacher als die akustische Leere dadurch auszufüllen, daß man mit Hilfe geeigneter Instrumente die vermißten Geräusche nachahmt. In der Tat ist dies ein Weg, der in der Jugendzeit der Kinematographie allgemein beschritten worden ist. Was aber konnte das Fehlen der gesprochenen Worte im Film ausgleichen? Wirkliche Rede? Dann mußte man entweder das Filmdrama den Gesetzen des Wortdramas unterwerfen und auf einem vollständigen gesprochenen Damentext aufbauen; das hieß nicht nur einen schlechten Abklatsch des Theaters geben sondern insbesondere auf alle Möglichkeiten des Films Verzicht leisten, Möglichkeiten, die eben nur durch die rein optische Darstellung geboten waren. Oder man hätte nur einzelne herausgegriffene Dialoge in der Filmhandlung sprechen lassen können; dann wäre aber durch das plötzliche, nur zeitweilige, Erklingen menschlicher Laute und die Fixierung von Gefühlen oder Gedanken in Worten die Einheit der Darstellung unrettbar verloren gegangen. Was also instinktiv alle Filmregisseure von Anfang an fühlten, hat sich empirisch als notwendig erwiesen: Der Film braucht zu seiner vollen ästhetischen Entfaltung neben seinen eigenen essentiellen optischen Mitteln eine akustische Ergänzung. Diese Ergänzung kann nur die Musik bilden.

Die Musik lebt selbstherrlich in einer Welt eigener Gesetzmäßigkeiten. Diese Gesetze haben keine andere Gemeinsamkeit mit denen des Films als die, daß sie ebenfalls in der Zeit ablaufen. In der Oper unterwirft sich das Wortgebilde den musikalischen Forderungen. Die Gesetze der Metrik und der Prosodie gehen unter in den Metren und Rhythmen des musikalischen Reichs. Art und Ausdruck der Musik werden zwar durch die Gefühlssphäre des Wortsinns bestimmt. Aber die Worte selbst verlieren ihr akustisches Eigenleben. Sie werden gedehnt, verkürzt, nach rein musikalischen Gesetzen beliebig wiederholt: Die Sprache wird zur Musik. Der Film ist stumm, er ist ein Mimodrama. Beschränkte er sich auf die Darstellung menschlicher Beziehungen mit Hilfe menschlicher Figuren wie die alte Pantomime, dann gäbe es kein Problem. Im alten stummen Drama konnten die Spieler in Haltung, Gestik und Tanz leicht die Ehe mit der Musik vollziehen. Die Musik war an ihre Gesetze gebunden. Sie herrschte und erzwang so die musikalische Stilisierung, die das Wesen der Pantomime ausmachte. Wesen des Films aber ist es das Leben in den Rhythmen des Lebens selbst zu spiegeln. Er zeigt Menschen und Dinge in der ihnen eigenen rhythmischen Gesetzmäßigkeit, ja, er deckt häufig erst diesen Rhythmus auf. Der Film stilisiert zwar die Handlung, niemals aber den mimischen Ablauf der dramatischen Geschehnisse. So, scheint es, klafft ein ästhetischer Abgrund zwischen den Seinsbedingungen des Filmdramas und denen der Musik. Aber darüber hinaus gibt es noch technische Probleme. Denn wären die geistigen Divergenzen behoben, und es wäre für ein Filmdrama eine adäquate Musik erdacht und aufgeschrieben, so stünde der Realisation ein Hindernis im Weg, das die Einheit des Werks und damit die ästhetische Wirkung zunichte machen kann, nämlich die Schwierigkeit den gleichzeitigen exakten Ablauf von Film (Bildfolge) und Musik (Tonfolge) sicherzustellen. Wenn es schon gelungen ist den einzelnen Bildfolgen als akustische Ergänzung musikalische Formen anzupassen, die die jeweilige Stimmung wiedergeben und die dramatischen Akzente verstärken oder verdeutlichen, so muß diese Musik im zeitlichen Ablauf sich auf Bruchteile von Sekunden mit dem Ablauf der Bildfolge decken. Man vergegenwärtige sich den blitzschnellen Wechsel der Szenerie, die sekundenschnelle Einschiebung früherer Szenen zum Zweck der Erinnerung oder Erklärung, den jähen Umschwung freudigsten Geschehens in Tragik, den Übergang von Szene zu Szene durch Überblendung, die notwendige Akzentuierung eines Schreis, eines Falls. Kommt die musikalische Illustration um Sekunden zu spät oder zu früh, so wird die Bildwirkung nicht nur aufgehoben, sondern sie kann sich, wo es sich um Kontraste handelt, in ihr Gegenteil verkehren und das Drama durch Lächerlichkeit töten. Weil die Filmgesellschaften die Gefahren der Musik kennen, kümmern sie sich am liebsten gar nicht um sie und überlassen es den Theatern die von ihnen entliehenen Filme schlecht und recht je nach Verständnis und ökonomischen Mitteln musikalisch begleiten zu lassen. Das Resultat erleben wir schauernd, sobald wir eines der mittleren Kinos betreten und die "Musik" bewußt in uns aufnehmen.

Der einzige Weg eine Einheit von Filmdrama und Musik sicherzustellen ist natürlich der: Musiker zu den Aufnahmen beizuziehen und ihnen die Komposition zum jeweiligen Filmstück zu übertragen. Nur so kann eine Musik entstehen, die den Intentionen des Regisseurs hinsichtlich des Gesamtstils und des Stimmungsgehalts entspricht, und die in ihren einzelnen Motiven

und Sätzen eine symphonische Beziehung zum gespielten Drama hat. Es ist dann Sache des Komponisten sich mit seiner Musik der Handlung eng anzuschmiegen. Sie darf ganz frei walten in Vor- und Zwischenspielen, sie hat also auch Gelegenheit sich in der Deutung lyrischer oder burlesker Szenen, idyllischer oder heroischer Landschaften selbständig zu entfalten, begrenzt freilich auf Sekundenlänge durch den Zeitrahmen des Bildakts. Ob solche Musik gut oder schlecht ist, bestimmt allein das Können des Komponisten. Sache des Regisseurs ist es dagegen der dienenden Musik ein verständnisvoller Herr zu sein, der ihre Tugenden und ihre Schwächen genau kennt und schon bei den Aufnahmen mit in seine Rechnung stellt.

Ist eine Komposition zu einem Filmdrama geschaffen worden, so bleibt den Kinotheatern die Erwägung, ob es ihre Mittel erlauben sie mit dem Film zu beziehen und aufzuführen. Solche Musik ist meist anspruchsvoll gesetzt, bedarf eines größeren und geschulten Orchesters und eines zuverlässigen Dirigenten. Praktisch schaltet heute dieser Modus fast ganz aus. Die Kinotheater behelfen sich mit Ersatzmusik, die der Kapellmeister-Pianist als Eigentümer von mehr oder weniger Notenmaterial zusammenstellt und wiedergibt. Sie umkleidet zumeist den Film wie ein aus alten Lumpen zusammengeflickter Mantel eine schöne Frau. Besser ist die Musik oft in den kleinsten Kinos, wo nur ein Klavierspieler allein fungiert. Denn hier ist er imstande frei zu schalten, sein Spiel dem Film exakt anzupassen, alle notwendigen Akzente zu geben und ohne Rücksicht auf ein Ensemble, das naturgemäß nur mit Hilfe von Noten spielen kann, zu improvisieren.

Die Begleitung des Filmdramas durch einen improvisierenden Musiker bildet an sich eine ideale Lösung des Problems. Der Improvisator vermeidet, mit ständigem Blick auf die Leinwand, alle zeitlichen Divergenzen, er beherrscht den Augenblick. Freilich muß er, will er gute Musik machen, einen sichern Geschmack in der Verbindung und der Zusammenstellung von Stücken und freier eigener Phantasie haben. Und er bedarf eines geeigneten Instruments. Das Klavier ist schon für mittlere Theater zu schwach und überhaupt viel zu eintönig. Dagegen bilden die großen Orgeln, die jetzt in größeren Kinos verwandt werden, ein schlechthin ideales Instrument für den Improvisator.

Wird der Film aber, wie in den großen Theatern allgemein, mit Orchester begleitet, so stellt die Direktion an den Kapellmeister erhebliche Anforderungen. Er hat nämlich nicht nur der Partitur mit ihren oft einschneidenden Filmadaptionen genauestens zu folgen, sondern er muß gleichzeitig mit dem Augenmerk an der Leinwand hängen wie der Hund an den Lippen seines Herrn. Denn der Filmablauf kümmert sich nicht um den Kapellmeister. Er ist souverän. Läuft die Kurbel aus irgendwelchen Gründen schneller oder langsamer, so hat der Taktstock des Kapellmeisters mitzulaufen. Die von der Maschine oder dem elektrischen Strom auferlegten, jeder Logik oder Voraussicht entbehrenden Schwankungen, die der Bedeutung der musikalischen Phrase oft geradezu ins Gesicht schlagen, irritieren naturgemäß auch die Spielergruppen und einzelne Musiker. Denn auch sie werden während der ganzen Dauer des Filmstücks gezwungen neben den sinnvollen unentwegt auch den amusikalischen Befehlen des Taktstocks zu gehorchen. Die Aufgabe unter den Schwankungen der Kurbelmaschine erstlich bei den Aufnahmen im Atelier eine zeitlich genau passende Musik zusammenzustellen oder zu komponieren und sie hernach an der Hand einer Partitur bei den

Vorstellungen wiederzugeben, dabei das Orchester in der Hand zu behalten und im ganzen der Musik gemäß ihren Formen und Gesetzen gerecht zu werden, diese Aufgabe schien bis vor kurzem nur unter ganz besonders günstigen Bedingungen überhaupt lösbar. Erst das von Carl Robert Blum konstruierte Musikchronometer ermöglicht die genaue zeitliche Abstimmung von Film und Musikablauf, die Synchronisierung. Es besteht aus einem Kasten mit einer Scheibe, von der der Kapellmeister die Partitur ablesen kann. Im Innern befindet sich der von Blum erfundene Mechanismus, um den zeitlichen Ablauf der Musik genau in Übereinstimmung mit dem Ablauf des Films zu bringen. Aus der Partitur der für den jeweiligen Film bestimmten Musik wird zunächst mittels eines Hilfsinstruments, des Rhythmographs, ein Rhythmogramm hergestellt, das alle rhythmischen, metrischen und agogischen Elemente der Musik in exakter räumlicher Anordnung enthält. Dieses graphisch oder photographisch aufgenommene Rhythmogramm bildet die Unterlage zur Herstellung des sogenannten Notenbands. Dieses Band enthält die Partitur, und zwar in einem bestimmten räumlichen Verhältnis zur Ablaufgeschwindigkeit. Eine sehr stark verkleinerte Filmkopie dieses Notenbands läuft innerhalb des Apparats und wird, etwa 10fach vergrößert, auf die Mattscheibe geworfen, so daß die Noten dort in der üblichen Größe vom Dirigenten abgelesen werden können. Dieses Notenband wird von dem einen Teil eines elektrischen Aggregats in Bewegung gesetzt, dessen anderer Teil am Filmprojektor angebracht wird. Die beiden Elemente sind durch ein Kabel mit einander verbunden und bewirken auf diese Weise den genauen zeitlichen Ablauf von Ton und Bildfolgen. Dieses Musikchronometer ist weit entfernt das für den jeweiligen Film geschaffene musikalische Gebilde zu "mechanisieren". Es verkoppelt lediglich Film und Musik zu der unentbehrlichen Einheit, aber es bietet dabei nicht nur die Möglichkeit die Komposition ein für allemal genau nach den Absichten des Autors wiederzugeben, es läßt daneben dem Dirigenten die nötige Freiheit sie nach seinem Ermessen zu interpretieren. Ja, der Apparat fördert geradezu ein freieres Musizieren, denn er entbindet den Musiker von den aufreibenden Bemühungen um den unerläßlichen Kontakt mit dem Film.

Für die kleineren Filmtheater kommt das Orchester aus ökonomischen Rücksichten nicht in Frage. Es wäre aber leicht an die Stelle des üblichen Klavierspiels weit interessantere und differenziertere Musik zu setzen, um jeden Film zu begleiten: nämlich das Grammophon. Vielleicht lehnt unsere Generation noch unbewußt gerade vor den maschinenmäßig ablaufenden Filmbildern mechanisch reproduzierte Musik ab. Vielleicht bildet gerade die schwebende, schlecht zusammengefügte, halb improvisierte Musik des Klavierspielers einen beruhigenden Gegensatz zu der Unerbittlichkeit und Unfehlbarkeit des Bilderspiels; bringt sie doch mit ihren Schwächen erst recht ein menschliches Element in die Atmosphäre maschineller Vollkommenheit. Künftige Generationen werden sich solcher Atavismen wohl entschlagen. Freilich werden die Filmgesellschaften dann dazu übergegangen sein ihren Filmen die dafür geschaffene Originalmusik oder bestimmte Musikzusammenstellungen beizufügen. Oder sie werden in Zusammenarbeit mit den Plattenherstellern für ihre Filme eine bestimmte Serie von genau zu den Filmakten passenden Platten an die Filmtheater empfehlen oder verleihen. Auf diese Weise werden selbst kleine und kleinste Theater ihre Musikfrage ebenso billig wie künstlerisch lösen. Die neuen großen

Apparate haben eine akustische Weite und Tragfähigkeit, die für die Zwecke selbst mittelgroßer Theater vollkommen ausreichen. Die Verbesserung der Reproduktionstechnik mittels Schallplatten hat erstaunliche Fortschritte gemacht, und es ist nicht zu bezweifeln, daß auch die noch heute an dieser Technik haftenden Mängel in wenigen Jahren getilgt sein werden. Man wird dann in einiger Entfernung vom Apparat die Wiedergabe nicht mehr von der Originaldarbietung unterscheiden können und nur durch Überlegung feststellen, daß der Sixtinische Chor oder die Kapelle der Berliner Staatsoper nicht vor der Leinwand des Kinos in Immendingen versammelt ist.

Vielleicht aber werden alle diese Probleme schon in Bälde dadurch hinfällig, daß die Filme mitsamt ihrer dazu komponierten Musik gar nicht mehr an einzelne Theater verliehen zu werden brauchen. Man kann ohne allzuviel Phantasie voraussehen, daß mit der Vervollkommnung der Wellenübertragung für Ton und Bild die Filmtheater sowohl Filme wie die für sie komponierte Musik in vollkommener Synchronisation von einer Sendestation übernehmen werden. Erst dieser Modus wird *allen* Filmbühnen einheitliche optisch-akustische Vorführungen von vollendeter Beschaffenheit ermöglichen. Erst dann werden die Filmgesellschaften die Verpflichtung fühlen ihren bildtechnischen Leistungen gleichwertige musikalische zuzugesellen. Denn dann werden ihre Bemühungen sich ökonomisch und künstlerisch lohnen. Filme von absoluter Einheit in Bild und Ton werden dann überall auf der Erde gleichzeitig vor Millionen gespielt werden. Die besten Komponisten werden sich zur Verfügung stellen, und eine geniale Filmmusik wird eine Wirkung in die Breite haben, wie sie bislang in der Geschichte der Musik unbekannt war.

RUNDSCHAU

ÖFFENTLICHES LEBEN

Außenpolitik / Ludwig Quessel

Kriegsächtung Aus amerikanischer Quelle kam Ende Mai die Nachricht, daß Kellogg, der Staatssekretär der Vereinigten Staaten für auswärtige Angelegenheiten, den Großmächten eine neue Note über den Pakt den Krieg zu ächten zugehen lassen wolle. Von dieser Note erwarte Washington, daß sie eine neue Verhandlungsphase eröffne, die entscheidend in dem Sinn werden soll, daß der Kriegsächtungspakt von Juli ab bereits seine Wirksamkeit entfalten könne. Ungeachtet der außerordentlichen Höflichkeit, der sich das offiziöse Organ des Quai d'Orsay Washington gegenüber befleißigt, brachte es doch hinreichend deutlich zum Ausdruck, daß die verdächtige Eile, die Kellogg bei seinen Bemühungen zeige das amerikanische Projekt unter Dach und Fach zu bringen, wohl am richtigsten als ein Manöver zu deuten sei, um die Wahlchancen der

Republikanischen Partei zu vergrößern. Weiter wird die Eilfertigkeit Kelloggs in Frankreich aber auch mit dem Argument bekämpft, daß die schwierigen Fragen, die der amerikanische Vorschlag für die Staaten aufwerfe, die Mitglieder des Völkerbunds sind, einen Austausch der Ansichten auf diplomatischem Weg notwendig mache, um diejenigen Unklarheiten und Zweideutigkeiten aus dem amerikanischen Paktvorschlag, die die Friedenssicherung Europas schwer bedrohen, zu beseitigen. Die eigentliche Schwierigkeit den Krieg zu ächten sieht Paris darin diesen Gedanken mit den Verpflichtungen in Einklang zu bringen, die aus den früher vom Völkerbund sanktionierten Verträgen erwachsen, und mit der Notwendigkeit jedes Staats sich gegen den Angriff eines Friedensbrechers zu verteidigen und dazu auch die Hilfe seiner Alliierten anrufen zu dürfen. Weiter als Frankreich geht England in seinem Bestreben sich unter keinen Umständen das Recht den Friedensbrecher militärisch niederzuschlagen einschrän-

ken zu lassen. Und es will als Friedensbrecher auch die England unterworfenen Völker angesehen wissen, die sich gegen die britische Herrschaft auflehnen. England will sich demgemäß das Recht reservieren in denjenigen Regionen, wo ein militärisch organisierter Aufstand eine Bedrohung der Sicherheit des Britischen Weltreichs darstellt, Krieg zu führen, wobei die Londoner Regierung wohl vor allem an Ägypten, Indien und dessen Randländer denkt.

Angesichts der Bedenken, die von französischer und englischer Seite zu dem amerikanischen Kriegsächtungsvorschlag geäußert wurden, fand die Rede, die der Präsident Coolidge am 30. Mai auf dem Schlachtfeld von Gettysburg hielt, viel Beachtung. Danach bezweckt die amerikanische Initiative die Kooperation der Vereinigten Staaten mit den anderen Großmächten zu dem Zweck das große Werk einer universellen Friedensgemeinschaft herzustellen. Man weiß jedoch, daß der Friede, den Amerika der Welt bringen will, im wesentlichen ein angelsächsischer Friede sein soll, der es Washington jederzeit, wie jetzt in Haiti, Nicaragua und China, gestattet Truppen in fremden Ländern zu landen, natürlich nicht etwa zu dem Zweck dort Krieg zu führen sondern lediglich, um dort »die Ordnung wiederherzustellen und das Leben, die Güter und Rechte der amerikanischen Bürger zu schützen«; wobei zu beachten bleibt, daß die Diplomatie der Vereinigten Staaten eine Gefährdung der Ordnung schon darin sieht, wenn in Mittelamerika irgendwo ein Präsident gewählt wird, der sich der Sprache des Dollars gegenüber harthörig erweist.

In einer Unterredung, die Chamberlain mit Briand am 2. Juni in Paris hatte, wurde auch der amerikanische Pakt gegen den Krieg besprochen. Briand soll dabei die Hoffnung geäußert haben, daß es ihm wahrscheinlich gelingen werde das ursprüngliche Projekt eines zweiseitigen Kriegsächtungspakts zwischen Frankreich und den Vereinigten Staaten zu einem allgemeinen, die Friedenssicherung in Europa nicht gefährdenden Kriegsächtungspakt zu erweitern. Klarheit sei jetzt darüber geschaffen worden, daß dieser Pakt nicht den Platz des Völkerbundspakts einnehmen oder diesen in den Hintergrund drängen dürfe. Alle früheren Verträge in Europa, die sich gegen den Friedensbruch richten und die militärische Bezwungung des Friedensbrechers mit kollektiven Kräften zum Ziel haben, bleiben ungeschwächt

bestehen. Der Kriegsächtungspakt werde den alten Verträgen im wesentlichen nur eine verstärkte moralische Kraft geben, indem sich jetzt auch die Vereinigten Staaten denjenigen Mächten zugesellen, deren Ziel es sei in wirksamer Weise den Frieden zu organisieren. Man wird abwarten müssen, ob diese Hoffnung Briands wirklich in Erfüllung geht. Nach der feindseligen Haltung, die die beiden angelsächsischen Reiche bisher zu dem organisierten Frieden eingenommen haben, wird man wohl noch mit einigen Überraschungen rechnen müssen. Nicht vergessen ist in Europa, daß die Vereinigten Staaten den Völkerbund, den sie ins Leben riefen, im Stich ließen, um freie Hand zu ihren Gewalttaten in Lateinamerika zu behalten. England wiederum weigerte sich dem von der Sozialistischen Internationale einstimmig als wichtiges Friedensinstrument anerkannten Genfer Protokoll seine Unterschrift zu geben, um nach Belieben den Frieden Europas stören zu können, sobald seine weltpolitischen Interessen dies erheischen. Man wird daher allen lockenden angelsächsischen Vorschlägen gegenüber an der sichern Erkenntnis festhalten müssen, daß, solange Kontinentaleuropas Völker nicht aus eigener Kraft und Einsicht zu einer den Krieg ächtenden Organisation im Sinn des Genfer Protokolls gelangen, die stark genug ist den Friedensbrecher mit militärisch geschulten Polizeikräften unschädlich zu machen, auch von einer wirksamen Friedenssicherung in Europa nicht gesprochen werden kann.

Adriawirren In den letzten Tagen des Mai ging es an der Adria wieder einmal hoch her. In Spalato und Sebenice gab es erregte Kundgebungen gegen Italien, die sich bis Laibach, Agram und Belgrad fortsetzten. Als Antwort fanden dann in Rom, Mailand, Bologna, Venedig und Bari Demonstrationen gegen Jugoslawien statt. Sowohl in Jugoslawien als auch in Italien führten die Kundgebungen zu Ausschreitungen, bei denen Mussolinis Bildnis verbrannt, das Porträt des Königs Alexander zerfetzt, die italienische Fahne beschimpft, die südslawischen Farben entehrt wurden usw. Eine italienische Note, die die Bestrafung der Schuldigen an den antiitalienischen Demonstrationen in Spalato und Sebenice sowie Ersatz für den angerichteten Schaden forderte, wurde von der südslawischen Regierung in entgegenkommender und friedliebender Weise

beantwortet, indem sie ihr Bedauern über die Vorfälle ausdrückte und strenge Bestrafung der Schuldigen zusagte. Soweit der ganze Wirbel in Südslawien sich nicht auf den innenpolitischen Gegensatz der Parteien, deren Anhängerschaft sich aus den ehemals österreichisch-ungarischen Gebieten rekrutiert, gegen die Serben des frühern Königreichs gründet, muß er auf das Abkommen von Nettuno vom 10. Juli 1925 zurückgeführt werden, das jetzt vom Kabinett Wukitschewitsch der Skupschtina zugeleitet worden ist. Dieses Abkommen umfaßt 31 Konventionen und ist ein Teil des gesamten südslawisch-italienischen Vertragswerks, das sich auf den Konventionen von Santa Margherita und Belgrad aufbaut. Die Konventionen regeln ökonomische und soziale Fragen, zu denen das Recht der Ansiedlung, der Freizügigkeit, des Handelsbetriebs gehört. Die Gegner des Kabinetts Wukitschewitsch, Kommunisten und Kroatische Bauernpartei, schmähen das Vertragswerk, weil es die Lösung der Agrarfrage in Dalmatien erschwere und die italienische Durchdringung des slawischen Adriaufers begünstige. Dieser Kritik schließt sich auch die südslawische Sozialdemokratie an, die im Abkommen von Nettuno eine ökonomische und soziale Schädigung für Südslawien sieht.

Vom kontinentaleuropäischen Standpunkt aus wird man die besonnene und mutige Haltung, die der Außenminister Marinkowitsch im Kabinett Wukitschewitsch gegenüber den Maiwirren an der Adria angenommen hat, nur loben können. Nach Marinkowitsch' Erklärungen in der Skupschtina hält das Kabinett an dem Abkommen von Nettuno unbeirrt fest. Man wird hoffen können, daß auch Italien durch kluge Zurückhaltung dazu beiträgt das Friedenswerk an der Adria zu einem guten Ende zu führen.

Italienisch-türkischer Vertrag Am 30. Mai wurde ein Vertrag zwischen Italien und der Türkei unterzeichnet, durch den sich beide Staaten verpflichten sich keiner Kombination anzuschließen, die sich feindlich gegen einen von ihnen eingestellt habe. Falls einer der beiden Staaten trotz friedlicher Haltung das Opfer eines Angriffs wird, ist der andere zur Neutralität verpflichtet. Nach der Meinung des Temps ersetzt diese Bestimmung den fehlenden Passus, daß der italienisch-türkische Neutralitätsvertrag die Verpflichtungen aus dem Völkerbundspakt als verbindlich für beide

Staaten anerkenne. Der Neutralitäts- und Schiedsgerichtsvertrag vom 30. Mai ist das Resultat von Verhandlungen, die der türkische Minister des Auswärtigen Tewfik Ruschdy mit Mussolini vor etwa 2 Monaten hatte, und in denen man einen Schritt zu einer festen italienisch-türkischen Entente im Mittelmeer, die sich gegen Frankreich und Jugoslawien richte, sehen wollte. Indes, der am 30. Mai unterzeichnete Vertrag geht in seinen Bestimmungen über einen normalen Neutralitäts- und Schiedsgerichtsvertrag nicht hinaus. Die Beziehungen zwischen Rom und Angora erhalten durch ihn keineswegs eine Richtung, die Frankreich und Jugoslawien Argwohn einflößen müßte. Und die jüngste Rede Mussolinis, die er am 5. Juni im Senat hielt, zeigt alles andere als das Bestreben das Verhältnis Italiens zu Frankreich unfreundlich zu gestalten; sie ist vielmehr, wie der Temps mit Befriedigung feststellt, ein deutliches Zeichen dafür, daß Mussolini eine Entspannung zwischen den beiden lateinischen Nationen wünsche, die doch durch keine tiefergehenden Interessengegensätze getrennt seien.

Alghanisch-türkische Entente Die Europareise des Afghanenkönigs Aman Ullah endete mit einer Überraschung. In Angora schloß nämlich Aman Ullah am 26. Mai einen zeitlich unbegrenzten Freundschaftsvertrag mit der Türkei ab, der seine Spitze offenbar gegen England richtet. Bei einem Herrscher wie Aman Ullah, dem die anti-englische Haltung seines Landes als selbstverständliche Tradition gilt, den die Zerstörung Kabuls durch die Engländer in den Jahren 1842 und 1872 zur Wachsamkeit ruft, und den überdies seine Blutsverwandtschaft unwiderstehlich zu den Türken treibt, war selbst die klügste und vorsichtigste Politik Englands von vornherein zur Erfolglosigkeit verurteilt. Trotz der vorsichtigen Fassung der Artikel besteht kein Zweifel, daß zwischen Angora und Kabul eine allgemeine Entente zustandekommen ist. Beide Staaten verpflichten sich einander militärisch zu helfen, wenn sie von dritter Seite (England) angegriffen werden. Frankreich sieht in dem afghanisch-türkischen Vertrag, dem sich Persien durch sein Bündnis mit der Türkei zugesellt, den Beginn einer neuen Gruppierung der asiatischen Mächte zum Schutz gegen angelsächsische Herrschaft. Die Europareise Aman Ullahs; insbesondere sein Aufenthalt in Berlin, wird zweifellos in ihm die Überzeugung

noch verstärkt haben, daß für eine asiatische Macht eine Stütze gegen britische Weltpolitik in Europa nicht zu finden sei, so daß ihm nur ein Zusammenschluß mit den asiatischen Mächten im Notfall Hilfe bieten könne. Interessant ist auch, daß Afghanistan sich in dem Vertrag ausdrücklich verpflichtet hat türkische Ingenieure und Offiziere zur Verteidigung und Erschließung des Landes heranzuziehen.

Kurze Chronik Die Außenminister Frankreichs und Hollands, Briand und Beelaerts van Blokland, haben im März in Genf einen *französisch-holländischen Schiedsvertrag* unterzeichnet. ◊ Am 3. Juni wurde auf Zypern eine Versammlung abgehalten, an der griechische Abgeordnete, Bürgermeister, Verwaltungsbeamte, Bischöfe usw. teilnahmen, und in der einstimmig beschlossen wurde die *Vereinigung Zyperns mit Griechenland* zu fordern. ◊ In der Ende Mai veröffentlichten neuen litauischen Verfassung wird Wilna als die Hauptstadt Litauens bestimmt. Der polnische Außenminister Zaleski überreichte daraufhin am 31. Mai dem litauischen Ministerpräsidenten Woldemaras eine Note, die sich gegen die Neuaufrollung der *Wilnafrage* wendet; es wird darin betont, daß durch diesen »einseitigen Akt der litauischen Regierung« Polens »Rechte auf das Wilnaer Gebiet« nicht im geringsten beeinträchtigt würden. ◊ Am 4. Juni wurde in Genf die 50. Tagung des *Völkerbundsrats* eröffnet. Der Rat behandelte den polnisch-litauischen Streitfall, dessen Erledigung schließlich auf den September vertagt wurde. Dann nahm er den Bericht des Ausschusses über den Zwischenfall von Szent Gotthard entgegen; dieser »spricht sein tiefstes Bedauern darüber aus sich vor der Tatsache eines Versuchs heimlicher Waffenbeförderung zu befinden« und folgert daraus, »wie wertvoll es im Interesse der Befestigung des Vertrauens unter den Völkern und des Friedens wäre, wenn das Abkommen über den Waffenhandel schleunigst ratifiziert würde«. Der Völkerbundsrat bestätigte am 7. Juni den Ausschlußbericht, ließ damit die Sache erledigt sein, erinnerte aber noch ausdrücklich daran, »daß jedes Ratsmitglied das Recht hat die außerordentliche Einberufung einer Ratssitzung zu verlangen, und daß der Rat die Vollmacht hat eine sofortige Untersuchung den Bestimmungen des Untersuchungsrechts entsprechend anzuordnen«.

Innenpolitik / Hans Simons

Deutsche Wahlen 1928 Die folgende Chronik soll nur einen kurzen Überblick über die Ergebnisse der wichtigsten Wahlen des Mai geben. Die Auswertung der Ergebnisse im einzelnen, ihre Beurteilung und Ergänzung durch Teilergebnisse müssen späterer Berichterstattung vorbehalten bleiben, ebenso ihre politischen Konsequenzen: Koalitions- und Regierungsbildung. Das Gesamtergebnis der *Reichstagswahl* vom 20. Mai 1928 ist folgendes (bei den Mandatzahlen ist der Gewinn respektive Verlust gegen die Wahl von 1924 in Klammern beigefügt):

Partei	Stimmen	Mandate
Sozialdemokratische Partei	9 146 165	152 (+21)
Deutschnationale Volkspartei	4 376 173	73 (- 30)
Zentrum	3 711 122	62 (-7)
Kommunistische Partei	3 252 584	54 (+9)
Deutsche Volkspartei	2 677 861	45 (-6)
Demokratische Partei	1 503 779	25 (-7)
Reichspartei des Deutschen Mittelstands	1 395 599	23 (+6)
Bayerische Volkspartei	943 572	16 (-3)
Nationalsozialistische Arbeiterpartei	809 541	12 (-3)
Christlichnationale Bauern- und Landvolkpartei	776 780	13
Volksrechtspartei	482 165	2
Deutsche Bauernpartei	479 521	8
Landbund	199 517	3
Sächsische Landvolkpartei	127 575	2

Es ist erwähnenswert, daß im ganzen 32 Wahlvorschläge zugelassen waren. Nur die aufgeführten hatten Erfolg. Alle übrigen, deren Aufzählung ihnen schon zu viel Bedeutung beimäße, haben keine Mandate erhalten. Einige davon haben allerdings so viele Stimmen aufgebracht, daß ihre Erwähnung zur Ergänzung des Bildes erforderlich ist: die Christlichsoziale Reichspartei 110 433, die Nationalen Minderheiten 71 108, der Völkisch-Nationale Block sogar 266 386. Die Volksrechtspartei, die nur 2 Mandate zugesprochen erhalten hat, kündigt bereits einen Einspruch an.

Das Ergebnis der Wahlen ist entscheidend gekennzeichnet durch den erheblichen Verlust der Deutschnationalen und die Einbuße der Deutschen Volkspartei, durch die Verluste des Zentrums und der Demokraten, die wegen ihres Zusammenarbeitens mit der Sozialdemokratie in Preußen als Koalitionsparteien einer Linksregierung zuerst in Frage kommen, durch die Gewinne der Sozialdemokraten und die verhältnismäßig noch etwas größere Zunahme der Kommunisten. Dieses Ergebnis ist nicht so eindeutig wie man es für die Bildung der

neuen Reichsregierung wünschen müßte. Der Gewinn der Sozialdemokratischen Partei reicht zwar aus, um ihr in jeder Koalition ein großes Übergewicht zu geben und ihren Anspruch zu rechtfertigen die Deutschnationalen in der Regierung abzulösen; er ist aber nicht groß genug, um ihr die Bildung eines auch auf längere Sicht aktionsfähigen Kabinetts zu ermöglichen. Da eine Koalition unter allen Umständen eingegangen werden muß, verringert sich das Gewicht ihres Erfolgs einigermaßen durch die Verluste der Parteien, die mit ihr die preußische Regierung bilden. Andererseits bedeutet nach Lage der Dinge auch der große kommunistische Zuwachs eine Beeinträchtigung des sozialistischen Erfolgs; so schmerzlich es auch ist das aussprechen zu müssen.

Das Ergebnis im Reich kann nicht beurteilt werden, wenn nicht zugleich das Ergebnis der *preußischen* Landtagswahlen berücksichtigt wird. Es stellt sich folgendermaßen dar:

Partei	Stimmen	Mandate
Sozialdemokratische Partei	5 456 418	136 (+22)
Deutschnationale Volkspartei	3 267 754	82 (-27)
Zentrum	2 737 513	68 (-13)
Kommunistische Partei	2 236 207	56 (+12)
Deutsche Volkspartei	1 600 017	40 (-5)
Reichspartei des Deutschen Mittelstands	839 319	21 (+10)
Demokratische Partei	829 072	21 (-6)
Nationalsozialistische Arbeiterpartei	346 623	6 (-5)
Christlichnationalen Bauern- und Landvolkpartei	276 782	8
Volksrechtspartei	235 565	2
Völkisch-Nationaler Block	205 575	2
Deutschhannoversche Partei	187 141	4 (-2)
Zentrumspartei Niedersachsen (dem Zentrum zuzurechnen)	132 424	3
Nationale Minderheiten	75 703	0 (-2)

Zur Beurteilung dieses Wahlergebnisses ist noch festzustellen, daß sich die Mitglieder der Christlichnationalen Bauernpartei, der Deutschhannoverschen Partei, des Völkisch-Nationalen Blocks und der Volksrechtspartei zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen haben. Daraus ergibt sich, wie sich das geringe Gewicht der Splittergruppen politisch auswirken wird.

In Preußen hatte die Regierungskoalition der Sozialdemokraten, Demokraten und des Zentrums im Landtag bisher keine Mehrheit. Sie hat nunmehr eine Mehrheit von 228 auf 449 Abgeordnete. Berücksichtigt man, daß die Sozialdemokratie allein in Preußen 22 Mandate gewonnen hat, die Regierungsko-

alition aber nur 6, so zeigt diese Verschiebung innerhalb des Ergebnisses den eigentlichen Mangel der Wahlentscheidung, der auch vom sozialdemokratischen Standpunkt aus bedauert werden muß, weil er die Größe des Erfolgs gerade dieser Partei in der praktisch-politischen Auswirkung schwer beeinträchtigt. Immerhin ist insofern das preußische Ergebnis sehr viel klarer als das im Reich, als eine bereits bewährte Koalition eine, wenn auch knappe Mehrheit hat. Damit ist die preußische Position zur Schlüsselstellung auch für die politisch-parlamentarischen Auseinandersetzungen im Reich geworden, die gehalten werden wird, auch wenn man sie in die Kombination der Regierungsbildung im Reich nicht einbezieht.

Die Wahlbeteiligung war verhältnismäßig schwach. Die Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen im Reich betrug 31 145 308, gegen 30 703 591 bei den Dezemberwahlen 1924. Da die Anzahl der Wahlberechtigten inzwischen von 38 987 385 auf 41 295 102 gestiegen ist, so beträgt die Wahlbeteiligung nur 75,4 % gegen 78,8 % von 1924. Besonders in Südwestdeutschland war die Wahlbeteiligung außerordentlich schwach. Die Anzahl der ungültigen Stimmen betrug 420 830, also rund 1,3 %; es ist interessant, daß in den meisten Fällen diese Ungültigkeit ersichtlich von den Wählern gewollt war. Die Sonderzählung der Stimmen der männlichen und weiblichen Wähler hat für die oberflächliche Wertung zunächst keine besonderen Gesichtspunkte ergeben; lediglich das läßt sich jetzt schon allgemein feststellen, daß die Rechtsparteien und besonders die Deutschnationale Volkspartei und das Zentrum vom Wahlrecht der Frauen größern Vorteil haben als die Linksparteien.

Die Würdigung der Teilergebnisse, die in den Stimmverlusten des Zentrums im Westen, in den Gewinnen der Kommunisten in Berlin in eigentümlichen örtlichen Abweichungen vom Durchschnitt und in der Stärke der Wahlbeteiligung in verschiedenen Gegenden sehr aufschlußreich sind, muß, wie gesagt, vorbehalten bleiben. Die Berichterstattung über die Wahlen in den Ländern außer Preußen, nämlich Bayern, Baden, Oldenburg und Württemberg, wird noch folgen. Bemerkt sei noch, was für die Wirkung des Wahlrechts in Deutschland kennzeichnend ist, daß dem Reichstag nur 129 Abgeordnete angehören, die bisher noch nicht Volksvertreter waren; davon allein 31 Sozialdemokraten.

Frankreich: Kammerwahlen Das Ergebnis der französischen Wahlen vom 22. und 29. April 1928 ist darum sehr schwer zu würdigen, weil die Zurechnung der Abgeordneten zu den einzelnen politischen Gruppen, die ja nicht den Charakter festorganisierter Parteien tragen, außerordentlich schwierig ist. Es kommt hinzu, daß Verschiebungen innerhalb der Gruppen im Gang sind, die zwar in ihrer Tendenz ganz deutlich, aber in ihrer zahlenmäßigen Wirkung noch nicht zu übersehen sind. Es haben sich zahlreiche Abgeordnete auf Programme wählen lassen, auf die sie sich offenbar in der praktischen Politik nicht festlegen lassen wollen. Das Ergebnis, das sich auf Grund der Wahlen und der bisherigen Zugehörigkeit der Abgeordneten feststellen ließ, sei im Folgenden festgehalten (in Klammern ist das Ergebnis von 1924 beigefügt): Republikanisch-Demokratische Union 152 (122), Sozialradikale 123 (141), Rechte Mittelgruppe (Poincaré) 107 (86), Sozialisten 102 (106), Linke Mittelgruppe (Loucheur) 53 (45), Republikanische Sozialisten 47 (42), Kommunisten und Kommunistische Sozialisten 16 (29), Konservative 9 (12), Heimatbund 3 (0).

Gegenüber dieser Aufstellung müssen einige Vorbehalte gemacht werden. Vor allem zeigt sich schon, daß die Republikanisch-Demokratische Union (Gruppe Marin) nicht so stark bleibt wie sie zunächst aus den Wahlen hervorgegangen zu sein schien. Es hat sich bereits eine Reihe von Abgeordneten, die in ihrem Rahmen gewählt wurden, der Mittelgruppe Loucheur angeschlossen. Dies ist offenbar überhaupt die nachträgliche entscheidende Verschiebung: Die Mitte, die bereits einen großen Erfolg bei den Wahlen hatte, verstärkte sich weiter durch Einschreibungen besonders von rechts. Dadurch wird sie zur entscheidenden Gruppe in der Kammer und sichert der Regierung Poincaré das Schwergewicht unabhängig von den reaktionären Elementen, die in der Gruppe Marin starken Einfluß haben. Das Kabinett Poincaré hat aus dieser Entwicklung, die Poincaré selbst durch seine Wahlpropaganda bewußt vorbereitet hat, bereits die Folgerung gezogen, indem es Loucheur an Stelle des nicht wieder gewählten Fallières zum Arbeitsminister gemacht hat. Damit ist zwar nicht die politische, wohl aber die persönliche Färbung entschieden geändert, denn Loucheur steht in der gleichen politischen Gruppe sehr viel weiter links als sein Vorgänger.

Die Wahlen des Kammerpräsidenten und des Kammerbureaus verstärkten den Eindruck, daß die Mitte bis zu den Sozialradikalen einschließlich die Mehrheit sein wird, die eher mit Unterstützung der Linken als der Rechten regieren will. Der Sozialist Fernand Bouisson, der schon der letzten Kammer präsidierte, wurde auch zum Präsidenten der neuen Kammer gewählt. Und von der Bureauwahl konnte die Straßburger Freie Presse schreiben, daß »ausschließlich Männer der Linksparteien ins Bureau gewählt wurden, während die Kandidaten der Rechten alle unterlagen«.

Die Kammer ist aber um so mehr noch nicht endgültig zu beurteilen, als sie fast zur Hälfte aus Abgeordneten besteht, die bisher dem Parlament noch nicht angehört haben. Das liegt, abgesehen von der allgemein größern Beweglichkeit innerhalb der politischen Gruppen und zwischen ihnen, auch an dem seit der letzten Wahl vorgenommenen Wechsel des Wahlsystems. Indem die Kammer wieder zu den Einmännerwahlkreisen zurückgekehrt ist, hat sie eine Wahltechnik wiederhergestellt, die zweifellos dem französischen Bedürfnis nach direkter Fühlung zwischen Wählern und Gewählten besser angepaßt ist als das die Parteibureaucratie begünstigende Listensystem, und die jedenfalls das Hervortreten neuer Persönlichkeiten im Parlament fördert.

Kurze Chronik Der Reichsrat nahm am 24. Mai einen preußischen Initiativantrag; den 11. August als *Verfassungstag* zum Nationalfeiertag zu erklären, mit 47 gegen 19 Stimmen bei 2 Enthaltungen an. ◊ Am 6. Mai fand in Alba Julia (Karlsburg) die seit langem angekündigte Tagung der Nationalen Bauernpartei statt, von der ein völliger innenpolitischer Umschwung in Rumänien erwartet wurde. Er ist zunächst nicht eingetreten. Die Versammlung beschränkte sich darauf sehr scharfe Resolutionen gegen die Regierung Bratianu anzunehmen. Die mit dem Kongreß auf die Höhe geführte Opposition der Bauernpartei hält aber an. ◊ Am 14. Mai nahm der Senat *Italiens* das Gesetz über die Reform der Kammer bei Anwesenheit von 207 Senatoren mit 161 gegen 46 Stimmen an. ◊ Am 13. April wurde in Mailand ein *Bombenattentat* vollführt, das offenbar dem König von Italien galt und viele Todesopfer forderte. Der König und sein Gefolge waren bei der Explosion noch nicht an der Unglücksstelle.

Wirtschaft / Gerhard Kreyssig

**Konjunktur-
abstieg** Im deutschen Wirtschafts-
leben machen sich deut-
licher die Symptome be-
merkbar, nach denen die Konjunkturlage
dahin beurteilt werden muß, daß nach
dem seit Beginn des Jahres festgestell-
ten Stillstand in der Entwicklung nun-
mehr ein Rückgang unverkennbar ist.
Der Inlandsabsatz ist auffallend stark
zurückgegangen, allerdings, ohne daß
sich dies bisher für die Gesamtlage der
Industrien besonders nachteilig ausge-
wirkt hat, da in der Steigerung des Ex-
ports ein Äquivalent vorhanden war.
Diese Verlagerung des Schwergewichts
vom Inlands- zum Auslandsmarkt ist
das auffälligste Symptom am deutschen
Konjunkturverlauf.

Die Roheisenproduktion ist in der ar-
beitstäglichen Leistung im März 1928
zum erstenmal seit 1926 merklich zu-
rückgegangen, und zwar um rund 8 %, die
Steinkohlenförderung im Ruhrgebiet
hat im April ebenfalls ganz wesentlich
abgenommen, wobei der gleichzeitig we-
sentliche Rückgang des Exports für die
Gesamtbeurteilung erschwerend ins Ge-
wicht fällt. Nimmt man noch die etwa
doppelt so große Zahl der Insolvenzen,
wobei man beachten muß, daß seit lan-
ger Zeit zum erstenmal wieder große
und alte Firmen davon mitgetroffen sind
(Schloßfabrik Velbert, Lüneburger Eisen-
werk, Ölwerke Teutonia und Müller
Speisefett), so hat man einige der wich-
tigsten augenfälligen Merkmale, die die
Tatsache belegen, daß die Konjunktur
abzusteigen begonnen hat.

Die Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt
sind schwer zu beurteilen. Sowohl die
üblichen saisonmäßigen Einflüsse als
auch die nicht leicht erfaßbaren Aus-
wirkungen sozialpolitischer Maßnahmen
erschweren es ein klares Bild zu gewin-
nen. Unzweifelhaft ist jedoch die saison-
mäßige Abnahme der Haupt-
unterstützungsempfänger wesentlich hin-
ter der entsprechenden des Vorjahrs zu-
rückgeblieben. Auffallend ist, daß die
Anzahl der vom Allgemeinen Deutschen
Gewerkschaftsbund gezählten Kurzarbei-
ter trotz der beginnenden Saison und
bei gleichzeitiger Abnahme der Haupt-
unterstützungsempfänger ziemlich stark
zugenommen hat. Der Beschäftigungsgrad
ist in den einzelnen Industrien ganz
unterschiedlich, wodurch eine einwand-
freie Beurteilung des Arbeitsmarkts noch
schwerer wird.

Für die ersten 4 Monate dieses Jahres
ergibt sich folgendes Bild:

Monat	Anzahl (in Millio- nen) der Haupt- unter- stützung- empfänger		Rohstahl- produk- tion (in Millionen Tonnen)	Stein- kohlen- förderung im Ruhr- gebiet
		Krisen- unter- stützten		
Januar	1,37	0,23	1,18	10,29
Februar	1,29	0,22	1,12	10,03
März	1,20	0,21	1,17	10,86
April	0,85	0,19	1,05	9,05

Angesichts dieser Symptome und bei der
Kenntnis vom Wert stabiler Preise für
die Erhaltung einer Konjunkturlage ver-
rät die Preispolitik der Kohlsyndikate
und Eisenverbände wenig wirtschaft-
lichen Vorausblick. Die Aufrechterhal-
tung eines möglichst großen Absatzes,
sofern nicht verlustbringende Kampfpriese
ihn erst ermöglichen, liegt im Interesse
der Industrie. Das "Exportventil" wird
aber durch Preiserhöhungen geschlossen.
Der gleichen Kritik, vielleicht in noch
schärferem Maß, kann auch das Begehren
der Deutschen Reichsbahn nach Tarif-
erhöhung nicht standhalten. Dagegen
sollte man den im Reichswirtschaftsrat
erörterten Plänen über Konzentration
der Aufträge und systematische Verteilung
im Sinn einer bewußten Konjunktur-
politik möglichst bald näher treten.

Kartellpraxis Im Mittelpunkt des Inter-
esses standen in Deutsch-
land die grundsätzlichen
Fragen, die auf das Begehren der Mon-
tanindustrie nach Preiserhöhungen durch
die beiden sogenannten Schmalenbach-
gutachten aufgeworfen worden sind. Die
Bedeutung sowohl des 1. Gutachtens
über die Ersparnismöglichkeiten im mit-
teldeutschen Braunkohlenrevier als mehr
noch die des 2. Gutachtens über die Rentabi-
lität des Ruhrbergbaus liegt nicht so
sehr in der Tatsache des Nachweises, daß
die relativ geringfügigen Lohnerhöhungen
eine Preissteigerung nicht rechtfertigen,
als vielmehr in der Aufdeckung der
organisatorischen Mängel der Syndikate.
Zwar beschränken sich die Gutachten
bloß auf Andeutungen. Aber man be-
gann doch diese Fragen zu diskutieren,
namentlich, nachdem Fritz Baade als
Mitglied der Schmalenbachkommission
für den Ruhrbergbau auf diese Dinge
mit Nachdruck hingewiesen hatte.
Bei der Beurteilung der Lage der mittel-
deutschen und ostelbischen Braunkohlen-
industrie ist von ausschlaggebender Be-
deutung, daß in beiden Gebieten Pro-
duzenten- und Händlerinteressen aufs
engste mit einander verbunden sind. Das
Mitteldeutsche Braunkohlensyndikat er-

hält sein Gepräge vollkommen durch die beherrschende Stellung des Ignaz-Petschek-Konzerns, der 23 % der Produktion in Händen hat. Die starke Verflechtung großer beherrschender Händlerkonzerne mit den Produzenten hat diesen wenigen Händlergruppen eine fast vollkommene Monopolstellung verschafft. Diese Machtstellung hat dann zu dem ganz eigenartigen System von Rabattgewährungen geführt, das den Werkfirmen hohe Gewinne bringt, andererseits die kleinen Platzfirmen von jeder Rabattgewährung völlig ausschließt. Im mitteldeutschen und ostelbischen Braunkohlenrevier sind bereits als Hauptmängel die volkswirtschaftlich widersinnigen Kämpfe um den Absatz im "umstrittenen Gebiet" erkannt worden. Im Ruhrgebiet zeigt sich der Kampf mit der konkurrierenden englischen Kohle als noch größere Verlustquelle. Aus der Absicht heraus die durch den englischen Bergarbeiterstreik kampflos überlassenen Absatzgebiete nun auch weiterhin zu behalten, verfolgt das Rheinisch-Westfälische Kohlensyndikat diese Absatzpolitik mit einer erstaunlichen Hartnäckigkeit. Zu seiner Rechtfertigung weist es auf eine über kurz oder lang notwendige internationale Regelung hin, in der nach der Meinung der Montanindustriellen die tatsächliche Höhe des Absatzes die Höhe der Quote, mit der Deutschland an diesem internationalen Kohlensyndikat teilnehme, bestimmen werde. Mit dieser Begründung wird die Parole "Absatzsteigerung um jeden Preis" durchgeführt. Wer die Wünsche des englischen Bergbaus kennt, weiß, daß es das englische Bestreben sein wird, falls es zu einer internationalen Regelung kommen sollte, für sich Absatzgebiete zu schaffen, die nicht mehr "umstritten" werden. Auch dem deutschen Bergbau kann es nur auf eine Abgrenzung der Absatzmärkte ankommen. Die treibenden Kräfte für die Aufrechterhaltung der bisherigen Absatzpolitik sind im gesamten deutschen Bergbau auch weniger die Produzenten als vielmehr die Großhändler. Sie bekommen ihre Rabatte, ganz gleich, ob sie die Kohle zu Kampfpreisen absetzen oder Kohle ins unumstrittene Gebiet zu den Preisen liefern, mit deren Differenz die Produzenten den Kampf im umstrittenen Gebiet finanzieren. Und der maßgebende Einfluß der Händlerkonzerne auf die Produktion, wie er besonders deutlich im Braunkohlenggebiet erkenntlich ist, ist zugleich die treibende Kraft für die Fortsetzung dieser Politik. Der volkswirtschaftliche Widersinn zeigt sich mit aller

Deutlichkeit bei der Kohlenpreiserhöhung, die kürzlich stattgefunden hat. Auf Grund des Schmalenbachgutachtens ist dem Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikat eine Erhöhung der Preise um 1 Mark pro Tonne auf den Märzabsatz von 7,2 Millionen Tonnen zugestanden worden. Die ursprüngliche Forderung nach vollkommener freier Preisgestaltung wurde zwar abgelehnt, jedoch hat das Syndikat völlig freie Hand, wie es den Mehrerlös von 7,2 Millionen Mark aus den über 100 gehandelten verschiedenen Kohlenarten herausholen will. Da eine Preiserhöhung für die Kohle, die im Kampfgebiet abgesetzt werden soll, nicht in Frage kommt, weil das die Preisgabe dieser Gebiete bedeuten würde, bleibt keine andere Lösung als den gesamten Mehrerlös auf den Absatz im unumstrittenen Gebiet aufzuschlagen. Mit anderen Worten: Die Verbraucher der 2,6 Millionen Tonnen, die im unumstrittenen Gebiet abgesetzt werden, müssen die gesamten 7,2 Millionen Mark aufbringen. Die Allgemeinheit also zahlt die Gewinne der Händlerkonzerne, die diese auf Grund ihrer oft monopolistischen Machtstellungen erzwingen können.

Der Kampf um den Absatz in umstrittenen Gebieten führt weiter zu unrationellen Transporten, und die heutige Organisation führt vor allem dazu, daß vollkommen unrationelle Betriebe weiter mitgeschleppt werden.

Angesichts dieser Tatsachen muß die Forderung nach einer schärferen Kontrolle der Kartelle und Syndikate immer dringlicher erhoben werden.

Kapitalverflechtung

Das Problem der Kontrolle der Konzerne durch den Staat, wie sie zum Beispiel die Liberale Partei Englands in ihrem neuen Wirtschaftsprogramm fordert, gewinnt in Deutschland immer mehr an Bedeutung, wenn man die Kapitalverflechtung, die ja nur *einen* Ausdruck der Machtballung darstellt, innerhalb der deutschen Industrie untersucht. Das Statistische Reichsamt hat kürzlich dazu neue Zahlen veröffentlicht, die den hohen Grad der Konzernierung erkennen lassen. Leider fehlen vom Ausland ähnliche, auch nur annähernd vergleichbare Zahlen völlig. Auch für Deutschland ist keine gute Vergleichsmöglichkeit zu den 1 Jahr früher (Denkschrift 1927) veröffentlichten Zahlen gegeben, da nach der neuen Methode des Reichsamts die Doppelzählungen als bisher größte Fehlerquelle jetzt nach Möglichkeit ausgeschaltet sind. Die Zahlen nach dem

Stand vom 31. Oktober 1927 geben also über die Entwicklung, das Fortschreiten der Konzernierung keinen Aufschluß. Von 12 000 Aktiengesellschaften mit einem Mindestkapital von 17,47 Millionen Mark waren zwar nur 2106 oder 17,5 % in Konzernen zusammengeschlossen, sie vereinigen auf sich aber über 60 %, nämlich 10,81 Millionen Mark, des Gesamtkapitals und stellen somit die wirtschaftlich ausschlaggebende Gruppe dar. Die Konzernierung ist naturgemäß in den einzelnen Gewerbegruppen ganz verschieden. Am stärksten ist sie im Montangewerbe, geballt um die Rohstoffe, also in den Industrien, die mit den höchsten fixen Kosten belastet sind; bedeutend geringer bereits in den verarbeitenden Industrien. Der Kalibergbau ist mit 100 % völlig in Konzernen gebunden, im Kohlenbergbau sind 90 bis 95 % Konzernkapital, in der Eisen-, Elektrizitäts- und Chemischen Industrie zirka 80 %. Im Baugewerbe, Bank-, Versicherungs- und Verkehrswesen ist 50 bis 75 %, in der Stahl- und Eisenverarbeitung, Maschinen- und Metallwarenindustrie zwischen 30 und 50 % konzerngebundenes Kapital vorhanden, ebenso in der Papier- und Zellstoff-, der Textil-, Gummiindustrie, in der Feinmechanischen und Optischen Industrie. Am geringsten ist das Konzernkapital mit 3,1 % in der Holzindustrie.

Europäische Finanzkonsolidierung

Nachdem die größten Staaten vorausgegangen sind, bemühen sich jetzt fast alle europäischen Staaten um die Stabilisierung ihrer Währungen und die Konsolidierung ihrer Schulden. Die Maßnahmen entspringen nicht immer der Initiative der Staaten selbst sondern sind häufig auf das Drängen der neuen Geldgeber zurückzuführen, die die Stabilisierung der Finanzen als Voraussetzung einer Kreditgewährung fordern.

Die griechische Drachme wurde in Anlehnung an das englische Pfund Sterling stabilisiert, auf der Basis 1 Drachme = 0,01953 Gramm Feingold. Die griechische Emissionsbank muß danach das englische Pfund zum Kurs von 375 Drachmen ankaufen und verkaufen.

Die rumänische Stabilisierungsanleihe, die die Bank von Frankreich beschaffen will, ist bis jetzt nicht zustande gekommen, da über die Valorisationsfrage der Vorkriegsschulden noch keine Einigung erzielt werden konnte. Das deutsche "Rumänenkonsortium" (Diskontogesellschaft und S. Bleichröder) war mit mehr als 1 Million Goldfrancs Rumäniens Hauptgläubiger vor dem Krieg. Frank-

reich bemüht sich jetzt mit Deutschland in dieser Sache zu einer gemeinsamen Aktion zu kommen; sie dürfte von einer befriedigenden Lösung der Valorisationsfrage abhängig sein.

Die Auflegung der *Südslawen*anleihe gestaltet sich aus finanzpolitischen Gründen ebenfalls schwierig. Der Plan der gesetzlichen Stabilisierung des Dinar ist von dem amerikanischen Konsortium abgelehnt worden. Als Stabilisierungsbasis ist jetzt 100 Dinar = 9,135 Schweizer Franken in Aussicht genommen.

Die kurzfristigen Schulden *Norwegens* sollen durch eine 30-Millionen-Dollars-Anleihe eines amerikanischen Bankenkonsortiums konsolidiert werden. Englische Banken haben sich zur Unterstützung durch einen weitem Kredit von 30 Millionen Kronen an die Norwegische Kreditbank bereit erklärt, unter der Bedingung, daß die Norwegische Notenbank zur Goldeinlösung zurückkehrt. Norwegen kann sich dazu nach der Deflation nur schwer entschließen.

Deutsch † Am 19. Mai, 3 Tage nach seinem 70. Geburtstag, erlag Felix Deutsch in Berlin einem Herzschlag. Durch seinen Tod verlor die Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft ihren Leiter, die gesamte deutsche Industrie einen ihrer regsamsten Führer. Aus dem Lebenskreis einer Breslauer Kantorfamilie mit starken musikalischen Neigungen kam Deutsch allmählich durch Schaffenslust und Pflichtgefühl in das Zentrum des deutschen Wirtschaftslebens. Er lernte, nachdem er in mehreren Handelshäusern tätig gewesen war, im Winter 1882-1883 Emil Rathenau kennen, der gerade daran ging die Glühlampen in Deutschland einzuführen. Von da ab arbeiteten beide zusammen, und nach dem Tod Rathenaus fiel Deutsch die Leitung der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft als ein schweres, verantwortungsvolles Erbe zu. Seine Sachlichkeit, aber auch sein Temperament und die Energie, mit der er sich für das einsetzte, was er erreichen wollte, machte ihn zu einem besonders wirkungsvollen Verhandlungspartner. Die Nachkriegszeit mit der für sie charakteristischen Veränderung der Arbeits- und Marktverhältnisse stellte ihn vor besonders schwere Aufgaben. Sie brachte eine starke Aufwärtsentwicklung der Siemens-Schuckert-Gruppe, die natürlich ihre Rückwirkung auf die Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft hatte; der Zusammenschluß beider ist wohl nur eine Frage der Zeit. Deutsch war bei

aller seiner Entschiedenheit im Handeln doch von einer Bescheidenheit, die auch manchem Industriekapitän kleinern Formats angestanden hätte. Seine wirtschaftlichen Aktionen wurden natürlich auch durch eine bestimmte Auffassung der Weltlage beeinflusst. So propagierte er lebhaft eine Zusammenarbeit mit der bolschewistischen Regierung, von der er sich eine außerordentliche Arbeitsentfaltung im Dienst des Aufbaus des Russischen Reichs versprach; er verschloß sich lange Zeit der Erkenntnis von der Unfruchtbarkeit des bolschewistischen Regimes, erkannte aber schließlich doch dessen Unvermögen zu produktiver Leistung. Einen richtigen Blick für das werdende bewies Deutsch dadurch, daß er mit Emil Mayrisch zusammen die Annäherung zwischen Deutschland und Frankreich förderte. Er gehörte auch zu den Gründern des Reichsverbands der Deutschen Industrie, war Mitglied des Reichswirtschaftsrats, in dem er sich namentlich als Mittler zwischen den Interessen der Industrie und des Handels betätigte. Felix Deutsch war ein kluger Mensch und ein starker Charakter. Er pflegte in seinem Haus künstlerische Geselligkeit und war dort der Neigung für die Musik ergeben, so in seinem Alter den Weg zu seiner Jugend zurückfindend.

Kurze Chronik Zur Stabilerhaltung der Geldmarktverhältnisse hat New York den *Diskont* erneuert um $\frac{1}{2}$ % auf $4\frac{1}{2}$ % erhöht. Schweden erhöhte den im Januar von 4 auf 3 % herabgesetzten Diskont wiederum auf 4 %; die auffallende Verschlechterung der Zahlungsbilanz war Anlaß dazu. ◊ In England wurde das Bankgesetz geändert. Die Currency Notes wurden eingezogen. Durch Zusammenlegung der Noten der Bank von England und der des Schatzamts soll eine größere Elastizität im Notenumlauf erzielt werden. ◊ Eine weitere Etappe auf dem Weg französisch-deutscher Zusammenarbeit, wenn auch gegenüber den großen Industriezusammenschlüssen von geringer Bedeutung, bildet ein Vertrag, den Ende März die deutsche Terrafilmmaktiengesellschaft mit der international bekannten französischen Firma Cinéromans abgeschlossen hat. Die beiden Firmen wollen sowohl die Produktion von Filmen auf gemeinsame Rechnung betreiben wie auch ihre Produkte mit einander austauschen. Die so begonnene *französisch-deutsche Filmgemeinschaft* kann für die Entwicklung des europäischen Films von entscheidender Bedeutung werden.

Sozialistische Bewegung / Haas Müller

Axelrod † Verbannt aus dem Land, dessen Befreiung aus den Fesseln zaristischer Herrschaft die Arbeit seines Lebens gegolten hatte, starb am 16. April Pawel Axelrod in Berlin, im Alter von 78 Jahren. Er war eine der charakteristischsten Gestalten des internationalen Sozialismus, einer der Führer des russischen Freiheitskampfes. Im Jahr 1850 wurde Axelrod in Potschep im Gouvernement Tschernigow als jüdischer Dorfproletarier geboren. Seine Kindheit führte ihn durch das Armenhaus zu früher Arbeit als Diener und Stiefelputzer; er hungerte sich durch das Gymnasium, wurde Student und bald Revolutionär. Der starke Wille nach Erlösung des russischen Volkes von der Last des Zarenregimes war die Triebkraft, die ihn in die Reihe der ersten sozialistischen Kämpfer führte. Über den Anarchismus Bakunins kam er zu Marx und zum Sozialismus. Er gehörte bereits dem 1875 gegründeten Südrussischen Arbeiterbund an. 1883 gründete er mit Leo Deutsch, Wjera Sassulitsch und Georg Plechanow zusammen die Gruppe der Befreiung der Arbeit, aus der die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands hervorging. Im Kerker mußte er für seine revolutionäre Tätigkeit büßen. Er lernte dann im Ausland die westeuropäische Arbeiterbewegung kennen; er wurde in Rußland zum Vorkämpfer des Gedankens einer organisierten Massenbewegung und der entschiedene Gegner jeder Revolutionsideologie mehr oder weniger anarchistischer Prägung. Als der Parteitag von 1903 die Spaltung in Menschewisten und Bolschewisten brachte, wurde er Menschewist und führte mit Martow und Plechanow in der Iskra den Kampf gegen die bolschewistische Richtung. Auch 1917 hielt er an seiner Überzeugung fest. Als dann nach dem kurzen Revolutionsfrühling die bolschewistische Gewaltherrschaft folgte, mußte er, um nicht in den von seinen ehemaligen Parteigenossen eingerichteten Gefängnissen zu enden, die Heimat wieder meiden, und so starb er im Exil, in dem er den größten Teil seines Lebens hatte zubringen müssen.

Frankreich; Kammerwahlen Die Wahlen zur Kammer fanden diesmal wieder nach dem Einzelwahlsystem statt (siehe die Rundschau Innenpolitik, in diesem Band Seite 515). Für die Parteien ergab sich schon daraus eine kompliziertere Wahltaktik; denn das System ver-

legt den Hauptkampf auf die Stichwahl. Die Parole dieses Wahlkampfes war der Name Poincaré; auch die Stabilisierung bindet sich, als sein Werk und seine Aufgabe, an seinen Namen. Die Sozialisten standen der Konzentration unter der Führung Poincarés in schärfster Opposition gegenüber, hatten es aber nicht leicht der durch positives Handeln bedingten Kraft dieser Parole ein Programm mit gleicher Anziehungskraft zur Entscheidung vorzulegen. Im 1. Wahlgang erhielten die Sozialdemokraten von 178 Abgeordneten 14, die Kommunisten keinen; für die Sozialisten wurden 1 600 000 Stimmen abgegeben, für die Kommunisten 1 400 000. Der letzte Parteitag hatte eine einheitliche Stichwahlparole nicht gegeben sondern nur die Aufforderung an die Wahlkreisorganisationen gerichtet auf jeden Fall die Wahl reaktionärer Kandidaten zu verhindern. Demgemäß unterstützten die Sozialisten, wo eine eigene Kandidatur aussichtslos war, entweder die der Radikalen (so besonders im Süden) oder die der Kommunisten (so im nordwestlichen Industriegebiet). Die Moskauer Oberleitung der Kommunisten setzte demgegenüber die Weisung durch auf jeden Fall bei der Stichwahl auf den eigenen Kandidaturen zu bestehen, auch wenn dies zu sicherer Wahl von Vertretern der Rechten führt. Das hat im Norden tatsächlich zum Verlust mehrerer sozialistischer Kandidaten geführt, und es hätte noch schlimmere Wirkungen gehabt, wenn diese Parole nicht auch als unverantwortlich von kommunistischen Arbeitern abgelehnt worden wäre. Man kann allerdings auch der Meinung sein, daß solches Verhalten der Kommunisten durchaus begrüßenswert ist, weil es hoffentlich dazu führt, daß die Arbeiterklasse nun um so leichter die Irreführung durch die Bolschewisten erkennt. Im ganzen hat der 2. Wahlgang zu einer beachtlichen Aufholung der sozialistischen Abgeordnetenzahlen geführt. Von den 612 Abgeordnetensitzen der neuen Kammer (die alte hatte nur 584) entfallen auf die Sozialisten 102 (statt bisher 106), auf die Kommunisten 14 (statt 26), auf die Kommunistischen Sozialisten 2 (statt 3). Augenfällig ist der starke Rückgang der Kommunisten, den man nicht etwa durch die Wahlkreisgeometrie erklären kann, der vielmehr, mindestens teilweise, ihrem unverantwortlichen Verhalten bei den Stichwahlen zuzuschreiben ist. Den Kommunisten ist es auch geschuldet, daß der Führer der Sozialistischen Partei Léon Blum nicht wieder in der Kammer sitzt.

Deutschland Das Jahrbuch der Deutschen Sozialdemokratie (siehe den Abschnitt Eigenpublikationen) gibt Gelegenheit einige summarische Angaben über Vorgänge und Tatsachen der Parteiorganisation von erheblicher Bedeutung zu erwähnen. Die vom 6. bis zum 13. September 1927 veranstaltete Werbewoche der Partei hat einen Zuwachs von 51 474 männlichen und 13 199 weiblichen, insgesamt also von 64 673 Mitgliedern gebracht, und die Anzahl der Abonnenten der Parteipresse wurde um 74 794 vermehrt. Das Ergebnis der Mitgliederbewegung des ganzen Jahres 1927 ist dies: Die Anzahl der männlichen Mitglieder ist von 658 028 auf 686 130, also um 28 102, die der weiblichen von 165 492 auf 181 541, also um 16 049 gestiegen; die Gesamtmitgliederzahl wuchs demnach von 823 520 auf 866 671, also um 44 151. Dem angegebenen Ergebnis der Werbewoche stand also ein Mitgliederschwund gegenüber, und zwar liegt dieser bei den männlichen Mitgliedern, da bei den Frauen die Erfolgszahl der Werbewoche 13 199 und die des Gesamtjahres 16 049 beträgt. Die Anzahl der Ortsgruppen ist gegenüber 1926 um 232, von 8 230 auf 8 462 gewachsen. Im ganzen kann das Zahlenergebnis zweifellos als eine beachtliche Ausdehnung der Organisation angesehen werden; insbesondere, wenn man beachtet, daß die letzten Jahre einer gewissen Parteimüdigkeit in allen Volkskreisen der Agitation keine allzu günstige psychische Voraussetzung gaben. Jedenfalls zeigt sich die Sozialdemokratie als die weitaus umfassendste und geschlossenste politische Organisation. Was aber keinesfalls zur Selbstzufriedenheit Anlaß geben kann. Die der Partei gestellte Aufgabe zwingt sie zur Lösung noch sehr ernster und schwerer Arbeit; insbesondere gilt es die Jugend durch Entfaltungsmöglichkeit in wachsendem Maß zu gewinnen und die Schichten der wirtschaftlich zwar immer mehr, ideell aber noch durchaus nicht zu Klassengenossen werdenden Angestellten ideologisch und organisatorisch ohne Selbstpreisgabe an sich zu binden. Der Umfang der Organisation spiegelt sich auch in den Einnahme- und Ausgabesummen der Bezirke, die 1926 7 394 502,97 Mark und 1927 7 674 509,32 Mark ausmachten. An Wochenbeiträgen wurden geleistet:

Jahr	Männer- beiträge	Frauen- beiträge	Inter- nationale
1926	21 466 510	6 598 237	1 509 146
1927	24 485 553	7 539 470	1 847 830

1927 waren es demnach 3 960 276 Wochenbeiträge mehr als 1926. Aus dem Bericht über die sozialdemokratische Frauenbewegung sei als beachtenswert neben der Schilderung lebendiger Tätigkeit die Tatsache herausgegriffen, daß in der kommunalpolitischen Arbeit neben 7 188 männlichen Stadtverordneten nur 372 weibliche und gar neben 29 352 männlichen Gemeindevertretern nur 228 Frauen stehen. Es mag dies zum Teil wohl daran liegen, daß unter der älteren Generation, die die praktische Arbeit in den Gemeinden vornehmlich leistet, es besonders die Genossen waren, die den Kampf nach außen zu führen hatten, und die sich dadurch in höherem Maß die formalen Voraussetzungen der äußeren Interessenvertretung erwarben. Sicher werden hier die jüngeren Kräfte, bei denen auch die Frauen wesentlichere Entfaltungsmöglichkeiten hatten, für ihre Vertretung mehr mitbringen. Die Parteipresse zeigt eine Veränderung der Anzahl der Zeitungen von 184 auf 188, von denen 60 (gegen 53 im Vorjahr) Kopfblätter sind. Es bestehen 128 Parteiverlage gegenüber 131 im Jahr 1926; 3 sind durch Verschmelzung mit Zentralbetrieben aufgelöst worden. 179 der Zeitungen werden in eigenen Druckereien hergestellt. Die Anzahl der Abonnenten hat sich um 6,87 % auf 1 188 401 am 31. Dezember 1927 erhöht.

Zum Schluß der kurzen Übersicht über organisatorische Dinge noch einige Angaben, die zeigen, welchen Spielraum die Sozialdemokratie für ihre Werbung hat. Schätzungsweise beträgt der Anteil der Arbeiter und Angestellten an der Anzahl der Wahlberechtigten wesentlich über 50 %, also die Mehrheit überhaupt. Im Jahr 1912 erhielt die Sozialdemokratie bei der letzten Reichstagswahl der Vorkriegszeit 35 % aller abgegebenen Stimmen. Zur Reichstagswahl 1924 (auf Veränderungen durch Erweiterung des Wahlrechts sei nur hingewiesen) betrug ihr Anteil 26 %, und mit den Kommunisten erreichten die Stimmen der proletarischen Parteien erst die 35 % der Vorkriegswahl. 1920 entfallen auf die Sozialdemokratie 30,6 und auf die Kommunisten 10,2 %. Das sind 1924 immerhin erst etwa drei Fünftel, 1928 zwei Drittel aller proletarischen Stimmen. Daß man durch Addierung mit den Stimmen der Kommunisten nicht die Wirkungskraft dieser Zahl ermessen kann, ist dabei zu beachten. Jedenfalls ergeben die Zahlen, wie stark die proletarische Wahlgefolgschaft der bürgerlichen Parteien ist. Dies sollte uns zei-

gen, daß das bloße Anknüpfen der Werbung an die unmittelbaren Interessen nicht ausreicht. Daran ist schon immer genug getan. Hier hilft nur, wenn sich die politische Vertretung des Proletariats durch Idee und Praxis den Aufgaben der Gegenwart gewachsen zeigt.

Deutschland: Den Wahlen zum Reichstag sah die Sozialdemokratische Partei mit viel Zuversicht entgegen. Ihre Siegesstimmung war das Korrelat einer Wahlscheu der Regierungsparteien. Die innere Auflösung des sogenannten Bürgerblocks sollte alle diejenigen in der Sozialdemokratie, die der Überzeugung sind, daß die Partei nur vom Glauben der Massen an das Gespenst der "einen reaktionären Masse" leben kann, die (noch sehr primitive) Einsicht gebracht haben, daß an eine politische Geschlossenheit des Bürgertums als einen einheitlichen antiproletarischen Block schlechthin nicht zu denken ist. Wer so den Glauben an die Sozialdemokratie auf dieser Vereinfachung der Wirklichkeit errichtet, der baut auf Sand und hindert nur, daß die sozialistische Gefolgschaft einer realistischen Politik der Führer Verständnis entgegenbringt. Diese Politik hat gerade in hohem Maß die Differenzierung im Bürgertum auszunutzen. Zur regierungskoalitierten Notgemeinschaft zwingt man das Bürgertum nur dort, wo selbst der Mut zur eigenen Führung unter komplizierten Verhältnissen fehlt, wie etwa in Sachsen. Im Wahlkampf mußte eine auf Dauererfolg gerichtete Taktik der Sozialdemokratie darauf bedacht sein nicht etwa nur die Mängel der regierenden Parteien durch Kritik auszunutzen. Da Vernichtung des Gegners im parlamentarischen Staat immer auch die Vorbereitung zur Erprobung des eigenen Könnens ist, hatte sie all ihren Einfluß aufzubieten ihren Anhang so zu disziplinieren, daß sie nach der Wahl nicht zur Einlösung von Schlagworten verpflichtet ist. Es mag auch in ihren Reihen noch genug Leute von der sehr landläufigen Weisheit geben, daß um der Machteroberung willen die angewandten Mittel nicht so kritisch zu prüfen sind. Wie grundfalsch das ist, hat uns die Situation der Linken nach einem Wahlsieg schon öfter gezeigt. Daß die Kommunisten nur im Schatten der Sozialdemokratie ihren Verantwortungsmangel austoben können, weil sie nie für die Folgen ihres Handelns einzustehen brauchen, ist zwar bedauerlich; dem kann aber nicht durch "graduelle Anpassung", durch etwas

"weniger große" Forderungen abgeholt werden. Nicht im Wettlauf mit den Methoden ihrer Gegner sondern bewußt und grundsätzlich auf andern Weg muß die Sozialdemokratie ihren Siegeslauf vorbereiten. Der Wahlkampf besteht zunächst im erfüllbaren Gegenwartsprogramm der Partei selbst und im praktischen Handeln an jeder Stelle, an der sich die Gelegenheit dazu bietet. Nicht die schlauesten Mittel moderner Wahlbeeinflussung können auch nur einigermaßen die Bedeutung erlangen wie die Forderungen, die man selbst erfüllen, und die Leistungen, auf die man verweisen kann. Hiermit ist auch ein weiterer und wichtiger Grund genannt, der der Sozialdemokratie durchaus keine Freiheit in den Mitteln läßt, wie sie die Gegner der Demokratie von rechts und links für sich in Anspruch nehmen. Wer die Demokratie verwurzeln will, wer das Urteil des Volkes zur Grundlage der Herrschaft machen will, der muß die Urteilskraft des Volkes dadurch erziehen, daß er wahrhaft an sie appelliert. Wahrhaftigkeit im Kampf wird so nicht zur braven, aber unpraktischen Gesinnung sondern zum taktischen Erfordernis, und es bleibt dies auch dann, wenn der unmittelbare Erfolg nicht recht gibt; in solchem Fall gilt es eben mit doppelter Energie für das richtig Erkannte einzutreten. Freilich ist das Handeln nach diesen Einsichten gerade für die Sozialdemokratie nicht so leicht. Der Kampf um die Seele des Arbeiters mit den Kommunisten ist deshalb so ungeheuer schwer, weil gerade die Generation der sozialistischen Arbeiterschaft, deren Geist auch heute noch am lebendigsten die politische Gesinnung des Arbeiters bestimmt, in einer Zeit geformt worden ist, in der die Arbeiterklasse nahezu allem Bestehenden nur schärfstes Kampfbewußtsein entgegenbrachte, und weil die theoretische Grundlage dieser Haltung scheinbar einem andern Verhalten keinen Raum gibt. Das Ringen der beiden proletarischen Parteien kann der Sozialdemokratie aber auch deshalb keinen leichten Sieg bringen, weil ihre Haltung die weitaus kompliziertere ist. Formt sich der politische Wille des Arbeiters unmittelbar aus dem Erlebnis seines Arbeitsschicksals, entsteht der Entschluß zur Kampfpolitik etwa im frischen Eindruck einer einseitigen Akkordlohnbestimmung mit der Stoppuhr, dann führt die Wucht dieses Eindruckes nur allzu leicht zur Kommunistischen Partei, wenn neben das Erlebnis nicht das Nachdenken über den Weg

zum empfundenen Ziel tritt. Je unmittelbarer Alltagserlebnis und Zielforderung auf einander folgen, um so leichter folgt der Arbeiter der Partei, die nur das Unrecht selbst darzustellen wagt, im Weg zum Ziel aber verantwortungsloser Phantasie ungehinderten Spielraum läßt. Zur selbstbeherrschten, weniger stimmungsbewingten Haltung zu erziehen, das ist die Arbeit der Sozialdemokratie. Eine entsagungsvolle Arbeit, bei der vor allem eins von Übel ist: die leere Phrase, und bei der eine Gefahr immer lauert: die frühe Selbstzufriedenheit.

Schätzt man so Aufgabe und Umstände mit vollem Gewicht ein, so muß anerkannt werden, daß die Sozialdemokratie ihren Wahlkampf im ganzen gesehen würdig geführt hat. Den Hauptteil hat daran sicher die Partei in Preußen, haben vor allem die Genossen in der preußischen Regierung gehabt. Sie haben dies vornehmlich dadurch getan, daß sie zeigten, wie man auch in langjähriger und fester Koalition mit bürgerlichen Parteien nicht den Sozialisten und Proletarier zu verleugnen braucht, und sie haben der Arbeiterklasse die Grundlage eines neuen Selbstbewußtseins dadurch geschaffen, daß sie ihr bewiesen, wie ihre Vertreter zur Leitung des Ganzen befähigt sind. Erfreulich war im Endkampf um die Wahl der positive Inhalt der Parole "Heran an den Staat!", so allgemein er auch noch sein mag. Freilich hat sie nicht überall gegolten. Ganz besonders in Sachsen ist der Kampf fast ausschließlich mit dem Ruf "Fort mit dem Bürgerblock!" bestritten worden, dem nur noch die Warnung vor einer künftigen sozialistischen Koalitionsbeteiligung beigefügt wurde.

Das Ergebnis der Wahl entsprach weitgehend den Erwartungen: Die Sozialdemokratische Partei erhielt 9 146 165 Stimmen und 152 Mandate (bisher 131), die Kommunistische Partei 3 262 584 Stimmen und 54 Mandate (bisher 45). Die sogenannten Altsozialisten brachten es überhaupt zu keinem Mandat; sie erhielten im ganzen Reich 65 573 Stimmen, in ihrem Ursprungsland Sachsen 34 869, nachdem sie dort bei der Landtagswahl von 1926 auf 98 026 Stimmen gekommen waren. Diese Partei wird nunmehr wohl ganz verschwinden müssen, und der wurzellose Linksnationalismus, dem sie sich in völligem Mangel an politischem Augenmaß hingegeben hatte, wird damit wieder heimat- und wirkungslos sein. Die Zunahme der sogenannten Kommunisten ist für den deut-

schen Sozialismus deshalb so bedauerlich, weil sie ein Verpuffen proletarischer Kraft darstellt. Das Anwachsen dieser Partei in Sachsen zeigt, wie man diesem Übel nicht durch Wettlauf beizukommen vermag. Die Mahnung, die im Wachsen der Kommunisten erblickt werden kann und erblickt werden sollte, ist auf dem von der Sozialdemokratie allmählich als richtig erkannten Weg mit größerer Bewußtheit und Energie vorzuschreiten. Eigenes Selbstbewußtsein muß verhindern, daß man wieder in eine Situation hinein "gerät"; es gilt, daß die Partei die Situation, die sie braucht, schafft. Koalition und Koalition sind zweierlei, je nachdem, ob man hineinschlittert, oder ob man unter optimaler Durchsetzung der eigenen Bedingungen ihre Grundlage schafft. Nach den Wandlungen, die die parlamentarische Situation durch Veränderung der inneren Haltung der Parteien im Lauf der letzten Jahre erfahren hat, muß die Große Koalition ins Auge gefaßt werden. Allerdings gilt es dabei keinesfalls den schlechthin Nachgiebigen zu spielen, in dessen Rolle man dann um so leichter kommt, je weniger entschlossen man den Dingen ins Gesicht sieht. Die Preisgabe ihres sozialistischen Grundcharakters ist immer die andere Gefahr, in der die Sozialdemokratie innerhalb einer Koalition steht, und die ihr das Vertrauen ihrer Massen rauben würde. Die preußische Regierung hat gezeigt, daß man dies vermeiden kann, ja daß man im Gegenteil die Gefahr durch "Selbstbehauptung in der Gefahrenzone" in einen Erfolg umwandeln kann, dessen bester Teil die solide Grundlage und die damit verbürgte Dauer ist. In Preußen hat auch die Sozialdemokratie 878 000 Stimmen und 22 Landtagsmandate gewonnen; dazu schreibt natürlich die Leipziger Volkszeitung, diesen Erfolg verdanke Preußen »zuerst der Oppositionspolitik im Reiche und dem aktiven Kampf gegen den Bürgerblock«.

Deutschland: Gleichzeitig mit der Wahl **Länder- und Gemeindevahlen** im Reich fanden die Wahlen in einigen Ländern statt. Weit an Bedeutung voran steht **Preußen**. Hier gelang es der Sozialdemokratie mit 5 453 392 Stimmen einen Mandatszuwachs um 22 von 114 auf 136 zu erzielen. Trotz dem Rückgang beim Zentrum um 12 und bei den Demokraten um 6 ist damit die Weimarer Koalition gestärkt worden. Die Kommunisten gewannen 12 Sitze und haben nunmehr 56. In **Bayern** erhielt die Sozialdemokratie

801 584 Stimmen und 34 Abgeordnete, gegen 25 im alten Landtag; die Kommunisten verloren 2 und haben noch 5 Sitze. In **Württemberg** stieg die Zahl der sozialdemokratischen Sitze von 13 auf 22 von insgesamt 80 Abgeordneten, bei 266 681 Stimmen; auch hier verloren die Kommunisten und erhielten 6 gegen bisher 10 Sitze. Die Sozialdemokratie in **Anhalt** erhielt 84 483 Stimmen und hielt damit ihre 15 Sitze; die Kommunisten erhöhten ihre Mandate von 2 auf 3. In **Oldenburg** gewannen die Sozialdemokraten bei 66 643 Stimmen 5 Sitze und haben nunmehr 14 von 48 inne; die Kommunisten erscheinen neu mit 2. Auch die Wahlen zu den Parlamenten einiger größerer Städte zeigen die Aufwärtsentwicklung. In **Breslau** Steigerung um 13 Sitze auf 38 von 94, bei den Kommunisten um 1 auf 5. In **Frankfurt** Gewinn um 10 auf 29 Mandate von insgesamt 85; bei den Kommunisten auf 11 um 3. In **Dortmund** Zuwachs 11 auf 30 von 79; die Kommunisten verloren 2 (davon 1 an die Linken Kommunisten) und haben nunmehr 10 Sitze. In **Wiesbaden** erhielten die Sozialdemokraten 17 (gegen bisher 16) Sitze von 55, die Kommunisten 7 (bisher 6).

Eigenpublikationen Wie bereits für das Jahr 1926 hat der Parteivorstand das *Jahrbuch der Deutschen Sozialdemokratie* für das Jahr 1927 herausgegeben (Berlin, J. H. W. Dietz Nachfolger). Das Buch enthält neben dem oben kurz wiedergegebenen Bericht über die Organisation der Sozialdemokratie äußerst wertvolles Material und teils recht vortreffliche Abhandlungen. So einen 170 Seiten umfassenden Bericht der Reichstagsfraktion, der alle wichtigen politischen Probleme des Jahres unter dem Blickpunkt der Sozialdemokratie behandelt und die Begründung ihrer Stellungnahme enthält. In ähnlicher Weise berichten die Länderfraktionen über die politischen Probleme der einzelnen Länder. Diese Berichte können bei weiter Verbreitung eine fruchtbare Wirkung haben, sie könnten die so notwendige engere Beziehung der Funktionäre und Genossen zur Substanz der Politik und eine Einsicht in die Wirkungskraft politischer Stellungnahme vermitteln. Gerade auch die Landtagsberichte zeigen, wie sehr verschieden die Einflußnahme der Sozialdemokratie ist, und wie verschieden dementsprechend der Gesichtskreis unserer Länderparlamente gestaltet wird. Ein weiterer Abschnitt enthält Aufsätze

über die Struktur der bürgerlichen Parteien, die Arbeiterwähler, die Frage des Einheitsstaats, die Wirtschaftsentwicklung in Industrie und Landwirtschaft, Fragen der Gemeindepolitik, Gewerkschaften, Konsumgenossenschaften, Arbeiterbank, Volksfürsorge und die Arbeitersportbewegung. Auch die Aufsätze zeigen die wachsende geistige Beherrschung der wirtschaftlichen und politischen Probleme. Beispielhaft sei die folgende Äußerung herausgegriffen: »So zeigt sich immer deutlicher, daß gerade nachdem die Arbeiterklasse aufgehört hat von den Krisen, unter denen sie stets am schwersten zu leiden hat, Wunderwirkungen zu erwarten, und nachdem sie dazu übergegangen ist sich aktiv an dem Kampf um die Verhütung von Krisen zu beteiligen, sich die Aufgaben einer sozialistischen Wirtschaftspolitik, das heißt einer Wirtschaftspolitik, die, indem sie den Gegenwartsinteressen der Arbeiterklasse dient, gleichzeitig konstruktiv vorarbeitet für den Aufbau der sozialistischen Wirtschaftsordnung, ständig vermehren.« Das ist bewußte Loslösung aus einer Zwitterstellung, in der es zu schwer wurde festwurzelnde Mängel der Vergangenheit zu überwinden. Das Jahrbuch ist so im ganzen ein Zeichen erfreulicher innerer Sicherung.

Ein *Handbuch für sozialistische Jugendarbeit*, zusammengestellt von Max Westphal, brachte der Arbeiterjugendverlag in Berlin als Hilfsmittel für die Erziehungs- und Organisationsarbeit in den sozialistischen Arbeiterjugendvereinen heraus. Es soll der Praxis, der täglichen Beratung dienen und stellt eine Sammlung in praktischer Arbeit gemachter Erfahrungen dar. Das 240 Seiten starke Buch vermittelt einen guten Einblick in alle Äußerungsformen sozialistischer Jugendarbeit und in ihre Bedingungen.

Totenliste Am 22. Dezember 1927 starb einer der ältesten unserer deutschen Partei und einer ihrer wirksamsten Führer: *Hermann Molkenbuhr*, 77 Jahre alt. Der Mensch und Sozialist Molkenbuhr ist hier bereits von Paul Kampfmeyer in seinem Artikel Ein idealistischer Bahnbrecher sozialdemokratischer Praxis (in diesem Band Seite 45 und folgende) gewürdigt worden. In dieser Rundschau sind noch einige Daten festzuhalten. Molkenbuhr stammt aus dem Hamburger Vorortgebiet Wedel in Holstein. Als junger Zigarrenarbeiter fand er sehr bald den Weg in den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein, in dem er

schon führend hervortrat. Den 23jährigen Genossen beauftragten die Ortsgruppen Ottensen und Lockstedt im Jahr 1875 mit der Vertretung auf dem Gothaer Einigungskongreß. Das Sozialistengesetz vertrieb Molkenbuhr für kurze Zeit nach Amerika. 1890 wurde er Redakteur des Hamburger Echos, und im gleichen Jahr begann er seine Laufbahn im Reichstag. Seine Führereigenschaft in der Arbeiterbewegung beruhte hervorragend darin, daß er in der Meisterung praktischer Probleme vorangegangen ist und ihr damit den Weg gewiesen hat die täglichen Aufgaben ihres Befreiungskampfs zu erkennen. Wie sehr er auch einen Wirtschaftskampf zu führen verstand, zeigte sich in dem großen Streik der Hafenarbeiter und Seeleute vom Winter 1896-1897, den er gemeinsam mit Adolph von Elm leitete, und dessen Verlauf er in den Sozialistischen Monatsheften in seinem Artikel Der Hamburger Streik (1897 Seite 28 und folgende) beschrieb. Er hat sich in strenger Arbeit zum besten Kenner der Sozialpolitik emporgearbeitet und hat als solcher über die Grenzen Deutschlands hinaus gewirkt.

Am 29. Dezember starb in Rom einer der ältesten Vorkämpfer des italienischen Sozialismus, *Costantino Lazzari*, im Alter von 70 Jahren. Er war ein heftiger Gegner des Reformismus in der Partei; der Kampf der Tendenzen in der italienischen Partei verkörperte sich lange Jahre in den Namen Turati und Lazzari. Dem Bolschewismus gegenüber nahm Lazzari eine schwankende Haltung ein. Er war zwar in Rußland, sprach auch Lenin und empfing dessen Aufträge, aber er wollte nicht alle Forderungen der Dritten Internationale annehmen und trat deshalb in Livorno 1921 nicht mit den Kommunisten aus sondern gründete mit einer kleinen Minderheit eine eigene Gruppe. Der Fascismus brachte auch ihm Überfälle. Es ist ihm aber in der Partei sehr verdacht worden, daß er sich, als alter gebrochener Mann, an Mussolini um eine Geldunterstützung gewandt hat.

Einer der Vorkämpfer der argentinischen Arbeiterbewegung, *Juan B. Justo*, starb am 8. Januar 1928 in Buenos Aires, 63 Jahre alt. Justo war Mediziner und hatte von 1890 bis 1905 den Lehrstuhl für Medizin an der Universität Buenos Aires inne. 1892 gründete er mit einigen Gefährten die Sozialistische Gruppe in Buenos Aires, die 1893 eine Zeitung, *El Socialista*, herausgab, die jedoch nur kurze Zeit bestand. Ein

Jahr darauf erschien dann die Tageszeitung *La Vanguardia*, die auch heute noch das Organ der Partei ist. Justo wurde ihr erster Herausgeber und Chefredakteur. 1895 wurde er ins Parlament gewählt, dem er lange Jahre angehörte; später wurde er Senator für die Provinz Buenos Aires. Er war ein gewandter Redner. Er betätigte sich auch als Publizist, veröffentlichte eine große Anzahl von Arbeiten über die Theorie und Praxis des Sozialismus.

Der Führer der Bergarbeiter Nordfrankreichs *Charles Basly* starb am 11. Februar in der Stadt Lens, deren Bürgermeister er war, im Alter von 74 Jahren. 1890 war er vom Wahlkreis Pas de Calais als sozialistischer Abgeordneter in die Kammer entsandt worden, und er blieb in ihr bis zu seinem Tod. Durch seine unermüdliche Tätigkeit für die Sozialistische Partei, zu deren reformistischem Flügel er gehörte, und für die Gewerkschaftsbewegung, sowie durch seine Arbeit für Lens (die erste französische Stadt, die, und zwar in vorbildlicher Weise, wieder aufgebaut wurde) hat er sich große Verdienste erworben und ein dauerndes Gedenken in der französischen Arbeiterbewegung gesichert.

In Leipzig starb am 29. April *Fritz Seger*, im Alter von 61 Jahren. Besonders der Leipziger Arbeiterschaft ist er einer ihrer besten Streiter gewesen. Er schloß sich bereits während des Sozialistengesetzes der Sozialdemokratie an. Auf der Wanderschaft kam der Schneidergeselle nach Leipzig; seit 1901 war er dort Redakteur der Leipziger Volkszeitung. Im Reichstag, in der Nationalversammlung und im Sächsischen Landtag hat er die Partei vertreten; sein wesentlichstes Arbeitsfeld war aber die Stadtverordnetenversammlung, die er längere Zeit als Vorsteher leitete, und in der er sich auch die Achtung seiner Gegner verschaffte.

Einen schweren Verlust erlitt die Chemnitzer Arbeiterschaft durch den Tod des Genossen *Emil Landgraf* am 9. Mai. Landgraf gehörte zu den Menschen, die vornehmlich durch gestaltende Arbeit der sozialistischen Bewegung gedient haben. In Armut wurde er als 17. Kind unter 19 am 24. April 1863 geboren. Er wurde der Gründer einer Parteizeitung in Burgstädt in Sachsen; nach deren Verschmelzung mit dem Chemnitzer Organ übernahm er die Leitung des Chemnitzer Unternehmens, dem er bis zu seinem Tod vorstand.

Am 17. Mai starb in Frankfurt *Friedrich Brühne*, fast 73 Jahre alt. Er kam 1876

als junger Schuhmachermeister zur Partei. Während des Sozialistengesetzes stand er seinen Mann. Von 1898 ab hat Brühne der Kontrollkommission der Partei bis zu seinem Tod angehört. Seit der gleichen Zeit war er Stadtverordneter in Frankfurt, und 1893 bis 1898 und 1907 bis 1919 Mitglied des Reichstags; dann wurde er Mitglied der Nationalversammlung. Auch Friedrich Brühne war einer der Alten, die der Bewegung die Grundlage schufen, und deren Erbe durch Einsicht und Arbeit fortzusetzen Aufgabe einer jüngeren Generation unserer Bewegung sein muß.

Kurze Chronik An vielen Stellen konnte die Sozialdemokratie beachtliche *Wahlerfolge* erzielen. Im schottischen Wahlkreis Linlithgow wurde bei der Nachwahl der Kandidat der Arbeiterpartei, Shinwell, mit 14 446 Stimmen gewählt; in Hanley wurde der Kandidat der Arbeiterpartei wiedergewählt und dabei ein Gewinn von 2000 Stimmen erzielt. Bei den Züricher Kommunalwahlen am 15. April erhielten die Sozialisten zum erstenmal die Mehrheit (5 gegen 4 der Bürgerlichen) im Kleinen Stadtrat; im Großen Stadtrat vermehrten sie ihre Sitze um 3 auf 59. Bei Gemeinderatswahlen in Steiermark eroberten die Sozialdemokraten insgesamt 191 Mandate; in Kärnten gewannen sie bei den Gemeinderatswahlen 88 Sitze. ◊ Auf dem Parteitag der Unabhängigen Arbeiterpartei *Englands* am 9. April 1928 machte man dem Standpunkt MacDonaldis eine wichtige Konzession, indem man sich dagegen aussprach, daß die Abgeordneten der Partei im Unterhaus eine besondere Gruppe bilden. Die Einheit der parlamentarischen Fraktion, die in Gefahr stand, scheint damit gesichert. ◊ Der *1. Mai* wurde in Argentinien zum Feiertag erklärt. In Ungarn hatte man die Feier dieses Tages streng verboten. In der Tschechoslowakei bot die Maifeier den freudigen Anblick einer Festgemeinschaft deutscher und tschechischer Genossen. ◊ Das *Geburtshaus Karl Marx'* in Trier ist von der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands angekauft worden und soll in eine Erinnerungsstätte umgewandelt werden. ◊ Zur Feier des 60. Geburtstags Wilhelm Fllensbogens hat die Wiener Bezirksorganisation Brigittenau ein *Denkmal Ferdinand Lassalles* nach den Plänen des Bildhauers Mario Petrucci errichtet und am 5. Mai enthüllt. Damit hat Wien noch vor Deutschland ein Lassalldenkmal.

Literatur Die Leitaufsätze der Bücherwarte des Jahres 1927 sind als 2. Band des *Sozialistischen Literaturführers* erschienen /Berlin, J. H. W. Dietz Nachfolger/. Das Buch enthält die einführenden Aufsätze der Bücherwarte über die folgenden Gebiete: Bürgerliche und sozialistische Wirtschaftstheorie, Praktische Wirtschaftskunde, Einführung in die Weltwirtschaftslehre, Deutsche politische Geschichte, Verfassungswesen und Politik, Wandlungen der Völkerkunde, Einführung in die Soziologie, Naturphilosophie, Entwicklungs- und Vererbungslehre, Geschichtliche Dichtung. \diamond Als 6. Heft der *Bücherverzeichnisse* der Städtischen Bücherhallen zu Leipzig /Leipzig, Verlag der Deutschen Zentralstelle für volkstümliches Büchereiwesen/ erschien unter dem Titel *Die Welt des Sozialismus* eine Übersicht über die wichtigste sozialistische Literatur. Die Schriften sind, mit Hinweisen versehen, in historischer Folge geordnet. \diamond Im Verlag der Weltgeistbücher in Berlin sind in sauberer Ausstattung *Ferdinand Lassalles* Tagebuch, das dieser als 15- und 16-jähriger Schüler geführt hat, und das vollständig bisher noch nicht veröffentlicht war, und das Offene Antwortschreiben, von Friedrich Hertneck eingeleitet, herausgegeben worden. \diamond Ein Referat *Alexander Steins* Jungsozialisten und Arbeiterbewegung erschien, als Broschüre gedruckt und mit den Richtlinien und Satzungen der jungsozialistischen Bewegung als Anhang versehen, in der Jungsozialistischen Schriftenreihe /Berlin, E. Laub/. \diamond Der Kampf um die Staatsmacht: Was lehrt uns Linz? ist der Titel einer heute besonders dankenswerten und aktuellen Auswahl aus den Reden des vorjährigen österreichischen Parteitags, die uns *Otto Jenßen* in der selben Serie vorlegt. \diamond Argumente gegen den Sozialismus glaubt *Friedrich Weiß* durch reichlich utopische Ausmalung der Zukunftsgesellschaft widerlegen zu können /Wien, Wiener Volksbuchhandlung/, statt, marxistisch, auf die praktischen Erfolge und Absichten der Sozialdemokratie hinzuweisen. \diamond Einen interessanten Beitrag zur Frühgeschichte des rheinischen Sozialismus liefert *Hans Stein* in seiner Dissertation *Der Kölner Arbeiterverein 1848-1849* /Köln, Gilsbach & Co/, aus der man besonders gern entnimmt, wie im Gegensatz zu Max Adlers Prodomobehauptung Marx keineswegs nur vom Schreibtisch aus den Klassenkampf geführt hat sondern auch praktisch, und, wo erforderlich, mit erstaunlicher Mäßigung.

WISSENSCHAFT

Biologie / Hans Haustein

Panbiotik Das für die Lösung des vitalistisch-mechanistischen Problems wichtige Gebiet »zwischen belebter und unbelebter Materie« unterzieht *Walter Schlöhr* in der *Sciencia* vom 1. April 1928 einer sehr beachtenswerten Betrachtung. Er hebt eingangs hervor, daß man immer geneigt gewesen sei das höchstentfaltete Leben mit der anorganischen Welt zu vergleichen, was aber naturgemäß zu Fehlschlüssen führen müsse. »Ein Vergleich zwischen lebendiger und toter Materie sollte nicht an den entferntesten Extremen sondern aus benachbarten Objekten aus beiden Kategorien stattfinden. Auch darf bei solchen, zu philosophischen Zwecken aufgestellten Vergleichen nicht übersehen werden, daß die moderne Naturwissenschaft in der unbelebten genannten Materie schon eine Reihe unerklärlicher und zweckmäßiger Faktoren aufgezeigt hat, die keineswegs leichter verständlich sind als die Sonderbegabungen organischer Gebilde. Das Rätsel des schwingenden Atoms, der Aufbau des Kristalls mit seinen molekularen Gesetzen, das mikroskopische Wunder der Schneeflocke; sind diese Naturerscheinungen nicht ebenso "entelechiebegabt" wie das organische Leben?« Wenn es auch heute noch nicht gelingt das lebendige Geschehen physikalisch-chemisch zu verstehen, so muß man doch nicht vergessen, daß wir die Wunder der anorganischen Welt auch noch keineswegs kausal erklären können. Nun besteht aber in der Formgestaltung des Lebendigen eine nahe Verwandtschaft zu entsprechend angeordneten physikalisch-chemischen Versuchen. Gleichzeitig hat aber die Kolloidchemie gezeigt, daß das lebendige Protoplasma in seinen Reaktionen eine Eigengesetzlichkeit haben muß, und sie hat zugleich das Zwischengebiet zwischen den chemischen Molekülen und dem Protoplasma der lebendigen Substanz unserm Verständnis nähergebracht. Die Kolloidchemie ist in das Gebiet vorgedrungen, wo sich die lebendige und die tote Materie nahe liegen: in den Mikrokosmos der kleinsten Lebewesen. Wo die Grenze des Lebens festzusetzen ist, da das Leben nur innerhalb einer gewissen physikalischen Zustandsbreite (*Francés Zoesis*) bestehen kann, wissen wir noch nicht. Sie liegt aber dort, wo sie für die menschlichen Sinnesorgane zurzeit nicht mehr erkennbar ist. Auch unter den nur mikrosko-

pisch sichtbaren Erregern vieler Krankheiten von Mensch, Tier und Pflanzen, deren Funktionen der Definition des Lebens in allen Teilen gerecht werden, gibt es noch Organismen, die ihrerseits ihre Existenz durch die Erzeugung von Krankheiten und Seuchen verraten, obwohl es bisher, trotz besten technischen und kolloidchemischen Hilfsmitteln noch nicht gelungen ist sie sichtbar zu machen. Wir wissen also über die untere Grenze des Lebens noch nichts. Die Gegebenheit ist da, daß dort noch Leben besteht, wo wir auf Grund unserer Sinnesorgane und unserer wissenschaftlichen Deduktion überhaupt nichts mehr vermuten. Auch ist die Frage nicht von der Hand zu weisen, daß vielleicht überhaupt gar keine Grenze zwischen organischem Leben und unbelebter Materie, sondern ein lückenloser Übergang zwischen beiden besteht. Sind doch die Kräfte, die im schwingenden Elektron ruhen, nicht leichter zu erklären als die, die den Ablauf des organischen Lebens regeln. »Da nun kein Mensch von seinem apriorischen Gottesbewußtsein ganz loskommt, so scheint es doch zweckmäßiger die Entelechie, jenen unerklärlichen schöpferischen Katalysator, schon in der anorganischen, kristallinen Welt vorzusetzen und damit dem vitalistischen Gedanken seinen unerträglichen Dualismus zu nehmen. Denn das letzte große Rätsel wird kein moderner entwicklungs-dynamisch überzeugter Monist leugnen oder "erklären" wollen.« Unter dieser Hypothese gelangt man zum Prinzip eines neovitalistischen Monismus, für den es keine willkürliche Grenze zwischen toter und lebendiger Materie mehr gibt. Die Entelechie ist im Sinn dieser Auffassung nicht mehr das besondere Wunder des Lebens, sondern es bedeutet die letzten Rätsel der atomaren und kosmischen Physik. Diese philosophische Auffassung, Panbiotik, schafft eine Arbeitshypothese, die uns ermutigen kann die unbekanntesten Gebiete so zu erforschen, wie der Mathematiker die fehlenden Glieder einer kontinuierlichen Reihe durch Interpolation ergänzt.

Urzeugung Unter der Annahme der panbiotischen Betrachtungsweise, die einen lückenlosen Übergang vom kleinsten Kristall bis zu den höchsten Leistungen organischer Individuen vermutet, kann die absolute Ablehnung der Urzeugung nicht anerkannt werden. »Denn, wenn es vielleicht doch eine Urzeugung gäbe, so müßte sich der Übergang von der belebten zur

unbelebten Materie im Reiche des unsichtbar und unfindbar Kleinen abspielen, in einem Gebiete, zu welchem wissenschaftliche Forschung bis heute noch keinen Zugang hatte.« Wir würden heute zum Beispiel von dem Bestehen der Urzeugung subvisibler Mikroben, falls es sie gäbe, nichts bemerken können. Die Aufgabe der Forschung besteht also jetzt darin in dieses Gebiet vorzudringen. Zur Kennzeichnung dieses Arbeitsgebiets gibt Schlöhr folgende Darlegung *Heinrich Bechholds* wieder: »Man weiß jetzt, daß eine Molekel den Durchmesser von 0,2 bis 1 $\mu\mu$, das heißt von $\frac{2}{10\,000\,000}$ bis $\frac{1}{1\,000\,000}$ Millimeter hat. Trotzdem die größten Molekeln nur etwa 5mal größeren Durchmesser, also vielleicht 125mal größeren Inhalt als die kleinsten haben, sind uns doch mehrere Hunderttausend verschiedener Molekeln bekannt. Teilchen von dieser Kleinheit hat man nicht gesehen, sondern aus ihren Eigenschaften und ihrem Verhalten kennt man ihren Bau und ihre Größe. Das kleinste, was man mit dem Mikroskop noch in seiner Form beobachten kann, ist etwas unter $\frac{1}{1000}$ Millimeter. Dazu gehören ganz kleine Bakterien und andere einfache Lebewesen. Die *Spirochaeta pallida*, die Erregerin der Syphilis, zum Beispiel, ist ein Faden, der eine Breite von knapp $\frac{1}{1000}$ Millimeter hat. Zwischen diesen mikroskopisch sichtbaren Gebilden und den chemischen bekannten Molekeln klaffte bisher eine ungeheure Lücke, die das Gebiet der Kolloide umfaßt. Die Kolloide sind die Brücke zwischen der unbelebten Welt der chemischen Molekeln und der Welt der Organismen.« Den Anstoß zur erneuten Aufrollung der Frage nach der Möglichkeit der Urzeugung hat die Diskussion über das Wesen der d'Hérelleschen Bakteriophagen gegeben, also über jenen Vorgang, der darin besteht, daß in Bakterienkulturen, so bei Typhus und Koli, kreisrunde Löcher durch das Absterben des Virus auftreten (siehe die Rundschau Hygiene, 1922 II Seite 696). Sowohl die Kreisform des Prozesses spricht für die kontagiöse Natur der Erscheinung, wie die Überimpfbarkeit auf andere lebenskräftige Bakterienkulturen. Jedenfalls spielt sich dieser Vorgang in dem Grenzgebiet zwischen belebter und unbelebter Materie ab, in der Zone also, wo eine vielleicht bestehende Urzeugung, das heißt eine katalytische Lebenserweckung aus unbelebter Materie, stattfinden könnte. Licht in dieses bisher dunkle Grenzgebiet bringt vielleicht die Bechhold-Vilasche Methode zur Sichtbarmachung

subvisibler Gebilde. Dabei wird durch eine doppelte Filtration (mittels Chamberlandkerze und gallertigem Ultrafilter) der subvisible Erreger festgehalten, dann vergoldet auf einem Objektträger ausgestrichen und durch Erhitzen über der Flamme sein gesamter organischer Bestandteil verbrannt, so daß nur eine Art Goldskelett zurückbleibt. Dieses auch im Ultramikroskop durch seine Kleinheit noch unsichtbare Skelett wird dann noch nach Art zu schwach belichteter photographischer Platten verstärkt und so dem Auge sichtbar gemacht.

So gelang es im Institut für Kolloidforschung zu Frankfurt den d'Hérelleschen Bakteriophagen eindeutig bei zahlreichen Kontrollversuchen als kleine Scheiben, die größer als $35 \mu\mu$ und kleiner als $100 \mu\mu$ sind, nachzuweisen. Mit größter Wahrscheinlichkeit kann danach angenommen werden, daß es sich hierbei um das Auftreten eines neuen, bisher unsichtbaren körperlichen Gebildes handelt, das seiner Größenordnung nach an der Grenze zwischen einem Organismus und einem Enzym steht. »Es ist eine Hauptaufgabe der Kolloidforschung«, sagt Bechhold von seiner neuen Erfindung, »die Aneinanderlagerung chemischer Molekeln zu strukturierten Gebilden zu verfolgen. Ihre Methoden haben uns den Weg gezeigt, wie man nun auch die kleinsten Gebilde, lebend oder tot, isolieren und sichtbar machen kann. Wenn somit lebende Materie aus toter entstehen kann, und davon bin ich überzeugt, so bietet unsere Methode die Möglichkeit diesen Vorgang zu verfolgen. Ob man allerdings das Glück hat Bedingungen zu schaffen, unter denen sich lebende Materie aus toter bilden kann, das ist eine andere Frage. Vielleicht ist aber dieser Glücksfall gar nicht nötig; vielleicht genügt es das Vorhandene durchzustudieren, um Übergangsgebilde, als was ich auch den Bakteriophagen ansehe, zwischen unorganisierter Materie und Lebewesen aufzufinden... Vielleicht bedarf die Entstehung eines lebenden Gebildes aus toter Materie einer so langen Zeit, daß ein Menschenleben nicht dazu hinreicht, um dieser Entstehung zu folgen. So weit wird uns der Zufall wohl kaum entgegenkommen, daß wir gleich eine bedeutsame Wirkung, zum Beispiel einen Krankheitserreger aus toter Materie, zu gewinnen vermöchten. Ferner, von welcher unorganisierten Materie sollen wir ausgehen, um ein Lebewesen zu erhalten?«

Bechholds Ergebnisse bedeuten zweifellos einen wichtigen Schritt in der Er-

forschung der kleinsten Lebewesen; aber darüber hinaus sind sie auch als ein Fortschritt auf philosophischem Gebiet zu betrachten. Sie stellen eine Etappe auf dem Weg zur Lösung des mechanistisch-vitalistischen Zwistes dar. Hat Eugenio Rignano mit seinem energetischen Vitalismus die breite Lücke zwischen dem lebendigen Geschehen und der Reaktion in der anorganischen Welt zu überbrücken versucht, so ist Bechhold auf dem Weg das Grenzgebiet zwischen belebter und unbelebter Materie unserer Anschauung zugänglich zu machen.

Ameisen

Die tiersoziologischen Forschungen *Hermann Eidmanns* (siehe diese Rundschau, in diesem Band Seite 247) haben auch die Beziehungen der staatenbildenden Ameisen zum Menschen, die teils positiver, teils negativer Natur sind, in ihren Bereich gezogen. Ihre Ergebnisse setzen den Nutzen der roten Waldameise, deren mächtige Nesthügel unsere Wälder bevölkern, ins helle Licht. Sie können nur, ganz im Sinn der hier stets schon vertretenen Naturschutzbestrebungen, zu der Folgerung führen diese Kolonien noch nachhaltiger als bisher zu schützen und ihrer sinnlosen Zerstörung, die immer wieder beobachtet werden kann, energisch entgegenzutreten. Eidmanns Beobachtungen lassen sich folgendermaßen zusammenfassen: Eine große Kolonie der roten Waldameise trägt im Lauf des Jahres bis zu 2 Millionen Insekten und deren Entwicklungsstadien ein. Unter den erbeuteten Insekten besteht rund die Hälfte aus Forstschädlingen, dagegen nur ein Sechstel aus ausgesprochen nützlichen Tieren, was sich dadurch erklärt, daß es sich bei diesen fast durchweg um leichtbewegliche und mit guten Sinnesorganen ausgestattete Tiere handelt, während die Schädlinge vielfach träge und schwer beweglich sind. Die Jagdgebiete der einzelnen Ameisenkolonien sind streng von einander getrennt, und eine einzige große Kolonie bejagt ein Gelände von 7 Hektar. Die eingetragenen Insekten werden lebend erbeutet. Die rote Waldameise ist also eines der wichtigsten Raubinsekten unserer Wälder. Sie bildet gerade in der Zeit des intensivsten Insektenlebens durch ihre nie ermattende Vernichtungstätigkeit einen der wichtigsten Faktoren bei der Verhütung von Insektenkalamitäten. So wurden 1925 bei dem großen Eulenfraß in Norddeutschland, bei dem die Wälder fast kahl gefressen wurden, die um die Ameisen-

haufen herumstehenden Bäume in einer Ausdehnung von mehreren Hektaren als sogenannte Ameisenhorste verschont, und sie bilden nun die wichtigen Ausgangspunkte für die Wiederaufforstung der Kahlfelder. In den Tropen spielen die gleiche Rolle die als Nomaden lebenden Treiberameisen, die, in gewaltigen Heeren alles Insektenleben vernichtend, die Wälder durchstreifen. Schädlich können gewisse Ameisenarten durch die Züchtung der Blattläuse werden, von deren flüssigen, zuckerhaltigen Exkrementen sie leben. In Deutschland sind es vor allem die *Lasius*-Arten, bei denen man alle Phasen dieser Symbiose vom gelegentlichen Besuch der Blattlauskolonien bis zu völliger gegenseitiger Abhängigkeit verfolgen kann. Bei der schwarzen Art überwintern die Blattläuse und ihre Eier in den Ameisennestern und werden im Frühjahr auf die Obstbäume transportiert. Am Tag wird zum Schutz der Blattlauskolonie oder auch einer einzelnen Blattlaus ein besonderer Wächter aufgestellt und nur nachts im Sommer die Kolonie ausgebeutet. Dies geschieht durch besondere Arbeiter und nicht durch die Blattlauswächter, die den Blattläusen einen großen Schutz bieten. Drohende Gefahren werden sogar im Nest gemeldet. Im Verlauf eines Sommers beträgt der Verbrauch an Blattlaushonig im Durchschnitt ungefähr 1 Liter.

Kurze Chronik Die Senckenbergische Naturforschende Gesellschaft in Frankfurt hat beschlossen ihre durch die Inflationszeit unterbrochenen *Preisverleihungen* wieder aufzunehmen: der 1. dieser Preise wurde dem Münchener Zoologen Karl von Frisch für seine Bienenforschungen verliehen. ◊ Der Ordinarius für Pflanzenphysiologie an der Universität München *Hermann Sierp* folgte einem Ruf auf das neugegründete Ordinariat für Botanik an der Universität Köln. ◊ Als Nachfolger Valentin Haeckers wurde *Berthold Klatt* /Hamburg/ ordentlicher Professor der Zoologie an der Universität Halle. Klatt veröffentlichte eine Reihe von Arbeiten aus dem Gebiet der allgemeinen Biologie, beschäftigte sich insbesondere auch mit Domestikationsfragen. ◊ Dem außerordentlichen Professor der Zoologie an der Universität Gießen *Hubert Erhard* wurde das Ordinariat an der Universität Freiburg als Nachfolger August Reichensbergers übertragen. Erhard hat über Methoden zur Erforschung der Protoplasmabewegung und Tierpsychologie gearbeitet.

Anthropogeographie / Max Hodann

Bevölkerungspolitik Angesichts des katastrophalen Geburtenrückgangs werden die Fragen der Bevölkerungspolitik immer akuter. In einer im ganzen sympathischen Broschüre Aufgaben der Bevölkerungspolitik /Jena, Gustav Fischer/ setzt sich Erich Stoll mit dem Problem auseinander: »Alle Bemühungen um eine Besserung unserer sozialen Verhältnisse und des allgemeinen Kulturzustandes werden umsonst sein, wenn wir nicht lernen den Zuwachs mit der noch möglichen Erweiterung unseres Nahrungsspielraumes in richtige Beziehung zu setzen.« Stoll nimmt demnach positiv zur Frage der Geburtenreglung Stellung und sieht andererseits eine Sicherung des Volksbestands in »Gewährung von Kinderbeihilfen, Heimstättenbeschaffung und Steuerreform«. Es zeigt sich bei ihm das Fehlen soziologischer Orientierung. Wie übrigens bei sehr vielen rein medizinischen Schriften über solche Fragen. Denn dem nur medizinisch Denkenden ist die Struktur unserer Gesellschaftsordnung meist unbekannt. Daraus erklärt sich, daß eine Reihe medizinisch durchaus einleuchtender Vorschläge bei kritikloser Propagierung geradezu gefahrvoll werden kann. Fritz Barth behandelt in einer vom Monistenbund in Hamburg herausgegebenen Broschüre die seit dem Erscheinen von Bindings und Alfred Hoehes Buch über die Freigabe der Vernichtung lebensunwerten Lebens /1913/ immer wieder aufgeworfene Frage der Euthanasie. Er versteht darunter »das Recht eines an einer unheilbaren, tödlichen und qualvollen Erkrankung Leidenden auf einen nur aus berechtigtem Mitleide gewährten schmerzlosen Tod, auf Grund seines dahingehenden rechtsgültig zu äußernden, ernstlichen und berechtigten Wunsches, verbunden mit der Zusicherung an den Arzt, unter Einhaltung gewisser, jeden Mißbrauch ausschließender Kautelen im Rahmen des staatlich gebilligten ärztlichen Heilzwecks gehandelt zu haben«. In Verfolg unseres Problems interessiert die vorliegende Broschüre wesentlich darum, weil die Euthanasie in weiterem Sinn eine rassenhygienische Bedeutung haben soll. Nach dem Verfasser werden für die Pflege lebensunwerten Lebens (geistiger oder körperlicher Krüppel) in Deutschland in jedem Jahr mindestens 125 Millionen Goldmark ausgegeben. Rein medizinisch gedacht wäre eine Vernichtung dieses lebensunwerten

Lebens auf dem Weg der Euthanasie durchaus sinnvoll. Indessen, dem Staat noch weitere Rechtmöglichkeiten zu geben in das Leben des einzelnen einzugreifen als er heute ohnehin schon hat, muß als äußerst bedenklich angesehen werden. Das bedarf immer erneut der Unterstreichung, so sehr der Gedankengang verständlich erscheint, daß man der hemmungslosen Vermehrung gerade der gesellschaftlich Unerwünschten begegnen kann. Dieser Vermehrung der "Minderwertigen" ein Gegengewicht durch Züchtung "Hochwertiger" zu bieten schlägt Frederick Dupré in seinem Buch Weltanschauung und Menschenzüchtung /Berlin, Otto Enslin/ vor. Es finden sich bei ihm manche anregenden und sozialistischen Gedankengängen nahe kommende Überlegungen. Das Ergebnis der vorgelegten Untersuchungen indessen: auf dem Weg einer »Zeitehe« rein züchterisch hochwertige Nachkommen erzeugen zu lassen, die dann auf Kosten der Öffentlichkeit erzogen werden sollen, beweist einen bedenklichen Mangel an Verständnis für das Wesen gesellschaftlicher Entwicklung, im weitern Sinn für das Wesen der Geschichte überhaupt, die sich nun einmal nicht einfach "machen" läßt.

Interessantes statistisches Material bietet die Arbeit Israel Koralniks Zum Bevölkerungsproblem der Juden Deutschlands, die in der Oserundschau im März dieses Jahres erschien. Ausgehend von den Vorkriegserhebungen Felix Theilhabers kommt der Verfasser zu dem Schluß, daß die Juden in Deutschland, in gleicher Weise wie ihre Umwelt vom Geburtenrückgang bedroht, dem Aussterben geweiht sind, wenn sie sich nicht durch Zuzug aus den ostjüdischen Siedlungsgebieten erhalten können. Die bevölkerungspolitische Lage der deutschen Juden veranlaßt Koralnik zu der interessanten Feststellung, »daß der jüdische Unternehmungsgeist und das jüdische Kapital langsam ihre Rolle auszuspielen anheben. Es bereitet sich eine Neugestaltung der europäischen Wirtschaft vor, in der das jüdische Element nicht mehr die frühere Rolle innehaben sondern überflüssig sein wird.« Von dieser von maßgebender jüdischer Seite gemachten Bemerkung fällt ein geradezu humoristisches Licht auf die Judenangst der Völkischen. Es sei hier erwähnt, daß der kulturpsychologische Hintergrund des Antisemitismus in dem geistig wesentlichen Buch Arnold Zweigs Caliban oder Politik und Leidenschaft /Potsdam, Gustav Kiepenheuer/, das der Verfasser

als einen »Versuch über die menschlichen Gruppenleidenschaften, dargetan am Antisemitismus« bezeichnet, aufhellend untersucht wird. Zweig sagt mit Recht: »Es kommt darauf an, daß nur um leidenswürdige Dinge auf Erden gelitten wird.« Er demonstriert dies an den Auseinandersetzungen über den Antisemitismus und bringt es in einer Rede an die antisemitische deutsche Jugend zu überzeugendem Ausdruck.

Rassenlehre Der Kreis der "nordischen Bewegung" legt vielfach Wert darauf zu betonen, daß der Antisemitismus für ihre angeblich wissenschaftlichen Untersuchungen gar kein erheblicher Ausgangspunkt sei. Indessen läßt sich unschwer nachweisen, daß dem Idol dieser Rassenfanatiker, dem konstruierten Bild des sogenannten germanischen Menschen, ein Gegenpol in Form eines ebenso konstruierten Semiten gegenübersteht. Hans Günther untersucht in seinem Buch Rasse und Stil /München, J. F. Lehmann/ die Beziehungen zwischen dem Erbgut verschiedener Menschengruppen und dem künstlerischen Ausdruck ihrer Kulturen. So wertvoll manche Anregungen dieses Buches sind, man hat immer wieder bei diesen Schriften das fatale Gefühl einer wunschbestimmten Voreingenommenheit, die schließlich den Blick des Untersuchers so stark trübt, daß seine Schlußfolgerungen wissenschaftlich höchst unzuverlässig werden. Die kulturpsychologischen Zusammenhänge zwischen biologischer Art und Kunstschaffen sind in einer viel ruhigeren Weise von Paul Schultze-Naumburg behandelt worden (Kunst und Rasse /München, J. F. Lehmann/). Schultze-Naumburg kommt zu dem richtigen Ergebnis, daß jede Kultur ihr eigenes Schönheitsideal hat, daß sich zwischen diesem Schönheitsideal und den biologischen Eigentümlichkeiten seiner Schöpfer gewisse regelmäßige Beziehungen nachweisen lassen, ohne daß er nun in die Einseitigkeit der Germanomanie verfällt. Man kann schon nicht umhin die Betrachtungen, die man bei Günther über die »Rassenseele« findet, als reichlich verschwommenes Gerede zu bezeichnen, das allerdings bei ihm nicht den brutalen Ausdruck nationalen Hochmuts gewinnt wie etwa bei Ludwig Schemann (Die Rasse in den Geisteswissenschaften /München, J. F. Lehmann/). Schemann ist heute noch der etwas überalterten Vorkriegsmodemeinung, »daß alles wahrhaft und im höheren Sinne Menschen-

würdige nur in dem Maße noch in der Welt leben kann, als die in Deutschland vertretenen germanischen Stämme sich darin zur Geltung zu bringen vermögen... "Die Germanen oder die Nacht!" ist heute die Losung wie einst.« Daß gerade Schemann auf die lückenlose Entwicklung der von ihm unermüdlich propagierten Gedanken Gobineaus erheblichen Wert legt, ist kein Wunder. Und so fügt sich dem im Kreis dieser Veröffentlichungen die deutsche Ausgabe des nachgelassenen Werkes Joseph Arthur Graf Gobineaus Die Bedeutung der Rasse im Leben der Völker /München, J. F. Lehmann/ zwanglos ein. Ganz im Geist Gobineaus ist auch das Buch Fritz Kerns Stammbaum und Artbild der Deutschen und ihrer Verwandten /München, J. F. Lehmann/ geschrieben, mit der zurückhaltenden Schlußbandeutung: »Die nordische Rasse hat einen verwunderlich großen Anteil an den Höchstleistungen des menschlichen Geschlechts.«

Wenn man nun diesem nordischen Typus auf den Grund zu gehen versucht, so kommt man zu dem merkwürdigen Ergebnis, daß es ihn in der Wirklichkeit nicht gibt. Der Werkbund für Deutsche Volkstums- und Rassenforschung hat vor geraumer Zeit einen Wettbewerb nach dem besten nordischen Rassenkopf veranstaltet. Das Ergebnis dieses Wettbewerbs war die Einsendung von 793 männlichen und 506 weiblichen Photographieen, im wesentlichen von Studenten, adligen Offizieren, hohen Beamten und Lehrern, die anscheinend am Rassensport ganz besonders interessiert sind. Unter diesen Bildern entsprach nur 1 Mann dem nordischen Rassenideal. Unter den Frauen fand sich überhaupt kein Bild, das den 1. Preis verdient hätte. So ist es denn eine durchaus begründete Auffassung, wenn Franz Weidenreich in seinem Buch Rasse und Körperbau /Berlin, Julius Springer/ versucht nicht nach den überkommenen, auf der Basis von rassischen Vorurteilen konstruierten Typen eine Einteilung der Menschheit zu finden sondern Konstitutionstypen, die sich stark an die Kretschmerschen Formen anlehnen, zum Ausgangspunkt seiner Untersuchungen nimmt. Gerade diese sehr ernsthafte Arbeit beweist, wie wenig eindeutig alle Behauptungen über Rasse, Rassengrenzen und Rassenbedeutung sind. Daher kommt Wilhelm Schmidt von katholischer Seite aus in seiner Arbeit Rasse und Volk, eine Untersuchung zur Bestimmung ihrer Grenzen und zur Erfassung ihrer Beziehungen /München,

Josef Kösel & Friedrich Pustet/ zu der Feststellung: »Ich persönlich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, daß die "ostische Rasse", so wie sie Günther zuletzt herausgearbeitet hat, ein etwas schemenhaftes Gebilde ist.« Die Behauptungen über die Tragweite der Rassenseele lehnt Schmidt mit der aus seinem katholischen Glauben fließenden Begründung ab: »Der stärkste und tiefste Grund unserer Abweisung dieser Ansprüche ergab sich aus der für uns philosophisch wie theologisch sichern Tatsache, daß die Seele in ihrem innersten eigentlichen Sein nicht vererbt sondern ganz neu von Gott als eine wesentlich vom Körper verschiedene Substanz geschaffen wird, und daß ihre höchsten Fähigkeiten solche sind, in denen sie des Körpers nicht bedarf. Wir können also nicht von Erbllichkeit der Seele sprechen.« Auf diesem Gebiet grassiert eben ideologische Befangenheit: man sehe Veröffentlichungen wie die Lebensbornbücher (so Karl Klotz Die neue Rasse und Die 12 Sinne /Düsseldorf, Lebensbornverlag/), oder man lese gar das Buch F. G. Crookshanks Der Mongole in unserer Mitte /München, Dreimaskenverlag/.

Die "Blutprobe" spielt in den Phantasien aller Rassengläubigen eine große Rolle. So ist es eine beruhigende Feststellung, wenn wir bei einem ersten Forscher wie Walter Scheidt (Rassenunterschiede des Blutes, mit besonderer Berücksichtigung der Untersuchungsbeefunde an europäischen Bevölkerungen /Leipzig, Georg Thieme/) lesen, »daß die Blutgruppen als Rassenmerkmale sehr wohl in Frage kommen können, aber es zunächst nicht möglich ist bestimmte Bluteigenschaften bestimmten Rassen zuzuschreiben noch auch anzugeben, wie weit die Rassenunterscheidung durch die Mitberücksichtigung der Isohämagglutinationsmerkmale gefördert werden kann«. Was sich auf dem Weg exakter Messung über Rassengliederung heute feststellen läßt, hat Scheidt in dankenswerter Übersichtlichkeit in seiner Rassenforschung /Leipzig, Georg Thieme/ zusammengestellt. Man kann ihm nur zustimmen, wenn er am Schluß seines Einführungsbüchleins sagt: »Man muß sich gerade bei Bildern vor Täuschungen und Selbsttäuschungen hüten und muß sich, wie überall in der Rassenkunde, der methodischen Grenzen bewußt sein. Sonst wird das Bild hier in der selben Weise "Bluff" wie etwa das Plakat in der Reklame, und an die Stelle der belehrenden tritt eine gelegentlich verhängnisvoll agitatorische Wirkung.«

Fremde Kulturen Die maßlose Überschätzung des eigenen Lebenskreises in seiner geschichtlichen Bedeutung, wie sie für die Gruppe der soeben erwähnten Rassenfanatiker bezeichnend ist, beruht meistens auf einer sehr mangelhaften Kenntnis der großen außereuropäischen Kulturkräfte, von denen vor allem die chinesische in den letzten Jahrzehnten ihre Autonomie gegenüber der europäischen-amerikanischen Machtkultur zu behaupten versucht. Das Buch T'Ang Leang-Lis China in Aufruhr /Leipzig, C. Weller & Co./ und das hier bereits in der Rundschau Nationale Bewegung (in diesem Band Seite 429) angezeigte Buch Karl August Wittfogels Sunjatsen, Aufzeichnungen eines chinesischen Revolutionärs /Wien, Agisverlag/ ergänzen sich in glücklicher Weise, um uns einen Einblick in das große Werden eines neuen Ostens zu ermöglichen. Im Buch des Chinesen gewinnt man den Eindruck, daß die "weiße Gefahr" weit aus größer ist als die "gelbe Gefahr". Insbesondere wird das Wirken christlicher Missionare im Bereich einer von ihnen unverständenen Kultur scharf abgeurteilt. Das Buch Wittfogels bringt eine Übersetzung der wichtigsten Arbeiten Sunjatsens, so daß jedermann an den Quellen die Geschichte der Kuomintang verfolgen kann. Eine Einführung zum Verständnis des Lebens und der Kultur der Primitiven der Insel Yap bieten die lebensvollen Studien Ludwig Kohls Leben, Liebe, Träume in einem Südseeparadies /Stuttgart, Strecker & Schröder/. Nach Polynesien und Neuseeland führt das Reisetagebuch Tausend und eine Insel von Arnold Höllriegel /Berlin, S. Fischer/. Den lateinamerikanischen Kulturkreis berühren die Schilderungen Karl Sappers Mexico /Wien, L. W. Seidel & Sohn/, eine gründliche Darstellung der ökonomischen und geschichtlichen Verhältnisse des Landes. Dann die vom Konsul Wilhelm Mann gegebene sehr übersichtliche und kenntnisreiche Beschreibung von Volk und Kultur Lateinamerikas /Hamburg, Broschek & Co./, in der anthropogeographisch vor allem die im 2. Teil des Buches mitgeteilten Angaben über Indianer, Mestizen und Neger interessieren dürften. Schließlich die Neuausgabe der Reiseberichte Alexander von Humboldts in Südamerika /Leipzig, F. A. Brockhaus/. Aber auch innerhalb Europas trübt konventionelles Vorurteil den Blick auch nur über die nächste Grenze. Daher ist ein Buch wie Kurt Tucholskys Geschichte,

Volkstum und Landschaft der Pyrenäen /Berlin, Verlag Die Schmiede/ besonders aufschlußreich. Bücher von solch frischer Lebendigkeit haben wir sehr nötig. Trotz der in Deutschland meist als nicht voll angesehenen feuilletonistischen Fassung des Ganzen erfährt man viel Positives über die Ethnographie der spanisch-französischen Grenze (Baskengebiet und Andorra), was das Buch auch dem Fachgelehrten wertvoll machen wird.

Ausgrabungen Im Steinhauser Ried in Württemberg wurden Pfahlbauten freigelegt, ein Ein-

baum von 4,5 Meter Länge wurde geborgen. Die Funde gehören anscheinend in die spätere Bronzezeit.

Eine höchst eigenartige und bedeutungsvolle Ausgrabung wurde in der alten kanaanitischen Königsstadt Sepher in Südpalästina gemacht. Sie förderte eine der besterhaltenen altkanaanitischen israelitischen Niederlassungen mit komplizierten Toranlagen, Türmen, Bogenpfeilern zutage, aus der Zeit von 2000 bis 600 vor Christus.

Hochinteressante Funde wurden von dem Berliner Archäologen Ernst Herzfeld bei Bauarbeiten in einem Privathaus in Hamadan in Persien gemacht. Man fand dort eine Keilschrifttafel Darius' I, etwa aus dem Jahr 515, die die Grenzen des damaligen Perserreichs angibt. Auch sonst hat man eine Anzahl prähistorischer, den babylonischen ganz ähnlicher Funde in Persien, ungefähr aus 3200 vor Christus gemacht. Sie weisen enge Beziehungen der persischen zur ägyptischen und ostasiatischen Kultur der damaligen Zeit auf.

Die Verschüttung der Stadt *Herculaneum* war viel tiefer als die Pompejis. Viel später als dieses, eben erst im Beginn, kommen deshalb die großartigen Schätze von Herculaneum ans Licht des Tages. Jetzt baut sich über seinen Trümmern eine kleine Stadt, Resina, auf, die nach Mussolinis Wunsch den Ausgrabungen nicht zum Opfer fallen soll. Einzelne bedeutende Ausgrabungen sind bereits beendet; so ist ein Theater, eine ganze Bibliothek und anderes aufgedeckt. Man erhofft für die Zukunft noch bedeutende Schätze aus den Ausgrabungsarbeiten dort zu gewinnen.

Kurze Chronik Der Heidelberger Romanist Ernst Robert Curtius sprach an 2 Abenden in der Deutschen Hochschule für Politik in Berlin über die *französische Kulturidee* und die geistige Lage der Gegenwart. Er ent-

wickelte die Entstehung des französischen Kulturbewußtseins, das sich an den Universalitätsgedanken des Imperium Romanum anlehne und sich im 16. Jahrhundert klar herausgearbeitet habe. Die moderne französische Kulturidee gehe aus dem Glauben hervor, daß Frankreich die kulturelle Aufgabe Europas zu übernehmen habe; dieser Glaube kristallisierte sich in dem in der Revolution geschaffenen Begriff der civilisation. Diese französische "Zivilisation" zeichne sich von der deutschen "Kultur" vor allem dadurch aus, daß sie das ganze Volk umfasse, während die deutsche Kultur immer nur Sache einer kleinen Minderheit gewesen sei. Wirklich geistige Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich ermöglicht nach Curtius erst eine zu schaffende »Ideologieforschung«. ◊ Als Nachfolger Eduard Brückners übernimmt *Fritz Machatschek* aus Zürich das Ordinariat für Geographie an der Universität Wien. ◊ Nachfolger Arnt Kohlrausch' auf dem Lehrstuhl der Physiologie in Greifswald wird *Wilhelm Steinhausen* aus Frankfurt. ◊ Der Freiburger Professor *Hermann Ammann* geht als Ordinarius für Indogermanistik und Vergleichende Sprachwissenschaft nach Innsbruck.

Psychologie / Rudolf Arnhem

Charakterkunde Parallel mit den Bemühungen moderner Psychologen den Charakter des Menschen, die "Persönlichkeit", in ihr Forschungsgebiet einzubeziehen, geht das Bestreben der Biologen, Physiologen und Mediziner den menschlichen Körper als Ganzheit in seiner "Konstitution" zu erfassen. In jeder dieser Wissenschaften hat sich herausgestellt, daß man mit der Untersuchung isoliert herausgegriffener psychischer oder körperlicher Funktionen respektive mit der spezifizierten Behandlung kranker Teile auf die Dauer nicht auskommt. Für das weitere Vorwärtkommen ist es unumgänglich über das Funktionieren des Gesamtorganismus Genaueres zu erfahren. Über die wichtigsten Ergebnisse der jungen Konstitutions- und Charakterlehre informiert ausgezeichnet ein unter dem Titel Konstitution und Charakter von Max Hirsch in den Monographien zur Frauenkunde und Konstitutionsforschung / Leipzig, Curt Kabitzsch/ herausgegebener Kongreßbericht, in dem sich Vorträge von Hermann Hoffmann, Friedrich Kraus, Gottfried Ewald, Arthur Kronfeld, Emil Utitz usw. finden. Von ver-

schiedener Seite her ist das Problem angepackt worden; Philosophen, Mediziner, Experimentalpsychologen haben sich daran versucht. Philosophische Ansätze Persönlichkeitstypen, Individualitäten zu beschreiben finden wir bei Wilhelm Dilthey, Karl Jaspers, Hans Driesch, Max Scheler usw. Von experimentalpsychologischen Untersuchungen sind besonders die von *Walter Jaensch* und *E. R. Jaensch* über die sogenannte eidetische Veranlagung zu nennen. Es handelt sich bei der Eidetik um eine besonders unter Jugendlichen weitverbreitete Fähigkeit optische Anschauungsbilder mit großer Genauigkeit im Gedächtnis festzuhalten. Läßt man einen solchen Eidetiker eine Vorlage kurze Zeit betrachten und entzieht sie ihm dann, so sieht er auf einem leeren Hintergrund das Bild noch so genau, daß er daran Messungen und Zählungen vornehmen und etwa Einzelheiten, die er vorher noch nicht bemerkt hatte, nachträglich konstatieren kann. Es ließen sich nun 2 Typen von Menschen konstatieren: Bei den einen sind die Bilder starr, sehr nachdrücklich, fast quälend, bei den anderen beweglich und veränderlich. Es zeigte sich, daß diese beiden Menschentypen auch sonst in körperlicher, charakterlicher, physiognomischer Beziehung usw. von einander verschieden sind, das heißt, daß es sich hier offenbar um 2 elementare Konstitutionsarten handelt. Anschauungsbilder der 1. Art findet man bei Personen mit tetanoidem Typus (T-Typus). Es sind das Menschen, die eine Übererregbarkeit der Nerven, besonders der motorischen, zeigen; sie neigen zu Depressionen und Zwangsvorstellungen und fallen durch einen unfröhlichen, "kniffligen" Gesichtsausdruck auf. Ähnlichkeiten mit dem Krankheitsbild der latenten Tetanie, einer Erkrankung der Epithelkörperchen (Nebenschilddrüsen) gaben diesem Typus den Namen. Die mehr beweglichen Anschauungsbilder findet man bei dem basedowoiden oder B-Typus; dieser ist charakterisiert durch lebhaftere Hautreflexe, muntern Gesichtsausdruck, glänzende Augen und zeigt eine gewisse Verwandtschaft mit der Basedowschen Krankheit, die durch Überfunktion der Schilddrüse entsteht. Die Jaenschschen Typen sind nicht identisch mit den Schizothymen (Asthenikern) und Zyklotyphen (Pyknikern) Ernst Kretschmers, auf die in dieser Rundschau (1924 Seite 328 und folgende) bereits eingegangen worden ist. Nur nebenbei erwähnt sei, daß Versuche im Gang sind verschiedene Typen des menschlichen Bewegungshabitus,

auch der Sprachmotorik, experimentell herauszuarbeiten (Versuche von August Homburger, Alfred Grünbaum, Kurt Goldstein usw.).

Von der Erbbiologie her versucht *Hermann Hoffmann* an das Problem des Charakters heranzukommen (Das Problem des Charakteraufbaus /Berlin, Julius Springer/). Er sucht an der Vererbung festzustellen, welche »Kategorien« von Charaktereigenschaften relativ unabhängig von anderen auftreten, um so einen Überblick über die »Elemente« des Charakters zu bekommen. Vererben sich etwa auf ein Kind gewisse Eigenschaften des Vaters, andere wiederum nicht, so ist nach Hoffmanns Meinung die erbbiologische Unabhängigkeit dieser Eigenschaften von einander recht wahrscheinlich. Durch Vergleich ist dann festzustellen, ob sich auch in anderen Familien gerade diese Eigenschaften unabhängig von anderen vererben. Es deuten jedoch viele Anzeichen darauf hin, daß die Vererbungsvorgänge nicht so stückhaft zu denken sind. Hoffmann hat Fälle beobachtet, wo eine vererbte Eigenschaft in der Charakterstruktur des Kindes nun eine ganz andere Stellung einnimmt, wo sich, wie er sagt, »Verschiebungen« ergeben. Es wird also wohl so liegen, daß die verschiedenen Erbteile der Voreltern im Kind eine ganz neue Charaktereinheit hervorrufen, die nicht einfach als die Summe einzelner vererbter Eigenschaften anzusehen ist. Hoffmann ist übrigens der Meinung, daß »unharmonische« Charaktere auf ein Zusammentreffen schlecht auf einander abgestimmter Erbmassen zurückzuführen sind, daß also solche Disharmonieen schon der Anlage nach im Menschen bestehen, indem die verschiedenen Erbkräfte ihrer Qualität und Intensität nach sich zu keiner guten Einheit zusammenfügen.

Nach *Gottfried Ewald* (Temperament und Charakter /Berlin, Julius Springer/) darf sich die Charakterforschung nicht damit begnügen statistisch gewisse Übereinstimmungen körperlicher und psychischer Konstitution zu konstatieren, wie es bisher Kretschmer versucht hat, sie muß es vielmehr darauf anlegen die funktionalen Zusammenhänge aufzudecken, auf denen es beruht, daß gerade ganz bestimmte körperliche und psychische Strukturen in Korrelation mit einander stehen. Ewald zitiert einen Ausspruch Kretschmers, nach dem auch dieser diese Aufgabe durchaus sieht: »Auf allen diesen Gebieten [der Körperbautypen] sind noch große Forschungserträge zu erhoffen, zumal wenn wir späterhin von der geschaf-

fenen korrelationsstatistischen Basis aus immer mehr auf die inneren Gründe dieser psychophysischen Zusammenhänge auf endokrinem, blutchemischem und vegetativ nervösem Wege vordringen.« Um die körperlichen Grundlagen des Charakters behandeln zu können, trennt Ewald zunächst von dem eigentlichen Charakterbegriff die Intelligenz und das Temperament ab. Übrig bleiben die Gefühls-, Trieb- und Willensreaktionen des Menschen, denen körperlich die Reagibilität der nervösen und zentralnervösen Substanz entsprechen soll. Von welchen Faktoren hängt nun die Reagibilität des Nervensystems und damit der Charakter ab? Zunächst wissen wir von gewissen Gehirnkrankheiten her, daß Veränderungen im Gehirn auch Veränderungen des Charakters mit sich bringen können. Ewald denkt da an »mangelhaft werdende Hemmungsmechanismen, Ausschaltungen regulierender Systeme mit Freiwerden von phylogenetisch älteren, mehr instinkt- und reflexartig arbeitenden Hirnstammmechanismen«. Bekannt ist der Einfluß der innersekretorischen Drüsen, des sogenannten endokrinen Systems, auf die Charakterbildung, aber auch das Funktionieren der übrigen Organe, etwa der Leber, spielt hier eine Rolle. Ewald schließt mit der Bemerkung, daß die verschiedenen Wissenschaften, die Chemie, die Serologie, die Anatomie und Physiologie, die Pathologie und innere Medizin, die Psychiatrie und Psychologie zusammenwirken müßten, um zur Aufstellung von Charakterstrukturformeln zu kommen.

Ob die Aufstellung solcher Formeln überhaupt möglich ist, ob sich für den Charakter allgemeine Gesetzmäßigkeiten formulieren lassen, das ist noch umstritten. Besonders im Lager der Geisteswissenschaftler, etwa der Historiker, wird darauf hingewiesen, daß jeder Charakter ein Individuum und unter allgemeine Regeln nicht zu rubrizieren sei. Es ist dagegen prinzipiell zu sagen, daß die völlige Erfassung des individuellen Falls nirgends die Aufgabe oder auch nur das Bestreben des Forschers ist. Es ist erklärlich, daß, solange gültige Allgemeinbegriffe noch so sehr fehlen wie heute auf dem Gebiet der Charakterologie, man eher das Unterschiedliche als das Gemeinsame der empirischen Einzelfälle bemerkt. Dies darf jedoch nicht die Forderung zurückdrängen, daß sich hier wie allenthalben das Interesse des Forschers lediglich auf das Allgemeine, auf das in den Einzelfällen realisierte Gesetz zu richten habe.

Traum Durch die Forschungen Sigmund Freuds ist die Aufmerksamkeit der Psychologen von neuem auf das schwierige Gebiet der Träume gelenkt worden. Hier gilt es zunächst sicheres Material zu sammeln. In alten Überlieferungen, in Sagen und geschichtlichen Werken, in Briefen, Tagebüchern, autobiographischen Aufzeichnungen liegt schon eine große historische Ausbeute verborgen. Diese Quellen findet man aus den Originaltexten zusammengestellt in der bemerkenswerten Publikation Ignaz Jezowers *Das Buch der Träume* /Berlin, Ernst Rowohlt/, worin 777 Träume mitgeteilt werden. Ein gesicherteres Material erarbeitet sich natürlich der heutige Psychologe und Psychiater, wenn er mit allen kritischen Vorbehalten und Vorsichtsmaßregeln eigene oder fremde Träume aufzeichnet und analysiert. Es soll hier aber weniger von Träumen als von Traumtheorien die Rede sein. Einen historischen Überblick vermittelt Ludwig Binswangers Schrift *Wandlungen in der Auffassung und Deutung des Traums* von den Griechen bis zur Gegenwart /Berlin, Julius Springer/; soweit sie den Psychologen angeht, sei in dieser Rundschau das Wesentliche darüber berichtet.

Bei Völkern von niedriger Erkenntnisstufe erscheint der Traum typisch als eine Botschaft der Götter. Bei Homer erscheint auf Geheiß des Zeus der Traumgott dem Agamemnon in Gestalt des alten Nestor, um ihn zum Sturm auf Troja aufzufordern. Auch einen symbolischen Traum, der die Zukunft vorhersagt (wir würden ihn heute einen Wunschtraum nennen), finden wir bei Homer in Penelopes Traum von dem Adler, der unter die Gänse fährt; Odysseus, der die Freier besiegt. Traumbücher, aus denen man ganz schematisch die Bedeutung jedes einzelnen Trauminhalts entnehmen kann, gab es nach Plutarch schon im 5. Jahrhundert vor Christus. Darin ist, wie sich das bis auf den heutigen Tag erhalten hat, jedes Traumsymbol mit einem bestimmten Sinn verknüpft. Bei Artemidor /um 200 nach Christus/ wird das Geld durch Blut, Hausgenossen werden durch Zähne, Sklaven durch Flüsse symbolisiert, und diese Deutungen beruhen auf sehr äußerlichen Konventionen des Aberglaubens. Doch unterscheidet auch Artemidor schon bedeutungsvolle Träume, die von den Göttern stammen, von bedeutungslosen, die von den Tagesbeschäftigungen, von körperlichen Reizungen usw. herrühren; eine Scheidung übrigens, die, wie wir glauben, mit der ent-

sprechenden Übertragung der psychoanalytischen Traumdeutung nützlich sein könnte, die heute das Bestreben hat jeden Traum tiefenpsychologisch zu erklären. Die bedeutungsvollen Träume wiederum teilt Artemidor ein in solche, die das Ereignis genau so schildern wie es geschehen wird, und solche, die die Zukunft in einem Symbol darstellen, wobei das Symbol entweder in den erscheinenden Gegenständen oder auch bloß in der sprachlichen Bezeichnung für diese Gegenstände enthalten sein kann; so deutet etwa ein Satyrus in einem Traum Alexanders des Großen auf die Stadt Tyros. Neben der Überzeugung von der göttlichen Sendung der Träume haben wir bei den Griechen also auch schon rein psychologische Traumtheorien; so suchte auch Aristoteles den Grund für die Entstehung und das Wesen der Träume nicht ausschließlich bei höheren Mächten, sondern er erklärte sie aus der Natur des menschlichen Geistes, er wies auf Fälle hin, wo der Hungerige im Traum isst, oder wo äußere Reize wie Geräusche oder Wärme sich im Traum widerspiegeln. Im Mittelalter unterschied man noch unter dem Einfluß der Antike Träume, die von Gott, den Engeln und den Teufeln kommen, von »Leibreizträumen«. So berichtet etwa ein Arzt und Schüler des Thomas von Aquino, wie jemand 2mal hinter einander geträumt habe, er sei mit einem Stein aufs Ohr geschlagen worden und kurz darauf an einer Ohrenentzündung erkrankt sei. Man sieht, daß auch hier noch der für uns wichtigste Typus von Träumen nicht vertreten ist. Es handelt sich in beiden Fällen um Träume, die durch äußere Einflüsse zustandekommen, nicht aber um solche, die aus dem Seelenzustand des Träumers selbst zu erklären sind.

Mit dem Erwachen der naturwissenschaftlichen Psychologie im 19. Jahrhundert kommt es dann auch zu experimentellen Untersuchungen des Traums. Man sucht Sicheres darüber zu erfahren, in welcher Weise der Traum äußere Sinnesreize verarbeitet. Es ließen sich Fälle von folgender Art konstruieren: das Kitzeln der Nasenspitze mit einer Feder wird im Traum als Tortur erlebt, das Wetzen einer Schere als Sturm läuten, das Benetzen der Stirn als heftiges Schwitzen. Es ist klar, daß ein so entstehender Traum nicht völlig aus dem äußern Reiz abzuleiten ist; daß jemand beim Wetzen der Schere von dem Sturm läuten der Junitage des Jahres 1848 träumt, ist natürlich nur sehr äußerlich von dem gehörten Geräusch bedingt, und

so bleibt das eigentlich Interessante des Trauminhalts dadurch noch unerklärt. Die Forschung brachte dann allerlei Einzelresultate: daß Kinder vom 1. Lebensjahr an sicher träumen, daß die Häufigkeit der Träume mit zunehmendem Alter abnimmt, daß man um so weniger träumt, je besser man schläft, daß künstlerisch empfindende und psychopathische Menschen mehr träumen als phantasie-lose und geistig gesunde Menschen, daß die zeitliche Länge des Traums meist überschätzt wird, daß hinsichtlich der beteiligten Sinnesgebiete das Sehen überwiegt, während Hören nur in etwa 7% aller Fälle vorkommt, daß unangenehme Gemütszustände im Traum dominieren, am meisten der Angstzustand.

Die Traumforschung gipfelt schließlich in den Untersuchungen Sigmund Freuds, der den Traum als wichtiges Diagnostikum benutzt, weil in ihm sich das Wirken des Unbewußten, zwar nicht völlig unzensiert, doch sehr viel weniger gehemmt als im wachen, vom Verstand kontrollierten Seelenleben manifestiere.

Gemeinver-
ständliche
Schriften In der Sammlung Wissen und Forschen /Leipzig, Felix Meiner/ erschien von August Messer eine Einführung in die *Psychologie der Gegenwart*, die für die Nichtvorgebildeten gedacht ist.

Ein *Psychoanalytisches Volksbuch*, das sich die Aufgabe stellt in weiten Kreisen für das Verständnis der Freudschen Lehren zu werben, wurde von Paul Federn und Heinrich Meng herausgegeben /Stuttgart, Hippokratesverlag/. Das Buch enthält, neben mehr prinzipiellen Beiträgen über die psychoanalytische Heilmethode, den Aufbau des Ichs, die Triebe und die Stellung der Psychoanalyse zur übrigen Psychotherapie, einen hygienischen, einen psychiatrischen und einen kulturkundlichen Teil. Es scheint fraglich, ob eine Popularisierung der Psychoanalyse in ihrer heutigen Gestalt förderlich und überhaupt in einer Weise möglich ist, daß wirkliches Verständnis erwartet werden kann. Eine oberflächliche Orientierung erregt aber gerade auf diesem Gebiet besondere Bedenken.

Totenliste Am 2. August 1927 starb in Ithaca der Professor der Psychologie an der Cornell University *E. Bradford Titchener*, im Alter von 60 Jahren. Er war in England geboren, hatte in Oxford und Leipzig studiert und ging dann im Jahr 1895 nach Amerika. Er war Mitherausgeber des *American Journal of Psychology*, und zwar leitete er es zuerst in Ge-

meinschaft mit Stanley Hall, bis er im Jahr 1921 die Redaktion allein übernahm. Er schrieb eine große Reihe psychologischer Werke, unter anderen *An Outline of Psychology, A Primer of Psychology, Experimental Psychology, Elementary Psychology of Feeling and Attention, Experimental Psychology of the Thought-Process*.

Mitte Mai 1928 starb in Sierre der Genfer Psychologe *Lucien Cellérier*, im Alter von 69 Jahren. Er arbeitete hauptsächlich auf dem Gebiet der psychologischen Pädagogik. Sein Hauptwerk ist *Esquisse d'une science pédagogique* /1910/. Er beschäftigte sich auch mit der Psychoanalyse, über die er in der *Revue Philosophique* schrieb. Er begründete und leitete das Jahrbuch *L'Année Pédagogique* und gab mit Georges Bertier zusammen die Monatsschrift *L'Education* heraus, die in Paris erscheint.

Kurze Chronik In Baden-Baden fand vom 20. bis zum 22. April der 3. **Kongreß für Psychotherapie** statt, an dem hauptsächlich über Individualpsychologie, Charakterologie und über Beziehungen von Psychotechnik und Psychotherapie verhandelt wurde. Redner waren Ludwig Klages /Kilchberg/, Paul Häberlin /Basel/, Robert Sommer /Gießen/, Fritz Künkel /Berlin/, Fritz Giese /Stuttgart/ und andere. ◊

An der Berliner Universität erhielt *Max Wertheimer* einen Lehrauftrag für Denkpsychologie. ◊ Am 21. April wurde *Carl Stumpf* 80 Jahre alt. Stumpfs Lebensarbeit erstreckt sich auf die verschiedensten Gebiete. In seinem Hauptwerk *Tonpsychologie* /1883 bis 1890/ entwickelte er die von Helmholtz begründete Lehre von den Tonempfindungen weiter. Er rief neben dem Psychologischen Institut in Berlin auch das Phonogrammarchiv ins Leben, das unter der Leitung seines Schülers Erich M. von Hornbostel Tausende phonographischer Urkunden zur Musik der Naturvölker und überhaupt fremder Völker sammelte. Andere seiner Arbeiten behandeln den Ursprung der Raumvorstellung /1873/, die Einteilung der Wissenschaften /1907/. Eine berühmte Rede hielt Stumpf 1896 auf dem 3. Internationalen Psychologenkongreß in München über das Leib-Seele-Problem. Stumpf war Schüler Franz Brentanos und Hermann Lotzes. Er erhielt schon 1873, als er 25 Jahre alt war, eine Professur als Brentanos Nachfolger in Würzburg. Dann war er Professor in Prag, Halle, München, bis er 1894 nach Berlin kam.

Geschichte / Walther Koch

Deutsches Kaiserreich Erst der Zusammenbruch des Bismarckschen Kaiserreichs im Jahr 1918 hat uns den Blick für die innere Struktur des Reichs auch mit seinen Konstruktionsfehlern ganz erschlossen. Die Generation der Vorkriegszeit in der Geschichtsschreibung sah doch noch im wesentlichen in Bismarcks Reichsgründung den eigentlichen Sinn und Höhepunkt der deutschen Staatsentwicklung. Viele wissen auch heute noch nichts Besseres zu tun als über den Sturz der alten Herrlichkeit zu klagen und die Wiederaufrichtung des scheinbaren Glanzes des Kaiserreichs zu ersehnen. Andere wieder haben sich zwar auf den Boden der neuen Tatsachen gestellt, leben im Grund aber doch noch ganz in den Vorstellungen der Bismarckzeit. So hat die bislang beste Darstellung der Reichsgründung durch *Erich Brandenburg* (Die Reichsgründung /Leipzig, Quelle & Meyer/) in einer 2. Auflage zwar der neuen Entwicklung Rechnung getragen und, besonders zur Außenpolitik, neues Material benutzt. Aber der eigentliche Akzent blieb auf der Hervorhebung der Größe der Bismarckschen Leistung stehen. Das Hauptgut der Reichsgründung, die nationale Einheit, gelte es auch in den neuen staatlichen Verhältnissen vor dem völligen Zusammenbruch zu wahren. So ist die Betrachtung *Erich Brandenburgs* doch im wesentlichen, bei allem Verständnis für neue Lösungen, rückwärts gewandt. Was bei aller Achtung vor der politischen Leistung *Bismarcks* doch um der Zukunft des deutschen Volkes willen notwendig ist: eine wirkliche Abrechnung mit unserer Vergangenheit in einem kritischen Sinn, die uns den Blick auch für die Fehler schärfen soll, die gemacht wurden, fehlte bisher.

Mit einer gewissen Erwartung tritt man daher an die Politische Geschichte des Neuen Deutschen Kaiserreiches heran, die *Johannes Ziekursch*, der vor kurzem nach Bonn berufene Breslauer Historiker, zu schreiben sich angeschickt hat /Frankfurt, Frankfurter Verlagsdruckerei/. Der 1. Band, über die Reichsgründung, erschien 1925, der 2., über das Zeitalter *Bismarcks*, 1927; der 3. Band, über das Zeitalter *Wilhelms II*, soll erst das Fazit der ganzen Entwicklung bringen und zu den Gründen des Zusammenbruchs Stellung nehmen. Während *Brandenburg* seine Geschichte der Reichsgründung schon in der Vorkriegszeit verfaßt und in der 2. Auflage nur in einzelnen Punk-

ten auf die neuen Verhältnisse abgestellt hat, ist *Ziekursch*' Darstellung ein Kind der Nachkriegszeit, die von der Frage tief bewegt wird, wie es möglich war, daß ein scheinbar so festgefügtes Gebäude so plötzlich und gänzlich zusammenbrechen konnte. So ist es der eigentliche Vorzug dieses Werkes, das inhaltlich kaum viel Neues bietet, daß es die Erscheinungen und Vorgänge herausarbeitet, die uns heute besonders zu denken geben. Es ist eine wirklich politische Geschichte, die mit politischem Blick für unsere Gegenwart geschrieben ist. Hinter der glänzenden Außenseite sieht man das Problematische, das Fragwürdige, Unhaltbare des neuen deutschen Kaiserreichs, und damit wird der historisch-politischen Klärung der Gegenwart ein wesentlicher Dienst erwiesen. Solange wir noch von der angeblichen Vorzüglichkeit des alten Staats durchdrungen sind und in seinem Zerfall nur das Werk böswilliger Menschen sehen, ist uns eine richtige Stellungnahme zu dem Geschehen und damit zu den Aufgaben der Gegenwart völlig verschlossen. Erst wenn wir das Schicksalhafte auch unserer neuesten Geschichte seit 1918 zu begreifen, erst wenn wir die tieferen Gründe für den Zusammenbruch zu verstehen suchen, erst dann wird die Bahn für einen wirklich neuen Aufbau, wie wir ihn brauchen, frei. Gewiß, dieser Neuaufbau muß auch an die Geschichte anknüpfen, kann das aber fruchtbar nur tun, wenn die geschichtliche Vergangenheit daraufhin kritisch gesichtet ist, woran man jetzt anknüpfen kann. Einen wesentlichen Beitrag zu einer solchen Klärung leistet nun das Werk *Ziekursch*'. Freilich, es ist noch nicht die geschichtliche Darstellung, die wir uns vom Standpunkt einer vertieften ökonomischen Betrachtungsweise aus als Sozialisten wünschen müßten; dazu sind höchstens Ansätze vorhanden. Aber *Ziekursch* weist doch auf so manche Fragen hin, die bisher nicht genügend zur Geltung kamen, so daß es fruchtbar ist näher darauf einzugehen. Hinzu kommt, daß die Weltgeschichte *Hans Delbrücks*, die in dieser Rundschau des öftern eingehend gewürdigt wurde, bisher nur bis zum Jahr 1852 führt und uns gerade bei den Fragen unserer jüngsten Vergangenheit im Stich läßt. So soll an der Hand *Ziekursch*' die *Bismarcksche* Zeit in ihren Hauptproblemen beleuchtet werden. In einer knappen Einleitung wirft *Ziekursch* die Probleme auf, an deren Nichtbewältigung schließlich das neue deutsche Kaiserreich scheitern sollte. Während

der Geist der Aufklärung vor allem in seinen Geisteskindern Liberalismus und Sozialismus bis zur Gegenwart das Gesicht der Zeit vorwiegend bestimmt, ist das Deutsche Reich aus ganz anderen, viel älteren Wurzeln des alten Preußens entsprungen. Während Wirtschaft und Gesellschaft immer mehr unter dem Zeichen des Industrialismus und Kapitalismus standen, wurde das Staatsgefüge im wesentlichen von einer feudal-agrarischen Führerkaste bestimmt, die in Bismarck ihren stärksten, sie wiederum bei weitem überragenden Exponenten aus sich heraussetzte. Das alte Preußen und das neue Deutschland klafften im Bau des neuen Reichs auseinander, wie das vor allem auch immer wieder Friedrich Meinecke in seinen verschiedenen Werken herausgestellt hat. Während Wilhelm I selbst noch durchaus aus dem Holz der alten legitimistischen, absolutistischen preußischen Könige geschnitzt war, vom "Nationalitätenschwindel" und von einer modernen Verfassung wenig wissen wollte, kamen schon in seinem Sohn, in Friedrich III, der von seiner englischen Gemahlin wesentlich bestimmt war, modernere liberale Elemente selbst in diese Hohenzollernsche Monarchie. Die Entwicklung ging nun, geführt von Bismarcks starker Hand, einen an sich unmöglichen Kompromiß zwischen preußischem Absolutismus und westeuropäischem Parlamentarismus ein. Man hat ja öfter behauptet, Deutschland habe die historische Aufgabe in der Form der konstitutionellen Monarchie einen spezifisch deutschen Staatsgedanken neben angelsächsischem Parlamentarismus und russischem Absolutismus auszubilden. Heute sehen wir in dieser, der vordringenden bürgerlichen Demokratie von Bismarck nur mit eiserner Faust abgerungenen Verfassungsform eine Übergangserscheinung vom Absolutismus zum Parlamentarismus, den die Revolution von 1848 nicht dauernd zu erringen vermochte, der daher erst im Herbst 1918, kurz vor dem staatlichen Zusammenbruch, zur Wirklichkeit wurde, nunmehr noch belastet mit der sozialen und außenpolitischen Krise. In der "neuen Ara", die auf die Reaktionszeit der fünfziger Jahre unter der Regentschaft des Prinzen Wilhelm, des spätern Kaisers Wilhelm I, folgte, begannen im Zug der liberalen Welle, die damals durch ganz Europa ging, Tendenzen zur parlamentarischen Regierung, die dann zum Verfassungskonflikt führten, den Bismarck als seinen ersten, der preußischen Monarchie geleisteten Dienst im Kampf mit

der liberalen Mehrheit des preußischen Landtags siegreich für die Krone durchfocht. So rettete Bismarck das erlahmende Königtum in jenem historischen Babelsberger Gespräch mit Wilhelm I, der bereits zum Nachgeben gegenüber der Volksvertretung geneigt war, vor dem Übergang in eine parlamentarische Regierungsform. Ziekursch sieht hinter diesem Ringen von Krone und Parlament den Klassenkampf zwischen dem Adel, der mit der Krone eng verbunden und durch Bismarck repräsentiert war, und dem aufstrebenden kapitalistischen Bürgertum. Leider sind von ihm daraus keine weiteren soziologischen Perspektiven erschlossen worden. So bleibt die Betrachtung doch meist zu sehr in rein politischer Geschichtsanschauung stecken. Eine an Marxscher Geschichtserkenntnis (man denke an den 18. Brumaire) geschulte Geschichtsforschung könnte sicher, noch mehr als dies Ziekursch tut, hinter den politischen Parteien die in ihnen zur Geltung kommenden sozialen Kräfte aufzeigen. Im großen und ganzen bleibt Ziekursch in einer formaldemokratischen Betrachtungsweise stecken. Seine Sympathie gilt offenbar dem freihändlerischen Freisinn, dessen Parteientwicklung in ihrer Verflechtung mit der staatlichen Gesamtentwicklung in dem Werk mit enthalten ist. Andererseits treten auch die Ursprünge der Sozialdemokratie und des Zentrums in der Darstellung hervor. Vor allem sind das eine Zeitlang von Bismarck angestrebte Bündnis mit dem Proletariat gegen das liberale Bürgertum und die damit in Verbindung stehenden Unterhandlungen mit Lassalle eingehend erörtert. Die Fortschrittspartei versagte in ihrer rein manchesterlichen Haltung der sozialen Frage gegenüber völlig. Wir kommen heute mehr und mehr dazu in dem Kampf zwischen dem Bismarckschen Staatssozialismus und dem wirtschaftlichen Liberalismus das Positivere in Bismarcks sozialpolitischen Tendenzen zu sehen, die natürlich in ihrer Begründung wie in ihrer Begrenztheit von wirklichem Sozialismus weit entfernt waren. Für die ganze weitere politische Entwicklung war das von Bismarck zunächst hauptsächlich als Gegenschlag gegen den österreichischen Absolutismus dem Norddeutschen Bund und dann dem neuen Deutschen Reich verliehene allgemeine Wahlrecht maßgebend. Bismarck beschwor damit die Mächte der Zukunft herauf, denen der preußische Kastenstaat mit seinem Dreiklassenwahlrecht und seinen feudalen Traditionen in Heer

und Verwaltung auf die Dauer nicht widerstehen konnte. Sieger in dem Ringen zwischen Krone und Parlament blieb damals nach den überwältigenden Siegen Bismarckscher Politik im Jahr 1866 allerdings nicht der Liberalismus, sondern die auch im neuen Deutschen Reich führende preußische Monarchie. Der Liberalismus konnte sich an der Staatsmacht nur so weit beteiligen, als er in der Nationalliberalen Partei auf die Linie der Bismarckschen Machtpolitik einschwenkte. Das alte Preußen war keineswegs in Deutschland aufgegangen, wie es noch die alten Achtundvierziger gefordert hatten; vielmehr wollte Bismarck die Mittel- und Kleinstaaten so weit wie möglich in Preußen aufgehen lassen. Trotzdem, das neue Kaiserreich war aus den verschiedensten Elementen zusammengesetzt, die Ziekursch nicht uneben mit verschiedenen Baustilen vergleicht: »Dem alten Deutschen Bund war der eine Teil entlehnt, der Reichsverfassung von 1849 ein 2., der preußischen ein 3., den Zeiten des Absolutismus in Preußen ein 4. und ein 5. dem Napoléonischen Regiment . . . Die so verschieden gearteten Teile hatte der Baumeister für seine besonderen Zwecke umgebaut; über das Ganze erhob sich beherrschend und die Teile zur Einheit zusammenfassend der Zentralbau, halb preußische Kaserne halb Zäsarenpalast.«

Gegen dieses auf preußischem Grund errichtete neue Reichsgebäude war von vornherein eine starke großdeutsche, preußenfeindliche, antimilitaristische, demokratisch-klerikale Opposition besonders in Süddeutschland lebendig. Der Partikularismus erstarkte und erhielt besonders auch Nahrung aus der Gegnerschaft des süddeutschen Katholizismus gegen das norddeutsch-protestantische Kaisertum. In diesem Zusammenhang geht Ziekursch auch auf die von Liebknecht und Bebel in Verbindung mit den Arbeiterbildungsvereinen gegründete Demokratische Volkspartei Sachsens ein, die zunächst auch ein Teil jener großen antipreußischen, demokratischen Bewegung der sechziger Jahre war. Erst 1869 kam es dann zu einer Loslösung der mehr und mehr zum Sozialismus hinneigenden sächsischen und süddeutschen Arbeiterbildungsvereine von der Volkspartei und zur Begründung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei. Es ist anzuerkennen, daß Ziekursch auch der Entwicklung der Arbeiterbewegung im Rahmen der politischen Geschichte gerecht zu werden versucht. In dieser stärkern Berücksichtigung der innen-

politischen Entwicklung ist überhaupt der besondere Vorzug seiner Darstellung zu sehen, während er in der auswärtigen Politik kaum wesentlich Neues gegenüber den bereits vorhandenen Werken bietet. Daher ist auch hier nur auf diese innerpolitischen Momente eingegangen worden. Ziekursch schließt seine Darstellung mit folgenden zusammenfassenden Worten, die zugleich die kritische Stellungnahme zu der sonst oft so einseitig nur bewunderten Bismarckschen Schöpfung des Reichs von 1871 ausdrücken: »Das Einigungswerk Bismarcks war vollendet, mit zahllosen Lorbeerkränzen der Bau geschmückt, aber er war nicht nach den Wünschen der Mehrheit des deutschen Volkes oder wenigstens der führenden politischen Schichten aufgeführt worden, sondern die im alten Preußen herrschenden Mächte, der Adel, das Offizierskorps und das Beamtentum, hatten im Bund mit der Dynastie zunächst in Preußen ihre Stellung behauptet und dann ihre Hand auf Kleindeutschland gelegt. Im Innern bestanden daher arge Spannungen, und von außen drohte die Mißgunst der Deutschland umringenden Völker. Trotz aller dieser Hindernisse führte Bismarck dieses Deutschland auf die Höhe eines bisher unbekanntes Ruhmes und einer nie gesehenen Macht, aber als er von seinem Amt zurücktreten mußte, hinterließ er eine Staatsmaschine, die niemand mehr zu leiten und lenken vermochte.«

Während in dem 1. Band Ziekursch die Verflechtung von äußerer und innerer Politik darstellt, teilt er den 2. Band, der Das Zeitalter Bismarcks genannt ist und die Zeit von 1871 bis 1890 umfaßt, in 2 Teile, in denen er gesondert die deutsche Außenpolitik und die innere Entwicklung Deutschlands behandelt. In den Kapiteln über die deutsche Außenpolitik steckt zugleich viel europäische Staatengeschichte. Wertvoll ist zum Beispiel die Schilderung der Entwicklung Frankreichs nach 1871. Während in der neuen Französischen Republik zunächst die Monarchisten, teils Anhänger der Bourbons teils der Orléans, weitaus überwiegen, und die Republikaner nur etwa ein Drittel der Wähler ausmachen, siegen 1877 die Republikaner. Anlässlich der Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten, in der sich das Übergewicht der monarchistischen Strömungen zeigte, hat man mit Recht oft eine Parallele zu dem damaligen, der Form nach republikanischen Frankreich gezogen, in dem der General Mac Mahon als Statthalter für die Kronpräsidenten fungierte. In

der weitem französischen politischen Entwicklung wechseln demokratische und Revancheströmungen mit einander ab. In England kommt erst jetzt der Imperialismus mit der Regierung Disraelis zu seiner vollen Entfaltung, was sich hauptsächlich im Kauf der Suezkanalaktien dokumentiert. Das Hauptschwergewicht der deutschen Außenpolitik wie überhaupt der politischen Ereignisse Europas lag damals im Osten. Der russische Panlawismus drängt immer mehr nach Konstantinopel und zum Zusammenstoß mit der Türkei. Auf dem Balkan gerät er dadurch in Konflikt mit der neuen Tendenz Österreich-Ungarns, das sich nunmehr unter dem ungarischen Politiker Andrassy von dem deutschen Bruderzwist zur aktiven Balkanpolitik hinwendet. In dieser Konkurrenz Rußlands und Österreich-Ungarns auf dem Balkan lag die große Kriegsgefahr. Bismarcks Politik war es bekanntlich diese beiden Ostmächte im Zaum zu halten und gegen einander auszuspielen. Das Dreikaiserbündnis von 1873 stellte in gewissem Sinn eine Wiederkehr der Heiligen Allianz dar und richtete seine Spitze gegen die vom Westen herkommenden demokratisch-republikanisch-sozialistischen revolutionären Ideen, wie sie in dem französischen Communeaufstand zum Ausbruch gekommen waren. Ziekursch schildert nun, wie es selbst Bismarck immer schwerer wurde diese gleichzeitige Verbindung sowohl mit Österreich-Ungarn wie mit Rußland aufrechtzuerhalten, und wie schon seit dem Berliner Kongreß, dem eigentlichen Höhepunkt der Bismarckschen Diplomatie, die Spannung gegenüber Rußland unaufhaltsam zunahm, die dann unter Bismarcks unzulänglicheren Nachfolgern zum franko-russischen Bündnis geführt hat. So ist hier von Ziekursch das Schicksal der europäischen Bündnispolitik dargestellt, das schließlich in der Katastrophe des Weltkriegs endete. Freilich, die hinter diesen Mächtegruppierungen stehenden kapitalistischen Interessen sähe man gern noch eingehender beleuchtet.

Den wertvolleren Teil des Werkes bildet aber auch in dem 2. Band die Darstellung der innern Entwicklung Deutschlands, die mit seltener Schärfe und Weitsicht zusammenfassend behandelt ist. Nach der ersten liberalen Periode, die sich im Kulturkampf gegen die Klerikalen wendet, bedeutet hier der Übergang zum Schutzzoll und zur Sozialpolitik im Jahr 1878 den entscheidenden Wendepunkt. Der Kulturkampf war ein Schlag ins Wasser. Um eine tragfähige

Koalition für seine neue Wirtschaftspolitik zusammenzubekommen, mußte Bismarck die meisten Gesetze des Kulturkampfes wieder aufheben. Wirtschaftliche Notwendigkeiten hatten schließlich auch hier den Sieg über ideologische Prinzipien davongetragen. Ein interessantes Kapitel ist dem Ringen um die preußische Verwaltungsreform gewidmet, das in der Kreisordnung von 1872 und in der Provinzialordnung von 1875 seinen Niederschlag fand. Das von den Liberalen erhoffte Resultat einer langsamen Demokratisierung Preußens blieb aus; im Gegenteil, die feudale Herrschicht erlangte nur noch mehr Einfluß in der staatlichen Selbstverwaltung. Erst die Umwälzung von 1918 hat hier die Bahn für eine wirkliche Demokratisierung der Verwaltung freigemacht. Eine Frage, bei der ganz deutlich auch bei Ziekursch die ökonomische Entwicklung als Triebkraft der politischen Staatsentwicklung erkannt wird, ist die der Herstellung der Einheit von Maß, Münze, Gewicht, Post, überhaupt des Verkehrs, und der Justiz. Sie war eine notwendige Forderung der sich immer stärker entwickelnden nationalen kapitalistischen Produktion, die zu ihrer vollen Entfaltung eine Vereinheitlichung des Marktgebiets dringend brauchte. In der ersten Zeit der Entwicklung des Kapitalismus in Deutschland waren Landwirtschaft wie Industrie freihändlerisch eingestellt. Sie verlangten keine Förderung durch den Staat sondern zunächst einmal Aufhebung aller vom Staat gesetzten Schranken des Wirtschaftslebens. In der Gewerbeordnung von 1869 erreichte diese liberale Tendenz der deutschen Volkswirtschaft ihren Höhepunkt. In der Gründerzeit mit ihren furchtbaren sozialen Mißständen, die von den noch schlimmeren Zuständen der darauf folgenden Krisenjahre abgelöst wurden, trieb diese unumschränkt manchesterliche Auffassung ihre tollsten Blüten. Dagegen setzte dann der Rückschlag in der Hinwendung Bismarcks zu der neuen sozialen und schutzzöllnerischen Wirtschaftspolitik ein. Ziekursch schildert eingehend, wie Bismarck immer aufs neue um die Verstaatlichung des Eisenbahnwesens ringt, wie er schließlich aber keine Reichsbahn sondern nur die preußische Bahnverwaltung durchsetzen kann. Die andere schwierige Aufgabe war die Frage der Finanzreform, die von den Liberalen mit der Forderung verantwortlicher Reichsminister, also der Parlamentarisierung, verbunden wurde. Das Tabakmonopol war es vor allem, um das der Kampf mit den Nationalliberalen

ging. Da kamen Bismarck im geeigneten Moment die Attentate zu Hilfe, die ihm die gewünschte Handhabe zur gewaltsamen Unterdrückung der Sozialdemokratie gaben. Im Grund richtete sich damals aber die Verhängung des Sozialistengesetzes gegen die Nationalliberalen, die er sich dadurch gefügig machen wollte. So ging die liberale Ära zu Ende, die der sozialen Frage nicht gerecht werden konnte. Die Nationalliberalen brachen in der Frage, ob Schutzzoll oder Freihandel, auseinander. Bismarck hoffte allen Ernstes nun durch das brutal gehandhabte Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokratie die sozialistische Bewegung unterdrücken zu können. Ziekursch weist vortrefflich den grundlegenden Fehler dieser Gewaltpolitik nach. Ebenso wenig gelang es Bismarck durch seine patriarchalische Sozialgesetzgebung positiv die soziale Frage so weit zu lösen, daß er dadurch die Arbeiterbewegung erstickt hätte. Im Gegenteil, in der Verfolgung erstarkte die junge Bewegung erst recht. So führte Bismarcks an sich nicht unrichtiger Antiliberalismus statt nach vorwärts nach rückwärts. Welche Ansätze zu einer gesunden Wirtschaftspolitik bei Bismarck vorhanden waren, geht aus dem von Ziekursch besprochenen Plan Bismarcks hervor neben das politische Parlament einen Volkswirtschaftsrat zur Erledigung der wirtschaftlichen Aufgaben zu setzen, der unserm Reichswirtschaftsrat entsprochen hätte und vielleicht zu einer wirklichen Kammer der Arbeit hätte ausgestaltet werden können. Dagegen wehrte sich Bismarck vor seinem Sturz mit Händen und Füßen gegen eine wirkliche Arbeiterschutzgesetzgebung. Andererseits waren die gutgemeinten Reformabsichten des jungen Kaisers viel zu dilettantisch, sprunghaft und lückenhaft, um irgendeine grundsätzliche Wandlung herbeiführen zu können. Ganz und gar isolierte sich Bismarck in dem Bestreben seines Alters das allgemeine Wahlrecht im Reichstag wieder abzuschaffen und es dabei sogar auf blutige Unterdrückung aller zu erwartenden Unruhen ankommen zu lassen. Die Zeit ging über Bismarck hinweg. So tragisch von der menschlichen Seite sein Sturz durch den jungen Kaiser auch ist, so klar ist es doch heute, wie er im Grund nicht an einer Persönlichkeit sondern an der sachlichen Unmöglichkeit seiner Gewaltpolitik gegenüber der demokratischen und sozialistischen Bewegung gescheitert ist. 1890 ging die Sozialdemokratische Partei als die stärkste Partei Deutschlands aus den

Wahlen hervor. Bismarcks Sturz führte aber nicht zu einer grundsätzlichen Änderung der Politik sondern setzte den Hohenzollernabsolutismus wieder an die Stelle des Kanzlerabsolutismus. So wird man mit Spannung den 3. Band des Werkes von Ziekursch erwarten können, der das wilhelminische Zeitalter und so die Vorgeschichte des Zusammenbruchs des Kaiserreichs behandeln soll.

Gleichzeitig mit Ziekursch' Darstellung des Zeitalters Bismarcks erschien *Paul Wieglers* Geschichte des Lebens und der Zeit Wilhelms I, dem Bismarck zeit lebens wie ein karolingischer Hausmeier zur Seite stand (Wilhelm I, sein Leben und seine Zeit /Dresden, Avalunverlag/). Das weit über 600 Seiten starke Buch stellt keine eigentliche historische Biographie Wilhelms I dar, wie seinerzeit Erich Marks' zuerst 1897 veröffentlichte gute Biographie Wilhelms I, sondern das Leben Wilhelms I rollt vor uns wie ein Filmstreifen ab. Die durchgängig im Präsens gehaltene Schilderung ist aus kleinstem Mosaik einzelner Augenblicksbilder und -äußerungen aufgebaut, journalistisch mit Schlagworten als Überschriften für jede Seite versehen.

Nur wenige Seiten in einem Beitrag *Karl Buchheims* Fr. W. Foersters Bedeutung für die politische Erziehung in Deutschland, in dem von Alfred Dedo Müller herausgegebenen, sehr verdienstvollen Sammelwerk Fr. W. Foerster und die wirkliche Welt /Zürich, Rotapfelverlag/ sind dem Problem der Bismarckschen Politik gewidmet. Aber diese wenigen Seiten üben eine so treffende und notwendige Kritik an dem Verhalten des Liberalismus zu Bismarck, daß es wichtig ist auf diesen Beitrag auch in dieser Rundschau ausdrücklich hinzuweisen. Hier wird nämlich mit Recht die wirklichkeitsfremde politische Ideologie des Liberalismus von einem sehr guten Kenner der liberalen Parteigeschichte als Krebschaden aufgedeckt. Der Liberalismus glaubte tatsächlich damals mit einigen kümmerlichen politischen Institutionen das neue Deutsche Reich liberalisieren zu können und verkannte dabei völlig, daß sich im Untergrund der konstitutionellen Verfassung die selbe soziale Wirklichkeit befand, die weit mehr als Verfassungsbestimmungen das Gesicht des Reichs bestimmte. Hier findet Buchheim erfreulicherweise auch scharfe Worte der Verurteilung gegenüber dem Hochmut, mit dem sich »die bürgerliche Geschichtswissenschaft geweiigert hatte etwas von Karl Marx zu lernen«. In der Verkenning der sozialökonomischen Basis der

politischen Formen, die Buchheim am Liberalismus zu Bismarcks Zeit bemängelt, liegt aber heute noch die entscheidende Schwäche des formaldemokratischen Liberalismus. In den Sozialistischen Monatsheften ist immer wieder darauf hingewiesen worden, wie notwendig es ist durch den täuschenden Schleier politischer Ideologien und Institutionen auf den Kern des sozialen und ökonomischen Gehalts hindurchzudringen. Wir freuen uns, daß gerade auch von einem vom Liberalismus selbst herkommenden Historiker, wie es Buchheim ist, diese Erkenntnis ebenfalls vertreten wird. Mit Recht betont er, daß Bismarck nicht von den nationalen Ideen sondern von den politisch-sozialen Realitäten des preußischen Staates ausging, und daß es eine schwere Verkennung der Bismarckschen Reichsgründung seitens des damaligen Liberalismus war, wenn er annahm, daß Bismarck aus seinem Geist heraus Politik machen würde. In dieser Selbsttäuschung des Liberalismus sieht Buchheim seinen entscheidenden Abfall von seinem Ursprung. Für die Gegenwart erkennt Buchheim, daß nicht mehr der Nationalstaatsgedanke des 19. Jahrhunderts, sondern die Einigung Europas die Forderung des Tages ist. So enthält das Buch über Foerster, das eine Reihe wertvoller Beiträge zum politisch-pädagogischen Lebenswerk Friedrich Wilhelm Foerstlers enthält, auch für den historisch interessierten Leser wichtige Aufschlüsse.

Kurze Chronik Ein Enkel Theodor Mommsens, *Wilhelm Mommsen*, wurde Professor der mittlern und neuern Geschichte an der Universität Göttingen, nachdem er bereits im letzten Wintersemester einen Lehrauftrag für französische Geschichte erhalten hatte. Er ist ein Schüler Meineckes. Neuerdings arbeitet er an einer auf unbekanntem Material fußenden Biographie Miquels, von der ein Band bereits erschienen ist. ◊ An der Universität Greifswald wurde *Fritz Curschmann* Ordinarius für Geschichte und historische Hilfswissenschaften.

Literatur Die von Friedrich Meinecke herausgegebene *Historische Zeitschrift* (München, R. Oldenbourg) wird von ihrem 138. Band ab inhaltlich erweitert. Dadurch, daß Albert Brackmann als Mitherausgeber fungiert, sollen die, insbesondere auf die politische und die Geistesgeschichte gerichteten Studien des Mittelalters gefördert und mehr berücksichtigt werden.

Religionswissenschaft / Theodor Stegfried

Wirklichkeit und Religion Der Neuköllner Pfarrer *Paul Piechowski* unternahm es, mit Hilfe eines Fragebogens, die religiöse Gedankenwelt der Arbeiterklasse aufzuhellen (Proletarischer Glaube: Die religiöse Gedankenwelt der organisierten deutschen Arbeiterschaft nach sozialistischen und kommunistischen Selbstzeugnissen / Berlin, Furcheverlag/). Der Fragebogen enthielt klar formulierte Fragen, die sich lobenswerterweise auf die religiöse Gedankenwelt beschränkten, auf das also, was tatsächlich aussagbar und ohne Verletzung der religiösen Scheu mitteilbar ist. Wenn auch das allgemeine Ergebnis der absoluten "Verworrenheit", vor allem die fast durchgängige Ablehnung der Kirche an sich nichts Überraschendes bietet, so ist doch diese ausgedehnte Materialsammlung nicht nur von unentzerrbarer Eindringlichkeit sondern hat das besondere Verdienst im einzelnen die typischen Meinungen und Stellungnahmen darzubieten, und zwar in einer Verarbeitung, die die Anerkennung verdient, daß der Stoff übersichtlich und klar gestaltet ist und doch in keiner Weise dem Urteil des Lesers vorgegriffen wird. Der 1. Teil behandelt die allgemeinen Typen proletarischer Stellungnahme zu Kirche und Religion, der 2. Kirche und Religion im Spiegel proletarischer Selbstzeugnisse, der 3. den »proletarischen Glauben«. Die Stimmen, die eine Verbindung von Religion und Sozialismus ablehnen, machen nur zirka 11 % der Eingänge aus. Gefordert wird von diesen Selbsterlösung. In den anderen Fällen wird neben der Durchdringung von Christentum und Sozialismus zumeist der Sozialismus selbst als Religion proklamiert. Oder es heißt: »Wahres Christentum ist Kommunismus.« Der Verfasser betont stark die vollkommene Loslösung von den christlichen Symbolen und legt Gewicht auf die zahlreichen Versuche der sozialistischen Bewegung in eigenen Feiern und Ausdrucksformen eine Weihe zu suchen. Gut ist es dem Verfasser gelungen die Fülle der sich darbietenden Abschattungen vom reinen religionslosen Freidenkertum über die religiösen Kräfte im Freidenkertum bis zu den christlichen Sozialisten hervortreten zu lassen. Der Verfasser hat wesentlich den Tatbestand selber sprechen lassen wollen. Das Material, das er gesammelt und gesichtet hat, wird insbesondere auch dem Pädagogen sehr willkommen sein.

Die Krisis des Realismus und ihre Überwindung als Lebensproblem stellt *Alfred Dedo Müller* unter den richtunggebenden Obertitel Religion und Alltag /Berlin, Furcheverlag/. Der Verfasser geht in der Arbeit an ganz konkrete Probleme heran: Mode, Alkoholfrage, erotisches Problem, um mit der Politik als theologischem Problem zu schließen. Dieser Versuch der Konkretisierung ist schon als Versuch besonderer Schätzung wert. Müller sieht, was zumeist gerade von theologischer Seite nicht gesehen wird, daß das Leben eigenmächtig sein eigenes Ethos in sich trägt und in dieser massiven Eigenmächtigkeit trotz einer sekundären religiösen Deutung verharret. Er steht stark unter den Impulsen der neuesten theologischen Bewegungen. Aber er durchbricht den Bannkreis der sogenannten dialektischen Theologie, indem er in der Erschütterung durch das Gericht selbst den immer neuen Ursprung einer »neuen Dynamik« entdeckt. Das Buch ist frei von der Gefahr voreilige Lösungen anzubieten. Es fordert vor allem die Lage selber in ihrer ganzen Schwere zu sehen, und es bemüht sich das Auge zu erschließen, indem es allenthalben auf die religiöse Grundproblematik, die lebendige religiöse Erschütterung der »in sich ruhenden Endlichkeit« (Tillich) zurückgeht und von hier aus den Sinn der »bedingten« Lösungen zu erschließen sucht.

Idee und Plan einer »Weltorganisation« entwickelt *Jakob Fromer* (Die messianische Weltordnung /Potsdam, Edmund Stein/). Derartige Utopieen sind wohl von gutem Willen getragen, haben für die Sache selbst aber keinen besondern Wert.

Lebensauffassung 2 Schriften, die ganz aus dem Rahmen traditioneller wie oppositioneller Behandlungsweise fallen und ein seltsam eigenwilliges Gepräge tragen, sind von dem Verlag Ernst Reinhardt in München neu herausgebracht worden. Verfasser ist der ehemalige Baseler Missionar *Ludwig Reinhardt*. Die Titel lauten: Die einheitliche Lebensauffassung als Grundlage für die soziale Neugeburt und Kennt die Bibel das Jenseits?. Die Schriften richten sich gegen den Einbruch der platonisch-hellenischen Metaphysik in die jüdisch-urchristliche Tradition. Gegen den "Idealismus" wird ein Realismus aufgeboten, der gleichermaßen die Unterscheidung von Diesseits und Jenseits wie die von Idee und Erscheinung zurückweist. Damit ist die Aktualität des Verfassers zur Genüge gekennzeichnet.

Er selber versucht eine sehr eigentümliche Verbindung von Biblizismus und "moderner" Wissenschaft und entwickelt eine Geschichtsphilosophie, die als Endzustand der Geschichte ein Reich Gottes auf Erden, als letztes Telos aber einen neuen Himmel und eine neue Erde erwartet. Wichtig ist dabei die Ablehnung utopischer Konstruktionen. Die Hoffnung auf Überwindung der "Sünde" wird gegen aufklärerischen Optimismus mit Dringlichkeit abgegrenzt.

Unter dem Titel *Das geht zu weit* /München, Paul Stangl/ empört sich, nicht ohne starkes Ressentiment, *Adam Abel* gegen die Unredlichkeit der kirchlichen Verkündigung. Dabei sind die ernsthaften Gedanken in dem Wust der schreierischen Proteste vergraben, und es läuft die eigene Meinung auf eine monistisch-aufklärerische Umdeutung religiöser Grundbegriffe hinaus, die ärger ist als was je an Umdeutung von theologischer Seite versucht worden ist.

Bereits im Jahr 1925 erschien eine knappe Broschüre des Frankfurter Pfarrers und Professors *Erich Förster*, die unter dem Zeichen des Reichsschulgesetzes erneutes und erhöhtes Interesse beanspruchen kann. Ihr Titel lautet *Kirche und Schule in der Weimarer Verfassung* /Gotha, Leopold Klotz/. Der Verfasser erörtert umsichtig die Auslegungsmöglichkeiten der strittigen Artikel der Verfassung und greift zur weitern Klärung auf die Weimarer Verhandlungen und die Modifikationen der Formulierung in den verschiedenen Lesungen zurück. Die Schrift ist willkommen, um die jetzt fast schon vergessene besondere Situation, aus der heraus es seinerzeit zu den Rahmenbestimmungen der Weimarer Verfassung kam, ins Gedächtnis zu rufen. Sie ist ein Leitfaden sine ira et studio. Erst am Schluß läßt der Verfasser sein eigenes Ideal hervortreten: »die Konstituierung selbständiger, auch von der politischen Gemeinde geschiedener Schulgemeinden«. Leider wird die Frage nicht erörtert, wie bei solchem Ideal dem Interesse aller, nicht durch schulpflichtige Kinder äußerlich, aber am Schulwesen doch innerlich beteiligten Staatsbürger zu genügen sei.

Enzyklopädie Der 1. Band der Enzyklopädie *Die Religion in Geschichte und Gegenwart* /Tübingen, J. C. B. Mohr/ ist abgeschlossen, die Lieferungen des 2. nehmen schnellen Fortgang. Das Werk verdient die besondere Anerkennung, die es in dieser seiner neuen Gestalt bereits ge-

funden hat. Es ist in dieser Rundschau (1927 II Seite 681) schon darauf hingewiesen worden, daß die sozialökonomischen Gebiete und die Religionsgeschichte besonders berücksichtigt worden sind. Den ausführlichen Artikeln über die ägyptische und die chinesische Religion sind dankenswerterweise politische und ethnologische Hinweise von Fachleuten vorangestellt.

Den eingehenden Artikeln über Entstehung, Entwicklung und Gegenwartslage des Christentums folgt ein wichtiger systematischer Artikel des Herrnhuter Theologen Theophil Steinmann über das Wesen des Christentums. Der Verfasser betont die Berechtigung der Fragestellung gegenüber den grundsätzlichen Bedenken, daß, wo es um die reale Beziehung des Menschen zu Gott gehe, menschlich-geschichtliche Kategorien von vornherein abwegig seien. »Das vere homo gilt nicht nur vom Erlöser; es geht von den ersten Anfängen der Offenbarungsgeschichte Gottes mit der Menschheit durch das Ganze hindurch. Und darum eben haben wir seine Offenbarung durchweg in Menschenerfassung und menschlicher Auswirkung, das heißt aber eben als Religion.« Dem Versuch einer "neutralen" empirischen Wesensbestimmung stellt der Verfasser den intuitiven Verständnisansatz entgegen. Er ist durch Kontrolle an den historischen Gegebenheiten zu berichtigen.

Die Christologie des Urchristentums behandelt der Heidelberger Neutestamentler Martin Dibelius. In ebenso gedrängter wie klarer Form entwickelt er die Zentralprobleme der gegenwärtigen Forschung sowie seine eigene begründete Anschauung; es ist besonders zu rühmen, daß die Kennzeichnung der Problematik gerade dadurch nicht verwischt sondern vertieft wird. Die Entstehung der Christologie sei an den Osterglauben gebunden gewesen. Eine wichtige Veränderung bestand »in der teilweisen Verschiebung des Schwergewichts von der Zukunft in die Gegenwart«. Die Christologie des Paulus, die die bereits gegebenen Ansätze fortsetzt, versteht Dibelius als eine »Theodizee des Christusschicksals«. Dibelius spricht von einer »mystischen Tönung« der Paulinischen Frömmigkeit. Er betont die Paulinische Anschauung von der mystischen Einung mit Christus. Aber Paulus der hellenistischen Mystik einzugliedern verbiete einmal das Bewußtsein der Ferne von Gott und Mensch und ferner die eschatologische Grundkonzeption der Heilsgeschichte, die ein mystisches Ruhen nicht kenne.

Dogmatisch behandelt der Hallenser Theologe Georg Wehrung die Christologie. Es »kann die Relativität der Quelle mit ihren Zufälligkeiten von der Überrelativität der von ihr gemeinten Gestalt Zeugnis ablegen«. Daß die gemeinte Überrelativität die Überrelativität des Gemeinten sichert, daß das als Überrelation Gemeinte auch überrelativ gewesen sei, ist nicht als selbstverständlich vorzusetzen. Ist einmal der Begriff der Relativität der Quelle ins Blickfeld getreten, so darf die Tiefe dieser Problematik nicht überdeckt werden.

Über den vielumstrittenen Begriff des Erlebnisses handelt religionsgeschichtlich der Groninger Religionshistoriker G. van der Leeuw, dogmatisch W. de Boor. Ausgezeichnet sind die knappen Andeutungen van der Leeuws über das Verstehen. Es handelt sich nicht um Auslöschung des eigenen Ichs sondern um einen »Idealsinn, in dem wir und der erlebende Mensch uns über die Jahrhunderte hinweg verstehen können«. Unzureichend sind die dogmatischen Andeutungen de Boors, die auf Problemstellungen Herrmanns fußen. Der Artikel ist in der Problembetrachtung bequem, in der Fragestellung ungeklärt, in der angeblichen Lösung dunkel.

Was gerade die umstrittensten Problemkreise betrifft, so wird man urteilen dürfen, daß die Verfasser, die in scharfer Präzision die Probleme aufgestellt und eigene Lösungen angedeutet haben, auch für die Problemsicht einen bessern Dienst leisteten als die auf Stellungnahme und darum auch auf Problemklärung von vornherein Verzichtenden. Zu wünschen wäre es, daß auch die katholische Dogmatik des 19. Jahrhunderts in ihren Wendungen und Problemstellungen berücksichtigt würde.

Im ganzen ist diese Enzyklopädie eine Musterleistung an Gründlichkeit und Gediegenheit. Sie gibt durch die Berücksichtigung der verschiedenen theologischen Richtungen in stoffverwandten Artikeln ein gutes Bild der theologischen Lage und dient jetzt mehr noch als in der 1. Auflage auch dem Nichtfachmann.

Mereschkowski Dimitrij Mereschkowskij
Roman Der Messias (deutsch von Johannes von Guenther /Leipzig, Grethlein & Co./) behandelt stofflich die monotheistische Reform, die Amenophis IV in Ägypten unternahm. Amenophis, der damit beginnt seine Anrufung als Sohn des neuen Gottes zuzulassen, scheitert und erkennt, daß er der Vorläufer des Kommenden war. Die

farbenprächtige Glut der Schilderung zeichnet auch dieses Buch Mereschkowskij's aus. Das Gewoge von Massenszenen wechselt mit Gesprächen im Dunkel der Tempel und Grabkammern. Unter den zahlreicheren Einzelgestalten ist mit besonderer Kraft der Charakteristik die Gestalt des Issaschar gezeichnet, der als Mischling nirgends eine äußere noch innere Heimat findet.

Die Mysterien Ägyptens hatten den Dichter schon in seinem Werk *Die Geheimnisse des Ostens* /Berlin, Weltverlag/ beschäftigt. Wenn aus dem Ertrag seiner Arbeit nun ein Roman gewachsen ist, so teilt er mit jener Arbeit die religiöse Absicht. Ein Nachwort, das der Verfasser beigegeben hat, sagt: »Das Christentum ist die verborgene Wahrheit des Heidentums.« Die ganze Geschichte ist »ein Mysterium, ein Taufgeheimnis, daran alle Jahrhunderte aller Völker teilnehmen. Viele Völker gibt es, viele "Sprachen", viele Mythen, aber nur ein Mysterium: das Mysterium des leidenden Gottes.« Diesem Mysterium ging der Verfasser nach. Er suchte nach der Apokalypse der Ewigkeit, während die »Apokalypse unserer Tage«, das bolschewistische Gewaltregime, sich vor seinen Augen abspielte.

Die rätselhafte Tiefe der russischen Seele trägt die ägyptischen Gestalten, die der Dichter uns zeichnet. Die Botschaft vom Tragen der Leiden und vom Nichtwiderstehen dem Bösen wird immer wieder ihre Interpreten finden. Sie hat in Mereschkowskij einen gefunden, dem es gelungen ist die äußere und innere Niederlage als Mysterium zu deuten, das höher ist als äußere und innere Siege.

Kurze Chronik Der Ordinarius für Altes Testament in Greifswald *Johannes Hempel*, Herausgeber der Zeitschrift für Alttestamentliche Wissenschaft, folgte einem Ruf nach Göttingen, als Nachfolger Alfred Bertholts, der den Lehrstuhl Hugo Greßmanns in Berlin einnimmt. ◊ Der Ordinarius für Neues Testament in Königsberg *Erich Klostermann* wurde Nachfolger Paul Feines in Halle. ◊ Der Privatdozent für Vergleichende Religionsgeschichte an der Technischen Hochschule in Braunschweig, *Gustav Mensching*, wurde als Professor an die Universität Riga berufen. Die Leser der Sozialistischen Monatshefte kennen Mensching aus seinen Beiträgen zur Serie über das religiöse Problem: Denken und Andacht (1921 II Seite 953 und folgende) und Das religiöse Urteil (1922 I Seite 520 und folgende).

Rechtswissenschaft / Karl Steinhoff

**Gesetzgebungs-
verringering** Es ist unbestritten, daß die deutsche Gesetzgebung, sowohl des Reichs wie der Länder, an einer Überproduktion leidet. Diese Erscheinung ist keineswegs, wie heute mancher glauben machen möchte, eine Krankheit der Nachkriegszeit. Sie war schon vor dem Krieg da und hat im Krieg geradezu grassiert. Sie ist auch keine ausschließlich deutsche Angelegenheit sondern hat europäischen Charakter. Immerhin ist es kein Zufall, daß Deutschland in dem Wettlauf der Gesetzgebung voran ist. Es ist eine typisch deutsche Eigenschaft alles bis aufs letzte zu regeln. Und wehe, wenn irgendwelche Lebens- oder Wirtschaftsverhältnisse noch ungerregelt irgendwo entdeckt werden; sogleich müssen sie, wie es so bezeichnend heißt, der gesetzlichen Regelung zugeführt werden. Der Gedanke ein Gebiet seines gesellschaftlichen Gemeinschaftslebens ungerregelt zu wissen ist für jeden normalen Deutschen unerträglich. Er wird erst wieder ruhig, wenn er sein Gesetz hat und seinen Paragraphen. Die Überproduktion ist es aber nicht allein, sondern auch die Kompliziertheit der Gesetze. Bei uns wird die Gesetzgebung philosophisch betrieben, es wird aus Prinzipien und Begriffen deduziert, bis ein minutiöses Werk entsteht, in dessen Maschinerie sich außer dem Spezialisten kaum einer zu rechtfindet; anstatt sich praktisch ans Werk zu setzen und das Reale einfach auszusprechen, ohne scholastische Komplikation. Nur die Einfachheit der Gesetze verbürgt auch ihre Klarheit. Man denke an die klaren römischen Gesetze, klar wie die römische Sonne, und die verschwommenen komplizierten deutschen Rechtsinstitute auf fast allen Gebieten des privaten und öffentlichen Rechts. Besonders die deutsche Juristenwelt hat geradezu eine teuflische Lust am Austüfteln von Streitfragen, Spitzfindigkeiten und am Hinein- und Herunterlegen. Und damit neben den beiden Übeln der übermäßigen und komplizierten Gesetzgebung das dritte nicht fehle, werden die Gesetze mit größter Schnelligkeit entworfen, beraten und beschlossen. Nicht nur das Maß der Gesamtproduktion sondern auch das Tempo der Einzelproduktionen muß verlangsamt werden, wenn nicht schwere Schädigungen eintreten sollen. Es ist heute keine Seltenheit, daß Gesetze kurz nach ihrem Erlaß abgeändert oder ergänzt werden müssen, weil dieses oder

jenes vergessen, übersehen oder in seinen Auswirkungen nicht hinreichend geprüft worden war. Die Wirkung solcher Gesetzgebung liegt auf der Hand: Gesetzesüberdruß, Gesetzesfremdheit, Gesetzesmißachtung. Es sind mancherlei Vorschläge gemacht worden, um diesen sich nachgerade zu einem Unheil auswachsenden Zustand zu beseitigen oder zu mildern. So will Franz Schlegelberger vom Reichsjustizministerium die Ministerien nachmittags schließen und gleichzeitig (für die Reichsgesetzgebung) das Reichsjustizministerium sozusagen zum Gesetzsparministerium ausbauen: 2 Maßnahmen, die, abgesehen von grundsätzlichen Bedenken gegen die 2., eine Vervielfachung des Referentenstabs bedeuten müßten. Das Radikalmittel, auf das keiner verfallen ist, liegt aber gerade auf der entgegengesetzten Seite: in der Einziehung der Hälfte der Referentenstellen bei den Zentralbehörden. Aber leider wird dies ein frommer Wunsch bleiben, und es wäre schließlich auch wohl nur ein äußerliches Mittel. Das innere Heilmittel ist die durch Erziehung und Tradition nach und nach zu festigende innere Freiheit des Staatsbürgers gegenüber dem Staat und die dadurch bedingte Verringerung seiner Ansprüche an sein Eingreifen sowie die Entwicklung sozialer Allgemeinesinnung, die manche gesetzliche Regelung der Gesellschaftsverhältnisse entbehrlich machte.

Ehescheidung Das deutsche Recht der Ehescheidung ist veraltet.

Diese Anschauung ist im Volksbewußtsein nahezu Allgemeingut. Sie hat ihren Niederschlag in einer Reihe von Anträgen gefunden, die zur Reform des Scheidungsrechts im letzten Reichstag von verschiedenen Parteien gestellt sind. Wie aus dem Parallelogramm der Kräfte das neue Ehescheidungsrecht als Kompromißlösung der ungleichen Reformvorschläge hervorgehen wird, bleibt abzuwarten. Die Stellungnahme zu dem Problem wird bekanntlich nicht nur durch logische sondern auch durch imponderable weltanschauliche Gründe bestimmt. Es wird daher bei der Lösung ohne heftige Kämpfe nicht abgehen. Bei dieser Sachlage darf es Interesse beanspruchen, wie in anderen Kulturländern diese Rechtsverhältnisse geregelt sind. Am rückständigsten sind die Scheidungsgesetze in den katholischen Ländern Spanien, Italien, Irland und Argentinien. Dort kennt man gemäß der katholischen Auffassung vom Sakrament

der Ehe keine Scheidung sondern unter bestimmten Voraussetzungen nur die Trennung von Tisch und Bett. Das selbe gilt in Deutsch Österreich und Polen von den katholischen Ehen. Auch das englische Recht ist in diesem Punkt konservativ, was schon daraus erhellt, daß die Bestimmungen, abgesehen von einer kleinen Novelle von 1923, aus dem Jahr 1857 stammen. Ehescheidungsgründe sind nur Ehebruch, Doppellehe und Homosexualität. Etwas weiter ist die Trennung von Tisch und Bett ausgestaltet. Die bis zur Novelle vom 18. Juli 1923 geltende Vorzugsstellung des Mannes bei Ehebruch, der als Scheidungsgrund nur galt, wenn er mit besonderen Härten gegen die Ehefrau, insbesondere durch Begehung im eigenen Haus, verbunden war, ist seitdem fortgefallen. Im übrigen ist Ehebruch nach englischem Recht nur relativer Scheidungsgrund, dessen Anerkennung dem Ermessen des Richters überlassen ist. Bestrebungen diese Relativität auch in Deutschland einzuführen sind abzulehnen, da jede auf Grund eines Ehebruchs angestregte Scheidungsklage für sich schon den Beweis bildet, daß die Ehe zerrüttet ist. Ähnlich den englischen, aber viel weitergehend, sind die Scheidungsgründe des Rechts der Vereinigten Staaten von Amerika, von denen im übrigen jeder der 47 Staaten sein eigenes Gesetz hat. Bemerkenswert ist hier, daß auch Alkoholismus und Morphinismus das Scheidungsbegehren rechtfertigen. Das französische Ehescheidungsrecht ist gleich dem deutschen auf dem Verschuldungsprinzip aufgebaut. Das selbe gilt für die griechischkatholischen Länder, mit Ausnahme von Rumänien, wo die Scheidung auch auf Grund gegenseitigen Einverständnisses unter Billigung der Eltern oder Verwandten aufsteigender Linie zulässig ist. Die Tschechoslowakei, Schweden und die Schweiz haben in vorbildlicher Weise ihr Scheidungsrecht nach dem Zerrüttungsprinzip geregelt. Die genannten Länder lassen bei dauernder Entzweiung die Scheidung auch ohne Verschulden zu. In Schweden hat 1jährige Trennung von Tisch und Bett voranzugehen; auch darf der klagende Ehegatte die Zerrüttung nicht selbst durch sein Verhalten herbeigeführt haben. In Rußland kann die Ehe im beiderseitigen Einverständnis und unter bestimmten Voraussetzungen auch einseitig aufgehoben werden; es genügt zur Auflösung des Eheverhältnisses eine Anzeige an das Standesamt unter Übersendung des Ehezeugnisses.

Es wäre zu begrüßen, wenn der neue Reichstag die unwürdigen Fesseln einer Zwangsaufrechterhaltung der Ehe alsbald lockern und durch ein auf dem Zerrüttungsprinzip beruhendes modernes Scheidungsrecht die Institution der Ehe auf Freiheit gründen würde.

Gemeinverständliche Schriften Die Schriftenreihe *Recht und Staat* in Geschichte und Gegenwart /Tübingen,

J. C. B. Mohr/ hat 3 weitere Hefte herausgebracht, die das Niveau der bisherigen durchaus erreichen: Der Mensch im Recht von Gustav Radbruch, Verbrechen aus Überzeugung von Erik Wolf und Reichsverfassung und Versailler Vertrag von Heinrich Pohl. 2 Hefte der Staatsbürgerbibliothek /München-Gladbach, Volksvereinsverlag/: Leitfaden durch das Aufwertungsrecht von Hans Riß und Gerichtsverfassung, Zivil- und Strafprozeß in Deutschland von Alex Grünewald, behandeln in gut orientierender Darstellung ihre Themata.

Grundfragen des *Arbeitsrechts* betitelt sich eine von Gertrud Hermes herausgegebene Zusammenstellung von 5 sehr instruktiven Vorträgen bedeutender Arbeitsrechtler (Hugo Sinzheimer, Georg Flatow, Heinz Potthoff, Clemens Nörpel, Lutz Richter) /Berlin, Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes/. Die Gemeinverständlichkeit macht sie auch dem juristisch weniger geschulten Gewerkschafter überaus verwendbar.

Die Zusammenhänge zwischen *Alkohol und Verbrechen* schildert Johannes Kankleit volkstümlich in einer gleichnamigen Broschüre /Hamburg, Neulandverlag/. Sie erfordert aber, was bei Schriften zu diesem Thema meist der Fall ist, eine kritische, mindestens eine nicht ganz kritiklose Lektüre.

Der Advokat in der Karikatur, herausgegeben von Cornelis Veth, mit einer Einleitung von Max Alsberg, bringt eine Reihe vorzüglicher Bilder, die die Auffassung vom *Anwaltsstand* in den verschiedenen Ländern und Jahrhunderten widerspiegeln /Berlin, Otto Stollberg/. Das Buch hat kulturhistorischen Wert.

Totenliste Einen schweren Verlust erlitt das Hanseatische Oberlandesgericht durch das

Hinscheiden seines Präsidenten *Max Mittelstein* am 25. September 1927. Dieser hat sich nicht nur als Praktiker sondern auch durch seine Arbeiten über Miets-, See- und Binnenschifffahrtsrecht einen Namen gemacht.

Am 2. Oktober starb in Tübingen der Professor *Wilhelm von Blume*, im Alter von 60 Jahren. Sein Hauptfach war das Zivilrecht. Nach der Staatsumwälzung trat er als demokratischer Abgeordneter in den Landtag Württembergs ein, und er war an der Schaffung der neuen württembergischen Verfassung in erster Linie beteiligt.

Anfang Oktober starb auch, 66 Jahre alt, der Bonner Professor *Ernst Landsberg*, bekannt durch seine Fortführung und Vollendung der Geschichte der deutschen Rechtswissenschaft, die im Auftrag der Münchener Historischen Kommission von Roderich von Stintzing begonnen worden war.

Die deutsche Strafrechtswissenschaft beklagt den Verlust eines ihrer bedeutendsten Köpfe, *Karl von Lilienthals*, der Anfang November, im Alter von 74 Jahren, in Heidelberg starb. Mit Franz von Liszt zusammen war er der Hauptvorkämpfer für die Ideen moderner Strafrechtsreform. Die Deutsche Landesgruppe der Internationalen Kriminalistischen Vereinigung verlor durch seinen Tod ihren Ehrenvorsitzenden.

Anfang November starb auch, im Alter von 72 Jahren, der frühere Landgerichtsdirektor *Paul Felix Aschrott*, der als Schriftsteller auf kriminalistischem Gebiet bekannt ist. Der modernen Richtung des Strafrechts angehörend, gab er mit Liszt zusammen 1910 ein Werk über den Vorentwurf zu einem Strafgesetzbuch heraus, in dem er selbst den Abschnitt über Strafen, sichernde Maßnahmen und Schadenersatz schrieb. 1925 ließ er ein gleiches Sammelwerk über die Reform des Strafrechts erscheinen, und zwar mit Eduard Kohlrausch zusammen. Er arbeitete auch lebhaft in der Internationalen Kriminalistischen Vereinigung mit, in deren deutscher Landesgruppe er im Vorstand war.

Am 5. Januar 1928 starb zu Berlin der berühmte Strafrechtslehrer *Philipp Zorn*, 78 Jahre alt. Seine Hauptwerke waren das Staatsrecht des Deutschen Reiches /1895-1897/ und das Staatsrecht der Preussischen Monarchie /1899/. Auf den Haager Friedenskonferenzen der Vorkriegszeit ist er, wie wohl noch allgemein bekannt, besonders hervorgetreten.

Kurze Chronik Die Reichsrundfunkgesellschaft und die Deutsche Studiengesellschaft für Funkrecht veranstalteten ein *Preisanschreiben* über das folgende Thema: »In welchem Umfange und in welcher Weise soll die Reichsgesetzgebung die preß-

rechtlichen Vorschriften zum Schutze der geistigen Freiheit der Presse und zur Abwehr ihres Mißbrauchs auf den Rundfunk ausdehnen?» \diamond Die *Akademie für Internationales Recht* im Haag hält dieses Jahr ihre Sommerkurse vom 2. Juli bis zum 28. August ab. Die Beteiligung der vorjährigen Kurse mit mehr als 400 Zuhörern aus 44 Staaten war ausgezeichnet. Das diesjährige Programm weist interessante Vorträge aus dem Gebiet des internationalen Privat- und Öffentlichen Rechts auf. Von Deutschen behandelt unter anderen Hans Wehberg die Frage der Kriegsächtung. Der Pariser Professor Lapradelle behandelt das Problem der Souveränität. Anmeldungen sind an das Sekretariat im Friedenspalast im Haag zu richten. \diamond Eine höchst erfreuliche Resolution hat die Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer auf ihrer Märztagung in München gefaßt, wonach es für unerläßlich gehalten wird, daß an jeder deutschen Universität mindestens 2 ordentliche Professuren für *Öffentliches Recht* bestehen. Nicht nur die in Westeuropa und Amerika längst erkannte Wichtigkeit des Öffentlichen Rechts verlangt die baldige Durchführung dieser Resolution; sie ist auch deshalb geboten, um bei dieser Gelegenheit lang vernachlässigte republikanische Notwendigkeiten nachzuholen. \diamond Die äußerst wichtige Regelung der Beziehungen zwischen *Justiz und Presse* ist neuerdings durch einen Erlaß des preußischen Justizministeriums erfolgt. Der Erlaß behandelt in seinem 1. Teil die Information der Justizverwaltung über die sie berührenden Presseveröffentlichungen und weiterhin die Information der Presse über Angelegenheiten der Justiz. In jedem Oberlandesgerichtsbezirk wird zu diesem Zweck eine Pressestelle bei der pressemäßig wichtigsten Gerichtsbehörde eingerichtet. Die Pressestelle wird bei den Land- und Amtsgerichten von besonderen Pressedezernenten versehen. \diamond Der Ministerialdirektor im Auswärtigen Amt *Oswald Schneider* geht als Ordinarius für Staatswissenschaften nach Königsberg. \diamond Der ordentliche Professor des Öffentlichen Rechts an der Universität Heidelberg, *Richard Thoma*, folgt einem Ruf an die Universität Bonn. \diamond Der Freiburger Strafrechtslehrer *Johannes Nagler* geht an die Universität Breslau. \diamond Der Privatdozent der Rechtswissenschaften an der Universität Königsberg *Hans Oppikofer* erhielt eine ordentliche Professur an der Handelshochschule Mannheim.

KUNST

Bühnenkunst / Gerhart Scherler

Jessner Der Intendant der Staatlichen Schauspiele in Berlin, Leopold Jessner, konnte jüngst seinen 50. Geburtstag begehen. Es sind jetzt fast 10 Jahre vergangen, seitdem Jessner mit so außerordentlichem Geschick die erste Bühne des Reichs leitet. Sein Verdienst ist um so höher zu werten, als es ihm allein zu verdanken ist, daß die ehemals königlichen Schauspiele, die weder künstlerisch noch kulturell bedeutungsvoll waren, zu dieser führenden und das ganze deutsche Theaterleben bestimmenden Stellung gelangen konnten. Jessners Inszenierungen von Richard III, Napoleon, Wallenstein, Florian Geyer sind Stationen der gesamten neuen Theaterentwicklung. Die Kräfte seiner Schule: Schauspieler, Regisseure, Bühnenleiter, stellen heute die Avantgarde des modernen Theaters in der Provinz dar. Jessner ging seinen Weg in der schwierigsten Situation, in der das Theater war; daß es auf diesem Weg nicht nur Höhepunkte gab, fällt gegenüber der Gesamtleistung nicht ins Gewicht. Man muß es sogar Jessner zum Vorzug anrechnen, daß er immer umkämpft wurde und wird. »Er hat«, sagt Arnold Zweig in seinem neuen Buch, »die Möglichkeit und alle Fähigkeiten, er wird sicher weiter Lust haben die Bühne, die er zur bedeutsamsten Berlins machte, bis zur Rampe mit Gestalten zu füllen, die den Menschen das Wort ins Herz jagt, auf das sie warten, und das sie von den Ängsten des Unverstehens der Zeit erlöst, in der sie leben: das Wort des Dichters.«

Berlin: Staats- Die letzten Inszenierungen
theater Jürgen Fehlings, die Anlaß gaben von einer "Krise" im Berliner Staatstheater zu sprechen, als Gesamtleistung unbefriedigend, brachten im einzelnen einige recht eindrucksvolle Ergebnisse. Den *Kaufmann von Venedig* hatte man zwar in Berlin während der letzten Jahre reichlich oft gesehen. Daß die Aufführung aber Fritz Kortner die Ausdeutung des Scheilock ermöglichte, ließ sogar ihre unnatürliche Sauberkeit und ihre erzwungene Lebendigkeit in der Regieführung vergessen. Kortner stellte den Scheilock in den ihm gebührenden Mittelpunkt des Stücks und vertiefte diese Gestalt über jede Rassensucht, über den unwahrscheinlichen Rechtsstreit hinaus zum Ausdruck eines Kampfs kosmischer Gewalten, de-

nen gegenüber jedes bloß menschlich moralisierende "Urteil" in seiner Kleinlichkeit von selbst zu Boden fällt. Dieses Neue, das Kortner brachte, ließ alles, was sonst noch an Schauspielern in dieser Aufführung zu sehen war, einschließlich der Porzia der Elisabeth Bergner, zur Staffage werden.

Die Art, wie Fehling danach Kleists *Robert Guiskard* und Büchners *Wozzek* inszenierte, war auf eine billige Publikumswirkung gestellt. Das Kleistfragment ist für die Bühne doch zu unfertig, als daß sich daraus etwas Greifbares, Spielbares schaffen ließe. Durch Walter Francks *Guiskard* konnten wir erschauernd etwas vielleicht von dem tragischen Geschick des kranken Normannenfürsten erahnen. Im *Wozzek* ließ Fehling durch seine krampfhaft nüchterne, jede "Stimmung" gewaltsam unterdrückende Inszenierung dem Publikum den Vorgang auf der Bühne so unerträglich werden, daß die Dichtung geradezu "durchfiel". Franck, der auch den *Wozzek* spielte, war nicht so sehr der dumpfe, sozial leidende Proletarier als ein gequälter, unfruchtbarer, fanatischer Intellektueller, gab aber eine einheitliche Leistung. Die Marie der Lucie Mannheim konnte sehr nah berühren; die Künstlerin ist eine der stärksten Stützen des Staatstheaters. In der durch allerlei dumme äußere Umstände verunglückten *Penthesilea*-Aufführung gefiel sehr Lothar Müthel als Achilles, hinterließ auch als tapfer einspringender Regisseur keinen ungünstigen Eindruck. Wir werden hoffentlich bald unter günstigeren Bedingungen eine Regie von ihm sehen. Maria Kopperhöfer konnte aber die *Penthesilea* nicht bewältigen; man glaubte ihr allenfalls die Raserei, von der Liebe zu Achill war nichts zu spüren. Man hätte dieser vortrefflichen Künstlerin niemals die Rolle geben dürfen.

Mit Shakespeares *Ende gut, alles gut* ging im Schillertheater ein richtiges Volksstück über die Szene. Den aufgeblasenen, blamierten Edelmann, der lieber als Narr leben als wegen der Ehre sterben will, gab Aribert Waescher, der von Rolle zu Rolle als eine Kraft hohen Ranges an dieser Bühne hervortritt. Die Regie Wolfgang Hoffmann-Harnisch' bemühte sich ein flottes Tempo in die Aufführung zu bringen.

Die erste Tat, mit der Leopold Jessner nach zu langer Pause endlich wieder auf dem Plan erschien, war eine Inszenierung der *Weber*. Dieses revolutionäre Drama Gerhart Hauptmanns, das bei seiner Uraufführung in der Matinee

der Freien Bühne selbst das mondäne Berliner Premierenpublikum von 1893 gegen sich selbst revolutionierte, wurde diesmal unbegreiflicherweise in einer akademisch trockenen Inszenierung gegeben, die offenbar ängstliche Gemüter beruhigen wollte. Sollte das republikanische Deutschland weniger vertragen können als das kaiserliche?

Ein erheblich besserer Schlag Jessners war dann Fritz von Unruhs *Louis Ferdinand*. Dieses Stück berührt uns heute weniger durch seine besondere Auffassung des preußischen Zusammenbruchs von 1806 als durch die dichterische Kraft, die in den letzten Szenen lebendig ist. Mit Rudolf Forster als Ferdinand ist der Erfolg unbedingt gesichert, wenn gleich Forster für diesen romantischen Prinzen fast zu viel Format hat; er könnte der Napoléon sein. Aribert Waescher machte aus dem Intriganten Wiesel einen Menschen. Günther Handak gab mit seinem König Friedrich Wilhelm III eine ganz große Leistung. Begehrenswert und luderhaft Lucie Mannheim als Pauline Wiesel. Eine Unmöglichkeit die "echten" Filmdekorationen Robert Neppachs.

Gesinnungstheater

Die wichtigste Arbeit beim Theater wird heute durch die großen Publikumsorganisationen, wie Volksbühne, Bühnenvolksbund, Großdeutsche Theatergemeinschaft, denen auch die Piscatorbühne in Berlin zuzurechnen ist, geleistet. Denn allein die Tatsache der Gemeinschaft ist wesentlich für den Bestand des Theaters, das eine Gemeinschaftsangelegenheit ist. Die Leistung dieser Organisationen hat ihren Schwerpunkt nicht im Künstlerischen, das oft recht primitiv ist, sondern in der Bindung von Gruppen durch Gesinnung. Alles, was das Blut ergreift, ist heute richtig im Theater; alles, was sich an den Intellekt wendet, ist überflüssig. »Nicht Problemstücke also«, sagt Arnold Zweig in jenem Buch, »intellektuelle Diskussionen, sondern Entladung von Gruppenleidenschaften verlangt das Drama, um sie im Publikum hervorzurufen; um sie im Publikum zu vergeistigen, im Publikum, das selber symbolisch für die Öffentlichkeit, für das ganze Volk, die eigene Gruppe anwesend ist . . . Wo ihre Sache abgehandelt wird, da steht die Menge, zur Gruppe verschmolzen, auch treu hinter den Wortführern.« Das zeigte sich selbst bei der Sprech- und Bewegungschoraufführung der Berliner Volksbühne, die Bruno Schönlinks

Gespaltenen Menschen in einer Matinee herausbrachte. Der außerordentliche Beifall, den die Veranstaltung beim Publikum gefunden hat, zeugte davon, daß die Menge hier ihre Sache geführt sah, um so mehr als die Ausführenden aus den Reihen der Volksbühnenmitglieder selbst gestellt wurden. Vom Standpunkt des Kunstschaffens aus gesehen war das Ganze recht fragwürdig (siehe auch die Rundschau Bewegungskunst, in diesem Band Seite 453). Um so höher muß man die Spannungsstärke und Durchschlagskraft des Gemeinschaftsgefühls bewerten, das auch bei diesem künstlerischen Minus in die Erscheinung trat.

Ungleich schwächer in der Wirkung war die Aufführung von Bert Brechts *Mann ist Mann* in der Volksbühne. Die unliterarische Art dieses Lustspiels fand schließlich aber eine bessere Bereitschaft in diesem unbefangenen Publikum und dadurch bessere Berechtigung als die hochliterarischen, zu niemandes Nutz und Frommen präsentierten Historien in den Geschäftstheatern. Die Aufführung war in der Regie Erich Engels recht flott und witzig.

Echtes Gesinnungstheater waren die *Singenden Galgenvögel* des Upton Sinclair, die die Piscatorbühne im Lessingtheater herausbrachte. Auch wer die Welt von einer andern Perspektive zu betrachten gewohnt ist, wird sich dieser Anklage gegen die unwürdige Behandlung politischer "Verbrecher" nicht entziehen können. Dieses Stück gehört vor Arbeiter, für die es bestimmt ist; aber Arbeiter und Gesinnungsgenossen scheint es am wenigsten in den Piscatorbühnen zu geben. Die Regie Ernst Lönners bewegte sich auf der von Piscator für sein Theater geschaffenen Normalschablone und verdarb nichts. Als schauspielerische Leistung sei die ergreifende Natürlichkeit Renée Stobrawas genannt.

Gänzlich falsch am Platz erwies sich die Bühnenbearbeitung der *Abenteuer des braven Soldaten Schwejk*, die Piscator selbst im Theater am Nollendorfplatz inszenierte. Die Qualitäten des jetzt schon klassischen Romans Jaroslav Haseks sind unbestreitbar, das Buch gehört zu dem international Bedeutendsten der Nachkriegsdichtung. Aber Dramatisierung und Aufführung ließen davon wenig verspüren. Die Gesinnung flüchtete sich in einige, künstlich angefügte Trickzeichnungen George Grosz'; die Bühnenkunst war eine großartige Variéténummer Max Pallenbergs. Die Sensation des "laufenden Bandes" allein dürfte das Theater nicht retten.

Weimar Die Arbeit der Provinzbühnen ist immer beachtenswert. Was hier geleistet wird, ist von einer viel weiter eingreifenden Wirkung auf die Zuschauer als in der Großstadt. Die Gefahr der Überfütterung fällt hier ganz fort, und dadurch können sich auch die Aufführungen viel mehr auswirken. In den mittleren deutschen Städten wird im allgemeinen erstaunlich gut gespielt, wobei die weniger vollendete Darstellungskunst durch den größern jugendlichen Schwung ausgeglichen wird. In dem in jeder Weise beachtenswerten Deutschen Nationaltheater Weimars, das eine berühmte Tradition hat, konnte man eine Aufführung der *Räuber* sehen, die von mitreißendem Feuer war. Der Spielleiter Friedrich Sebrecht vermittelte bei Einsetzung jüngster darstellerischer Kräfte unter geschickter Ausnutzung einer keilförmig angelegten und ohne eine nennenswerte Verwandlung auskommenden Szene einen denkbar höchsten Eindruck des Stücks. Die Aufführung erhielt ihr besonderes Gepräge durch die Anwesenheit der Jenenser Burschenschaften, die durch Absingen einiger Burschenlieder während der Vorstellung, ein Brauch, der schon zu Goethes Zeit bestand, tätig eingriffen und durch ihr bereitwilliges Mitgehen mit dem Spiel der ihnen ungefähr gleichaltrigen Künstler eine größte Steigerung der Leistung bewirkten.

Oldenburg Das Oldenburger Landestheater brachte abweichend von der Dresdener Uraufführung eine erste Fassung des Dramas *Toboggan* heraus, für das dem Dichter Gerhard Menzel der Kleistpreis von 1927 zugesprochen wurde. Menzel behandelt in 7 Visionen den Kampf des Individuums gegen seine Vernichtung: der Hauptmann Toboggan, zu Tod verwundet, von der Liste der Lebenden bereits gestrichen, wehrt sich gegen seinen Untergang (»Ich setze der Willkür des Todes die Willkür meines Willens entgegen«) und rettet sich auf der Flucht vor dem Tod schließlich in den Tod; in das All. Die Vorzüge des Stücks liegen in dem Fehlen allzu belastender Problematik, und in der suggestiven bildhaften Gestaltung der Szenen, die stärker ist als die Formung durch das Wort. Die Atmosphäre des Krieges, die durch alle Bilder zieht und die uns in unmittelbare Beziehung zu diesem Kampf mit dem Tod bringt, erhöhte die Wirkung; Toboggan ist uns kein hypothetischer

Fall sondern jüngstes und furchtbarstes Erlebnis. Die Regie des Intendanten Hellmuth Götze verdichtete mit Hilfe der eindrucksvollen Bühnenbilder Walter Giskes und der überragenden schauspielerischen Leistung des Darstellers des Toboggan, Walther Süßenguth, diese visionären Vorgänge zu einem zwingenden Gesamteindruck. Die Aufführung bewies wiederum, daß Entscheidendes auf den Bühnen heute auch im Reich geschieht; die Steigerung, die in Berlin durch Prominentenbesetzung und Materialaufwand erreicht wird, ist demgegenüber relativ und oft zweifelhaft.

Film

Der erste Film der deutsch-französischen Arbeitsgemeinschaft: Emile Zolas *Therese Raquin*, von F. Carlsen und Willy Haas glänzend für den Film bearbeitet, war ein großer Erfolg. Das sind keine gefilmten Szenen einer Theateraufführung, wir werden unmittelbare Zeugen des tragischen Geschehens mitten im Leben. Die Handlung entwickelt sich aus dem Bild heraus; der Film ist nicht illustrativ sondern erzeugt erst selbst die Handlung. In Gina Manès lernten wir eine ganz große (nach Asta Nielsen vielleicht die größte) Filmtragedin kennen. Die Beherrschtheit des Körpers und der Mienen bei ihr ist absolut, jeder Blick, jede Geste ist durchseelt. Atemberaubend, schreckeneinflößend jene Stelle im Film, als Therese sieht, daß die Mutter des ermordeten Camille, die gerade zur einzigen Mitwisslerin der furchtbaren Tat wurde, darüber für immer stumm geworden ist: dieses wahnsinnige, ungehemmte, grauenvolle Lachen! Die Deutschen haben in diesem Film die männlichen Partner gestellt. Die Leistungen Wolfgang Zillers, und H. A. Schlettows waren hervorragend, ganz dem Spiel ergeben. Den französischen Regisseur Jacques Feyder wird man sich als einen der bedeutendsten Filmregisseure der Welt merken.

Totenliste

In Mailand starb Ende Februar, 71 Jahre alt, der hervorragende Schauspieler *Virgilio Talli*, der zahlreiche bedeutende Schauspieler ausgebildet hat. Talli hat eine Selbstbiographie veröffentlicht, in der er seine Erinnerungen und Erfahrungen niederlegte. In Moskau starb Ende März, 75 Jahre alt, die anerkannt größte Schauspielerin des Moskauer Theaters, wohl des russischen Theaters überhaupt: *Maria Jermolowa*. Sie war ein volles halbes Jahr-

hundert, von 1871 bis 1921, am Moskauer Kleinen Theater als Primadonna tätig und hat dort gegen 300 Rollen geschaffen. Sie war die Heldin aller bedeutenden Dramen, und an ihrem Können wird noch heute in Rußland die Leistung jeder jüngern Schauspielerin gemessen. Ihr Begräbnis gestaltete sich zu einer großen nationalen Ehrung. Der Sarg war vor der Beisetzung im Kleinen Theater öffentlich ausgestellt, Künstler hielten die Wache, bei der Beerdigung folgten zahllose von ihrer Kunst einst Begeisterte. Jetzt soll ihr ein Denkmal errichtet, eine Straße und die Theaterschule sollen nach ihr benannt werden.

Kurze Chronik Vom 18. bis zum 23. Juni wird in Paris der 2. *Internationale Schauspielerkongreß* tagen. ◊ Die deutsch-französische Gemeinschaftsarbeit, die von Firmin Gémier eingeleitet wurde, hat eine glänzende Probe in den *Mozartfestspielen* bestanden, die unter der Leitung Bruno Walters in Paris im Théâtre des Champs-Élysées in den letzten Wochen stattfanden. Deutsche, französische und italienische Opernkräfte vereinigten sich mit einem hervorragenden Pariser Orchester zu einem Zusammenwirken, das aus der internationalen Schar eine künstlerische Einheit machte. Die Aufführungen wurden mit enthusiastischem Beifall aufgenommen und schufen bei den Hörern, unter denen sich auch die leitenden Persönlichkeiten der Politik befanden, ein spontanes Gefühl kultureller Zusammengehörigkeit. ◊ In der gleichen Richtung wirkte auch ein Vortrag, den der Theaterkritiker der Frankfurter Zeitung Bernhard Diebold in der Pariser *Sorbonne* hielt. Er behandelte in französischer Sprache die *Entwicklung des deutschen Theaters* von der Weimarer Zeit bis zur Piscatorbühne. Nach seiner Meinung fehlen dem modernsten Theater noch die entsprechenden Dichter. ◊ Die Vorbereitung der Erstaufführung von Richard Strauß' *Ägyptischer Helena* in Wien brachte einen Konflikt zwischen der Leitung der Wiener Staatsoper und der Sängerin Marie Jeritzka. Dieser Streit, über dessen einzelne Stadien man sich in Wien gewaltig aufregte, wurde in der Wiener Arbeiterzeitung am 27. Mai in einer prachtvollen, *Jeritzakrieg* überschriebenen Satire so schlagend behandelt, daß den Akteuren selber wohl das Bewußtsein aufgegangen sein mag, wie überwertig man die Angelegenheiten der Reproduktiven, im Verhältnis zur Produktion, einzuschätzen pflegt.

Literatur

Eines der interessantesten und wertvollsten Bücher, die in der letzten Zeit über das Theater geschrieben sind, ist *Arnold Zweigs* zusammenfassender Bericht über Juden auf der deutschen Bühne /Berlin, Weltverlag/. Neben außerordentlich klugen und richtigen Prinzipien über das Theater überhaupt gibt *Zweig* Rechenschaft über die besondere Stellung und Mission der Juden auf den deutschen Bühnen. Es sind die repräsentativsten Gestalten des deutschen Theaters, die wir hier beschrieben und gewürdigt finden. ◊ Von wunderbaren Eindrücken, die sie im japanischen Theater empfangen hat, erzählt *Maria Piper* in ihrem Buch *Die Schaukunst der Japaner* /Berlin, Walter de Gruyter & Co./. Für einen Europäer ist es sehr schwer dieses nationalstolze und eigenwillige Volk zu verstehen, dessen Leben durch alte, strengste Tradition noch heute gebunden ist. »Der große Knotenpunkt der japanischen Vergangenheit, in den alles Geschehen einmündete, und der den Nachkommen Blickrichtung gibt, ist die Stätte der Toten . . . Ist der Fremde, hingegen an die raunende Heimlichkeit solcher Stätten, . . . dem Zauber tausendjähriger Heldengräber erlegen, so findet er das selbe, was dort wie ein Hauch uralte Stätten umgeistert und den alten Dingen wie ein Duft anhaftet, der eine Beklommenheit verursacht, wie sie wohl von Reliquien ausgehen mag, Abend für Abend nirgends woanders als im Theater zu einem deutbaren zweiten Leben erstanden.« Das Buch ist mit vielen instruktiven Photographien von Schauspielern und Theaterszenen versehen und enthält als willkommene Beigabe die inhaltliche Wiedergabe von zahlreichen japanischen Dramen. ◊ Mit der Flugschrift *Die vereinsamte Theaterkritik* tritt *Herbert Jhering*, der bekannte Berliner Theaterkritiker am Berliner Börsenkurier, für eine Erneuerung der Kritik ein /Berlin, Verlag Die Schmiede/. Die Theaterkritik schreibt heute noch »wie in der Vorkriegszeit, für das Publikum der Vorkriegszeit, für den Künstler der Vorkriegszeit«. Es sind nicht Neuigkeiten, die *Jhering* hier ausspricht, aber man muß ihm dankbar sein, daß er noch einmal mit großem Nachdruck auf die Gefahr einer völligen Isolierung der Kritik und den damit verbundenen Wegfall jeder produktiven Mitarbeit am Theater hinweist. »Erst, wenn die Kritik durch die härtende Schule der Zeit hindurchgegangen ist, wird sie wieder Autorität haben.«

KULTUR

Innenkolonisation / Otto Karutz

Agrarkrise und Siedlung Es wurden hier bereits die verschiedenen Vorschläge behandelt, die im Zusammenhang mit der landwirtschaftlichen Umschuldungsaktion eine Aufnahmeorganisation für zusammenbrechende Betriebe vorsahen; diese sollte ihrerseits jene Betriebe in der Hauptsache der Besiedlung zuführen (siehe diese Rundschau, in diesem Band Seite 365 und folgende); In der Tagespresse hat man sich nun teilweise sehr scharf gegen diese Vorschläge gewandt, in denen man den »Beginn einer kalten Sozialisierung des Landbaus« erblicken zu müssen glaubte. Besonders die Berliner Börsenzeitung und die Deutsche Tageszeitung haben dieser Auffassung mehrfach Ausdruck gegeben. Als eine wirtschaftliche Notwendigkeit wurde allerdings auch von ihnen anerkannt bei der bevorstehenden Bereinigung unserer Agrarwirtschaft von der Kreditseite her die überfälligen Betriebe aufzunehmen, um ein fortschreitendes Abgleiten des Güter- und Pachtmarkts und dadurch ein Übergreifen der offenen Verschuldungskrise auf noch sanierungsfähige oder gesunde Betriebe zu verhüten. Auch wurde zugestanden, daß diese aufzunehmenden Betriebe in der Mehrzahl zweckmäßig besiedelt werden sollten. Abgelehnt wurde nur eine besondere Aufnahmeorganisation; in Anlehnung an die ebenfalls hier bereits wiedergegebenen Vorschläge des Deutschen Landwirtschaftsrats wurde gefordert, statt eine besondere Aufnahmeorganisation zu bilden, die dafür vorgesehenen Mittel einfach den bestehenden Siedlungsorganen zuzuführen, damit diese direkt als Aufnahmestellen tätig werden könnten. Die Deutsche Zeitung will sogar (nach einem allerdings recht unklaren, am 11. Mai veröffentlichten Artikel) mit der Aufnahme der überfälligen Betriebe und ihrer Verwertung durch Besiedlung die selben Genossenschaften betraut sehen, deren Sanierung als Folge der Umschuldung doch erst erstrebt wird, und die also ihrerseits von den überfälligen Betrieben entlastet werden müssen; schon darum ist dieser letzte Vorschlag gar nicht diskutabel, ganz abgesehen davon, daß den Genossenschaften auch die Sachkunde für die Durchführung der Besiedlung vollständig abgeht. Eine Äußerung der zentralen Organisationen im deutschen Siedlungswesen liegt dazu bisher nicht vor.

Man vermißt in allen Äußerungen, die sich gegen eine besondere Aufnahmeorganisation wenden, eine wirklich sachliche Begründung der Forderung. Das Argument der mit einer Aufnahmeorganisation drohenden kalten Sozialisierung des Landbaus erscheint keineswegs durchschlagend. Die Kreditlage der deutschen Agrarwirtschaft ist im ganzen so schwierig, daß man mit einem überaus großen Kreis von Betrieben rechnen muß, der bei der Agrarsanierung wahrscheinlich abgleiten wird. Das Auffangen dieser Betriebe bezweckt ja nun nicht nur ihre Herausnahme aus dem freien Gütermarkt sondern auch möglichst die Rettung der in diesen Betrieben bis dahin investierten Kredite; gerade dieser Zweck erfordert aber engste Zusammenarbeit der Auffangstelle mit den zentralen Kreditinstituten, insbesondere mit der Preußenkasse. Würde man etwa die provinziellen Landgesellschaften mit dem Auffangen betrauen, so wäre die Zusammenarbeit mit den Kreditinstituten wesentlich erschwert; auch würden wohl die Interessen beider Stellen, weil die eine auch die aufgenommenen Betriebe selbst verwerten soll, und eine Reihe von notwendigerweise aufzunehmenden Betrieben nicht besiedlungsfähig sein dürfte, recht oft stark kollidieren, was weder dem Erfolg der Auffangmaßnahmen noch der Siedlung dienlich wäre. Eine besondere zentrale Auffangorganisation vermöchte demgegenüber viel reibungsloser und damit erfolgreicher zu arbeiten. Der bei ihr einzig beachtlichen Gefahr, daß sie die jetzt schon komplizierte Siedlungsorganisation weiter verschachtelt und neue erhebliche Kosten verursacht, kann sehr leicht begegnet werden. Man braucht einmal nur als Regelfall festzulegen, daß die Besiedlung aufgefangener Betriebe durch die bestehenden Siedlungsunternehmen und nicht etwa durch die Aufnahmeorganisation selbst erfolgen soll. Dabei würde es der zentralen Auffangstelle sicher leichter sein als den Landgesellschaften im Einzelfall die Inanspruchnahme aus der hier früher vorgeschlagenen öffentlichen Ausfallbürgschaft befriedigend zu regeln, insbesondere wenn bei der Aufteilung aufgefangener Betriebe die Landgesellschaften nur kommissionsweise tätig würden. Dann aber könnten die Kosten einer besondern Aufnahmeorganisation überaus niedrig gehalten werden, indem man sie etwa als kleine Gesellschaft mit beschränkter Haftung nach dem Muster der Deutschen Ödlandkul-

turgesellschaft begründet und mit Beamten des Preußischen Landwirtschaftsministeriums besetzt; auch die Organisation als besondere Abteilung des Landwirtschaftsministeriums wäre denkbar, wie es neuerdings schon bei der Umwandlung der Deutschen Ödlandkulturgesellschaft in die Ödlandkulturstelle geschehen ist. In beiden Fällen würden die auflaufenden Betriebskosten ganz unerheblich bleiben.

Eine besondere Aufnahmeorganisation ist im Interesse sowohl wirksamer Stützung der Umschuldungsaktion wie gesunder Siedlungsverwertung der überfälligen Betriebe unbedingt notwendig. Preußens Regierung und Landtag haben die Aufgabe hier bald Entscheidendes zu tun. Der offene Ausbruch der Verschuldungskrise ist infolge der ersten Wirkungen der Notmaßnahmen in den beiden Hauptkrisenherden Ostpreußen und Pommern zwar hinausgezögert, er wird aber im Lauf des kommenden Winters sicher eintreten. Dann muß der Aufbau der Aufnahmeorganisation beendet, sie muß voll arbeitsfähig sein.

**Ostpreußen-
siedlung** Seit der Abschnürung Ostpreußens vom Reich hat dort die Innensiedlung ganz besondere Bedeutung in bevölkerungs- und nationalpolitischer Hinsicht gewonnen. Doch auch vor dem Weltkrieg galt zu seinem Teil schon das selbe für den östlichsten Zipfel des Reichs. Damals beachtete man aber die Ostpreußensiedlung vor allem, weil ihr Träger seit 1906 ein ganz neuartiges, bis dahin nicht gekanntes Gebilde war: eine selbständige, von behördlicher Bevormundung fast völlig freie provinzielle Siedlungsgesellschaft. Im Bezirk der Ansiedlungskommission in Posen und Westpreußen trat der Staat selbst als Siedlungsträger auf. In den übrigen Teilen des Landes lag es de facto gleich, wenn auch de jure der einzelne Rentengutsausgeber Verfahrensträger war (sogenanntes Frankfurter Verfahren); das galt selbst für Pommern, wo nach dem bahnbrechenden, aber zunächst noch mißlungenen Versuch der Deutschen Ansiedlungsgesellschaft bereits 1903 unter Anleitung und Förderung des frühern Generalkommissionspräsidenten Metz ein formell selbständiges Siedlungsunternehmen ins Leben gerufen wurde: die Pommersche Ansiedlungsgesellschaft (späterhin Pommersche Landgesellschaft). In Ostpreußen wagte man, übrigens gegen den Willen des damaligen Landwirtschaftsministers, zuerst den Versuch den formellen Sied-

lungsträger auch hinsichtlich der finanziellen Berechnung und der technischen Durchführung der Verfahren von den Auseinandersetzungsbehörden freizustellen, und man gründete zu diesem Zweck auf Betreiben des Finanz- und des Innenministers am 8. Juli 1905 unter größerer finanzieller Beteiligung des Staats, vertreten durch die Seehandlung, die Ostpreußische Landgesellschaft in Königsberg. Die erste Stammeinlage betrug 1 800 000 Mark; neben dem Staat waren zunächst noch die Landbank in Berlin und die Ostpreußische Provinzialgenossenschaftskasse zu Königsberg mit je 600 000 Mark dabei vertreten. Aufgabe des neuen Instituts sollte die Vermehrung der Bauern- und Arbeiterstellen und die Befestigung vorhandenen Bauernbesitzes durch den Versuch der Regelung der Schuldverhältnisse bäuerlicher Güter in Ostpreußen sein. Die Geschäftsleitung wurde weitgehend unabhängig von allen beengenden Anweisungen gestellt; sie hatte die Siedler lebensfähig anzusetzen, jedoch dabei wirtschaftlich berechnend zu arbeiten, um bis zu 5 % Dividende zu erzielen. Im Frühjahr 1906 begann die Gesellschaft ihre Tätigkeit. Sie hatte zuerst lebhaft gegen vielerlei Widerstände seitens der Generalkommission zu kämpfen, setzte sich aber langsam auf Grund ihrer praktisch guten Leistungen durch. Die Jahre 1908 und 1909 brachten der Gesellschaft dann schwere innere und äußere Krisen, die schließlich zu einer völligen Reorganisation führten. Die Landbank, deren Interessen mit denen der Landgesellschaft bereits oft kollidiert hatten, schied schließlich als Gesellschafterin aus, und an ihre Stelle traten nach längeren Verhandlungen bei gleichzeitiger Erhöhung des Gesellschaftskapitals auf 7 151 000 Mark der Provinzialverband der Provinz Ostpreußen, die Mehrzahl der ostpreußischen Landkreise, die Landwirtschaftskammer und andere mehr; in seiner Stellung als Gesellschafter übte der Staat von da ab starke Zurückhaltung aus, indem er vor allem die beiden Vorsitzendenposten im Aufsichtsrat aufgab und sie dem Provinzialverband und der Landwirtschaftskammer überließ. In der neuen Form finanziell und organisatorisch gestärkt entwickelte sich die Landgesellschaft dann seit 1909 fortschreitend gut, sie verselbständigte sich im Siedlungsverfahren immer mehr und vermochte es Ende 1911 sogar durchzusetzen, daß ihr durch Erlaß der zuständigen Minister völlig freie Verfahrensdurchführung bis zur Grundbuch-

berichtigung zugestanden, und die Generalkommission in ihren Fällen allein auf die Ablösung der vereinbarten Privatrenten beschränkt wurde. Seit 1910 war die Landgesellschaft auch Besitzfestigungsstelle, aus welchem Grund abermals eine Kapitalerhöhung um 500 000 Mark vorgenommen wurde. Im Krieg ruhte die eigentliche Tätigkeit der Landgesellschaft nahezu vollkommen, ebenso nach dem Krieg, solange die Volksabstimmung noch nicht über das politische Schicksal weiter Teile der Provinz Ostpreußen entschieden hatte. Danach nahm man die alte Arbeit erneut und verstärkt auf, wobei das Reichssiedlungsgesetz feste Ziele und neue Wege wies. Die um etwa 200 Neusiedlerstellen jährlich liegenden Ergebnisse der Vorkriegszeit wurden trotz Inflation und anderen Hemmungen 1922 zunächst auf 258 Stellen mit zusammen 2922 Hektar, 1923 auf 297 Stellen mit 3864 Hektar gesteigert; 1924 sinkt dann die Ergebniszahl auf 175 Stellen mit 2671 Hektar herunter, und sie wird 1925 infolge der Konkurrenz eines privaten Unternehmers noch niedriger.

1926 hatte die Ostpreußische Landgesellschaft, die in ihrer Organisation das Muster für fast alle deutschen Landgesellschaften geworden ist, wenn auch im Siedlungsverfahren weiterhin Unterschiede bestanden, 20 Jahre praktischer Arbeit hinter sich. Angesichts dieses Einschnitts in der Entwicklungsgeschichte der Gesellschaft brachte die Leitung bei Gräfe & Unzer in Königsberg einen umfangreichen Tätigkeitsbericht heraus, von dem sie mit Recht sagt, er sei ihr unter den Händen zu einer Geschichte der ostpreußischen Siedlung und zu einer Darstellung aller Zweige praktischer Siedlungsarbeit herangewachsen. Die Wahl des Titels: 20 Jahre deutscher Siedlungsarbeit in Ostpreußen, erscheint darum durchaus berechtigt. Die oben kurz skizzierte Geschichte der Gesellschaft wird in dem Werk ausführlich dargestellt, es werden die einzelnen Siedlungsergebnisse in wirtschaftlicher, bevölkerungs- und sozialpolitischer Beziehung erörtert, und das Siedlungsverfahren von der Landbeschaffung bis zur Finanzierung wird eingehend behandelt; viele Tabellen, graphische Darstellungen, Karten, Planskizzen und Wiedergaben photographischer Aufnahmen von Siedlerstellen ergänzen den Text. Angesichts der beginnenden neuen Kämpfe um das Frankfurter oder das Ostpreußische Verfahren zieht sich durch das Werk wie ein roter Faden die Verteidigung

des letztgenannten. Der grundsätzliche Wert des Werkes bleibt dadurch aber ganz unberührt. Praktiker und Laien sollten es aufmerksam lesen, die einen zur Anregung und Auseinandersetzung, die anderen zur Aufklärung; die versteckte Polemik hindert diese nicht.

Informationsmittel

Das vom aufgelösten Preussischen Landtag bedauerlicherweise nicht mehr erledigte *Städtebaugesetz* nebst Begründung wurde in einer Broschüre herausgebracht /Berlin, Carl Heymann/. Angesichts der Bedeutung dieses sehr umstrittenen Gesetzes für eine gesunde Städtebaupolitik muß das Bändchen sehr der Beachtung empfohlen werden.

Otto Wölz und Philipp Beisiegel haben sehr sorgfältig das Material über die *Wohnungsbaufinanzierung aus öffentlichen Mitteln* gesammelt und mit einer ausführlichen Einleitung versehen /Berlin, Carl Heymann/. Beachtenswert sind besonders die Ausführungen über die 1. Hypothek und die Hauszinssteuerhypothek. Wenn das beigegebene Verordnungsmaterial und dergleichen auch schon in manchem überholt ist, erscheint die Arbeit doch wertvoll als Einführung in das heutige System der Finanzierung des Wohnungsbaus.

Eine von Henriette Leroi-Fürst besorgte wertvolle wortgetreue Übersetzung des *Agrarprogramms der Labour Party* (siehe diese Rundschau, 1927 II Seite 596 und folgende) liegt nunmehr als 1. Sonderheft des in Berlin erscheinenden Landarbeiterarchivs vor.

Hans Krüger und Fritz Baade haben unter dem Titel *Sozialdemokratische Agrarpolitik* /Berlin, J. H. W. Dietz Nachfolger/ einen offiziellen Kommentar zum *sozialdemokratischen Agrarprogramm* herausgebracht (siehe auch diese Rundschau, 1927 II Seite 596). Der Kommentar vereinigt ganz ausgezeichnet die sachlich-wissenschaftliche Erörterung der einzelnen Programmforderungen mit dem propagandistischen Zweck.

Im Gegensatz dazu ist die unter dem Titel *Die Agrarpolitik der Deutschen Demokratischen Partei veröffentlichte Einführung in das demokratische Bauernprogramm* (siehe diese Rundschau, 1927 II Seite 596), bearbeitet von Rudolf Lantzsch /Berlin, Verlag der Reichsgeschäftsstelle der Deutschen Demokratischen Partei/, ausschließlich auf das Propagandistische abgestellt; immerhin bringt sie wertvolles Material über die verschiedenen größeren agrarpolitischen Geschehnisse der letzten Zeit.

Kurze Chronik Vom Amtlichen Preussischen Pressedienst wurde ein Artikel des Staatssekretärs Hans Krüger verbreitet, der als Ergebniszahlen der Neusiedlung in *Preußen* für das Jahr 1926 1 567 Stellen nennt und für das Jahr 1927 2 904 Stellen. Diese Steigerung erscheint recht erheblich, jedoch bedarf es zu genauerer Bewertung auch der Angabe der besiedelten Flächen. Leider fehlen die entsprechenden Zahlen bisher noch. \diamond Entsprechend seinen Erklärungen im Landtag erteilte der preussische Landwirtschaftsminister den Landeskulturbehörden neue Anweisungen zur *Anliegersiedlung*. Danach soll infolge der veränderten wirtschaftlichen Verhältnisse auch landwirtschaftlichen Handwerkern mehr als bisher die Möglichkeit erschlossen werden ihre bestehenden Kleinstellen durch Anliegersiedlung bis zu einer selbständigen Ackerkultur im Höchsthall zu erweitern. Ebenso soll die Wiederaufnahme von Anliegersiedlungsverfahren nicht mehr den bisherigen einschneidenden Beschränkungen unterliegen. \diamond Nach Auflegung der letzten (4.) *Amerikaanleihe der Deutschen Rentenbankkreditanstalt* verlautete in der Tagespresse, daß demnächst auch die sogenannte Flüchtlingsiedlungsanleihe, die auf dem vorjährigen Gesetz betreffend Reichsbürgschaften für Ansiedlung beruht (siehe diese Rundschau, 1927 II Seite 951), und die große Meliorations- oder Landeskulturanleihe dieses Instituts (siehe diese Rundschau, 1927 I Seite 422 und 1927 II Seite 599 und folgende) herausgebracht würden. Später wurde diesen Mitteilungen mehrfach widersprochen, und neuerdings meldete der Demokratische Zeitungsdienst, die Auflegung der erstgenannten Anleihe sei zwar vorgesehen gewesen, jedoch habe der Reparationsagent gegen den Plan Einspruch angekündigt, weswegen man ihn wieder habe fallen lassen. Amtlicherseits wurde diese letzte Meldung dementiert, jedoch in einer Form, die offen läßt, wieweit das Dementi reichen soll.

Literatur

Angesichts der Notwendigkeit im Rahmen der bevorstehenden großen Verwaltungsreform in Preußen auch die Auseinandersetzungsbehörden (Landeskulturverwaltung) in die Neuordnung einzubeziehen, gewinnt die Arbeit *Alfred Meyers* Zur Frage der Aufhebung der Generalkommissionen /Berlin, Deutsche Landbuchhandlung/ wieder Bedeutung. Meyer erörtert ausführlich die

Gründe, die gegen eine Eingliederung der Auseinandersetzungsbehörden in die allgemeine Landesverwaltung sprechen. **◇** Das Heft Grundbesitzverteilung und Innere Kolonisation in Pommern von *Walter Asmis* /Berlin, Deutsche Landbuchhandlung/ gibt einen guten Überblick über die Notwendigkeit landwirtschaftlicher Siedlung in diesem Hauptgebiet des Großbetriebs in Deutschland; die Verhältnisse haben sich seit 1910 nicht wesentlich geändert. **◇** Eine Studie *Erich Hientzsch* 'Das pommersche Siedlungswerk in Vergangenheit und Zukunft' /Berlin, Deutsche Landbuchhandlung/ bringt neues Material über die bisherige Leistung der Siedlung in Pommern und über ihre zukünftigen Aussichten und Wirkungen. Man vermisst allerdings in der Darstellung eine gewisse kritische Selbständigkeit hinsichtlich der Problematik der heutigen Siedlung nach der methodischen Seite. **◇** In seiner Arbeit Die Sachwertpfandbriefe und der Kapitalmarkt /Berlin, Deutsche Landbuchhandlung/ beleuchtet *Moritz von Bissing* vornehmlich die Preisbildung der Sachwertpfandbriefe. Angesichts der Dringlichkeit des Roggenschuldenproblems auch bei vielen Siedlern der Inflationsjahre ist die Schrift eine gute Einführung in den schwierigen Fragenkreis. **◇** Die Zeitpachtdörfer in Schleswig-Holstein als Problem der Siedlung behandelt nach der wirtschaftlichen und der rechtlichen Seite *Albert Dietrich* /Berlin, Deutsche Landbuchhandlung/. Er kommt zu dem Ergebnis, daß die Umwandlung der sogenannten Zeitpachtstellen in Eigentum notwendig, und die Umwandlung rechtlich Siedlung sei. Ausführliche Statistiken sowie einige Plankarten erläutern seine Ausführungen; die Plankarten insbesondere zeigen, welche landeskulturellen Werte die mit der Umwandlung verbundene Umlegung meist schaffen konnte. **◇** Während die Arbeit *Dietrichs* die praktischen Dinge in den Vordergrund rückt, liegt die Bedeutung ihres Gegenstücks, der Arbeit *Artur Samters* Schleswig-holsteinisches Bauernrecht /Berlin, Brandenburgverlag/, mehr auf theoretischem Gebiet. *Samter* untersucht, ob sich die schleswig-holsteinischen Erbpachtbauern bereits das Eigentum an ihren Stellen ersessen haben. Unter Vorlage umfangreichen Urkundenmaterials bejaht er diese Frage. Damit wird es zweifelhaft, ob bei der Umwandlung von Pachtdörfern Bauern, die die Umwandlung verweigern, zwangsweise von ihrer Stelle getrieben werden können.

Kunstgewerbe / Ludwig Hilberseimer

Behrens In der Entwicklungsgeschichte der neuern Baukunst nimmt Peter Behrens, der am 14. April 60 Jahre alt wurde, einen festumrissenen Platz ein. Um seine Bedeutung ganz zu ermessen, muß man sich vergegenwärtigen, was vor ihm war. An wirklichen Baumeistern gab es nur Messel, Seidl, Thiersch und Hoffmann. Daneben die Hochflut des Kunstgewerbes der Jugendstilepoche, deren durch van de Velde inaugurierte Antriebskräfte in der breiten Masse der Nachahmer erstickt wurden. Das Streben nach neuen Ausdrucksformen verband Behrens mit all denen, die damals das Neue zu gestalten versuchten. Wie manche der damals Führenden begann auch Behrens als Maler. Er ging aber sehr bald dazu über Plakate und Buchschmuck zu zeichnen, Möbel und sonstige Gebrauchsgegenstände zu entwerfen. Sein Darmstädter Haus stand durch seine Struktivität in wohlthuendem Kontrast zu den übrigen Bauten der Darmstädter Ausstellung von 1900. Nach vielen anderen Arbeiten, für die Ausstellungen von Köln, Düsseldorf, Oldenburg, Mannheim, Dresden, begann die Tätigkeit Behrens' für die Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft in Berlin, wobei die hier gestellten Aufgaben ihm die Möglichkeit gaben seine baukünstlerischen Fähigkeiten voll zu entfalten. Peter Behrens ist wohl einer der ersten Architekten, die es unternommen haben Industriebauten folgerichtig zu gestalten, ohne zu dem auch heute noch üblichen Aushilfsmittel der Attrappe zu greifen. Seine Lehrtätigkeit in Düsseldorf und Wien gab ihm Gelegenheit auch seine großen pädagogischen Fähigkeiten für die Erziehung des künstlerischen Nachwuchses nutzbar zu machen. Aber noch entscheidender als der Einfluß durch die Lehrtätigkeit ist der, den er unmittelbar durch seine vielseitige Bautätigkeit übte. Er hat die Entwicklung der neuen Baukunst entscheidend mit beeinflusst. Manche ihrer Hauptvertreter haben mit ihm zusammengearbeitet. Zu seinem 60. Geburtstag gab die Architektenvereinigung Der Ring im Rahmen des Kartells der Vereinigten Verbände Berliner Künstler in der Großen Berliner Kunstausstellung eine Übersicht über sein Schaffen.

Industriebauten Die mannigfaltig differenzierten Arbeitsprozesse der Industrie verlangen Gebäude, die eine reiche Skala des Aus-

drucks ermöglichen. Es entstand eine große Reihe von völlig neuartigen Ingenieurschöpfungen, die wirklich den technischen Geist unserer Zeit widerspiegeln. Sofern jedoch diese Ingenieurwerke einer architektonischen Gestaltung unterworfen wurden, geschah dies in den meisten Fällen ohne Rücksicht auf diese besonderen Bedingungen. Bei diesen Aufgaben stießen die gestalterischen Kräfte der Architekten mit den auf Ökonomie und Zweckmäßigkeit bedachten Absichten der Ingenieure zusammen, ohne daß es den Architekten gelungen wäre die verschiedenartigsten Kräfte zu einer Einheit zu gestalten, aus dem verwirrenden Nebeneinander die gestaltete Einheit zu formen. Die in den meisten Fällen mißglückten Gestaltungsversuche sind mit die Hauptursache der heute üblichen Überschätzung der reinen Ingenieurbauten, die allerdings oft von einer erstaunlichen Architektonik, von kraftvoller Ursprünglichkeit und naivem baukünstlerischen Empfinden sind. Trotzdem darf nicht vergessen werden, daß die Technik immer nur Mittel der Baukunst ist, niemals Selbstzweck. Bei den Industriebauten Peter Behrens' ist dieses Problem gelöst, eine dem Zweck entsprechende architektonische Gestaltung gefunden worden. Nicht jedoch bei neueren Industriebauten, etwa bei dem von Eugen E. Schmohl erbauten Ullsteinhaus in Tempelhof oder bei dem von Georg Klingenberg und Werner Issel erbauten Großkraftwerk Klingenberg, dem R. Laube eine Monographie gewidmet hat (Das Großkraftwerk Klingenberg, mit einer Einleitung von Fritz Stahl /Berlin, Ernst Wasmuth/). Während das Betongerüst des Ullsteinhauses durch seine Ziegelverkleidung eine romantisierende Attrappe wurde, der auch die Ritterburgromantik des Turms nicht fehlt, sind bei dem Großkraftwerk Klingenberg, bei dem die rein technischen Bauten fast durchweg eine einwandfreie Form gefunden haben, die anderen Zwecken, der Verwaltung usw. dienenden Gebäude gleichfalls in einem Attrappegeist gestaltet, so daß eine Mischung von kühner Neuerung und billiger Konvention entstand.

In der Vergangenheit war der Architekt zugleich der Konstrukteur, wodurch die jetzt so seltene architektonische Einheit eines Bauwerks ermöglicht wurde. Der durch die heute notwendige Arbeitsteilung bedingte Dualismus von Ingenieur- und Architektenarbeit muß in seinem Endergebnis wieder aufgehoben werden, soll einheitliche Schöpfung entstehen.

Ausstellungsgelände Über den Wettbewerb, der 1925 für das Berliner Messegelände stattfand, wurde seinerzeit in dieser Rundschau (1926 Seite 64 und folgende) berichtet. Inzwischen wurde durch Verlegung der das Gelände durchschneidenden Bahnstrecke eine andere Situation geschaffen, auf Grund deren Martin Wagner und Hans Poelzig gemeinsam ein Projekt aufstellten, das in großzügiger Weise eine Bebauung des Ausstellungsgeländes vorschlägt.

Um ein großes Oval, in dessen Brennpunkten gewissermaßen Kongreßhalle und Hauptrestaurant stehen, sind Ausstellungshallen angeordnet, die jede Dimensionierung ermöglichen, jede Erweiterung zulassen: für eine Ausstellungsanlage eine überaus glückliche Lösung. Für die zunächst geplante Bauausstellung schrieb der Verein Bauausstellung einen Wettbewerb aus, zu dessen Aufgaben es gehört sich dem Wagner-Poelzigschen Projekt einzugliedern. Leo Nachtlichts Entwurf erhielt den 1. Preis. Gleichzeitig veranstaltete der Architekturverlag Ernst Wasmuth unter der Führung Werner Hegemanns nochmals einen Wettbewerb für das gesamte Ausstellungsgelände, der als fruchtbare Kritik an dem Wagner-Poelzigschen Projekt gedacht war, dessen Ergebnis aber nichts Wesentliches änderte. Ja, nicht wenige Teilnehmer kamen zu einer prinzipiell gleichen Lösung, ohne jedoch die besonderen Qualitäten des Wagner-Poelzigschen Vorschlags auch nur annähernd zu erreichen.

Baukultur Nach den selben Prinzipien wie seine Kleinstwohnung (siehe diese Rundschau in diesem Band Seite 182) hat Franz Schuster ein *Siedlungshaus* entworfen und eingerichtet (Ein eingerichtetes Siedlungshaus /Frankfurt, Englert & Schlosser/). Es ist als ein Haus für 5 Personen gedacht, das trotz dem kleinen Grundriß und den dadurch bedingten kleinen Räumen alle Lebens- und Arbeitsvorgänge seiner Bewohner auf zweckmäßigste Weise berücksichtigt. Außer einem größeren Wohnraum im Untergeschoß hat das Haus im Obergeschoß ein Elternschlafzimmer, ein größeres Kinderschlafzimmer für 2 Betten und eine Schlafkammer für 1 Bett, nimmt also bei den Schlafräumen auf Kinder verschiedenen Geschlechts Rücksicht, eine sehr wichtige Forderung, die von Wohnungen oder Siedlungshäusern mit viel größerer Wohnfläche oft nicht erfüllt wird. Vor-

aussetzung beim Haus ist ebenso wie bei der Wohnung geringste Abmessung der Möbel, die bis auf Tische, Sitzmöbel, Betten sämtlich eingebaut sind. In ausgezeichneten Bildern sieht man, wie in einem Haus von einer Wohnfläche von 30 Quadratmetern pro Stockwerk (etwa die Größe eines Zimmers in Villen der Vorkriegszeit) alles für das Wohnen einer Familie Notwendige untergebracht werden kann, was allerdings nur durch überlegte Anordnung und knappste Durchbildung des Hausrats möglich ist. Am Broadway in New York soll ein 35 Stockwerk hoher *Wolkenkratzer* aus Stahl und Eisen erbaut werden. Der New Yorker Architekt William Orrhulow erklärt dazu, daß das Mauerwerk bei den heutigen Hochbauten nur dazu diene die Zwischenräume zwischen den stählernen Stützen und Traversen auszufüllen. Wenn man bedenkt, daß wir in der heutigen Großstadt mindestens die Hälfte unseres Tagewerks, wenn nicht mehr, hinter Glas verrichten, so sei nicht mehr zweifelhaft, daß die Glasflächen, hinter denen wir sitzen, so groß und für die Sonnenstrahlen so durchlässig wie möglich sein müßten. Im Zusammenhang damit sei darauf hingewiesen, daß Mies van der Rohe der erste war, der ein Hochhaus, dessen Außenfläche vollkommen aus Glas bestand, vorgeschlagen und den besonderen Bedingungen eines Glasbaus Rechnung getragen hat.

Amerika Im Gegensatz zu den geläufigen Vorstellungen von Amerika als dem Land der letzten Neuheiten, *Wolkenkratzer*, *Fords*, über Nacht erbauter Großstädte, zeigt E. O. Hoppe in seinem Buch *Das romantische Amerika*, mit über 300 Abbildungen in Kupfertiefdruck /Berlin, Ernst Wasmuth/, das im allgemeinen Unbekannte dieses umfassenden Landes; Kleinstädte und andere abgelegene Dinge, von denen man selten zu hören, fast nie etwas zu sehen bekommt. Es ist wirklich ein romantisches Amerika, das hier erschlossen wird. Romantisch vor allem durch die unerhörten Kontraste. Wie Amerika alle Klimata vereinigt, vereinigt es auch alle denkbaren Gegensätze von Natur und Zivilisation. Fast prähistorische Landschaft, zwar durchschnitten von transkontinentalen Schienensträngen, im wesentlichen aber unberührt, und Landschaften, die durch das Werk der Menschen ihren Charakter vollkommen verändert haben. Neben den in grenzenlosen Ebenen verborgenen, in den Felsen gehauenen Göt-

terstädten von fast märchenhaft malerischer Bildung stehen die Verkörperungen ihres äußersten Gegensatzes: die *Wolkenkratzerstädte* des Ostens; neben den *Indianerreservaten* mit ihren primitiven Lebensverhältnissen die nur durch weitgehende Anwendung modernster Technik möglichen Großstädte. Überraschend sind besonders die Ansiedlungen des Westens, wo sich im Gegensatz zu dem englischen Osten spanische Einflüsse in hohem Maß auswirken, etwa die *Santa-Fé-Architektonik*, die gewisse Merkmale der alten *Franziskanermisionen*, der indianischen *Pueblos* und mexicanischer *Haziendas* vereinigt. Oder die französischen Einflüsse in Louisiana, etwa New Orleans, das dank der in pietätvoller Wahrung der Tradition erhaltenen alten Häuser eine der malerischsten Städte der Vereinigten Staaten von Amerika ist.

Das Tempo der Entwicklung ist besonders in dem halb tropischen Florida zu erkennen. Hier entstand nach jahrhundertelanger Unbeachtetheit, gleichsam über Nacht, *Palm Beach*, die *Riviera Amerikas*. Wo gestern völlig unberührte *Urwaldlandschaft* war, stehen heute in modischen Badeorten riesige Hotels und die *Luxusvillen* der Millionäre.

Bautheorie Wie im vorigen Jahr veranstaltete auch in diesem Kurt Glaser im Hörsaal der Staatlichen Kunstbibliothek in Berlin einen Zyklus von Vorträgen, *Neues Bauen* betitelt. An dem Vortrag C. van Eesterens /Haag/ war das Bildmaterial das Wesentliche. Von großem Interesse war der Vortrag *Siegfried Gideons /Zürich/ über Eisen, Eisenbeton, Bauen in Frankreich*, vor allem durch den Hinweis auf die Vorläufer im frühen 19. Jahrhundert. *Henry van de Velde /Brüssel/* nahm als Thema die Frage "Warum immer Neues?", wobei er zwischen dem ewig Bleibenden, der ewig gleichen Aufgabe, und dem Modischen, der jeweilig geschäftlich ausgenutzten Formkonjunktur, unterschied. *Erich Mendelsohn /Berlin/* behandelte *Rußland und Amerika*, er gab einen »architektonischen Querschnitt« durch den *Utopismus* und den *Rationalismus* in der Baukunst. *Mies van der Rohe /Berlin/* sprach über die Voraussetzungen *baukünstlerischen Schaffens*, über den Einfluß neuer Konstruktionen und Materialien auf die Entwicklung der Baukunst, *Martin Mächler /Berlin/* über das sehr aktuelle Thema des *Cityproblems*, das er besonders an dem Beispiel *Londons* entwickelte, und bei dem er auf

die Notwendigkeit der Organisation Berlins hinwies. Wegen Krankheit sagte J. J. P. Oud /Rotterdam/ seinen Vortrag ab; an seiner Stelle sprach Fritz Kriechen /Danzig/ über Entwicklungsgesetze der Bildhauerkunst, angewandt auf die Baugeschichte, wobei er auf bestimmte, immer wiederkehrende Gesetzmäßigkeiten hinwies, aber, wenn auch unausgesprochen, sich gegen die neue Baukunst wandte: in Verwechslung gewisser modischer Zeiterscheinungen mit dem Wesen der modernen Baukunst, was notwendig zu schiefen Urteilen führen muß.

Totenliste Am 15. Dezember 1927 starb in einem Sanatorium bei München der Leiter des Hamburger Kunstgewerbemuseums *Richard Stettiner*, in seinem 63. Lebensjahr. Verdienstvoll war sein Kampf gegen den Fälscherunfug.

Am 21. Dezember starb in Köln der Dombaumeister *Bernhard Hertel*, im Alter von 65 Jahren. Hertel hat sich besondere Verdienste um die Erhaltung des Kölner Doms erworben. Er erkannte frühzeitig die Schäden dieses Bauwerks und setzte die Arbeiten für das Rettungswerk mit Energie in Gang. Er fand auch einen den Witterungseinflüssen widerstehenden Sandstein.

Der Architekt *Ludwig Bernoulli* ist in Frankfurt plötzlich gestorben. In einer Zeit, in der architektonischer Eklektizismus allgemein verbreitet war, trat er bereits für richtiges Bauen ein. Das Haus der Technik in Frankfurt ist seine bedeutendste Leistung.

Kurze Chronik Bruno Paul ist nach New York gefahren, um dort in dem Warenhaus von Macy im Rahmen einer *Internationalen Kunstgewerbeausstellung* die Abteilung Deutsches Kunstgewerbe aufzubauen. ◊ In der Galerie Wertheim zu Berlin wurde im Beisein des französischen Botschafters de Margerie eine Ausstellung eröffnet, die dem deutschen Publikum ein Bild der modernen *Buchkunst* in Frankreich geben soll. ◊ Unter dem Namen Ring, Neue Werbegestalter, haben sich 9 deutsche Künstler und *Reklamefachleute* zusammengeschlossen: Willi Baumeister /Stuttgart/, Max Burchartz /Essen/, Walter Dexel /Jena/, Cesare Domela /Berlin/, Robert Michel /Frankfurt/, Kurt Schwitters /Hannover/, Georg Trump /Bielefeld/, Jan Tschichold /München/, Friedel Vordemberge-Gildewart /Hannover/. Es sollen noch andere Mitglieder, auch aus dem Ausland, zuge-

wählt werden. Es ist beabsichtigt durch Vorträge, Ausstellungen, Aufsätze in führenden Zeitschriften die Verbraucher von Werbemitteln zu überzeugen, daß nur elementare Gestaltung zeitgemäß ist und schlagende Werbewirkung hat. Die 1. Ausstellung fand vom 23. März bis zum 23. April in Köln statt. ◊ Der Maler *Willi Baumeister*, der sich auch insbesondere mit Typographie beschäftigte, wurde Leiter der Graphischen Abteilung in der Städtischen Kunstschule in Frankfurt.

Literatur

Wie etwa das heutige Amerika ein absolutes Nebeneinander von raffinierten und primitiven Kulturelementen ist, so war auch das Europa von der Steinzeit bis zur Völkerwanderung ein ebensolches Durcheinander von hoher Zivilisation und primitivster Lebensführung. Man kann den Anteil einer Rasse an den frühen Kulturdenkmälern nicht rein heraus Schälen. So verdienstvoll es auch ist den Anteil der Germanen an diesen Kulturdokumenten klarzustellen, wie es etwa *Friedrich Behn*, der Kustos am Römisch-Germanischen Zentralmuseum in Mainz, in seinem Buch *Altgermanische Kunst* /München, J. F. Lehmann/ versucht, so schwierig ist es aber auch, besonders infolge des Chaos der Völkerwanderung, zu unterscheiden, welcher Rasse ein solches Kulturdokument zuzuschreiben ist; vor allem festzustellen, wie viel auf den Einfluß fremder Kulturen zurückzuführen ist, mit denen die Germanen ja bereits in früheren Jahrhunderten ständig zusammengetroffen waren. Man wird daher, wie es Behn ja auch vielfach tut, sich begnügen müssen festzustellen, wie sich einzelne feststehende Formen unter dem Einfluß einer bestimmten Rasse verändert haben. ◊ An die Stelle der Reisebeschreibung ist das Bild getreten. Der ausführliche Text, der trotzdem der ergänzenden Arbeit der Phantasie des Lesers bedurfte, ist ersetzt durch die Photographie, die auch in den meisten Werken über fremde Länder und Städte die bedeutendste Rolle spielt. Der Albertusverlag in Berlin hat es jetzt unternommen unter dem Titel *Das Gesicht der Städte* eine Reihe von Großstädten im Bild zu schildern und hat als 1. Band Hamburg herausgebracht. Ein kurzer einleitender Text von Hans Leip geht den 128 von August Rupp zusammengestellten Abbildungen voraus, die wie ein Film ein Bild dieses weitverzweigten Stadtorganismus geben, der mittelalterliche und neuzeitliche Bildungen einheitlich zusammenschließt.

EINZELNES

Aus der Zeit

Schippel †

Am Mittag des 6. Juni starb Max Schippel in einem Krankenhaus in Dresden. Die hier Monat um Monat seine stets frischen aufschlußreichen Artikel lasen, werden nicht gemerkt haben, daß sie schon seit langem ein schwerkranker, von peinigenden Schmerzen in immer neuen Anfällen heimgesuchter Mann geschrieben hatte. Schippel sah seinem Tod mit vollem Bewußtsein entgegen. Er ordnete daher in den letzten Wochen seine Angelegenheiten, traf Verfügungen über die Arbeiten, die er vollendet oder begonnen hatte: alles in jener Sachlichkeit, die in kurzen Worten stets genau ausdrückte, worum es sich handelte. Am 3. Juni schrieb er mir dann in einer Karte von wenigen Zeilen: »Ich liege im Krankenhaus operationsbereit.« 3 Tage später war er tot. Auch davon sollte nach seinem Wunsch kein Aufhebens gemacht werden; bei seiner Beerdigung sollte außer den nächsten Angehörigen niemand zugegen sein. Die Bedeutung Max Schippels kann nicht in wenigen Sätzen klargelegt werden. Es soll versucht werden seine umfassende Wirksamkeit und Leistung in den Sozialistischen Monatsheften in einzelnen Artikeln zu würdigen. Der Versuch wird freilich nur sehr unvollkommen ausfallen. Denn Schippel war einer der produktivsten Köpfe, über die die deutsche Sozialdemokratie, über die der internationale Sozialismus verfügte; produktiv nicht etwa im Sinn des Umfangs seiner literarischen Tätigkeit sondern der wirkenden Idee, die in ihm lebendig war. Es ist schon nicht leicht die Gegenstände aufzuzählen, mit denen er sich beschäftigte; bei all ihrer Fülle bilden sie ein unteilbares Ganze. Schippel hat mit dem Primat der Produktion Ernst gemacht. Er sorgte sich nie um den eigenen Stil; der kam ihm von selbst aus der Sache, und deshalb gab es bei ihm, im Kleinsten wie im Großen, nie eine tote Stelle. Auf dem Gebiet der Wirtschaft und Wirtschaftspolitik mit allen seinen Grenzgebieten, die er zur Einheit zusammenschloß, hat unsere Bewegung einen Schriftsteller von gleicher Art überhaupt nicht gehabt. Schippel war wirklicher Marxist, einer der wenigen, die es im marxistischen Sozialismus überhaupt gab. Er war nicht buchstabengläubig, respektierte auch die festestgefüigten Überlieferungen des Marxismus nicht, durchdrang aber mit marxisti-

chem Geist das innere Wesen der Entwicklung, die sich vor unseren Augen vollzog und doch nicht gesehen wurde. Was er zutage förderte, war daher stets ein Neues. Er verließ jede einmal gewonnene Position, um zu der notwendigen weitem fortzugehen. Wie er um 1890 herum bei den "Jungen" war, die sich gegen die "Fraktionellen" auflehnten, sie aber bald verließ, weil er die Unfruchtbarkeit des bloßen Radikalismus erkannte, so war er auch am Ende seines Lebens mit 68 Jahren der Jüngste in der Bewegung. Sein Werk kann daher nur die jüngste Generation fortsetzen.

In seinem persönlichen Leben war Schippel von einer scheuen Zurückhaltung, so daß man glauben konnte, er führe überhaupt keines. Nur wer in seinem Geist ihm nahestand, konnte ahnen (aber nicht merken), wie dieser Mensch, der nie von Gefühlen sprach oder schrieb, gefühlsbestimmt war und gerade darum jene Hingabe betätigen konnte, die zu seiner (meist verfeimten, stets umkämpften) Arbeit gehörte. Die verschiedenen "Fälle Schippel", an denen unsere Parteigeschichte reich ist (es gab um Schippel immer wieder Aufregung, da eben das Neue sich mit Ruhe nicht verträgt), und die Behandlung, die er erlitt, haben ihn in seinem Innersten sicherlich tief bewegt. Aber was nach außen kam, war nichts als sachlicher Kampf, den er freilich mit äußerster, stets treffender, dabei nie verletzender Rücksichtslosigkeit führte: glänzend in der Polemik wie kein anderer, doch niemals polemisierend um recht zu behalten, sondern um die Sache weiter zu fördern; daher wird auch mancher derjenigen, die er im Lauf der Jahre abgeführt hatte, nachher gespürt haben, daß dadurch seine eigene Arbeit mehr gewonnen als allenfalls seine Selbstgefälligkeit verloren hatte.

Die Partei hat vielleicht nie richtig gewußt, was sie an Max Schippel hatte (ganz ähnlich wie früher an Ignaz Auer). Für die Sozialistischen Monatshefte, mit denen ihn (wie er am 1. Juni in einem Brief schrieb, der seine letzten Wünsche enthielt) »lebenslängliches Zusammenarbeiten« verband, bedeutet sein Tod den schwersten Schlag, der sie gerade in dieser Zeit des neuen Werdens und der neuen Aufgaben treffen konnte. Einen Ersatz für Schippel gibt es nicht. Aber eine neue Jugend wird da jetzt vielleicht die Ziele erreichen, auf die Schippel sein ganzes Leben lang hinging. Und sie wird dann Schippel den Dank abtragen, den man ihm bis jetzt in unserer Bewegung stets schuldig blieb. Joseph Bloch